

Der Spatz im Gebälk

Gesamtausgabe 2004

Alle Ausgaben des Jahres in chronologischer Reihenfolge in einer einzelnen PDF-Datei.

© Dr. Helmut Böttiger & Harry Zingel

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

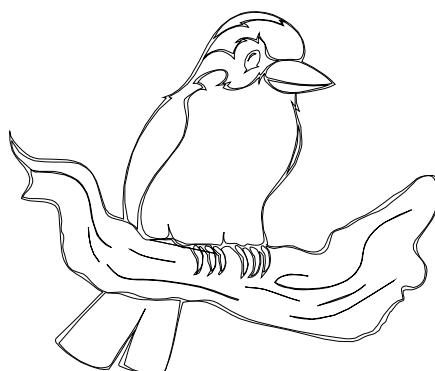
Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Adresse dieses Dokumentes im Internet:

<http://www.spatzseite.de/pdf/sptz2004.pdf>

Einstiegsseite mit aktueller Ausgabe:

<http://www.spatzseite.de>



Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Die Dinge neu durchdenken:

Jahre wechseln von alleine

An diesem Jahreswechsel wünschten sich viele nicht mehr locker „einen guten Rutsch“, sondern „mindestens ebensogut aus dem neuen Jahr herauszurutschen, wie wir jetzt noch hineinrutschen“. Der Spruch ist länger, wird weniger fröhlich und gedankenlos, sondern – warum herumreden – pessimistisch. Dafür gibt es Gründe, die jeder kennt aber nicht unbedingt wahrhaben will?

Man hat uns eine Steuerreform versprochen und, damit die Menschen beim Wort „Reform“ nicht – wie inzwischen leidvoll gelernt – gleich zur Tasche fassen, um sicher zugehen, daß dort nicht die Finger der Reformatoren zugreifen, gleich dazugesagt, es handle sich um eine Steuersenkung. Da sollte jeder aufatmen. Wo werden schon mal Kosten und Preise gesenkt? Ja, im eigenen Haus schon. Jede Firma versucht an jeder denkbaren Stelle, Kosten zu senken, und inzwischen überlegen sich mehr Menschen, als es zugeben, wo sie Ausgaben einsparen können: Beim teuren Braten, tut es nicht auch eine Hackfleischsauce? Warum, will das keiner zugeben? Wer wird schon zugeben, daß er versagt hat? Am wenigsten Leute, die gewählt werden wollen. Ist es kein Versagen, wenn man sich nicht mehr leisten kann, was früher selbstverständlich war?

Der Hinweis auf andere, die Schuld sind, bringt wenig, denn er ist nicht neu. Es sind ja immer die anderen Schuld. Wer ist aber daran schuld, daß die anderen schuld sind? Es läuft etwas schief, und wir laufen mehr oder weniger freiwillig mit. Wenn es bergab geht (schiefe), kommt man in Fahrt, bis man aufläuft?

Wo etwas in Fahrt kommt, gibt es auch Leute, die jubeln, weil es ihnen gut tut. So flattert mir gerade ein Jubelbrief der Solarwirtschaft auf den Tisch: „Ab Jahresbeginn sorgt eine bessere finanzielle Förderung von Solaranlagen dafür, daß sich deren Betrieb künftig bezahlt macht. (...) Der Gesetzgeber verpflichtet deutsche Energieerzeuger, das Stromnetz für die Einspeisung von Sonnenenergie zu öffnen und den Strom von Solaranlagenbetreibern zu einem vorgegebenen und kostendeckenden Preis abzukaufen. Die Anschaffungs- und Betriebskosten können damit erstmals vollständig gedeckt werden“. Hurrah. Neue Arbeitsplätze! Es geht wieder aufwärts!

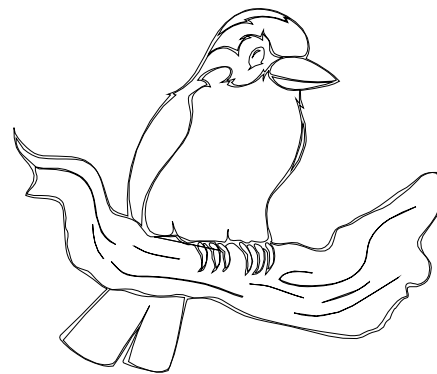
O je, bergauf, das strengt an. Zwangsabkauf, das ist die viel gepriesene „freie Wirtschaft“. Was wollen Sie, jeder ist frei? Sie können Strom sparen. Weniger Strom, damit sparen sich die Versorgungsunter-

nehmen Investitionen in teure Großanlagen. Sie dürfen gerne auf Kerzen zurückgreifen, zu deren Herstellungskosten eine steigende Ökosteuer (Paraffin = Erdöl) und die Kosten des künftigen CO₂-Zertifikathandels beiträgt. Letzten Endes handelt es sich hierbei um Freiheiten, die sogar in der wildesten Sklavenhaltergesellschaft, der römischen, nicht beseitigt wurden. Sie können sich beherrschen und verzichten. Zu wessen Gunsten? Der Umwelt? Wirklich? Wer will das glauben?

Damit sind wir bei dem verhängnisvoll dräuenden Stichwort des neuen Jahres, das die anpackende Zuversicht dämpft, das nicht ausgesprochen, sondern gemunkelt wird: „Verzicht!“ Wenn sie die Steuerreform näher durchforsten, werden sie feststellen, daß ihnen da und dort die Abgaben etwas gesenkt werden, doch erkaufen müssen Sie sich das durch allerlei Verzichtleistungen, die an anderer Stelle, zum Beispiel auch im „Haushaltsbegleitgesetz 2004“ versteckt sind. (Näheres – wenn es Sie interessiert – finden Sie im BWL-Boten vom 02.01.2004 (<http://www.bwl-bote.de/pdf/bbote23.pdf>). Noch wird uns hier der Verzicht noch in kleinen Dosen zugemutet. Nicht jeder muß den Euro umdrehen, manchen geht er noch so locker von der Hand, daß ihn Details nicht kümmern müssen. Weltweit sieht es anders aus.

Die Weltnahrungsorganisation (FAO) hat 2003 einen Bericht über Unsicherheit der Nahrungsmittelversorgung der Welt veröffentlicht. Sie können davon ausgehen, daß die UN-Bürokraten in Rom allen Grund hatten, die Zahlen zu beschönigen, hatte sich doch die ehrenwerte Organisation der Völkergemeinschaft erst 1996 vorgenommen, den Hunger in der Welt bis zum Jahre 2015 zu halbieren. Das war kein ehrgeiziges, sondern sollte ein „realistisches“ Ziel sein. Man wollte das nicht schon bis zum Jahr 2000 durchdrücken, weil es der freie Markt, der Inbegriff westlicher Freiheit, nicht hergegeben hätte. Was gibt der her?

Nun, 2001 litten nach Aufstellung der Bürokraten 842 Millionen Menschen Hunger. Heute sind es eher mehr als weniger. Denn – so die Bürokraten – „der Kampf gegen den Hunger“ (gab es einen solchen? Oder versteht man darunter Spenden für „Brot für die Welt“ und ähnliches?) „hat Rückschläge erlitten“ und heute „hungern in mehreren Regionen der Welt mehr Menschen als vor 5 Jahren“, das heißt als zu dem Zeitpunkt, an dem die „Völkergemeinschaft“ den Kampf gegen den Hunger beschlossen hatte.



04.01.2004

DIESE WOCHE

Da nun das neue Jahr ausgebrochen ist, und die diversen Reformen, die uns zu noch mehr Verzicht nötigen und die Planwirtschaft noch ein gutes Stück vorantreiben, überdenkt der Spatz den Zusammenhang zwischen Hunger, materieller Entwicklung der Finanzwirtschaft. Er untersucht, weshalb die Produktion in Deutschland gedrosselt wird, und wer davon einen Profit hat – ein guter aber etwas deprimierender Auftakt ins neue Jahr. Aber wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen...

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Ein großer Teil derer, die mehr hungern als früher, wohnt auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Ihnen stellt man somit ihre neu gewonnene „Freiheit“ in Rechnung. Aber auch in anderen Erdteilen hat die Zahl der Hungernden zugenommen, besonders natürlich in Afrika – natürlich? Was ist daran, natürlich, außer der Tatsache, daß wir uns daran gewöhnt haben, daß man im schwarzen Kontinent den Menschen statt Brot teure, vollautomatische Gewehre in die Hand drückt, um sich ihre Nahrungsmittel damit selbst zu verschaffen. Die das tun, wissen auch, daß mit dem Gewehr kein Stück Land mehr umgegraben oder bewässert wird. Damit wird einerseits die Anzahl der Esser dezimiert und zugleich – und deshalb „zahlt es sich aus“ - die Anzahl derer, die Anspruch auf die wertvollen Rohstoffe im Boden unter ihrem Lebensraum zu ungunsten westlichen Rohstofffirmen erheben könnten.

Doch selbst in den Industrieländern stellt die FAO wachsenden Zahlen von echten Hungerleidern fest, peinlich, doch ist das nicht der Marktwirtschaft, sondern jedem selbst anzulasten: „selbstverschuldet“!

Es gibt eine einzige Ausnahme in der bedauerlichen Bilanz des Kampfes der Völkergemeinschaft gegen den Hunger: China. Dort sollen nach Aufstellung der Bürokraten im Jahr 2001 58 Millionen Menschen weniger gehungert haben als noch 1996. China, (k)ein Wunder! Das Land „leistet“ sich den Luxus des Transrapid, den wir uns dank der rot-grünen Regierung und eigentlich auch ihrer Vorgänger, nicht leisten konnten oder wollten (und zwar nur aus Sparsamkeit!). China baut zügig Kernkraftwerke (die wir wegwerfen), obwohl sich umfangreiche chinesische Wüstengebiete in den Augen unserer Regierenden für die Sonnen- und Windenergienutzung anböten. Stattdessen baut China auch noch riesige Wasserstaumwerke, zum Beispiel den Dreischluchtdamm, in den Augen unserer Regierenden ein „wahnsinniges Großprojekt und fürchterlicher Eingriff in die Umwelt“. Sie stellen mit dem Damm alleine nicht nur mehr Strom her als wir in 10 Kernkraftwerken sondern können damit einen Teil ihrer Wüsten bewässern. (Außerdem werden zu diesem Zweck – für Grüne *horribile dictu* – noch Flüsse Tausende von km umgeleitet).

Wir sind gewohnt, daß unsere rot-grün eingefärbten Regierenden Krokodilstränen über den Hunger in der Welt vergießen. Sie verkünden „Hilfe zur Selbsthilfe“. Das ist im Prinzip eine richtige Einstellung. Die Hungernden sind zu befähigen, ihre Nahrungsmittel aus ihrem Boden selbst zu gewinnen, und dazu müssen sie in die Lage versetzt werden. Ein irgendwo in der afrikanischen

Savanne mit Spendengeldern gebauter Brunnen, ist für einige eine schöne und nicht zu verachtende Sache, für die Spender und für den Klan, der den Brunnen nutzen kann. Aber ist das kein „Kampf“, das sind „Almosen gegen den Hunger“. Sie machen den Hunger der Hungerigen auf Seiten der Satten erträglicher, weil sie ihnen erlauben, weiter gegen „die Industrie und ihre Profitsucht“ zu wettern, deren „Umbau“ zu fordern, und das wirklich etwas in Gang zu bringen (was nur die Preise kaputt machen würde).

Solche Krokodilstränen garnieren nur allzu schön die scheinheiligen „Verzichtappelle“ unserer Regierenden, die praktisch sehr viel gegen eine wirksame Steigerung landwirtschaftlicher Erträge haben. Diese verlangt nämlich mehr Dünge- und Pflanzenschutzmittel, mehr Süßwasser (daß an die Stellen zu bringen, wo es fehlt oder zu knapp ist, viel Energie kostet), kurz sie verlangt mehr Energie pro m² bebaubarer Fläche. Doch will man ins grüne nachhaltige Wunderland gelangen, muß Energie teuer, möglichst unerschwinglich werden. Aus diesem und keinem anderen praktischen Grund läßt Jürgen Trittin die Solar- und Windenergie fördern. Ins Wunderland gelangten wir noch rascher, wenn jeder Satte seinen Konsum halbiert und das Gesparte auf die gestiegenen Regierungskosten und den Bedarf der Bedürftigen aufteilt.

Brächte uns das weiter? Die Weltgetreide Ernte erbrachte im vergangenen Jahr 1,87 Mrd. t Getreide, eine riesige Menge aber – nach Bürokratenangaben – 155 Millionen t zu wenig, um nur den laufenden Bedarf zu decken. (Es war schon im 4. Jahr in Folge zu wenig, sollte „Getreideberge“ abbauen und hat es getan). 2 Mrd. t bräuchten wir um 6,3 Mrd. Menschen am Leben zu erhalten, so die Statistik. Wenn das ausreichen sollte, darf keiner mehr als ein anderer essen. Doch auch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn in diesem Fall, dürfte kein Getreide an Tiere verfüttert werden, das heißt, wir alle müßten auf Fleisch verzichten. Das würde Rezzo Schlauch und seine Partei ohnehin gern allen Menschen empfehlen, außer sich selbst, den Funktionären der neuen, glücklicheren Menschen. Sollte aber jeder so viel zu essen bekommen, wie wir Mitteleuropäer gewohnt sind, dann bräuchten wir 5 Mrd. t Getreide, rund das 2,5-Fache. Woher die nehmen? Produzieren ließe sich das, sogar ohne viel Umweltzerstörung, vielmehr mit einigen deutlichen Umweltverbesserungen (z.B. des zirkulierenden Süßwasserkreislaufs).

Was also spricht dagegen? Es ist nicht bezahlbar. Weltweit leben 1,3 Mrd. Menschen von weniger als einem Dollar am Tag. 700 Millionen andere liegen nur knapp

darüber. Wie sollen die sich ihr tägliches Brot kaufen können? Bekämen die mehr, so daß sich der Ausbau der Landwirtschaft rentieren könnte, dann stellt sich die Frage anders als beim Krieg gegen den Terrorismus: Auf wessen Kosten, wo soll das Geld herkommen? Die Rentabilität von ordentlichen Börsengeschäften hängt doch von ordentlichen Preisen ab und diese sind – wie wir alle in der Schule in Wirtschaftslehre gelernt haben – eine Funktion der Knappheit.

Was nichts kostet, ist nichts wert, haben wir gelernt. Was nichts wert ist, wird nicht hergestellt. Aber welchen Preis kann man nehmen? So viel, wie Leute bereit sind, für etwas zu bezahlen? Wenn das nicht die Herstellungskosten deckt, wird es auch nicht hergestellt. Welchen Preis können Leute mit einem Dollar am Tag bezahlen und wie viel läßt sich damit „gewinnbringend“ herstellen? Ja, schlucken unsere Wirtschaftskundelehrer und wechseln rasch das Thema: „Überbevölkerung, die Welt ist überbevölkert“. Da gibt es welche, die vermehren sich wie die Karnickel, statt es wie die „Geistesgrößen“ der Frankfurter Schule und andere Geistige Väter Rot-Grünen zu machen: Keine Kinder, lieber ein Haus im Tessin!

„Und“ – würde nun Herr Blüm einwerfen – „wer kommt für die Renten auf?“, „Die Sparrer, na klar!“ jubeln seine Nachfolger. Damit die genügend sparen, verordnen sie freiwilliges Zwangssparen. Aber ist das so neu? Haben wir nicht bisher schon in die Rentenversicherung eingezahlt - zum Teil freiwillig, zum Teil zwangsfreiwillig? Wo ist das Geld geblieben? Es reicht nicht, wird gelogen. Geld ist nur ein Fetzen Papier, das, wenn ihm kein „Wert“ entspricht, nichts wert ist. Wo kommt der Wert hinter dem Geld in Zukunft? Doch wohl von denen, die in Zukunft Werte schaffen, wenn sie können oder wollen. Wenn sich Wertpapiere gewinnbringender verkaufen lassen als pralle Mehlsäcke, und zu ihrer Herstellung kaum mehr als buntes Papier und die Unterschrift einer weithin oder allgemein anerkannten Größe nötig ist, warum sollte man wollen? Haben wir nicht gelernt: „wirtschaftlich arbeiten heißt, mit dem geringsten Aufwand den größten Reibach scheffeln“ Also!

Das aber funktioniert nicht, merken inzwischen mehr als die meisten. Nur, was soll man dagegen tun? Abwarten! Auf die Rendite der Papiere im Portefeuille hoffen? In der Zwischenzeit könnte man sich durch folgenloses Schimpfen ordentlich Luft machen. Und hier liegt der Grund, daß sich viele wünschen, noch solange wie sie leben, wenigstens noch so gut aus den Jahren herauszurutschen, wie sie hineingerutscht sind.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Von der neuen Religion:

Tier oder Mensch?

Einen Neujahrsgruß, der bei mir einging, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. „Leute, Ihr würdet besser über die radioaktive Verseuchung der Biosphäre mal genauso nachdenken wie über die CO₂-Polemik. Groteskerweise ist genau diese Klimadiskussion von den Spinnern der Atomlobby »erfunden« worden. Aber es gibt ja noch Hoffnung, denn die Natur kümmert es wenig, was wir Menschen machen. Wenn aber die Natur der Meinung ist, daß der Homo Sapiens nun lange genug den Planeten geärgert hat, dann wird diese dies Problem schnell und sicher lösen. Die unselige Atomkraft-Nutzung wird diesen Vorgang auf jeden Fall beschleunigen. Witz: Es trifft sich der Planet Mars mit der Erde und sieht, daß die Erde nicht gerade glücklich dreinschaut: »Was hast Du denn Erde? Warum schaut Du denn so unglücklich?« Antwort: »Ich habe eine Krankheit, die nennt sich Homo Sapiens«. Da lacht der Mars und sagt: »Das hatte ich auch mal, ist nicht schlimm, das geht schnell vorüber«. Ein frohes neues Jahr 2004“. So weit der „gutgemeinte“ Brief.

Warum gebe ich Ihnen weiter? Er ist typisch für die neue Religion, die sich seit Sarpi, Hobbes und Co also seit dem 16. Jahrhundert, in der angeblich aufgeklärten, so genannten bürgerlichen Gesellschaft ausbreitet. Doch schauen wir erst einmal näher hin. Der Brief beginnt mit zwei Lügen: Wir gingen, weil wir die Gefahr im Unterschied zu den Linientreuen ernst nahmen, sehr intensiv der angeblichen „radioaktiven Verseuchung der Biosphäre“ durch die Nutzung der Kernenergie nach (Vgl. u.a. Böttiger: Ehrlich Streiten über die Kernenergie, 7.- €) und die Klimadiskussion wurde nicht von der Atomlobby erfunden. Einige ihrer besonders „cleveren“ Funktionäre, wie die Führung der deutschen Physikalischen Gesellschaft, haben allerdings als Trittbrettfahrer mitgemacht, ohne dadurch für die Kernenergie Punkte zu machen.

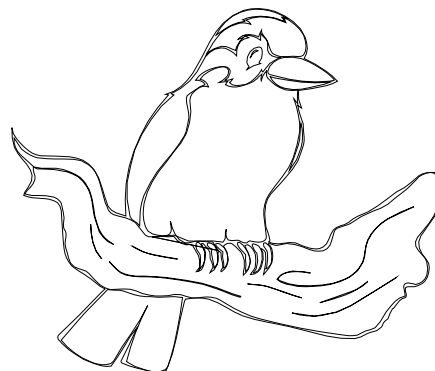
Die politische Weiche der Klimadiskussion wurde am 26.10.1975 auf der Konferenz des National Institute of Environmental Health Science „Die Atmosphäre gefährdet und gefährlich“ im Forgartry International Centre der USA gestellt. Der besondere Handlungsbedarf dafür hatte sich auf der UN-Bevölkerungskonferenz in Bukarest ergeben, als einige Entwicklungsländer die Forderung der USA, sie sollten ihre Bevölkerung entsprechend der geheimgehaltenen US-Policy Studie NSSM 200 deutlich reduzieren, als imperialistische Zumutung abgelehnt hatten.

In Forgartry trug die progressive, angeblich „oppositionelle“ Anthropologin des US-Establishments, Magred Mead (später des wissenschaftlichen Betrugs in ihren „Forschungen“ überführt) das Konzept dieser Politik vor: „Wir stehen vor einer Periode, in der die Gesellschaft Entscheidungen in globalem Rahmen treffen muß. (...) Was wir von Wissenschaftlern brauchen, sind Abschätzungen, die mit genügend Konservatismus und Plausibilität vorgetragen werden (...), die es uns erlauben, ein System künstlicher, aber wirkungsvoller Warnungen aufzubauen, Warnungen, die den Instinkten entsprechen, die Tiere vor einem Hurrikan fliehen lassen. [Es geht darum], daß die Fähigkeit, Opfer zu bringen, stimuliert wird. Es ist deswegen wichtig, unsere Aufmerksamkeit auf die Betonung großer möglicher Gefahren für die Menschheit zu konzentrieren“ (Wer es im Original nachlesen will: DHEW Publication No. (NIH)/1065, Washington DC: US Government Printing Office).

Dieses Konzept wurde von der UNO aufgegriffen. Die Umsetzung begann 1985 auf der von der UNEP gesponserten Klimakonferenz der Welt Meteorologischen Organisation (WMO) in Villach. Ihr folgte die zweite Weltklimakonferenz (SWCC) 1990, deren Vorschläge die zuständigen Regierungsvertreter und dann die UNO mit der Forderung nach einem Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) annahmen. Dieser stimmten dann 1992 auf dem Rio Earth Summit, einer UN-Gipfelkonferenz, 150 Länder zu; und das ganze Theater des freiwilligen „Gürtel-enger-Schnallens“ nahm seinen politisch gewünschten Lauf.

Wie aber steht es mit dem Hoffnungsträger „Natur“? Wer ist die Dame, die sich wenig kümmert, sogar eine eigene „Meinung“ hat und das Ärgernis Homo Sapiens „schnell und sicher lösen wird“? Und wer ist dieser Homo Sapiens, der die Natur ärgert und mit dem es im Interesse der Spezies des Absenders (eines I. Günther), „schnell vorbei“ sein wird. Es handelt es sich hierbei nicht - wie es scheint - um einen flapsigen Einwurf, der nicht so gemeint ist, es handelt sich um die weltanschauliche Kontroverse zweier gegensätzlicher menschlicher Gattungen. Ist das nicht etwas zu überzogen? Um zu verstehen, wozu es geht, sollte man immer auf das „Prinzip“ (zu deutsch, „den Anfang“) achten.

Das Mittelalter verstand sich als „christlich“, was es tatsächlich darunter verstand, ist



11.01.2004

DIESE WOCHE

In einer großartigen Geschichtsschau demonstriert der Spatz die christlichen Wurzeln abendländischen Denkens. Er zeigt den Humanismus, und den Markt als Gegengott, der seit der Renaissance geschaffen wurde. Er demonstriert mit zwingender Logik, wie diese Marktideologie nunmehr zu einer Verknappungs-ideologie verkommen ist, eine neue Scholastik, eine Spätzeit, in der die Religion für imperiale Zwecke mißbraucht wird. Wie einst das Christentum ist es nur die Markt-Religion in ihrer Ausprägung als Klima-Betrug und Bevölkerungsrestriktion.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

eine andere Frage, die aber vom 12. Jahrhundert an immer intensiver gestellt wurde. Daraus ergab sich schließlich die sogenannte Renaissance. Diese hat weniger die Gedanken der Antike wieder aufleben lassen (das auch, so weit sie gut/besser zu sein schien) sondern den Platonismus des augustiniischen Christentum – oder das, was man darunter verstehen wollte. Ohne hier näher hineinzuschauen (was verlockend wäre) kam man damals zu so etwas wie den Schluß, daß der Konkurrenzkampf um knapp gewordenes Land (der die gesamte Antike und den Feudalismus bestimmte) unchristlich sei. Genau so unchristlich sei es, den Menschen, das „Kind Gottes“, auszubeuten. Kant wird später sagen, was ihm viele in seiner Partei (der er mit seiner „Kritik“ unbedingt angehören wollte) übernahm: Der Mensch dürfe niemals für den anderen Menschen ein Mittel sein, sondern nur Zweck. Da es viele Menschen mit unterschiedlichen Zwecken gibt, müssen diese mit Hilfe der Vernunft zu einem zusammengefaßt werden, der das gemeinsame Handeln leiten soll. Wie ließ sich das mit der Existenz von Dienstboten, Kriegsknechten, Sklaven, Leibeigenen aber auch „Arbeitskräften“ vereinbaren? – Schlecht! Dem Problem nahmen sich unter anderem Formulierungen an. Die anwendbare Arbeitskraft, ließ sich in „Arbeitnehmer“ umbenennen; und unter dem Begriff konnte man sich einen „freien Menschen“ vorstellen, der froh ist, an einem Arbeitsplatz seinen Lebensunterhalt verdienen zu dürfen. Das konnte Leute mit Interesse an grundsätzlichen Regelungen nicht überzeugen.

Daher bemühten sich Leute des frühen Bürgertums, der Großhändler und Finanziere in Venedig um eine philosophisch tragfähigere Lösung und bekamen sie von ihren Intellektuellen z.B. dem erwähnten Servitenmönch Bruder P. Sarpi, wunschgemäß auch geliefert. Die Denke, auf die es hinauslief, war die: Was heißt schon „frei“, was heißt schon „Gotteskind“, wer ist schon dieser „Gott, dieser Schöpfer mit Bart“? Er ist nur das Mittel einer cleveren Priesterkaste im natürlichen Überlebenskampf, um sich ohne Arbeit ein üppiges Leben zu verschaffen (Neid eignet sich immer, um kleine Leute zu verführen). Sie verlangen eine „realistischere Sicht“: Der Mensch ist doch auch nur ein Tier, das sich von anderen wie alle anderen durch einige Besonderheiten unterscheidet (nach Aristoteles ein „nicht gefiederter Zweibeiner“). Wie alle Tiere prägen ihn zwei Grundinstinkte, die man bei allen Lebewesen antreffen kann (wenn man mit der richtigen Brille sucht) nämlich das Streben nach Art- und Selbsterhaltung.

Bleibt noch die Frage nach der Schöpfung: Wie konnte das alles einigermmaßen

zweckmäßig, aufeinander abgestimmt entstehen. Dazu war – so die Realisten – nichts nötig, was Gottgläubigen den Menschen „andichten“, kein „freier Wille“, kein Ziel, keine andere „Absicht“ (abgesehen von den genannten Instinkten), kein Vermögen zu schöpferischer Zwecksetzung und zur Fähigkeit, solche Zwecke mit der Einsicht in die Naturkräfte und einer über sie hinausreichenden Idee auch zu verwirklichen usw. Kurz: Schöpfertum ist nicht notwendig und „realistisch“ nicht nachweisbar, die Annahme genügt, daß das Vorhandene von den beiden Grundtrieben angetrieben sich selbst in eine Balance bringt und darin hält. Nun, haben Sie gemerkt, wer diese Natur, der Gegengott ist?

Natürlich, es ist der Markt-Mechanismus. Wenn jeder seine Interessen mit der ganzen ihm verfügbaren Kraft und ohne durch eine (Pseudo-)Moral, die irgendwelche hinterhältigen Schlaumeier zum eigenen Vorteil erfunden haben, davon abgelenkt zu werden, dann sorgt der Natur/Markt-Mechanismus für optimale Ergebnisse. Sie sorgt dafür, daß alle sich größtmöglich anstrengen, gleicht den Nutzen aller wechselseitig aus, sorgt dafür, daß das Schwache und „Unnatürliche“ verschwindet und sich das Starke „Natürliche“ durchsetzt. Wer sich nicht an diesen Mechanismus hält, dagegen verstößt, geht unter. Ohne ihn ist Leben nicht möglich – so einfach ist das.

Dieser neue Glaube (des Fra Sarpi) brauchte einige Zeit, bis er sich seiner selbst voll bewußt wurde (z.B. beim Londoner Arzt Bernard de Mandeville). Dann entwickelte er seine Theologie, die inzwischen mindestens so umfangreich ist wie die christliche und pseudochristliche zusammen. Und er schuf sich in der „anerkannten“ Wissenschaft (lichkeit) eine Scholastik, die mindestens so funktioniert wie die mittelalterliche, angeblich christliche, und die in ihrer Endphase die gleichen absurden Blüten hervorbringt (Die sogenannte „Klimakatastrophe“ ist dafür gerade so ein Beispiel wie die unzähligen Engel, die auf einer Nadelspitze tanzen).

Da sich der Mensch in der Regel selbst so strickt, daß er seine innersten Gedanken auf andere projiziert, wie er auch mit dem, was er über „die anderen“ denkt, im Grunde seine ureigenste Selbsteinschätzung offenbart (denn woher sollte er es sonst wissen), so ist auch dem Priesterbetrug nachzudenken. Wer könnte ein Interesse daran haben, daß Menschen an den Mechanismus „Natur“ glauben? Nun, ein solcher Glaube hat etwas zu bieten, vor allem für die Bessergestellten: Er rechtfertigt Verantwortungslosigkeit, denn jeder ist seines eigenen Glückes Schmied, dann rechtfertigt er jede

erfolgreiche Form der Übervorteilung (als Beweis der Instinktstärke). Vor allem läßt er die peinliche Frage verstummen: „Kain, wo ist Dein Bruder Abel“, denn unter Arterhaltung soll „natürlicherweise“ nur die Fortpflanzung gemeint sein. Unter Liebe versteht diese Religion nur Sex, was darüber hinausgeht, ist ihr idealistisches Getue, im Grunde eine Form unnatürlicher (wenn auch manchmal angenehme) Geisteskrankheit, die sich psychoanalytisch beheben läßt.

Um die Priesterschaft der Bessergestellten auszumachen, wäre zu fragen, wer verdient am Marktgeschehen in erster Linie. „Alle“, sagt man uns. Das stimmt zu offensichtlich nicht. Die Antwort ist genauso offensichtlich (wenn der Beweis auch umständlicher ausfällt), die Finanzwirtschaft, die aus dem Vor- und Nachteil aller Marktparteien ihren Nutzen zieht (und das Marktgeschehen lenkt wie Sarpi und die neue CO₂-Religion als Priesterbetrug der Anerkannten).

Wie immer, ist auch im Falle dieser „Natur-Religion“ die nackte Wahrheit ernüchternd und stößt die große „blöde Masse“ eher ab. Wie sich schon an der vielfältigen Nutzung des Christentums für imperiale Zwecke, angefangen mit Constantin, über die Franken (um vom römischen Bischof als Fortsetzung des römischen Kaisers über ihre Arianer-Brüder erhoben zu werden), und den Feudalismus bis hin zu den modernen Imperien vom spanischen bis zum angloamerikanischen zeigt, eignen sich für ihre jeweiligen Nutznießer eher Formen des Synkretismus (der Religionsmischung). Damit lassen sich die „erkenntnisleitenden Interessen“ besser verstecken. Außerdem versüßen alte Relikte neue Härten. So predigen selbst die Grünen, oder gerade sie, Verzichtleistungen beim Genuß materieller Güter und bei der Fortpflanzung, die von der Natur und ihren beiden, alles regelnden Instinkten gerade nicht vorgesehen sind. Daher muß ja auch die Kernenergie, deren Nutzung alle günstig eingestellten überhöhten Preise drücken würde, als Teufel der Mutter Natur an die Wand gemalt und allen prometheischen (d.h. im eigentlichen Sinne „schöpferisch“, um heute anerkannte Kunstspinner auszuschließen) Menschen der Untergang angesagt werden. Und das, obwohl die Nutzung der Kernenergie nicht nur allen Menschen, sondern über diese auch allen Lebewesen und der Biosphäre neue, lebensfreundlicher Spielräume eröffnen und vor allem, effektiven Umweltschutz erst möglich machen würde. Aber darum geht es den Naturgläubigen gerade dann nicht, wenn ihr trickreich errichtetes Wirtschafts- und Machtssystem einstürzt.

Schade, hier finge es erst an, richtig interessant zu werden, aber schon ist das Blatt voll.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Die Beste aller Welten:

„Spieglein..., was ist das Beste im ganzen Land?“

Am 10. Januar sagte US-Präsident Bush in einer Rundfunk Rede, die amerikanische Wirtschaft werde stärker und immer stärker und wegen der tollen Wirtschaftsentwicklung werde die vorgeschlagene Steuersenkung durchgeführt und für die nächsten Jahre in Geltung bleiben. Am gleichen Tag machte die Washington Post China für den Dollarkollaps verantwortlich, weil das Land seine Währung gegenüber dem Dollar nicht aufwerten wolle. „Hersteller in den USA haben entschieden“ – schrieb ein Princeton Professor – „in China gefertigte Büstenhalter seien eine Gefahr für die amerikanische Lebensweise“. Aber fragen Amerikaner, die keine Steuern mehr zahlen müssen, sind Steuersenkungen gut?

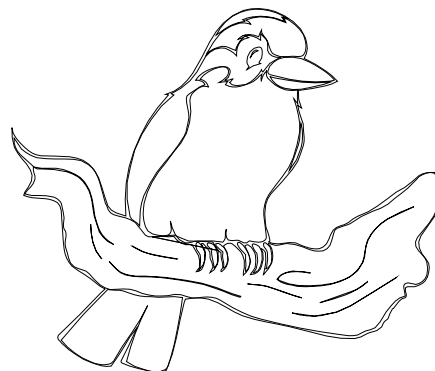
Inzwischen werden Zahlen bekannt, die den Arbeitserfolg im letzten Jahr messen wollen. An der New Yorker Börse ist der Aktienwert von 2755 US-Firmen wieder um 27% auf 12,2 Billionen US\$ gestiegen. Nasdaq Aktien sind sogar um 50% im Wert gestiegen und nun schon wieder 3 Billionen US\$ wert. Diese Stärke der Wirtschaft meinte wohl der Präsident. Ist sie gut? Würde man fragen, wenn die Antwort nicht schon feststünde. Aber ist dadurch irgend etwas für die Firmen oder die Wirtschaft besser geworden? In Venezuela sind die Aktienwerte sogar um 177% gestiegen, in Thailand um 117%, der DAX angeblich um 37%, bei den Schweizer Aktien sind es nur 19% und in Frankreich nur 16% gewesen. Wer ist besser dran?

Auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Club der Zentralbanken der Länder, legte Zahlen vor. Von Anfang 2000 bis zum 30. Juni 2003 haben Derivatkontrakte von 109,5 Billionen auf 207,9 Billionen zugenommen. Die Zahlen werden noch unterteilt in die der OTC Kontrakte oder der verbrieften Währungswetten und anderes. Sie übersteigen sowieso das Vorstellungsvermögen der meisten von uns doch sind sie gut? Sollten sie besser nicht anstiegen? Ja, wenn alle Welt das gut findet...? Haben Sie selbst etwas Gutes daran gemerkt? Vielleicht hat Ihnen ihre Versicherung weniger Überschußanteile gutgeschrieben. Ist das etwa gut? Für die Versicherung schon, sonst hätte sie es nicht getan. Und Sie, was tun Sie Gutes dazu?

10% der großen Firmen in den USA (und bei uns einige), haben ihre betriebliche Krankenkasse oder Altersversorgung gekündigt. War das nun gut, stärkt es die Wirtschaft, unser aller Schicksal? Oder die andere Meldung in der Washington Times vom 14.1.: Ein Frank Furstenberg und eine Elisabeth Fussel wollen in einer Studie der Universität Pennsylvania herausgefunden haben, daß sich der Übergang ins Erwachsenenalter verzögert. Die Überzwanzigjährigen heiraten inzwischen erst, wenn sie über 30 sind und gründen – wenn überhaupt – erst dann eine Familie. Es wird nämlich zunehmend schwieriger, eine Karriere zu beginnen und eine Familie zu unterhalten. Das ist gut, sagen Umweltschützer, es stoppt die Übervölkerung und läßt uns und der Umwelt mehr. Aufgeklärte wiegen den Kopf: Wenn durch die Pille die Wirkung des Arterhaltungstriebes gebremst wird, könnte das den Selbsterhaltungstrieb stärken; wäre das gut für die Natur?

Was ist „gut“? Das sollte jeder „Freigeborene“ selbst wissen. Weiß er es oder glaubt er dem anerkannten Nachgeplappere? Meistens stehen wir vor einer Wahl, und fragen dann eher, was ist besser? Zum Beispiel: Was ist besser, eine Schuhsohle oder ein Schnitzel? Charly Chaplin, die Verkörperung des „vergessenen Mannes“ der (bald wieder aktuellen) zwanziger Jahre, kaute – natürlich nur im Film – genüßlich an einer Schuhsohle. Ein Schnitzel wäre besser gewesen, doch das war nicht erschwinglich. Am besten, was wäre am besten? Für den Hungrigen alle Tage ein Schnitzel oder ein Steak oder etwas Abwechslung, für den Übergewichtigen Fasten. Das alles bleibt auf der Ebene des Vergleichs und ist, von Notlagen und sonstigen Umständen abgesehen, eine Frage des Geschmacks. Das Beste ist aber ein Haufen Geld, um sich nicht gleich entscheiden zu müssen.

Philosophisch galt das Summum Bonum als Eigenschaft Gottes, der unsichtbar und unergründlich sein soll. Steigen wir von den unerklümbaren Höhen in die Welt hinab! Die „beste aller Welten“ ist die vorhandene, sagte der Philosoph Leibniz und ärgerte damit alle Impotenten, die aufklärten Intellektuellen ebenso wie diejenigen, die um ihren Arbeitsplatz bangen (müssen). Die einen lachten ihn aus, die



18.01.2004

DIESE WOCHE

In den USA gibt es wieder einen Aufschwung, und wir überlegen, was daran gut ist, für die Wirtschaft und für die Menschen. Wir fragen nach, was Alan Greenspan für das Beste in der Welt hält, und wie es sich wohl auf jene auswirken mag, denen die Betriebsrenten gekürzt oder sonstige Leistungen gestrichen werden. Über den Nutzen des Marktes nachzudenken, bleibt dann freilich jedem Leser selbst überlassen.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

anderen seufzen nur, ja wenn es nur so wäre. Beide könnten sich eine bessere vorstellen, eine die ihnen gelegener käme. Wie soll sie aussehen? Viel Geld, dann bekommt man alles, was gelegen käme: Schnitzel Schuhsohle und, was die Mode so bringt. In der Religion der Moderne, im Dollar- oder Eurotum ist Geld das Summum Bonum - keine Frage. Doch was ist daran gut (bonum)?

Warum nennt Leibniz die bestehende die besten aller möglichen Welten? Wer sich umsieht, muß denken, Leibniz sei einfalllos oder fundamentalistisch fromm. Daß sich Leibniz keine bessere Welt vorstellen konnte als die Welt, in der er unmittelbar am Ende des Dreißigjährigen Kriegs lebte, nimmt dem „Universalgenie“ niemand ab. Erging er sich in frommer Spekulation: Der allmächtige Gott kann nur für die beste aller möglichen Schöpfungen verantwortlich sein, sonst wäre er nicht, was er ist. Andere Menschen für dumm zu halten, ist das beste und bewährteste Mittel, sich selbst das Denken abzugewöhnen.

Was meint Leibniz: Wäre eine bessere Welt denkbar/wünschenswert, würde man sie machen. Sagte er „man“? Das nicht, aber das Wort ist alles, was man sich unter dem, was er sagt, vorstellen kann. Wer ist man, wer soll machen? Alle blickten sich um. Nur eines ist sicher, aufgeklärte Intellektuelle und Leute, die vor allem anderen um ihren Arbeitsplatz bangen, gehören nicht dazu, sonst hätten sie Leibniz nicht mit Voltaire ausgelacht. Gottgläubige schicken den unergründlichen Gott vor, das nimmt ihnen Arbeit und Verantwortung und ist genau das, was alle Welt, vor allem die moderne, den Frommen abspricht, nämlich „höchst praktisch“ fürs Nichtstun!

Die Augen richten sich auch auf diejenigen, die über Leibniz gelacht haben. Wollen sie „anerkannte“ Intellektuelle und nicht nur gekaufte Angestellte sein, müssen sie etwas mehr sagen. Das haben sie, und wie gute Krämer, die aus dem Bauchladen ihres Ideenschacher leben, etwas gesagt, das sich nach allen Seiten verkaufen läßt, den Frommen wie den aufgeklärten Antifrommen. Die Beste aller Welten ist nach ihnen auch nur die vorhandene (warum zuvor das Gelächter?), weil es eine andere gar nicht gibt; nur, die vorhandene ist denkbar schlecht. Das wäre allerdings nicht der Fall, wenn man sie (die Welt) machen ließe. Wer hindert sie? Wer diese Frage einem aufgeklärten Intellektuellen stellt, ist selbst Schuld. Denn er bekommt den ganzen Inhalt des intellektuellen Bauchlandes an den Kopf geknallt. Schuld sind, die

Priester, die Frommen, die Moralisten, die Erfinder, die Techniker, die Sozis, die Nazis, die ... weil ... Kurz alle, die aus Dummheit oder Bosheit oder beidem der Natur in den Arm fallen, die verbessern wollen, statt die Natur einfach machen zu lassen (Fast so praktisch wie bei den Frommen, nur durch den Selbsterhaltungstrieb verkompliziert, intellektueller eben).

Ist das Vorhandene mit seinen Naturtrieben wirklich gut? Fragen wir anders, ist es besser als das, was die Priester, Erfinder und so weiter anstreben? Ist es hier nicht auch so wie mit Schuhsohle und Schnitzel?

Alan Greenspan, der Papst des Dollartums und wohl mächtigste Mann der Welt, hielt sich am 13.1. im Historischen Museum Berlin auf, nicht um sich alte Stücke anzusehen, sondern um den 300 richtigsten Deutschen zu sagen, wo es lang geht. Natürlich ging es um die Zukunft der Weltfinanzen und die Auswirkungen der US-Defizite. Ohne Globalisierung, so der Guru, wäre es der Welt nicht möglich, die riesigen Defizite der USA zu schultern (will sie es denn?). (Nicht)Gut, aber wie geht's weiter, drängten die auserwählten Zuhörer. „Wenn wir ein völlig flexibles System hinbekommen, dann können wir die Probleme lösen, die darin bestehen, daß die Defizite in einem Land wie den USA unvermeidlich wachsen und sich deshalb Forderungen an Länder wie die USA aufhäufen.“ Aber es gibt natürlich eine Gefahr, „die Gefahr eines schleichenden Protektionismus, die mich seit einiger Zeit beunruhigt“. Nicht nur Graf Otto von Lambsdorf nickte, für ihn ist keine Frage, was sich andere noch gefragt haben mochten: Was ist gefährlich am Protektionismus? Die Antwort vom Guru (wörtlich): „Sie verweist auf einen ganz grundsätzlichen Krieg der Ideen [„clash of ideas“, klingt das nicht wie „Kampf der Kulturen“, den wir inzwischen schon in Palästina, Afghanistan, und Irak haben], Ideen, die die Art und Weise betreffen, wie das Wirtschaften organisiert werden sollte“.

Einer der Richtigen fragte besorgt. „Sie sagen, die Globalisierung ermöglicht, daß die ganze Welt die US Defizite trägt. Aber macht sie nicht auch das Umgekehrte möglich, nämlich Dollar zu verkaufen“. Da konnte der Guru nur müde lächeln und mag sich insgeheim gefragt haben: Was wollen die dafür kaufen? Statt dessen erzählte der Guru eine rührende Geschichte. Einst habe ihn ein europäischer Führer angesprochen und gefragt: „Was ist der

Markt, ist es nicht das Gesetz des Dschungels, das Naturgesetz. Und was ist Zivilisation, ist sie nicht der Kampf gegen den Dschungel, gegen die Natur“. Greenspan entschied sich für das Handfeste, für die Natur, gab aber zu, daß die Gegner des Turbokapitalismus wegen des skandalösen Geschäftsgebarens einiger Firmen während der jüngsten Boom-Jahre Zulauf bekommen hätten.

Nachdem er mit dieser Geschichte die Gemüter etwas beruhigt hatte, beantwortete er die Frage: „Seit Jahren haben am Protektionismus Interessierte oft versucht den Prozeß des Wirtschaftswandels auf seiner Bahn aufzuhalten. Aber eigentlich sind alle diese Versuche gescheitert. Die Kosten jeder neuen protektionistischen Initiative im Rahmen der höchst unausgeglichenen Bilanzen könnten allerdings die Flexibilität der Weltwirtschaft untergraben (nur sie?). Folglich muß der schleichende Protektionismus erstickt und umgekehrt werden.“ Warum wäre das gut, und, wenn ja, für wen und wozu? Keiner stellte das Selbstverständliche „für uns alle“ in Frage und fragt: Wer sind wir?, und weiter: Zu welchem Zweck ist das Gesetz des Dschungels besser als die Einfriedung der Zivilisation?

Verstehen Sie jetzt den feinen Unterschied zwischen der bester aller Welten bei Leibniz und bei unseren gut bezahlten und geehrten Intellektuellen? Nicht der freie Lauf der Dinge im vorhandenen Dschungel, das ungestörte Austoben des Selbsthaltungstribs aller gegen alle ist die beste mögliche Welt, sondern eine, die sich immer besser ordnen und einrichten ließe. Nur bleibt weiterhin offen, von wem und wie?

Aber so abstrakt ist diese Frage auch wieder nicht. Die obenauf sitzen antworten eindeutig: Jeder, der kann, ist so frei, seinem Gusto zu folgen (nach Absprachen mit seinesgleichen), nur soll ihm dabei niemand in den Arm fallen (wer es versucht, bekommt ihre vereinten Kräfte und Raffinessen zu spüren). Die ihnen nicht in den Arm fallen dürfen, sind diejenigen, die am Wahlsonntag aus der Wahlkabine direkt zum Frühschoppen hinübergehen, wo sie im Kreis der vertrauten Kumpanen aus voller Überzeugung auf das schimpfen und wettern, was sie eben in der Kabine freihlich gewählt hatten. Daß das so ist, sagen Lambsdorf, Greenspan und Co. ist deren freie Entscheidung, die uns zwar viel gekostet aber auch viel gebracht hat. Das ist ja das Gute an unserer Demokratie. („Papi, hast Du mir etwas mitgebracht, etwas ganz für mich alleine?“)

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Beraterverträge, oder:

Die mißratene Nation

Politiker sind vielbeschäftigte Menschen, jedenfalls Spitzenpolitiker. An sie wenden sich viele Menschen. Einige lassen sich durch Sekretäre (Innen) schon deshalb nicht abweisen, weil der betreffende Politiker ihnen aus vielerlei Gründen dankbar sein sollte oder nur, weil man sich kennt. Auch der Politiker hat sich an viele Menschen zu wenden, und sei es nur weil sie ihm Türen öffnen und medien- oder sonstwie-wirksam Teppiche auf ihrem Weg nach oben auslegen. Denn keine Position ist sicher, außer derjenigen ganz oben.

In Massenorganisationen bilden sich nur an der Spitze – wie der Soziologe Robert Michels, der sich in den zwanziger Jahren vom linken Sozialdemokraten zum rechten Faschisten gemausert hatte, am Beispiel der Sozialdemokratie recht überzeugend zeigen konnte – Oligarchien. Wer einmal auf den Parteivorsitz nachrücken und die erste Zeit der Diadochenkämpfe überstehen konnte, ist in der Regel kaum mehr zu stürzen, es sei denn er macht einen gravierenden Fehler und trennt sich von seinen bisherigen Beratern – aber warum sollte er, wo sie sich doch so bewährt haben. Das gilt entsprechend auch für weniger stabile Führungsämter (z.B. Vorstandsposten in Großunternehmen), in die man gewählt oder ernannt wird.

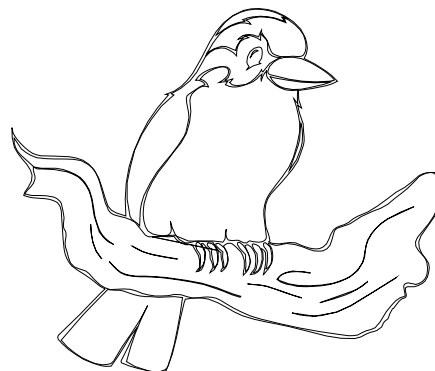
Das ist für solche Menschen wichtig, weil die positions- und einkommenssichernde Parteiarbeit und Fraktionspolitik meist so aufreibend ist, daß für die eigentliche Politik, das heißt die Ausrichtung des jeweiligen des Amtes, in dessen Führung der Betreffende gewählt wurde, vor lauter Terminen, Händeschütteln und Golfspielen, keine Zeit mehr bleibt. Das wiederum ist weniger wichtig, weil es für diesen Zeck eben Berater gibt -- und davon gleich zwei Kategorien.

Die einen Berater bieten selbst ihre Dienste an, wollen dem Politiker Arbeit, zum Beispiel die Ausarbeitung

einer bald fälligen Gesetzesvorlagen oder anderes abnehmen, sie erledigen, und sie dann dem Politiker überlassen, damit er diese als die Frucht des eigenen Fleißes vorzeigen und zur Abstimmung bringen kann. Diese Art Berater gibt es umsonst, sie stellen für ihren Dienst keine Rechnung, sondern bringen sogar noch gerne das eine oder andere Geschenk mit – worauf wir hier aber nicht näher eingehen wollen. Das ist die böse Lobby, auf die zu schimpfen zum täglichen Brot der Demokratiekritiker gehört.

Die andere Art Berater stellen Rechnungen und meistens sogar sehr saftige. Oft ist nicht einmal ganz klar, wofür sie Rechnungen stellen. Als Grund wird meistens auf einen Beratervertrag verwiesen. Neider meinen oft, daß sich Berater und Politiker später insgeheim den Ertrag des Beratervertrags, den ja nicht der beratene Amtsinhaber sondern das Amt, das er inne hat, also letztlich Steuerzahler oder Kunde bezahlt (Beraterverträge in der Wirtschaft sind Kosten, die sich im Preis niederschlagen), teilen. Doch das ist plump gedacht, kann vorkommen, geht aber an der eigentlichen Sache vorbei.

Woher, so könnte der naive Zeitgenosse fragen, rühren die Unterschiede? Nun sie sollten sich aus der Nutzung ergeben. Wenn einem Politiker in Position (nur um die geht es hier) zum Beispiel ein ausgearbeiteter Plan für die Neuordnung des Hochschulwesens in der Republik zugesteckt wird, damit dieser mit dem schönen Plan „Punkte machen“ kann, dann gibt es Leute, die sich von einem solchen Plan etwas versprechen, vielleicht weil sie Schulgebäude herstellen, Forschungsgeräte anbieten, mit denen sich Hochschulen ausstatten lassen, oder weil sie in ihrem Betrieb oder ihrer Branche Nachwuchsprobleme haben, die sie gerne kostensparend wie der Kuckuck gelöst hätten.



25.01.2004

DIESE WOCHE

Die Affäre um Florian Gerster ist noch nicht wirklich ausgestanden, da macht sich der Spatz diese Woche Gedanken über die Rolle von Beratern, und ihre Rolle im Machtgeschäft. Er untersucht, warum die Politiker und nicht die Berater in die Ämter gewählt werden, und was der Berater mit der Oligarchie zu tun hat – um die es in diesem über sich selbst hinausweisenden Beitrag in Wirklichkeit geht.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Solche Pläne brauchen deshalb an sich noch nicht schlecht zu sein. Denn die potentiellen Nutznießer, oder diejenigen, die für sie arbeiten, haben neben dem Träger-Politiker (der sie vorträgt und durchsetzt) sicherlich auch (wenn sie nicht doof sind) - die Abstimmungsmaschine und deren Gesetzmäßigkeiten im Kopf und berücksichtigt, daß sich ein solcher Plan auch irgendwie rechtfertigen lassen muß. Sie wollen damit vor allem sicherstellen, daß bei seiner Umsetzung ihre Sonderinteressen nicht zu kurz kommen und sich ihre Aufwendungen schließlich auch wieder auszahlen.

Anders sieht es bei den Beraterverträgen aus, für deren Bezahlung der Politiker sorgen muß. In diesem Fall, ist der Politiker der unmittelbare Nutznießer der Beratung (wenn auch nicht der zahlende, das besorgt das Amt). „Wie“, fragt unser Naivling, „wenn der Politiker für das Amt zu doof ist, dann sollte man nicht ihn sondern gleich den Berater ins Amt wählen?“ Ist das etwa eine Lösung? Die Arbeit an der eigenen Karriere ist alleine schon so aufreibend, daß die zusätzliche Erarbeitung der nötigen Fachkompetenz darunter leiden muß.

Bei Mitgliedern höherplazierter Gremien handelt es sich meistens auch schon um Menschen, die an solcher Tätigkeit Gefallen gefunden haben und die es einzurichten wissen, daß sie dabei nicht draufzahlen – eher das Gegenteil. Auch diese Leute haben wenig Zeit, denn diese ist ausgefüllt mit Gesprächsterminen, Verabredungen, Händeschütteln und – nicht zu vergessen – Golfspielen. Nun muß als Vertreter in einem höherplazierten Gremium ein Vorsitzender oder Delegierter in ein noch höheres Gremium gewählt werden. „Wen soll man wählen? X und Y sind sympathisch, an dem stört dieses an jenem das und der dritte riecht aus dem Mund. Wen wählen?“ Den Besten natürlich! Aber wer ist das und zu welchem Zweck ist er der Beste (Man denke an die Frage, was besser sei, Schuhsohle oder

Schnitzel). Wer für den eigenen nächsten Karriereschritt der Beste sein könnte, ließe sich vielleicht noch selbst herausfinden. Wer aber ist es längere Sicht und für das ganze Gefüge, das die eigene Karriere trägt? Diese Frage ist so schwer zu beantworten, weil dazu sehr viele Eventualitäten zu berücksichtigen sind. Dafür eben gibt es Berater, die näher an das herangekommen sind, was dieses Gefüge im innersten Zusammenhält. Um nicht mißverstanden zu werden, das ist kein Neutrum, sondern etwas mit Kopf und Hintern - nur eben in der Regel unbekannt.

Berater verlangen – wie man weiß – einen hohen Preis, und sind ihn in der Regel wert, vielleicht ein wenig anders die Zielsetzung des Beratervertrags ausweist. Denn ohne den richtigen Rat zur rechten Zeit an der richtigen Stelle wäre so manche Karriere nicht möglich geworden. Schließlich müssen die Zuständigen erfahren, wen sie möglichst in welches Amt hieven sollen. Der Beraternutzen reicht über die bloße Hilfe bei Wahl- und sonstigen Entscheidungen weit hinaus. Was wäre eine hochdotierte Führungspersönlichkeit ohne Hintergrundinformationen? Die betreffen die wirklichen (nicht die geäußerten) Einstellungen und Meinungen von Freund und Feind über und unter der eigenen Position. Man sollte über Ereignisse Bescheid bekommen, ehe sie noch eintreten und vor allem sollte man allerlei Leichen in allerlei Kellern kennen, die keine Öffentlichkeit zu erfahren braucht, deren angedeutete Kenntnis aber Gremienentscheidungen nachhaltiger beeinflussen als die treffsichersten und logischsten Sachkenntnisse. Ohne den richtigen Berater ist man von den meisten dieser Informationen abgeschnitten, deren Kenntnis über die eigene Karriere und das Funktionieren im Amt entscheidet.

Es gibt noch einen Grund, weshalb nicht der Berater statt des Politikers ins Amt gewählt und der Politiker nur

sein PR-Agent fürs Händeschütteln etc. wird: Denn vielleicht strebt der Berater gar keine Karriere an und fühlt sich im Schatten und hinter der Bühne viel wohler. Letzteres sicherlich, sonst würde er ja ins Licht hinaustreten. Doch was macht ihm den Schatten so angenehm und erstrebenswert? So kann man sich verrennen, wenn man der schwierigen Antwort auf die erste Frage (Schuhsohle oder Schnitzel) aus dem Weg geht. Denn warum der Berater für den Politiker gut ist, das konnten wir mit einigem Nachdenken – jedenfalls im Prinzip – relativ leicht herausfinden. Offen ist noch die die Frage, wofür der Politiker für den Berater gut zu sein hat, damit er dessen Karriere fördert. Kommen Sie hier bitte nicht mit Geld – das ist, wenn es um Macht geht, immer nur Begleitmusik.

Ohne weitere Spekulation können wir nur feststellen: Berater sind die Treibriemen der heutigen, der westlichen Demokratie. Deren eines Rad, das angetrieben werden soll, kennen wir. Doch welches ist das antreibende Rad, das den Treibriemen antreibt? Wem die so betriebene Demokratie nicht paßt, wer ohne Berater das Gemeinwesen nach dem eigentlichen „Wählerwillen“ bewegt sehen will, wird ebenfalls bald auf „Berater“ stoßen, Doch die machen ihm das Leben schwer, weil sie zuständigen Leuten etwas zuraunen wie: „Der ist vom KGB, vom CIA, vom BND, ein dies und das oder etwas anderes Unappetitliches“, kurz man, erweise sich als guter „Demokrater“ und sichere sich den Genuß zutreffender Beratung, wenn man einen solchen schlimmen Menschen so weit als möglich auflaufen läßt usw. Sie glauben das nicht? Probieren Sie es aus! Sie können das leicht haben, denn das beginnt schon in den Organisationen und Gremien der untersten Ebene, wo es manchmal mit etwas Mut noch aufgedeckt werden kann – aber darüber...

„Beraterverträge sind wichtig“, hört man dieser Tage allenthalben; also muß was dran sein.

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Nicht gut, aber optimal:

Von Eliten und Elitären

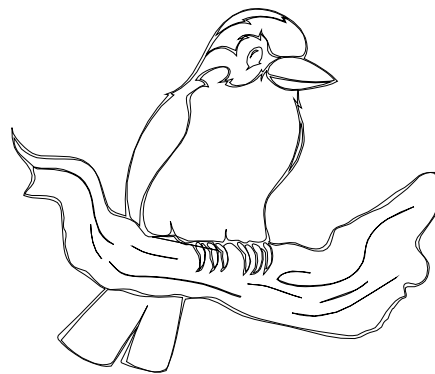
Nun haben auch die Engländer, dieses so demokratische Volk, deren Medien in der Regel wesentlich weniger politically correct berichten als unsere (wahrscheinlich, weil sie keinen Krieg verloren haben) ihren „Warren Report“. Mit ihm hatten damals in den USA Experten der politischen Elite den Leute weisgemacht, eine Kugel aus Oswalds Gewehr habe einen kleinen Umweg gemacht, um den Kopf des Präsidenten von der Seite zu treffen, sei dann umgekehrt, um ihn auch noch in die Brust zu treffen usw. Die Leute haben es geglaubt, von Berufswegen die einen, die anderen, weil es ihnen ihre Elite so gesagt hat und Einzelheiten nur belasten. Ähnliches versucht nun Lord Hutton mit der Perücke alteingesessener Lordship den Engländern beizubringen: Nein, die Regierung Blair hat keine Berichte gefälscht, wenn sie behauptete Saddam verfüge über Massenvernichtungswaffen, die innerhalb von 45 Minuten betriebsbereit sind, um England zu vernichten, er habe mit solchen Behauptungen nicht übertrieben und nicht versucht die Zustimmung für einen Krieg zu erschleichen usw. Freilich von den Waffen und ihrer tollen Wirkung fehlt noch immer jede Spur, aber das sei Sache der Geheimdienste. Weil die – wie der Name sagt- geheim sind, kann man auf sie allen Dreck abladen.

Vielleicht hat der Lord nicht einmal ganz so unrecht. Blair brauchte die Übertreibungen nicht, um die Abgeordneten für den Krieg stimmen zu lassen. Sie hätten es ohnehin getan, so wie sie jetzt für Studiengebühren von rund 3.000 Pfund im Jahr gestimmt haben, obwohl sie vorher auch alle dagegen waren. Abgeordneten geht es eben auch nicht anderes wie Angestellten: Der Job, die monatliche Gehaltsüberweisung, das ist der höchste Wert

im Leben. Wahrheit? Siehe Pilatus. Wer ohne Schuld ist, werfe Steine.

Es ist nicht so abwegig, wenn man von den Medien am 28.1. aufgrund einer FORSA-Studie und einer Allensbachumfrage gesagt bekommt, daß selbst in Deutschland nur noch 12% der Wähler etwas von Parteien halten und nur noch 18% glauben, daß man der selbst gewählten Regierung trauen könne. Noch 23% vertrauen auf Manager und 24% auf Gewerkschaftsfunktionäre (beachtlich, bei der Antiwerbung) und 15% noch immer Kanzler Schröder. Da bietet sich die Frage an, ob diese Leute sich selbst noch glauben, schließlich sind sie es, die diese Parteien und Politiker wählen – und das nicht nur einmal, sondern immer wieder, trotz allem immer wieder! Aber wen könnten sie sonst wählen, etwa sich selbst? Ja, wenn sie nur sich selbst glauben könnten. Das wäre der Anfang, um irgend jemandem trauen zu können. Aller Anfang ist schwer.

Das allgemeine Mißtrauen wird Rot-Grün jetzt ändern. Dazu wollen sie Elite-Universitäten, Universitäten für die Elite, einrichten. In ihnen sollen die richtigen Leute das Richtige lernen, um der breiten Masse das für sie Richtige so glaubhaft erzählen, daß die es ihnen auch wirklich glauben kann. Denn daran hapert es, wenn nur noch 12% der Bevölkerung den Parteien und nur 18% der Regierung noch abnehmen, was die sagen. Ob als Eintrittsgeld in die Eliten-Schmieden rund 4.500 € jährlich ausreichen, wie es Labor jetzt zur Unterstützung der Regierung Blair für alle Hochschüler – also auch die nichtelitären - beschlossen hat, ist hier noch nicht - jedenfalls offiziell nicht - entschieden. Vielleicht braucht man außerdem noch das richtige Parteibuch, die Zugehörigkeit zur richtigen Loge oder eine Bescheinigung einer höheren



01.02.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche denkt der Spatz über die neue Debatte zur Eliteförderung nach. Er überlegt, welche Ziele mit der neuen Eliteförderung wirklich verfolgt werden könnten, und wer von diesen neuen Eliten profitieren könnte. Und er vergleicht die neuen Eliteideen mit den Gedanken Humboldts und kommt zu einer vernichtenden Analyse.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Dienststelle des Westens. Auch das würde man natürlich nicht erfahren, so etwas würde – offiziell jedenfalls – strikt als Unterstellung abgewiesen. Elite, das sind Auserwählte.

An diesen Elite-Universitäten soll nicht nur Polito-, Psycho-, Sozial- also Manipulationologie gelehrt werden. Auch an Natur- und Wirtschaftswissenschaft (als wäre der „Modellplatonismus“ letzterer eine Wissenschaft) wird gedacht, wohl um die Massen glaubwürdiger zu überzeugen, daß eine Klimakatastrophe naht, man auf die Nutzung der Kernenergie verzichten müsse und Wind und Solar der letzte Schrei der Zukunft seien.

An solchen Universitäten würden dann „Studien“ erstellt, wie die am 21.1. an der Universität Rhode Island veröffentlichte eines Scott McWilliams Phd. Der behauptet, daß - so der Titel - „die Klimaerwärmung bewirken könnte, daß Singvögel gewisses Futter meiden“. Man beachte den Konjunktiv als Ausweis gepflegter Wissenschaftlichkeit. Die Studie will entdeckt haben, daß Pflanzen, wenn sie in großer Trockenheit mit zusätzlicher CO₂ Düngung aufwachsen, den für sie typischen Gehalt an Tanninen und Phenolen verändern, was sich auf die Raupen überträgt und den beliebten Vögel den Appetit verderben könnte. Oder jene Veröffentlichung von Chris Thomas mit 18 Co-Autoren, die am 8. Januar in der renommierten Zeitschrift Nature erschienen war und in allen „anerkannten“ Medien erwähnt wurde. In ihr wurde – möglichst unverrückbar - festgestellt, daß die Klimaerwärmung zu einem Massenaussterben von Tierarten führen könnte. „Wir reden hier von etwa 1,25 Millionen Tierarten“. Das Ganze ist eine hervorragende Studie darüber, wie man mit Modell-Spielereien alles nur Denkbare „wissenschaftlich“ computergestützt beweisen kann.

Wir dachten einmal, an den Universitäten ginge es darum, jungen Menschen bei ihrer Suche nach Wahrheit wenigstens auf einem Wissensgebiet zu helfen. Hatte der junge Mensch dann das nötige Rüstzeug erworben, um Meinungen methodisch auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu testen, dann war er geeignet, jede wissenschaftliche oder gesellschaftlich verantwortliche Position einzunehmen und sich das dazu erforderliche Fachwissen rasch anzueignen.

Das war so zu verstehen: Wer Meinungen unbesehen nachhängt, schadet sich in der Regel selbst (Manchmal zahlt es sich aus). Blinde Meinungsträger in führenden Positionen würden aber sowohl der Wissenschaft wie dem ganzen Gemeinwesen schaden. Daher legten vor Zeiten die Verantwortlichen fest, daß nur Leute, die die universitäre Schule durchlaufen und dabei gelernt hatten, Meinungen auf Wahrheiten oder doch wenigstens auf Wahrscheinlichkeiten zurückzuführen, in Führungspositionen aufsteigen, das heißt eine Elite bilden sollten.

Demokraten (wie wohl selbst Adelige) unter denen, die so dachten, wie Wilhelm von Humboldt, waren durchaus der Ansicht, daß jeder junge Mensch durch diese höhere Schule der Meinungs-Raffinerie gehen sollte. Sie waren aber realistisch genug einzusehen, daß das „wirtschaftlich“ (noch) nicht möglich war. Das war deshalb so, weil zu ihrer Zeit pro Kopf und Lebenszeit des Einzelnen im Durchschnitt nicht so viel an Lebensmitteln aller Art produziert werden konnte, daß aus der Arbeitszeit genügend Zeit für eine ausreichende Ausbildung herausgeschnitten werden konnte (bei 4 Millionen Arbeitslosen und viel produziertem Unsinn ist das anders). Wilhelm von Humboldt zog daraus den Schluß, daß zwar jede Schule das ihre dazu beitragen solle, daß Menschen ler-

nen, mit Meinungen umzugehen und diese möglichst in Wissen umzuwandeln. Aber spätere Führungskräfte, die ein Volkskörper benötigt, sollten, wenn sie sich dazu, weil sie geistig rege sind, besonders eignen, eine gewisse Zeit unter Anleitung der wissenschaftlichen Forschung an einer Universität widmen, weil das ihren kritischen Geist stärken und sie gegen bloße Meinungen immunisieren würde.

Humboldt wollte jedem Menschen bevor er sich an irgendeiner Stelle der Erwerbsarbeit widmet, eine solche Möglichkeit einräumen und sah darin die Voraussetzung für Demokratie. Doch die Verhältnisse waren nicht danach. Inzwischen ist das Hochschulwesen eine Drill und Grillanstalt, in dem junge Menschen „qualifiziert“, das heißt so geschmeidig gemacht oder mit Wissensstoff voll gestopft werden, daß sie sich an einer bestimmte Stelle des „Verwertungsprozesses“ oder als Funktionäre in einem der gesellschaftlichen Stellwerke eignen. Auch die Aneignung der Qualifikation erfolgt wirtschaftlich, das heißt, der einzelne eignet sich das gerade noch Erforderliche mit dem geringsten Aufwand an Zeit und Mühe an. Wem das optimal gelingt, findet optimale Verwendung an Stellen optimaler Verwertung und erhält dementsprechend optimalen Lohn. Der weist ihn dann objektiv als „Elite“ aus.

Wundern Sie sich noch über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände, die auf diese Weise „optimal“ eingerissen sind? Für bestimmte Leute sind sie es, sonst wären sie nicht eingerissen. Wahrscheinlich sind sie es für Sie so wenig wie für mich. Vielleicht liegt das daran, daß wir nicht optimal auf dieses optimale System eingestellt worden sind, d.h. noch keine Elite-Universität besucht haben. Holen Sie's nach, wenn Sie können und wollen!

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Same procedure as last year, as every year:

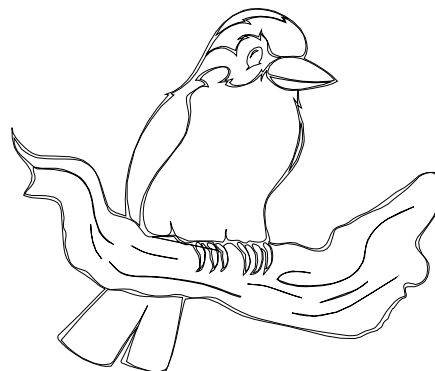
Politik, ein schmutziges Geschäft

„Kein Problem mit der Rentenkasse, in Kürze zieht die Beschäftigung wieder an und dann sind die Einzahlungen wieder gesichert“. Womit will die Beschäftigung anziehen, die Dame hat keine Arme und unsere Regierung erst recht nicht. Doch die hat wenigstens ein Mundwerk und das findet geduldige und gläubige Zuhörer. Jeder Papst im finstersten Mittelalter wäre über solchen Glauben froh gewesen, man hätte sich die Unappetitlichkeit der Autodafes sparen können. Heute droht zwar kein Scheiterhaufen, denn die Leute sind auch ohne sowas gefügig: Anstelle der Inquisition droht nämlich die Aufgabe, politische Verantwortung entweder selbst zu übernehmen oder sie nachhaltig von gewählten Politikern einzufordern. Wieviel einfacher und beschaulicher ist es da, zu klagen, zu jammern und Gott und die Welt zu beschwören – und, weitermachen wie bisher. In diesem Punkt sind sich Regierung und Wähler einig und deshalb „zieht die Beschäftigung bald an“.

Leute, die es wissen sollten, weil sie damit Geschäfte machen – und bisher keine schlechten - sehen es anders, Bill Gross zum Beispiel. Er ist Chef der Pacific Investment Management Company (PIMCO), des größten Fonds im Obligationshandel der Welt mit Anbindung an die Allianz-Versicherung. Zunächst läßt er sich im letzten Monatsbericht seiner Firma „Investment Outlook“ über Greenspans Wirtschaft im Allgemeinen aus, weil sie inzwischen eine ganz andere Wirtschaft sei, als die seiner Vorgänger, nämlich „eine globalisierte Wirtschaft, in der billige Arbeitskräfte in Asien und Lateinamerika die Arbeiter hier zu Hause (gemeint sind die USA, warum aber nicht auch Deutschland) ersetzen“. Ironisch fährt er fort: „Es ist eine Ökonomie voller technologischer Wunder wie Internet, Handy, hochschnelle Datenübertragung und dergleichen.

Wir können vielleicht nicht mehr zum Mond gelangen, aber die Dinge hier auf der Erde schwanken und wanken. Die problematischste Reform der letzten 20 Jahre war der Übergang der USA (warum nicht auch Deutschlands) von einer produzierenden zu einer Service und von dort zu einer Finanzdienstleistungs-Gesellschaft“ Am Beispiel General Electric verdeutlicht er das: „1980 stammten 92% seiner berichteten Gewinne aus der Produktion. 2003 kamen etwa 50% der Erträge von angeschlossenen Finanzdienstleistern, die weitgehend am An- und Verkauf von Firmen verdienen und mit der Fähigkeit, sich durch den Handel mit Swaps hindurchzumanövrieren“ (Er hätte auch Siemens wählen können).

„Doch Leute – geht es weiter – alle Vorwürfe einmal beiseite, ich muß euch vorwarnen, diese Geschichte hat kein Happy End. Hinsichtlich der Zeit ist es vielleicht noch nicht Mittag aber in Bezug auf das Endergebnis ist es allerhöchste Zeit. Die Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) sind in den letzten 20 Jahren in die Höhe geschossen und liegen so hoch wie nur kurze Zeit während der Depression der 30er Jahre. So weit so gut mögen New Ager sagen, was ist das Problem mit 400% oder 500% Anteil am BIP. Warum sollen wir nicht (um sie zu zahlen) Geld vom Flugzeug abwerfen, wie es der gute Ben Bernanke einst vorgeschlagen hat? Ich will nur sagen, daß in nächster Zukunft irgendwann jemand zu diesem endlosen Anstieg der Schulden spirale sagen wird: Jetzt ist aber Schluß! Vielleicht ist es PIMCO oder ein anderer, der so denkt wie wir, vielleicht ist es ein ausländischer Bond-Besitzer, den die inflationäre Aushöhlung seiner Einlagen stört, vielleicht wird ein Anleger in hochrisikante Hedgefonds von einer kommenden Krise wie der bei LTCM (Milliarden-



08.02.2004

DIESE WOCHE

In diesem volkswirtschaftlich orientierten Beitrag untersucht der Spatz wirtschaftliche Hintergründe, die vielen nicht geläufig sein dürften, die uns aber bald alle betreffen werden. Er zeigt, was wirklich reformbedürftig wäre, aber in den derzeitigen Reformdebatten dennoch nie vorkommt.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Pleite eines vielgerühmten Derivate-spekulanten 1998) zu Tode erschreckt. Schwer zu sagen, doch ich sage Ihnen, das wird passieren und damit einher wird eine Wirtschaftskrise gehen, wie wir sie schon lange nicht mehr erlebt haben“. Das war nicht der Spatz, sondern ein „Anerkannter“, und was er vorträgt, klingt nicht gerade nach „Anziehen der Beschäftigung“.

Brain Roseboro Unterstaatssekretär für US-Inlandfinanzen sagte auf einer Pressekonferenz am 4.2. Irgendwann zwischen Juni und September werden die Schulden der USA den gesetzlichen Deckel von 7,4 Billionen US\$ durchstoßen. 1970 gab es in den USA pro Haushalt 25.700 US\$ Schulden, 1980 waren es 58.000, 10 Jahre später 153.000 im Jahr 2000 schließlich 274.900 und drei Jahre später Ende 2003 waren es 340.600 US\$ pro Haushalt. In anderen Gegenden der Welt mag das nicht ganz so viel sein, trotzdem: „Wer wird das bezahlen?“

US-Präsident Bush hat damit keine Probleme. Er erhöht den Rüstungshaushalt (ohne die Kosten für Irak und Afghanistan) um weitere 7% und streicht dafür bei den ohnehin viel zu knappen Ausgaben für den Straßen- und Eisenbahnbau 32% weg, beim Wohnungsbau und Städtesanierung fliegen 20% weg und er kürzt bei 63 sonstigen Unterstützungsprogrammen der Regierung, 65 dieser Programme werden ganz gestrichen – zurecht, wie Bush meint. Denn Unterstützung ist unamerikanisch, sie fördert nur Faulheit. Auf diese Weise kommt er auf Ausgaben von 2,3 Billionen, denen erwartete Einnahmen von 1,7 Billionen US\$ entgegenstehen (ob die wirklich kommen, ist alles andere als wahrscheinlich, da auch er nur vom bevorstehenden oder schon einsetzenden Aufschwung träumt). Jedenfalls sind der Fehlbetrag neue zusätzliche Schulden. Man wird sich gefragt haben, wer die Gelder vorschießen soll.

Die Antwort lautete regierungsvertretertypisch: „Weiter wie bisher“! Ja-

pan hat den USA bereits 673,5 Mrd. Dollar, China 403,3, Taiwan 206,6 und Südkorea 157,4 Mrd. US\$ gepumpt (die europäischen Zahlen sind nicht bekannt, abgesehen von England dürften sie inzwischen deutlich geringer sein). Das sieht nun so aus: Amerikaner kaufen in Japan mit Dollar ein, die Regierung übernimmt diese Dollar gegen frisch gedruckte Yen (die durch die Dollar gedeckt wären). Japan gibt die Dollar an die USA zurück und bekommt dafür US-Schatzbriefe. Wo bleiben die Yen? Natürlich in der heimischen Inflation. Die japanischen Geldbesitzer werden entsprechend ärmer, das heißt ihre Yen werden weniger wert (aber was sind sie überhaupt wert?). Daß die Japaner das noch nicht besonders beim Broteinkauf gemerkt haben, liegt daran, daß diese Yen noch weitgehend Wertpapiere aller Art kaufen. Die Inflation verschwand in den „Wertsteigerungen“ der Papiere. Deren Wert hat „weltweit“ in den letzten Jahren pro Jahr um 16 – 17% zugenommen, meint Patrick Artus von der Bank Caisse des Depots et des Consignations und Chef-Wirtschaftsberater des französischen Präsidenten am 3.2. in Le Monde (Zumal wenn der Dollar schneller fällt als sie steigen). Irgendwann kann oder will keiner solche Papiere mehr kaufen – und damit endet dann der Film. Das war, was Bill Groß in seinem oben erwähnten Monatsbericht mit „no happy ending“ meinte.

Und deshalb denkt der Japanische Finanzminister Sakakibara laut darüber nach, daß die Dollar Situation „untenable“ (unerträglich) geworden sei. Jedenfalls will das Anthony Rowland von der Business Times of Singapore bei einem Interview Anfang Februar so gehört haben. „Das ist wie bei einem Kaufmann, der anschreiben läßt und nur noch Kunden hat, die nur noch anschreiben lassen. Wovon soll der Kaufmann leben?“ fauchte ein Beamter im japanischen Finanzministerium auf die Frage, was man unter „untenable“ verstehen solle. Was Sakakibara verlauten ließ, ist nicht so

neu. Das hatte mit anderen Worten 1996 schon der damalige Japanische Premier Minister Hashimoto bei seinem Besuch in New York gesagt – und wurde gefeuert. Rowland hatte bei der Gelegenheit noch gehört, daß man in Südostasien – sogar in Japan! – wieder Interesse an Gold zeigt. Das soll neben Japan vor allem auch für die Volksbank in China zutreffen. Der Japaner bestätigte es zwar, besänftigte aber sofort, es bestünde keine unmittelbare Absicht so zu handeln. Er klebt wohl an seinem Sessel?

US Finanzminister John Snow kommt sich recht clever vor, wenn er den Dollar gegenüber dem Rest der Welt sinken läßt, damit der Rest der Welt in den USA einkaufen solle. Was aber, wenn die genannten und andere Länder am Wert ihrer Dollarbesitzungen verzweifeln und Gold kaufen. Dann fällt beim Dollar der Boden heraus – oder es droht ein neuer Waffengang im „Krieg gegen den Terrorismus“.

Am gleichen Tag, an dem Brain Roseboro die neue US-Schuldenperspektive mit „feurigem Finger“ an Belsazars Wand schrieb, meinte der Europa Finanz-Kommissar Pedro Solbes in der Wirtschaftswoche weniger feurig. Der Maastrichter Vertrag hat sich in der Vergangenheit ganz gut bewährt. Doch die Regelung mit der 3% Grenze für Neuverschuldung läßt sich nicht beibehalten, eine höhere Staatsverschuldung solle zugelassen werden – „wenn Investitionen in wirtschaftlich sinnvolle Bereiche“ getätigt werden. Etwa in Windmühlen und Beraterverträge? Der Freie Bürger hat zwei Verpflichtungen, eine wirtschaftliche und eine politische. Wer eine außer Acht läßt – sich etwa mit dem Hut an den Straßenrand setzt, obwohl es jede Menge zu tun und zu arbeiten gäbe, darf sich nicht wundern, wenn man ihm in den Hut sch... Die meisten sind dann empört, weil sie ja wirtschaftliche arbeiten gehen und nur politisch faulenzten. Aber umgekehrt würden sie das mit dem Hut für richtig halten – lauter halbe Sachen!

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Mit voller Kraft zurück!

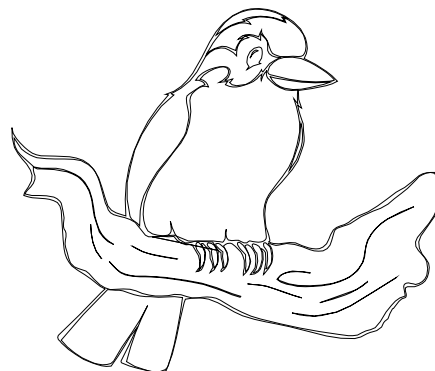
Am Golde hängt, zum Golde drängt...?

Alle Umkehr ist schwer. Je größer das Schiff, das plötzlich rückwärts fahren soll, desto länger treibt es in der bisherigen Richtung weiter, wenn sich die Schrauben schon mit vollen Touren andersherum drehen. Bei Menschen ist das nicht anders. Nichts hatte mich als Kind wütender gemacht, als die Tatsache, etwas zu Hause vergessen zu haben und deshalb den bereits gegangenen Weg noch einmal gehen zu müssen. Etwas Ähnliches ist mir später einmal in Essen passiert, als ich Richtung Dortmund statt nach Düsseldorf auf die B1 gefahren bin. Ich habe mich maßlos geärgert. Der Ärger stand in keinem Verhältnis zu den Kosten an Zeit und Sprit. Hier war mehr im Spiel, nämlich Psychologie. Wie erst, wenn die Umkehr das ganze bisherige Leben und Schaffen betrifft. Hierbei läßt die Resignation – weil sich das versäumte kaum zurückholen oder einholen läßt – meist nicht viel Ärger aufkommen. Doch bis es zum Umschalten kommt – siehe Ozeandampfer.

Umkehr täte heute wohl Not. Denn wer wollte weiterhin unserer Weltführung hinterherlaufen? Die Herren über Einkommen, Renten und die Lebensinhalte unseres Arbeitslebens, kurz die G-7 Führer des Weltfinanzsystems trafen sich letztes Wochenende in Boca Raton in Florida, um über die Situation zu sprechen. Natürlich ist von den Gesprächen außer ihrer Abschlusserklärungen nichts bekannt, doch die fordert: Waschen ohne naß zu werden. Da steht: „Wir halten fest, die Wechselkurse sollten die wirtschaftlichen Grundtatbestände widerspiegeln. Übermäßige Volatilität und ungeordnete Bewegungen auf den Währungsmärkten sind für das Wirtschaftswachstum nicht wünschenswert“. Aber schon wenige Absätze später forderten sie: „Mehr Flexibilität bei den Wechselkursen sei für große Länder und Wirtschaftsgebieten zu wünschen, denn das Fehlen dieser vom Marktmechanismus bedingten Flexibilität verhindert es, im internationalen Finanz-

system eine weiche, weitreichende Anpassung zu erzielen“. Greenspan trat in seiner Rede vor dem Kongreß am 11.2. vehement für „Flexibilität“ und gegen Protektionismus ein. Mit letzterem meinte er nicht Bushs Protektionismus gegen Terroristen. Greenspan und Co. sagen nicht so recht, wovor nicht geschützt werden soll. Das soll sich jeder nach Wunsch ausdeuten. Nur, wer sagt uns, daß denen „Wirtschaftswachstum (das Volatilität verhindert) wünschenswert“ ist? Immer diese trügerischen Selbstverständlichkeiten! Eher wünschen sie sich schon die „Anpassung“.

Sollte man, kann man das Ruder herumreißen? Der russische Nachrichtendienst Novosti berichtete von der Pressekonzferenz des russischen Präsidentschaftskandidaten Sergeij Glazjew am 5.2. in Moskau. Der sagte: „Die entscheidende Priorität kommt in der heutigen Weltpolitik der Formierung einer neuen Finanzarchitektur zu. (...) Unter dem Druck der übertriebenen Dollaremissionen der letzten 30 Jahre bricht zur Zeit das Finanz- und Wirtschaftssystem der gesamten Welt zusammen“. Die Russen hätten, weil die Regierung nicht auf seine Warnungen gehört hätte, bereits 20 Mrd. Dollar verzockt, dann wieder wörtlich: „Heute kann nur Rußland der Welt den Übergang zu einem neuen, gerechten und verlässlichen Weltfinanzsystem anbieten, das sich auf eine breite Grundlage vieler gleichberechtigter nationaler Währungen stützt“. Erführt dann aus, warum Europäer und Chinesen das nicht können, und daß er nicht zuletzt aufgrund eines Gesprächs mit Prodi von der EU wisse: „Die Europäer wollen so etwas, die Chinesen und die Inder. Es zeigt sich, daß sich ein Konsens zwischen großen Ländergruppen finden läßt, um zu einem neuen Weltfinanz- und Geldsystem überzugehen, das stabiler, verlässlicher und gerechter wäre. Das wäre die höchste Priorität für Rußland, um es in der Welt durchzusetzen.“ Wer wollte das? Und das auf der Seite Rußlands? – siehe Ozeandampfer.



15.02.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche denkt der Spatz über die Golddeckung der Währung nach, und über ihren Verbleib. Er untersucht, wie weit der geldwert schon ausgehöhlt worden ist, und was man tun könnte, wieder solides Geld zu schaffen, und weshalb es nicht getan wird. Wie immer voller unkonventioneller und politisch völlig unkorrekter Gedanken ist dieser Beitrag eine einzige Aufforderung zum Selberdenken und zum Selberhandeln...

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Etwas Neues ist nötig, das zeigt die Hektik der „Finanz-Experten“ hinter den Kulissen der G-7 und anderer Clubs. Wem soll man den Schwarzen Peter zuschieben: der internationalen Großfinanz oder der Bevölkerung. Die Antwort des Westens dürfte klar sein. Dabei sollte zusätzlich noch etwas herauspringen. Was, welche Lösung ist denkbar? Spekulieren wir also! Laß den Dollar in den Keller rauschen, erkläre ihn schließlich für wertlos und führe im allgemeinen Chaos ein neues goldgedecktes, also Gewißheit ausstrahlendes Zahlungsmittel ein, zum Beispiel den Mundo! „Geht doch nicht“, weiß Otto Normverbraucher ohne an den 11. Juli 1836, den 13. August 1841 und viele ähnliche Ereignisse in den USA zu denken – „die USA ist hochverschuldet, wo wollen die die Golddeckung hernehmen?“ Er braucht nicht zu fragen wer ist die USA, eher, wohin ist all das Gold gegangen. Wo ist das „Nazi-Gold“ geblieben oder viel interessanter, weil es viel mehr war, wohin ist das in Südostasien über Jahrhunderte gehortete Gold geraten, das sich die Japaner im 2. Weltkrieg mit äußerster Brutalität aus den Schatztruhen der Familien und Clans geholt hatten. Und dann das ganze Gold, das die Zentral- und Nationalbanken in den letzten Jahrzehnten auf Anregung der Federal Reserve Bank und der US-Papiergoldpolitik abgestoßen haben, nachdem man vereinbart hatte, den Goldpreis zu Gunsten der Wertpapierspekulation in den Keller zu drücken?

Wo ist es geblieben, und wo die Goldbergwerke, die für Nachschub sorgen könnten? Sie hatten in den letzten Jahren sehr schlechte Karten, weil der Goldpreis Jahrzehnte unter den Gesteinskosten lag. So etwas hält man als Unternehmen nicht lange aus, wenn nicht... Nun, wenn nicht was? Wenn einem nicht die Banken dabei helfen. „Sind die schizophren? Einmal drücken sie den Goldpreis unter die Herstellungskosten, andererseits sichern sie sich die Goldbergwerke“. Schizophren oder Schlau, jedenfalls haben sie etwas vor – und sicherlich keine Geschenke. Vermutlich ahnen Sie schon, wo das Gold geblieben ist. Etwas davon haben sicherlich weiterblickende Scheichs im Wüstensand vergraben, denn – man kann ja nicht wissen, und Großvater und Ur-

großvater waren nicht so dumm, wie uns die vom Westen weis machen wollen. Auch wird so mancher Südostasiater, der dazu in der Lage war, den alten Familienschatz wieder etwas aufgefüllt haben. Und der Rest?

Dann ist da noch Rußland. Es hatte beträchtliche Goldreserven, weil es ja auch eine nicht unerhebliche eigene Goldproduktion hatte. Nun, das hat die internationale Mafia unter ihrem Präsident Gorbatschow und noch westlicher unter ihrem Mitbruder Jelzin nach 1985 gründlich geändert. Außerdem gab es 1998 eine Krise der russischen Zahlungsfähigkeit, in der alles, was nicht niet und nagelfest – und selbst dieses – verscherbelt wurde, darunter natürlich auch das verfügbare Gold. An wen wurde es verscherbelt? Jedenfalls dachte Glazjew nicht an eine Goldwährung, sondern an einen Währungskorb wie den in Bretton Woods 1944 geflochtenen – nur sollte der nicht nur in einer Hand sein.

Der Polit-Buhmann Lyndon LaRouche hatte um 1975 (als es noch möglich war) schon einmal einen goldenen Rubel als Internationales Zahlungsmittel in einem Entwicklungsdreiecksgeschäft vorgeschlagen: Rußland rüstet Entwicklungsländer mit derber aber leistungsfähiger Technik aus, kauft für den Ertrag westliche Hightech und der Westen deckt sich aus den Entwicklungsländern mit exotischen Früchten, Rohstoffen und – das stand nicht im Programm – Arbeitskräften ein. (Seitdem ist er eine Person, die keine „anerkannte“ Person kennen darf). Die Idee entsprach damals ganz offensichtlich nicht westlichen Interessen. Aber sie war bei Grünspan und Co. bekannt. Doch inzwischen verlangen andere Verhältnisse andere Maßnahmen.

Vor einigen Jahren dachte man in Rußland später in Malaysia über eine neue internationale Goldwährung nach. Vor 14 Tagen sprach – wie berichtet – sogar der Japanische Finanzminister von so etwas. Was würde geschehen? Die USA wären auf einen Schlag schuldenfrei, behielte aber alles, was sie für ihr luftwaffengedecktes Papiergeld an realen Werten erworben hatten: Fabriken, Eisenbahnlinsen, Rechte an Medien, Politikern und anderes. Freilich wären

auch alle Dollar-Forderungen der USA an andere wertlos. Doch was sind die schon wert? Nehmen Sie Argentinien. Sein Präsident, Nestor Kirchner, kommt mit dem IWF nicht klar, weil er seinen Landsleuten nicht Sherlocks Pfund Fleisch aus den Rippen schneiden lassen will. Etwas anderes ist dort nicht mehr zu holen, denn es ist bereits verpfändet – nur auf dem Botschaftsgebäude in den USA klebt noch kein Kuckuck. Was also sind solche Forderungen wert? Das gilt inzwischen für die meisten Schuldner. Die Schulden haben ihren Dienst getan, sie können gehen. Außerdem trifft es die Konkurrenz, die weit mehr zu fordern hat, noch schlimmer: Zum Beispiel Ihre Versicherung, das heißt Ihre „hohe Kante“.

Was wäre gewonnen? Im dann einsetzenden Chaos, sucht jeder nach „wirklichen“ Werten, „Goldgedeckten“. Da kann Glazjews Währungskorb nicht mithalten. (Damit er gar nicht erst ins Gespräch kommt, wetterten Rumsfeld und McKain auf der jüngsten Wehrkundetagung wie in alten Zeiten gegen die Kommunisten, pardon natürlich gegen Rußland (Ihre Zeitung auch schon?). Das neue Geld wird der ausgeben, der das Gold gesammelt hat: Private Bankenkonsortien vereinigt als FED oder Weltbank oder etwas anderes. Da bekanntlich Geld die Welt regiert, regieren die alleinigen Gelddrucker dann auch alleine die Welt. Wie sagte doch der später US-Präsident John Quincy Adams 1821 in einer Rede vor dem US Kongreß über die US-Unabhängigkeit: „Sie war der Grundstein eines neuen (politischen) Gebildes, das dazu auserkoren ist, die gesamte Erdoberfläche zu bedecken“. (Wer war und ist die US und was meint ihre Unabhängigkeit? Immer diese Selbstverständlichkeiten)

Die Weltrevolution drängt an ihr Ende. Ist es die von Karl Marx? Völlig ausgeschlossen? Lesen Sie mal wieder das Kommunistische Manifest und was dort über Bankierssozialismus steht. Doch halt, fast hätte ich vergessen daran zu erinnern. Spekulation! Das alles war nur Spekulation. Was Grünspan und Co. vorhaben wissen wir nicht und werden es von den Medien nicht erfahren. Also weitermachen – siehe Titanic. Ist ja auch bequemer so.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Andere Zeiten, andere Sitten:

Helau! Wir leben noch!

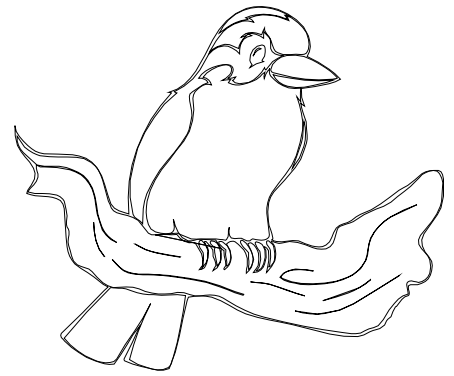
Das Folgende entstammt Anregungen von Bekannten und wurde mir mit weitgehend anderen Worten zugeschickt:

Wer nach 1978 geboren wurde, braucht nicht weiterzulesen. Kinder von heute werden in Watte gepackt, wahrscheinlich, weil sie eine so große Seltenheit sind. Wenn Du in den 50er oder 60er Jahren geboren bist, solltest Du Dich wundern, daß Du überhaupt so lange durchhalten konntest – denn das Aufwachsen war damals so gefährlich gewesen.

- Für die aus den 40er Jahren ist ohnehin kaum zu glauben, daß sie es überstanden haben:
- Für uns war die Straße nicht zum Autofahren da, sondern zum Spielen.
- Sollten wir doch einmal gefahren sein, dann gab es für uns keine Sicherheitsgurte und keine Airbags und doch: Helau wir leben noch
- Unsere Bettchen waren in bunten Farben bemalt - voll Kadmi-um und Blei. Wir fanden das schön und: Helau wir leben trotzdem!
- Fläschchen aus der Apotheke konnten wir ohne Schwierigkeiten aufschrauben, auch die mit Putz- und Bleichmitteln und doch: Helau!
- Türe und Schränke waren eine ständige Bedrohung für unsere Fingerchen, aber wir hörten die Türangeln so gerne quietschen und wunderten uns, wie sich die Lager drehten. Unsere Finger haben es überlebt und wir auch.
- Auf dem Fahrrad trugen wir nie einen Helm.
- Wir tranken Wasser aus Wasserhähnen und nicht aus Fla-

schen. Es schmeckte uns trotzdem oder gerade deshalb.

- Wir bauten Wagen aus Seifenkisten und entdeckten beim ersten Fahrversuch am Hang, daß wir die Bremse vergessen hatten. Nach einigen Unfällen kamen wir auch damit klar, auch mit der scharfen Rechtskurve mitten im Berg.
- Wir haben uns Deutschland vom Fahrrad aus angesehen und nicht durchs Autofenster. Wir haben unter Bäumen übernachtet und nicht in Hotelbetten. Wir wurden davon nicht krank, Kein Raubtier hat uns gefressen und kein gefährlicher Mensch uns etwas getan.
- Wir verließen die Wohnung zum Spielen.
- Uns hielten nicht Playstations, Nintendo 64, X-Boxen, Videospiele, hunderte Fernsehkanäle und Filme auf DVD, davon ab. Wir hatten auch kein eigenes Fernsehen im Zimmer, keinen Computer und keine Internet-Chat-Rooms.
- Dafür gab es Ruinen, in denen es viel zu entdecken gab und Müllkippen. Wir haben weggeworfene Geräte demontiert und manche von uns haben sogar versucht, sie wieder zum Laufen zu bringen, insbesondere, wenn es sich um einen Motor oder gar ein Motorrad handelte.
- Unsere Mütter regten sich nicht allzu sehr darüber auf, wenn wir dreckig nach Hause kamen. Nur wenn die Kleider zerrissen waren, gab es Ärger, dann nämlich, wenn wir uns nach der Schule nicht umgezogen hatten.
- Wir blieben den ganzen Nachmittag weg und mußten erst zu



22.02.2004

DIESE WOCHE

In einer Zeit, da Laufställe für Babies mit der Anleitung versehen werden, das Baby vor dem Zusammenfallen des Laufstalles zu entfernen, macht sich der Spatz Gedanken über Fürsorge und Verantwortung, über Erziehung und Würde, kurz über mögliche Ursachen der derzeitigen gesellschaftlichen Misere. Das paßt gut in den Karneval, ist aber eigentlich eine ernste Sache.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Hause sein, wenn die Straßenlaternen angingen. Niemand wußte, wo wir waren und wir hatten auch kein Handy dabei.

- Wir hatten uns geschnitten, brachen uns Knochen und Zähne, ohne daß deshalb einer angeklagt wurde und sich Gerichte darum kümmerten, wie es dazu kommen konnte. Es waren eben Unfälle und die kamen eben vor – nur sollten wir in Zukunft besser aufpassen. Keiner fragte nach der „Aufsichtspflicht“. Niemand war Schuld als wir selbst.
- Wir kämpften und schlugen uns dabei auch manchmal bunt und blau. Damit mußten wir leben, denn Erwachsene interessierte das nicht. „Vertragt Euch“, meinten sie, und allmählich lernten wir, was sie damit meinten und fanden heraus, daß Sie Recht hatten.
- Wir aßen, was wir kriegen konnten, auch Kekse, Bonbons und Brot mit möglichst viel Butter darauf. Es hat uns nicht dick gemacht und an Cholesterin litten wir auch nicht.
- Wir ließen die Flasche, wenn wir eine hatten, herumgehen und jeder trank daraus. Das hat uns nicht krank gemacht und schon gar nicht ist jemand daran gestorben.
- Wir hatten Freunde und wir hatten Feinde. Wir gingen einfach raus und trafen sie auf der Straße.
- Wenn wir sie dort nicht antrafen, gingen wir zu ihnen und klingelten. Manchmal brauchte man gar nicht zu klingeln, weil die Wohnungstür offen stand. Wir brauchten keinen Termin zu ver-

einbaren und nicht das Einverständnis der Eltern einzuholen, nicht der eigenen, nicht der unserer Freunde.

- Keiner hat uns hingebacht und niemand hat uns abgeholt. Wir wußten, wann wir zuhause sein mußten, auch wenn wir keine Uhr am Arm trugen.
- Wir dachten uns neue Spiele mit dem aus, was wir entdeckt hatten oder vorfanden, mit Holzstöcken oder Tennisbällen.
- Wir aßen Würmer oder Käfer. Das war eine Mutprobe und wir stellten dabei fest, daß man uns belogen hatte. Die Würmer überlebten das nicht und wir bekamen sie davon nicht.
- Es ist auch nicht wahr, daß wir uns mit den Stöcken die Augen ausgestochen haben.
- Beim Straßenfußball durfte nur mitkicken, wer gut war.
- Wer nicht gut war, mußte lernen, mit Enttäuschungen auszukommen oder etwas zu entdecken, wo er gut war, und uns davon überzeugen. Wir haben ja nicht nur Fußball gespielt.
- Manche waren schlauer als andere. Die anderen schrieben schlechte Noten oder rasselten durch Prüfungen durch. Wir haben ihnen das so wenig übel genommen, wie den einen ihre guten Noten. Jeder mußte selbst herausfinden, wo er „gut“ war und was er damit anfangen wollte.
- Unsere Eltern haben sich nicht für unsere Hausaufgaben interessiert. Die zu erledigen war unsere Sache und unsere Pflicht, so wie sie die ihren hatten. Die Noten interessierten sie schon, aber sie haben, wenn sie andere er-

wartet hatten, nicht dem Lehrer sondern allenfalls uns eine Szene gemacht. Sie kamen nicht auf die Idee, deshalb Elternabende aufzuheizen oder dem Klassenlehrer mit Fremdgutachtern oder gar Gerichten zu drohen.

- Wenn wir etwas auszufressen hatten, mußten wir das selbst tun, unsere Eltern haben uns da nicht raus gehauen. Sie waren meistens der gleichen Meinung wie die Lehrer oder die Polizei und setzten noch etwas drauf.
- Was wir taten, hatte Folgen – manchmal unangenehme.
- Einiges davon konnten wir vertuschen. Aber dann fühlten wir uns nicht wohl. Solche Erfolge lagen uns schwer im Magen und wir fühlten uns in unserer Ehre gekränkt – Ehre?
- Wir liebten den aufrechten Gang, selbst wenn der kostspielig war. Von denen, die nicht so dachten, lernten wir bald, daß es Krücken waren. Ihre Freundschaft galt uns nicht viel, selbst wenn sie viel hatten.
- Die meisten von uns sind etwas geworden.
- Unter uns gab es viele findige Leute, sie haben später Probleme gelöst oder Erfindungen gemacht.
- Wir haben etwas unternommen, etwas geschafft oder sind gescheitert. Wir mußten und konnten damit leben. Gejammert haben wir nicht, das haben wir den anderen überlassen, den in Watte Gepackten.
- Wir haben sie nie darum beneidet. Und doch: Helau, wir leben noch!

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

„Zieht Euch warm an“, oder:

Bleibt nur die Wahl zwischen Brutalo- und Ökofaschismus?

Der Krieg im Irak scheint verloren zu sein, jedenfalls was die Kriegsziele seiner Planer anbelangt. Das zeigt sich daran, daß der US Präsident die Vertreter des wenig unternehmungslustigen Alten Europas, wie Chirac und Schröder plötzlich wieder zu umschmeicheln beginnt. Wahrscheinlich bittet er sie auch um einen Zuschuß zu Beseitigung der Scherben. Aber der ist nicht die Hauptsache. Von Menschen und ihrem Schicksal ist in diesem Zusammenhang jedenfalls nicht die Rede, dafür immer offener vom Dollar und der Gefahr, die wieder einmal von ihm für das Wirtschaftssystem ausgeht. Der Dollar war das eigentliche Thema sowohl des Krieges und erst Recht der Nachkriegszeit.

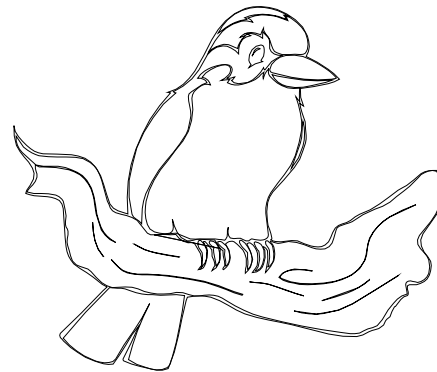
Daß es nicht gut um den Dollar steht, ist bekannt. Es wurden zu viele davon gedruckt, und deshalb will sie keiner mehr. Wahrscheinlich liegt das Problem aber noch anderswo: einige Leute weltweit haben zu viel Geld und wissen nicht, wo und wie sie es noch gewinnbringend anlegen können. Sicher, produktive Aufgabe gäbe es genug, doch dort zu investieren brächte keinen Geldgewinn, weil die Betroffenen keines haben. Wo und wie ist noch Geld zu verdienen, das scheint die eigentliche Krise zu sein. Indirekt sind Sie über die Verzinsungen ihrer Pensionskasse mit an dem Problem beteiligt.

Unser Kanzler hat am 25.2. öffentlich gefordert, die Europäische Zentralbank solle die Zinsen senken, damit die Leute ihr Geld wieder in die USA bringen, um den Dollar und damit das Weltfinanzwesen stabil zu erhalten. Dazu möchte auch Herr Greenspan die Ausländer ermuntern. Dazu seine Vorschläge zur Sanierung der Finanzen, die er am gleichen Tag dem House Budget Committee der US-Regierung vorlegte. Nein, er schlug nicht die Rücknahme der Steuer senkungen an Reiche vor, sondern um wieder mit Geldgewinnen locken zu können, also um der notleidenden Finanz-

wirtschaft willen, dürfte nicht mehr so viel Geld für Renten und die medizinische Notversorgung der Armen verschwendet werden. „Wir haben keine andere Wahl, als strukturelle Anpassungsreformen in den größeren Rentenprogrammen vorzunehmen“. Er denkt an die Anhebung des Rentenalters und die Absenkung der Inflationzuschläge bei den Renten, und „das wichtigste Haushaltsproblem“ von allen sei die Gesundheitsfürsorge (health care). Hat der das nun von Rot-Grün oder Rot-Grün vom Grünspan? – Sie dürfen raten, weil die Antwort nichts ändert. Im Gegenteil.

Was hat das nun mit einander zu tun, der Irak und das Dollarproblem? Vielleicht klärt ein neuer Slogan aus dem Pentagon die Frage: „Viel schlimmer als der Terrorismus“, war zu hören, „sei die kommende Klimakatastrophe“. Kommt uns vertraut vor, finden Sie nicht? CIA-Chef George Tenet zeigte sich noch nicht ganz „up to date“, denn er warnte bei seinem monatlichen Bedrohungsbriefing am 24.2. vor dem dafür ausgewählten Senatskomitee für noch immer vor dem „Anwachsen der antiamerikanischen Jihadisten-Bewegung“. Die Predigt enthielt aber - abgesehen von weniger interessanten Details über Islamisten - immerhin den bisher in Washington kaum gehörten Hinweis, daß „verzweifelte soziale und wirtschaftliche Bedingungen“ den terroristischen und kriminellen Gruppen weiteren Zulauf sichern könnten. Hat dieser neue Zungenschlag etwa doch etwas mit der neuen Politikwendung zu tun?

Sagt der „Wetteralbraum des Pentagons“, wie die Zeitschrift „Fortune“, die neue Linie überschrieb, etwas dazu? Nachdem der US-Senat die Sache die CO₂-Emissionsgeschichten im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll als „unwissenschaftlich“ abgelehnt hatte, zieht das Pentagon die Klimakatastrophe neu aus der Tasche. Es kümmert



29.02.2004

DIESE WOCHE

Jetzt, da der Wahnsinn von Kyoto über uns kommen soll, überlegt der Spatz, welchen Grund die Mär vom Klima wirklich hat. Er findet, wie die Leute auf künftige Verknappungen vorbereitet werden sollen, und überlegt, was wirklich hinter der inszenierten Rationierung stecken könnte. Lesenswert, daß das Umweltbundesamt gerade dieser Tage die neue Öko-Planbehörde einrichtet: wir stehen vor dem dritten sozialistischen Versuch auf deutschem Boden.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

sich weniger um das CO₂ (aber Kyoto ist noch dabei), sondern vor allem um die Katastrophenszenarios, mit denen man uns in den letzten Jahren geschreckt hat. Es tut das amerikanisch, d.h. größer, schneller, schrecklicher.

Weil eine „Klimaerwärmung“ im Grunde wenig schreckt, und die Amerikaner im letzten Winter ganz andere Erfahrungen gemacht haben, greift man eine Idee auf, die sich der Potsdamer Professor Stephan Rahmdorf aus Hypothesen Anderer zurechtgerechnet und die ihm immerhin eine 1 Million US\$ schwere Anerkennung eingebracht hatte. Danach führt die angebliche Klimaerwärmung durch CO₂ nicht zu einem angenehm wärmeren Klima, sondern über die Abschwächung des Golfstroms zu einer neuen Eiszeit, die vor allem Europa heimsuchen wird. Die neue Klimakatastrophe bedeutet daher: „Abkühlung, Trockenheit und mehr Stürme“, das wiederum senkt die „Carrying Capacity der Erde“ d.h. die Erde kann deutlich weniger Menschen „mit Nahrung Trinkwasser und Energie versorgen“ und das führt zu „Grenzproblemen, globalen Konflikten und Wirtschaftsmalaise“ und – damit zu mehr Terroristen. Damit ist im Grunde der gesamte Inhalt des Papiers wiedergegeben. Der Rest malt das Szenario nur etwas bunter aus, wie: „In Zukunft werden Kriege unser gesamtes Leben bestimmen“.

Das Papier sagt wie bei Grünen üblich nicht, daß es so eintreten wird, sondern nur, daß es so eintreten *könnte*, und man sich deshalb auf diese Eventualität vorzubereiten habe. Damit ist es so realistisch, wie die Ankündigung des nächsten Meteoriteneinschlags. Beides hat es gegeben. Ein Meteoriteneinschlag soll die Dinosaurer vernichtet haben. Die kleine Eiszeit mit Hungerkatastrophen und Hexenprozessen (weil diese angeblich daran schuld waren) fand zwischen 1400 und 1860 statt. Sie hatte allerdings nichts mit vermehrtem CO₂ Ausstoß zu tun, sondern mit einer abrupt eingetretenen, vorübergehenden Trägheit der Sonne.

Auszuschließen ist nicht, daß so etwas wie die kleine Eiszeit bald wiederkommt. Nur, geht es dem neuen Pentagon-Papier darum? Wenn das der Fall wäre,

würde man alle Anstrengungen unternehmen, 1. das blöde CO₂-Argument endlich aufgeben, 2. die Nutzung der Kernenergie weiterzuentwickeln und 3. möglichst schnell die Kernfusion in den Griff zu bekommen? Nichts dergleichen geschieht, aus vielerlei Gründen, und weil dafür kein Geld übrig ist. Denn das vorhandene Geld soll das Weltfinanzsystem retten (und das Klima ist der Vorwand) und allenfalls noch die internationale Polizei gegen den Terrorismus angemessen bewaffnen. Tenet ist also noch im Boot.

Jedenfalls muß den Leuten erklärt werden, warum sie sich in Zukunft kräftigen Gürtel werden enger ziehen lassen müssen, und zwar so eng, daß es eine große Anzahl Menschen nicht überleben wird, und daß es keinen Zweck hat, als „Terrorist“ dagegen aufzumucken. An der ganzen eingetretenen Malaise ist dann natürlich auch nicht die moralische und geistige Armut der herrschenden Elite Schuld, sondern, wie in den USA üblich, die anderen. Dieses Mal sind es alle Unersättlichen, die für die Obereliten keine ausreichenden Geldgewinnmöglichkeiten bereitstellen und für die Carrying Capacity der Erde einen Platz vorsieht.

Der Milliardär Gary Comer und andere weniger bekannte US-Krösos nehmen sich der neuen Sache an und machen die Verkündung der Klimakatastrophe nun plötzlich zu ihrer philanthropischen Herzensangelegenheit. Das Weltwirtschaftsforum in Davos hatte bereits auf seinem letzten Treffen Robert Gagosian vom Massachusetts Institut die Politikmacher ermahnen lassen, die Möglichkeit einen abrupten plötzlichen Klimawechsels in den nächsten 20 Jahren ins Auge zu fassen. Und Hollywood kündigt für den kommenden Sommer mit „Der Tag nach dem Morgigen“ einen entsprechenden Film an. In ihm wird Dennis Quaid als Wissenschaftler die Welt vor der kommenden Eiszeit retten, die durch die Klimaerwärmung ausgelöst wird.

Verantwortlich für die neue Gruselstudie zeichnen Andrew Marshall, Peter Schwarz und Dough Randall. Der 82 jährige Marshall betreibt seit 1973 einen geheimnisumwobenen Think Tank, in dem für das Verteidigungsministerium künftige Bedrohungen und entsprechen-

de Gegenmaßnahmen angedacht werden. Donald Rumsfeld hatte ihn zum Beispiel damit beauftragt die „Transformation“ des US-Militärs zu ihrer Rolle als Kämpfer gegen weltweite Terroristen vorzubereiten. Er tat das, und schlug dafür gleich ein ganzes Arsenal neuer Wunderwaffen vor. Der andere hat eine jüngere, dafür bewegtere Geschichte. Er kam ursprünglich aus der Nachwuchsführungsschicht von Royal Dutch/Shell, arbeitete dann für mehrere Organisationen darunter auch für den CIA und entwarf für Steven Spielberg futuristische Filmszenarios z.B. für Minority Report. Schließlich gehörte er zusammen mit Coautor Doug Randall zur Aufsichtsguppe des Global Business Network.

Man sieht, es geht um Business nicht um Klima. Wie immer, wenn eine Elite mit ihrem Latein am Ende ist, werden Kriege angezettelt. Da es keine Feinde mehr gibt, deren Eroberung zu einer nennenswerten Gewinnmaximierung beitragen könnte, bleibt nur der Druck nach innen.

Dann sind da noch folgende Ereignisse: In vier Wochen will die EU die „Allokation“ von CO₂-Emissionszertifikaten vornehmen, um dann der in Europa noch für die Versorgung der Menschen produzierenden Industrie bereits „am Tag zuvor“ langsam den Energiehahn zuzudrehen. Der Wirtschaftsberater Putins, Andrej Illarion hatte vor einem internationalen Forum das Kyoto Protokoll als „Wirtschaftsauschwitz für Rußland“ abgelehnt, weil es den Wiederaufbau Rußlands und anderer Länder mit entsprechendem bedarf entlang der „Neuen Seidenstraße“ verhindern würde. Ohne Rußland und die USA (für die es ohnehin nicht gedacht war) wird das Kyoto-Protokoll aber nicht verbindlich. Sind die Russen dazu zu zwingen?

Manche meinen, die Studie kündige die Wahlentscheidung der Elite für Kerry an, andere sehen darin eine Daumenschraube für Rußland – das mag ja sein, ist aber unerheblich. Es geht um den anstehenden Zusammenbruch des Finanzsystems und „den Tag danach“, und um Ihre Alternative zum herrschenden Szenario. Haben Sie eine? Ich schon, aber die will keiner der Schlauberger hören.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Wo stehen wir?

Der Versuch eines Überblicks auf zwei Seiten

Die Höhe der deutschen Staatsverschuldung beträgt zurzeit 1,3 Billionen Euro (Deutschland ist kein Einzelfall sondern entspricht der Regel im freien Westen). Sie steigt in jeder Sekunde um 2.255 Euro an. So schnell sind Staatsschulden noch nie gewachsen, vor allem nicht in Friedenszeiten. Doch auch Renten und Pensionsansprüche gehören zu den Verbindlichkeiten des Staates. Sie treiben die Staatsschuld auf 4,8 Billionen Euro. Damit ist sie doppelt so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt. Seit Mitte der 60er Jahre hat sich die Staatsschuld um das 28-fache vermehrt. Die staatlichen Zinsverpflichtungen stiegen um das 37-fache. Staatsschulden sind nur ein Teil der allgemeinen Verschuldung. Es macht keinen Sinn, auch diese aufzuführen, denn sie ist inzwischen unbezahlbar.

Die neu hinzukommenden Verbindlichkeiten entsprechen nicht, wie es bei einer ordentlichen Haushaltsführung noch anginge, Investitionen minus Abschreibungen z.B. Maschinen oder Infrastruktur. Im Gegenteil man „schrumpft sich gesund“. Das Wichtigste wird „privatisiert“ der Rest beseitigt. Das heißt, das gesamte Investitionsvolumen wird kleiner während die Schulden zunehmen. Fällige Zins- und Tilgungszahlungen werden aus neuen Schulden bezahlt. Zu deutsch, der Staat, und wer es sich leisten kann, treibt – in neuen, beschönigten Formen – Wechselreiterei. „Schuldenabbau“ gibt es weder bei der öffentlichen Hand noch sonst wo, von einzelnen angesehen.

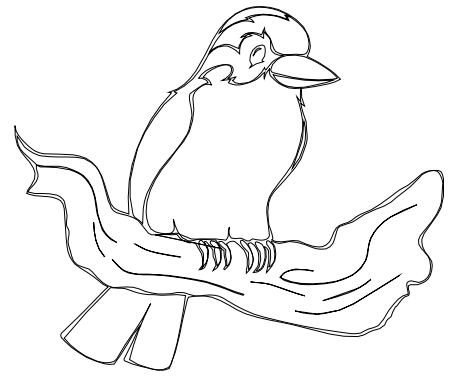
Der Staat (und nicht nur der) ist – legt man vernünftige Maßstäbe zugrunde – bankrott. Das gleiche gilt für die meisten größeren Institutionen und zunehmend auch für kleinere Firmen und Privathaushalte. Was regiert ist die „Solange wir noch dran sind“ Mentalität. Über Reformen und sonstwie wird herausgepreßt, was geht, um gerade noch am Offenbarungseid vorbeizuschrammen. Dabei wird sogar – das ist die Eigenart der grünen Welle – die Wertschöpfung (Produktion) noch weiter gedrosselt, um Geld statt in Investitionen in die angebliche Dämpfung des Schuldenanstiegs, die beschönigte Wechselreiterei, zu stecken: Jede Mark wird zusammengekratzt, um wieder

ein Jahr ungeschoren über die Runden und damit der Pension einen Schritt näher gekommen zu sein. Doch wer kommt für den Rentenanspruch auf?

Die Ursachen für diese Entwicklung und die Resignation, mit der man sich auf allen Ebenen abfindet, ist vor allem ideologische Verblendung, die Verengung der Optik auf den Geldgewinn (ohne zu bedenken, was „Geld“ eigentlich ist). Man kratzt sich an die Marktwirtschaft als die beste aller Welten, weil sie es für einen Teil der Menschen bisher auch war, ohne ihren Mechanismus begreifen zu wollen. Man verklebt sich den Verstand mit „Fakten“, Zahlen und Einzelheiten, ohne auf das treibende „Prinzip“ zu achten. „Ideologie als Entideologisierung“ ist die Geisteshaltung, wenn die Granaten explodieren und sich jeder nur noch ein Fuchslotz zum Überleben sucht.

Derscheinbare Vorteil der Marktwirtschaft ist ihr Hauptproblem: Einzig verbleibendes, wirtschaftliches Handlungsmotiv ist der Geldgewinn. Dieser ließ Marktwirtschaftler ursprünglich nach jedem zahlungsfähigen gesellschaftlichem Bedarf Ausschau zu halten: Wo läßt sich eine zahlungsfähige Not durch ein entsprechendes Angebot wenden? Jeder war „frei“ und konnte sich beteiligen. Wer allerdings am Markt vorbeiproduzierte, verlor seine Freiheit, seinen wirtschaftlich bestimmenden Posten, konnte aber als Befehlsempfänger für die mit dem Blick fürs Notwendige arbeiten. Daher der Jubel: Das Einzelindividuum ist sich selbst genug, der Markt ersetzt jede gesellschaftliche Einigung, seine Freiheit entbindet von jeder wirklichen Verantwortung, der Mensch braucht nicht gut zu sein. Was will man mehr?

Solange aus vormarktwirtschaftlicher Zeit vorhandene Zahlungsfähigkeit abzuschöpfen war, bewährte sich der Markt, solange konnten die fähigsten Marktwirtschaftler die Befehlszentren der Gesellschaft im In- und dann auch im Ausland erobern, weil den anderen Kräften mit der Zeit die Mittel ausgingen. Schließlich war nur noch diejenige Zahlungsfähigkeit in der Gesellschaft vorhanden, die von den Marktwirtschaftlern (die von Indi-



07.03.2004

DIESE WOCHE

In diesem Grundlagenbeitrag stellt der Spatz mit seltener Klarheit wirtschaftliche Zusammenhänge dar, die in den Vorlesungen der Wissenschaftler deutlich zu kurz kommen. Er demonstriert die Systembrüche der Marktwirtschaft, und weshalb durch Angst vor angeblich kommenden Katastrophen verknappt werden muß – und zeigt am Schluß eine Alternative auf.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

viduen hatten längst bezahlte Vorstände eingenommen) selbst in Form von Löhnen, Gehältern, Steuern und sonstigen Zahlungen in Umlauf gebracht worden sind und damit nur den Kosten entsprachen. D.h., mit dem gesamten Angebot ließen sich im besten Fall nur die Kosten zurückholen, wirkliche Gewinne waren unmöglich. Geldwechseln macht wirtschaftlich keinen Spaß. Also schuf man fiktive Gewinne. Im Geld verbanden sich wirkliche und fiktive Gewinne ununterscheidbar.

Die 1. Stufe fiktiver Gewinne ging auf Kosten der Konkurrenz. Erreicht war wieder die Ebene des Tauschhandels: der Vorteil des Einen war der Nachteil des Anderen. Seine Berechtigung hatte der Tausch, weil er Überfluß- und Mangelunterschiede ausglich. Er schafft aber keinen Wert. Adam Smith konnte Denkmale betören, und ihnen das als Zuegewinn, als Quasiwert erscheinen lassen. Diese Stufe ist durch Vermögensübernahme und Firmenkonzentration gekennzeichnet. Man nahm sich gegenseitig Marktsegmente mit noch vorhandener Zahlungsfähigkeit ab.

Die 2., eigentliche Stufe fiktiver Gewinne waren Buchungstricks, erst quasi erlaubte, heute sind es die quasi verbotenen (Enron, Parmalat etc.), und das ist systembedingt: Die Kredit- oder Eigenfinanzierung der Gewinne durch die Firmen über die Konten anderer. Man stelle möglichen Abnehmern die benötigten Zahlungsmittel zum Erwerb der Angebote zur Verfügung und schob die in Zahlungsmittel umgewandelten Forderungen wie einen „Schwarze Peter“ anderen zu. (Daher das Anwachsen der Schulden ringsum). Gewinne häufen sich als offene Forderungen an. Das fiel zunächst nicht auf, weil sich die Forderungen an andere – zum Teil – als Zahlungsmittel verwenden ließen. Das Überleben im Moment wird durch Verpfändung der eigenen oder der Zukunft derer, von denen das letzte Indossament auf den Zahlungsmitteln stammt, gerettet. Den letzten beißen die Hunde. „Privatisierung“ ist der Versuch, zweifelhafte Zahlungsmittel gegen etwas „Reales“ z.B. ein Wasserwerk, das noch Ausbeute verspricht, einzutauschen.

Die Kreditfinanzierung der Marktgewinne funktioniert solange der Produktivitätszugewinn die inflationäre Tendenz des wachsenden Zahlungsmittelumsatzes einigermaßen wettmacht. Für die Gewinne kam zum Teil die schleichenden Geld- und Vermögensentwertung des Publikums auf. Die „hedonistische Buchführung“ versucht dem gerecht zu werden: Sie kaufen z.B. einen Computer heute wie gestern für 100 Geldeinheiten, der inzwischen leistungsfähigere Computer hätte gestern noch 110 Geldeinheiten gekostet, also wird er heute zu 110 verbucht (obwohl nur 100 Geld geflossen sind). Nach dem Muster werden heute amtliche „Wachstumszahlen“ gestrickt. Mag so etwas bei Computern vielleicht stimmen, mit Sicherheit stimmt es nicht für den gesamten Warenkorb und nicht für eine „reale“ Gewinnrechnung. Die fiktive Geldgewinnrechnung überzeugt, solange man das Fiktive am Geld übersieht.

Damit sind wir auf der 3. Stufe, bei der Selbstkannibalisierung der Marktwirtschaft. Käufer können nicht einmal den ihnen als Kostenanteil überlassenen Betrag auf den Markt bringen, weil ein wachsender Teil davon Gläubigern verpfändet ist. Alle Taschen, die sich mit fiktiven Zahlungsmitteln, also Schulden, vollstopfen ließen, sind bis an die Grenzen der Tragfähigkeit voll, insbesondere die des Staates, also des Generalunternehmers. Der Markt bleibt trotzdem in der permanenten Überangebotskrise. Um wenigstens die Preise (den fiktiven Geldgewinn) zu halten, wird das Angebot verknappt. Die Noch-Marktteilnehmer „schrumpfen sich gesund“. Zur Rechtfertigung schuf man die rotgrüne Umweltbewegung mit gewissen, vorhandenen Umweltproblemen als Vermarktungsmittel. Daß die reale Nachfrage, d.h. die Not gleichzeitig wächst, spielt „in der Wirtschaft“ keine Rolle. „Gesparte“ Investitionen werden zum Erwerb „fiktiver“ (Zinsbringender) Wertpapiere verwendet, um deren negativen Wert (Schulden) als positiven Marktwert („Wert“papiere) erscheinen zu lassen. Sie erhalten ihren Wert durch die Verpfändung einer ungewissen Zukunft (daß sie „zurückgekauft“ werden – beim Kredit war das früher die künftige Leistungsfähigkeit der dafür neu geschaffenen Produktionsstätte gew-

sen). Wir sind wieder auf der Stufe des Bankgeschäfts im Mittelalter. (Der gesamte Unsinn kann, weil er sich bisher „ausgezahlt“ hat, als Wirtschafts-„wissenschaft“ studiert werden).

Zur Zeit verlieren die Papiere, und damit das Geld, die Glaubwürdigkeit, und damit realisiert sich die westliche Gesellschaft in ihrem Prinzip, im Kampfe Jedes gegen Jeden, oder in der absolutistischen Machtergreifung derer (wenn es sie gab oder gibt?), die den Marktprozeß von Anfang an durchschaut und als Weg zur Macht in Gang benutzt hatten. Sie müßten nun wie die Herren der vorantiken Hochkulturen die Regelung der Gesellschaft ohne wirtschaftliches Versteck in die Hand nehmen, und mit nackter Gewalt dafür sorgen, daß der Mensch in ihrem Sinne „gut“ sei. Ihr freier Markt war von Anfang an ein Trick oder Betrug. Sein angeblich aus der Natur abgeleitetes Prinzip, wonach jeder für das eigene Überleben auf Kosten des Überlebens anderer kämpfen muß, gilt nicht einmal in dieser. Selbst in der Natur herrscht mehr Symbiose, Zusammenwirken (und nicht nur auf Kommando einer bestimmenden Instanz) als Konkurrenz.

Die Realisierung dieses Zusammenwirkens bei gleichzeitiger Freiheit und Selbstverantwortung für erwachsene (d.h. zur Vernunft gekommene) Individuen, setzt die Existenz einer „gemeinsamen Geistesmasse“ voraus, einer Art *volonté general* und darüber hinaus anderer Motivations- und Entschädigungsmuster. Nachdem die materielle Existenzversorgung auf einem materiell angenehmen Niveau (also nicht „gerade so“) sichergestellt ist, könnte der weitere Gewinn oder Entlohnung in der Beteiligung an sinnvollen Projekten bestehen. Entsprechende „Abenteuer“ würden im Grunde alle, auf die Verbesserung der Biosphäre hinauslaufen und die Ausweitung ihrer Existenz über das Sonnensystem hinaus. Ihnen hätte eine neue, sie tragende, menschheitliche Kultur zu entsprechen. Auch in diesem Fall müßten diejenige, die das wollen, aus ihrem wirtschaftlichen Versteck heraustreten. Soll's beim „Hannemann geh Du voran!“ bleiben?

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Über Geld und Hunger: Wie, und mit wem aus der Krise?

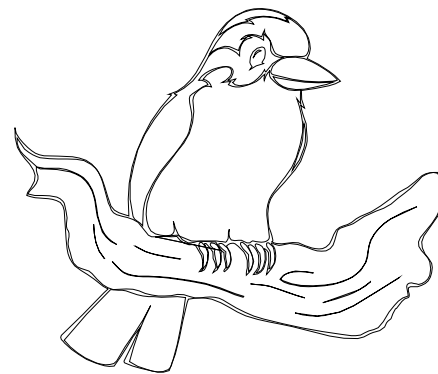
Die Hälfte der Weltbevölkerung, etwa 3 Milliarden Menschen, verdient weniger als 2 US\$ pro Tag, und für 500 Millionen sind es weniger als einer. Nach dem FAO Bericht von 2002 hungern 815 Millionen Menschen ständig und sind daher deutlich unterernährt. Das sind 13,5% der Weltbevölkerung. 11 Millionen Kinder sterben jährlich aus „leicht zu vermeidenden Gründen“, denn 600 Millionen Kinder leben in ärmlichen Verhältnissen und 150 Millionen sind stark unterernährt, so daß ihre körperliche und geistige Entwicklung darunter leidet. Selberschuld oder Ergebnis der die Welt beherrschenden westlichen „Freiheit“. Eine tolle Erfolgsbilanz nach über 50 Jahren Völkergemeinschaft und Demokratie-Propaganda. Aber, werden die Betroffenen oder, die von ihnen, die anders können, sich damit auf Dauer abfinden? Würden Sie es?

Nein, ich will Ihnen kein schlechtes Gewissen machen und Sie auch nicht zum Spenden aufrufen, damit Sie mit ihrem Geld ein paar Bürokraten finanzieren und etwas davon der notleidenden Finanzwirtschaft zu Gute kommen und natürlich auch etwas zu den wirklich Notleidenden hindurchtröpfeln zu lassen. Hier geht es um die materielle Basis der westlichen Wertegemeinschaft, um die Weltfinanzen und wie die zu sanieren wären. Ich will mit den obigen Zahlen nur sagen, zu tun gäbe es wirtschaftlich gerade genug. Zu den Hungernden kommen ja noch die tatsächlichen Umweltschäden, die Boden-erosion, die Vergiftung der Grundwässer durch fehlende und eingesparte Filter, Kläranlagen, mangelnde Meerwasserentsalzung, Aufforstung um nur die größten Dinge zu nennen, hinzu. Denkt man zum Beispiel an eine vernünftige Infrastruktur, nur um den innerstädtischen Verkehr der Ballungsräume vernünftig zu regeln, dann könnte einem über das, was zu tun, ich meine wirtschaftlich zu tun wäre, Angst und Bange werden. Aber es wird nicht getan. Dafür ist einfach kein Geld vorhanden. Und wofür – bitte schön – ist Geld vorhan-

den? Für Unterhaltungsdienstleistungen der blödesten Art, einen Rausch der Häßlichkeit, der als „Kunst und Kultur“ verkauft wird, ein paar Luxuspaläste für die erfolgreichsten Abzocker und gehobenen Lebensstandard für ihre willfährigsten Helfershelfer, dazu etwas für diejenigen, die noch etwas Spielraum an Kreditwürdigkeit haben, um sich noch etwas zusätzlich verschulden zu können. Der Rest der Menschheit und ihre dringendsten und interessantesten Probleme sind wirtschaftlich schon längst tot, uninteressant und bereits auf dem Abfallwagen der Weltmüllentsorgung namens „Krieg gegen den Terrorismus“.

Betriebe haben nichts zu tun, entlassen Leute und heben, weil sie aufwendiger produzieren müssen, heben die Preise an – oder beuten Drittweltler zu Hungerlöhnen aus. Sie tun das auch, weil ihre Kapitalkosten trotz der niedrigen Zinsen immer weiter steigen. Um die Preise anheben zu können, bedarf es marktgerecht einer gewissen Verknappung, die sich dank der Konzentration der Wirtschaft, der Oberaufsicht der Finanzwelt und der Umweltbehörde über die Wirtschaft recht einfach bewerkstelligen läßt. Gleichzeitig werden die Kosten gesenkt, damit sich das Ganze rentiert. Die Folgen sind bekannt: Weniger zahlungsfähige Nachfrage auf den Gütermärkten, erneuter Preisdruck nach unten, erneute künstliche Verknappung und ein wachsendes Heer an Arbeitslosen und mehr Humanabfall – und mehr Wut auf diesen bei jenen.

Offensichtlich läuft etwas schief. Wie soll man es ändern? Sollen die Betriebe ihre Güter verschenken? Sie wären bald Pleite, sie sind es in der Regel schon: „überschuldet“. Sollen die Banken mehr Geld drucken – noch mehr? Sie drucken ja schon wie die Weltmeister, um das notleidende Finanzsystem aufrechtzuerhalten. Woher – meinen Sie – kommen die Zinsen der 8.750 Billionen (deutsche, nicht amerikanische) Dollar allein an Derivatpapieren, die zur Zeit bei einem weltweiten Nettojahresprodukt von 41 Billionen US\$ Jahres auf den Welt-



14.03.2004

DIESE WOCHE

In einem zornigen Artikel untersucht der Spatz die Ursachen der Unterentwicklung und der technischen Stagnation. Er findet, weshalb Verknappung und Rationierung der Wirtschaft dient, und wessen Interessen hinter der Finanzwirtschaft stecken. Damit beantwortet er Fragen, die in anderen Medien nicht gestellt werden.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

finanzmärkten über oder unter der Hand verschoben werden? Das Nettoproduct der Welt entspricht weniger als einem halben Prozent allein der Derivatinsen, dabei sind all die anderen Wertpapiere nicht mitgerechnet. Wer wollte ein Wertpapier kaufen, das nur ein halbes Prozent pro Jahr abwirft? Und das nur, wenn niemand anderes sonst etwas vom Nettoproduct bekäme. Täglich werden – konservativ geschätzt – 3 Milliarden US\$ Wertpapiere verschoben. Wer kommt für die Provisionen auf, die dabei fließen und wer für die Zinsen, mit denen die Papiere locken und die – jedenfalls bisher in den meisten Fällen ja auch noch fließen, wenn auch mit zunehmend mehr Hängen und Würgen. Geld wird im Übermaß gedruckt, um damit den Dollar und die wachsenden Defizite nicht nur der USA zu finanzieren. Aber dieses Geld saugen die unersättlichen Finanzmärkte mit der Gier eines Erstickenen weg. Und hinter diesen Märkten steht die Horde derer, die brüllen: Where is my money, I want my money back. Z.B. „Investoren“ in Argentinien-Obligationen. Was haben die „investiert“? Sie sind leere Versprechungen von Abzockern und Kettenbriefverkäufern auf den Leim gegangen, die sich als Bankiers und Experten ausgegeben haben.

Die meisten dieser Leute wissen nicht mehr, was sie sonst noch kaufen könnten, weil sie alles andere schon haben: Häuser, Autos, Perversitäten, Politiker – alles was die Gier begehrt (ein paar wollen für später und inflationsbereinigt etwas Geld auf die hohe Kante legen). Sie wollen Geld zurückhaben, weil sie wissen, daß sie, wenn sie es nicht mehr haben, wie die Hälfte der Weltbevölkerung, wirtschaftlich nicht mehr existent sind, zur Überbevölkerung zählen, die einfach verschwinden soll. Die Hälfte der Weltbevölkerung ist wertlos, weil sich damit kein mehr Geld machen läßt (weil sie keines haben) – das ist das Finanzsystem, für das sich die Politiker mit Hängen und Würgen ins Zeug legen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Die Einsicht, daß das Ganze im Grunde nur ein Mafiabetrug war und ist, daß ihm die Ideologie der Früh-Mafia zu Grunde liegt. Wissen Sie, wer die Mafia war? Es waren die Jäger, d.h. die Aufseher über die Leibeigenen, die sowohl

diese wie ihre Arbeitgeber, die Adligen, übers Ohr gehauen haben, die den Bauern abgepreßtes und den Adligen veruntreutes Getreide zu Spaghetti weiter verarbeitet haben. Diese „bürgerliche“ Mittelschicht entwickelte sich in Zeiten des Absolutismus in vielen Ländern. Nicht überall konnten sie sich (mit Hilfe einer Adelsclique gegen eine andere) als gesellschaftlich bestimmende Kraft durchsetzen.

Diese Ideologen suchten die „Emanzipation vom Druck der Moral“, und hielten sich dafür Hoftheoretiker wie einen Hobbes, Locke, einen Bentham und viele andere „progressive“ Rationalisten und Deisten bis hin zu Aufklärern wie Walter Benjamin (von dem das Zitat stammt) oder dem 68er Guru und CIA Agenten Herbert Marcuse, der „die Befreiung des Denkens, Forschens, Lehrens und Lernens von dem bestehenden System der Werte und Verhaltensweisen“ betrieb (Kultur und Gesellschaft 2, 1965, S. 161).

Der Mensch darf schweinish sein, wie er will oder wie es ihm die „die Natur“ einbläst. Der Markt sorgt dafür, daß etwas herauskommt, das dem neuen (alten) Gott, nämlich der Mutter Natur mit ihren heiligen Trieben zur Ehre gereicht. Hat das nicht der Professor für „Moraltheorie“, Adam Smith so gelehrt? Auf ihn geht die ganze geistige Dünnbrettbohrerei zurück, die uns als „Freiheit“ verkauft wurde und wird. Wie viele Wissenschaftler, Experten, Priester, Kirchenleute und „Künstler“ gaben sich dafür her, diesen Betrug als selbstverständlichen und richtigen Lauf der Dinge zu rechtfertigen? Wie viel Rot-grüne jammern zwar über das Elend in der Welt und lehren, genau das im Namen der Umwelt in Kauf nehmen zu müssen, und versprechen das Paradies auf Erden – wenn, nun was? – wenn die Überbevölkerung erst einmal weg ist. Das sind die Leute, die Sie sich im Fernsehen ansehen, die ihren „Protest“ auf die Mühlen des Establishments umlenken dürfen, denen Sie Beifall klatschen und deren Absonderungen Sie als Stand des Wissens nachbeten und an die Sie sich klammern. Warum? Damit es so bequem weiterginge wie bisher. Betrogene Betrüger!

Und wie soll's weitergehen? Fragen Sie ihre Experten und Politiker. Was hören Sie von denen: „Schwierige Zeiten, gewiß! Aber eine Krise? Nein, die gibt es nicht. Eine vorübergehende Rezession, dont worry, be happy, der Aufschwung ist schon in Sicht! Alles ist in guten, in unseren Händen! Aber hinter den schalldichten Konferenztüren kann man, wenn man will und nicht nur das hören will, was so bequem wäre, sie sich anschreien hören, kann man erfahren, wie sie sich anbrüllen und Prügel androhen oder gar umbringen, wenn einer droht aus der Reihe zu tanzen, wie vor Jahren der letzte von der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, danach war es bald eine britische Bank...

Verlassen sie denn nicht schon das sinkende Schiff? Horst Köhler vom IWF konnte nicht schnell genug die Fliege machen. Damit es nicht so auffällt, schlupft er schnell als Bundespräsidentenskandidat unter, und rührt die „Reform“-Trommel: „Solange Reform die Groschen zwingt, der Schlendrian sich weiter bringt!“ Tim Frost, der 16 Jahre für J.P. Morgan den Derivate-Schacher betrieb, „The World's Largest Derivate Trader“, schmiß Hals über Kopf die Brocken hin, wahrscheinlich um in England etwas Ähnliches zu werden. Es gibt andere (in den dreißiger Jahren sprangen sie aus dem Fenster – doch von denen erfährt man heute nichts mehr).

Für die Antwort fehlt uns der Platz, aber ohne daß der ganze Papierplunder, die ganze, unbezahlbare Finanzabzocke in den Papierkorb wandert, wird es keine Wende geben. Die Schwierigkeit ist, wessen Rente und Ersparnisse sollen davon ausgenommen werden, und, wo packen wir zu erst an, damit schnellst möglich wieder eine an der Versorgung der Menschen, Verbesserung der Umwelt und Erweiterung unseres geistigen und technischen Horizonts orientierte Wirtschaft in Gang kommt. Bei den derzeitigen „Experten“ und Politikern werden Sie darauf keine Antwort finden. Trotzdem wird die Antwort eine politische, möglichst eine demokratische sein. Doch wer ist noch so moralisch lebensfähig, daß er dazu vernünftige, nachvollziehbare Gedanken hat. Die etwas geboten haben wollen, werden sich wieder ihre Gebieter wählen, und die führen nach wie vor zur Schlachtbank.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Gleich, gleich! – Und was kommt danach? Keiner Einbrecher bricht beim zweiten Mal durchs gleiche Loch, oder?

Die Krise ist mehr oder weniger unabwendbar. Einer von 73 US-Haushalten hat im letzten Jahr schon den Finger gehoben: zahlungsunfähig! Und das ganze bei Zinsen, die so niedrig sind wie 50 Jahre nicht mehr. 15 Millionen arme kennt das reichste Land, wenn es Armen dort auch besser geht als in manchem anderen Land. 45 Millionen Amerikaner können sich nicht mehr leisten, in eine Krankenkasse einzuzahlen. 15 Millionen Kinder gehen in den USA betteln, um davon zu leben. Das sind einige Errungenschaften des reichsten Landes der Welt, das alle anderen Länder für sein Wohlergehen mit einem guten Gefühl hat bluten lassen, weil es „the most fittest“ ist.

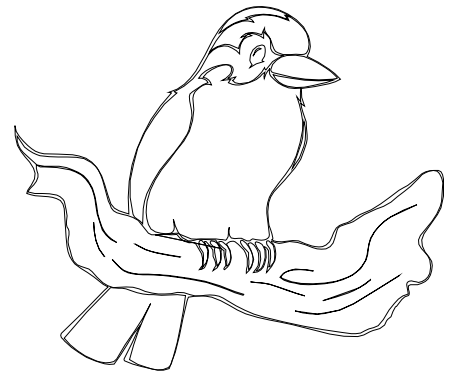
Nun achtet man auf die Wohnungspreise nicht nur in den USA und England, sondern in vielen Ländern. Ihr Wert stieg über die letzten Jahre enorm an. Das hob den Betrag der Hypothekenbelastbarkeit und verschaffte vielen Familien etwas zusätzliches Geld, um über die Runden zu kommen. Nun wird die Zinsbelastung auch bei extrem niedrigen Zinssätzen unbezahlbar. Etwas höhere Zinsen, und die Blase platzt. Greenspan und Co wollen die Zinsen weiter niedrig halten und lassen die Inflation galoppieren. Was passiert, wenn diese aus dem engen Gehege der Wertpapierspekulation ausbricht und die Preise trifft? Alles wird teurer! Der gleiche Effekt: der nackte Lebensunterhalt läßt für Zinsen nichts mehr übrig, und Häuschenbesitzer müssen sich von ihrer Wohnung trennen. Wer wird sie kaufen und zu welchem Preis?

Wie man sich wendet, man wird, wenn man nur von einem Preisverfall von 10% ausgeht, 50 Billionen US\$ Wert aus den überhöhten Haus- und Wohnungspreisen abschreiben müssen. Das ist mehr als ein Jahres Brutto-Weltprodukt. Entsprechend viele Hypotheken erweisen sich plötzlich als nicht gedeckt und müssen zurückgezahlt werden - womit? Noch mehr Derivate-Verträgen fällt der Boden unten heraus. Was bisher als Guthaben galt, kehrt sich in eine Schuld um. Nach

der London Financial Times hat einer der beiden staatlich gestützten Hypothekentrückversicherer der USA „Fannie Mae“, im Derivatgeschäft Verluste von 25 Milliarden US\$ wegzustecken. Die Derivatebestände der Firma liegen laut der US Securities and Exchange Commission (SEC) bei insgesamt 1,04 Billion Dollar. Diese liegen wieder als weiter abgeleitete Derivate oder als Hypotheken gedeckte Securities (MBS) bei Banken und Sparkassen und würden plötzlich verschwinden. Das Vertrauen in die Banken verschwindet mit, vor allem seit bekannt wird, daß diese Banken (die sogenannte „Deutsche“ Bank ist mit von der Partie) dem Publikum noch lange Worldcom Anleihen verkauft hatten, als sie schon wußten, daß diese Firma Pleite war. Es gab und gibt viele Parmalats. Wer würde diesen Experten nach den Erfahrungen noch ein „Wertpapier“ abkaufen? Sie haben Recht: Viele.

Aber wie soll das Ganze auf Dauer gehandhabt werden? Die Lockerung der Geldbremse dürfte die schleichende Inflation voll ausbrechen lassen. Also wird man beides tun: Geld drucken, aber so wenig als nötig, um das Ganze „unter Kontrolle“ zu halten. Das heißt perfekte Stagflation, wie es schon in den 70er Jahren diskutiert wurde, nur, daß das Wachstum des inflationären und des stagnierenden Zugs exponentiell zunimmt. Die theoretische Grenze ist die Leidenfähigkeit der Menschen zwischen den beiden Mühlsteinen. Wie lange spielen Sie mit? Geht man von deutschen Verhältnissen aus, dann bis sich alle freiwillig ihr eigenes Grab schaufeln. Aber es sind nicht alle Deutsche.

Das wissen natürlich auch diejenigen, die das Karussell Anfang der 70er in dieser Weise zum drehen gebracht hatten, um „sozialere“ und damit etwas langlebigere Kapitalismen, wie den rheinischen oder den japanischen, auszuschalten und umzukrempeln. Das wurde dann nach dem Ende des real existierenden Sozialismus radikal zu Ende geführt.



21.03.2004

DIESE WOCHE

In diesem düsteren Beitrag untersucht der Spatz den Zustand der Finanzwirtschaft. Er findet, daß es inzwischen nicht mehr um die Kräfte des Marktes, sondern die der Macht geht, und wie man diese Macht aufrechterhalten kann: mit Terror, zum Beispiel, und Kontrolle der Medien. Rechtzeitig nach den Attentaten von Spanien finden wir, wofür solche Mordtaten wirklich gut sind.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Die erste Reaktion setzte eine Umlagerung der Verdienstquellen ein. Statt den Menschen „Luxus“-Güter gegen alle möglichen Formen von Ratenkaufverträgen und Kundenkrediten anzudrehen, besann man sich auf „unelastischere“ Güter. Die Big Player verkauften ihre Unternehmensanteile an leichtgläubige Anleger und kauften Rohstoffe, die gesamte Ursprungsindustrie, dazu Wasserwerke, Kraftwerke, ging ins Entsorgungsgewerbe und vor allem in den Medizinbereich. Um diese Schlüsselindustrien in den Griff zu bekommen, mußte man sie „privatisieren“. Unsere Väter hatten aus gutem Grund, nämlich um die Abhängigkeit von Einzelunternehmen möglichst gering zu halten, Eigentumsformen entwickelt hatten, die eine öffentliche Kontrolle ohne die betriebswirtschaftliche Eigeninitiative zu blockieren, ermöglichte, wie z.B. die verschiedenen Formen der gemeindlichen oder übergemeindlichen Zweckverbände. Es war Aufgabe der „Politik“ diese Verbände aufzubrechen, zu „deregulieren“, um sie den Big Players anzudienen, sie zu privatisieren. Denn die Spieler wissen: gesoffen und gefressen muß auch in der Krise werden, und wenn schon – dann zu unseren Bedingungen und nur diejenige, die uns gehorchen. Macht, nicht Geld, heißt das Spiel.

Die zweite Reaktion erleben wir heute: Das Finanzsystem ist nicht zu retten und damit zerreißt der Schleier des scheinbaren Automatismus der wirtschaftlichen Entwicklungen. In Zukunft entscheidet nicht der Markt, sondern ein Machtapparat darüber, was geschieht. Kein Machtapparat kann gegen die große Mehrheit der Bevölkerung existieren. Das gilt selbst für Deutschland. Das heißt, die Bevölkerung muß, wenn sie „vernünftig“ sein will, vorbereitet werden, diesen Machtapparat zu ertragen und sich seinem Diktat zu fügen. Sie muß zustimmen. Das wurde von den Medien bisher an Hand „Anerkannter Wissenschaftler und Politiker“, Stars, den Heulbojen der Popkultur oder den Ekelpaketen der sogenannten „ernsten Kultur“ geübt. Nun wird es ernst. Wie ist diese „vernünftige Zustimmung“ zu erreichen? Dafür gibt es immer zwei Mittel, die Hand in Hand arbeiten: Populismus und Terror.

Leute wundern sich, daß Leute aus dem Zentrum des Finanzsystems wie z.B.

Stiglitz der Ökonomenobelpreisträger oder Soros der Oberspekulant aber auch ein Weltbankpräsident und andere, ein Herz für den „kleinen Mann“ entwickeln und gegen die Exzesse der Spekulation wettern. „Kraft durch Freude“ und „Winterhilfswerk“, bei dem auch ein Hjalmar Schacht mit der Sammelbüchse medienwirksam auf der Straße sammelt, gehören dazu, wenn in Nacht und Nebel die Gestapo, eine Todesschwadron oder „nur“ die US- oder die israelische Luftwaffe „verdächtige Elemente“, „Terroristen“ oder dergleichen angreift oder einfach umlegt. Dazu gehören auch die anderen, der die Zeche zahlen sollen, der Jude, der Palästinenser, Islamisten, Kommunisten, Sozialisten, Hexen, Christen – was Sie wollen, d.h. was die tobende oder schweigende Mehrheit will (damit sie nicht am Ende gar „mit Gebrüll“ gegen die Verantwortlichen vorgehe). In offensichtlich bereits gebrochenen Völkerschaften, wie in Japan und Deutschland, experimentiert man schon seit längerem mit der masochistischen Form des Terrors und hier mit einer antinationalen und einer antiindustriellen (grünen) Variante. Zustimmung wird mit eiserner Hand und mit betrügerischer Süßholzraspelei erschlichen und erzwungen. Populistische Massenbewegungen gehen immer einher mit Terror, damit die Leute den „Anerkannten“ möglichst freiwillig bis zum Schlachthaus folgen.

„Das war früher so, aber doch heute nicht mehr!“ meinen Sie vielleicht. Spanien lehrte es uns anders: Die Bomben am letzten Mittwoch/Donnerstag haben in Madrid „die ETA“ gelegt, andere machen „Al Quaeda“ verantwortlich. Das paßt den einen oder den anderen in den Kram. Was ihnen nicht in den Kram paßt, ist das Wahlergebnis. So weit, so allgemein bekannt. Weniger bekannt ist. Daß die Regierung alle Medien anhielt, die richtige Parole auszugeben und das diese Medien auch alle wider besseres Wissen logen. Auch wenig bekannt sind die Pläne A und B, mit dem der Innenminister des Aznar-Regimes am 12. März bei König Carlos auftauchte: Plan A sah vor, den Nationalen Notstand auszurufen. Sollte der nicht ziehen, sah der gemäßigtere Plan B vor, die Wahlen mindestens um 2 Monate zu verschieben. Der König wollte sich an dem Putsch nicht beteiligen und

unterschrieb nicht. Am Tag danach verhinderte das unerwartete Wahlergebnis in dieser Sache weitere Putschversuche.

Was sagt uns das? Nun, Indizien lassen sich herstellen. Wie sie sich erinnern, flog der Paß des Attentäters Atta aus der Feuerbrunst des in das WTR „gecrashte“ Flugzeugs den Sicherheitskräften direkt vor die Füße - und lieferte die nötigen „facts and figures“ zum eindeutigen Beleg der gewünschten Al-Quaeda-These. Offensichtlich lassen sich verzweifelte Marokkaner finden, die zu vielerlei bereit sind, wenn man sie zu nehmen weiß und entsprechend auf ihre Ressentiments drückt. Das gilt auch für Araber, Palästinenser oder Leute aus der südamerikanischen Unterklasse (von unserem Antikommunismus und Antikapitalismus abgesehen). Für Psychologen ist so etwas ein Kinderspiel.

Wenn man nach Parallelen sucht, müßte man sich an den Piazza Fontana Vorfall von 1969 in Mailand (mit 17 Opfern) oder noch deutlicher, an die 10 Bomben, die im August 1980 gleichzeitig im Bahnhof von Bologna (mit 85 Opfern) detonierten, erinnern. Auch damals standen sofort „linke“ Terroristen und Anarchisten fest. Später flogen peinlicherweise die P2-Loge und Operation Gladio als Täter auf. Beides waren Filialen der CIA (als Inbegriff für das US-Netz) und der NATO (als Inbegriff der Dienste bei uns, die es gar nicht geben darf). Das Problem in Italien war damals die mögliche Bildung einer Mittel-links-Regierung, die im Kalten Krieg die Machtkonstellation gefährdet hätte – und das man noch zu wenig Erfahrungen mit dem Spurenlegen hatte. Heute geht es für eine viel kleinere Clique um viel mehr - um die Macht schlechthin, in Geld ausgedrückt, um das Machtäquivalent von Billionen Dollar. Dafür läßt man sich schon etwas einfallen.

Die Frage ist aber, was der Gegenseite einfällt, der Masse, die von der Clique gegeneinander gehetzt wird, um sich gegenseitig fertigzumachen, wie zur Zeit die Rebellen in Schwarzafrika. Sie sehen, es lohnte sich, etwas über die eigene Zukunft nachzudenken. Doch wie schreit der kleine Junge, den man vom Spielen weg zur Arbeit ruft: „Gleich!“ Irgendwann ist es zu spät – nicht für den Jungen, sondern für kindisch gebliebene „vernünftige“ Alte.

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

„Wehe, wenn Du das tust!“:

Gescheiterte Erzieher und Vorgesetzte greifen zum Terror

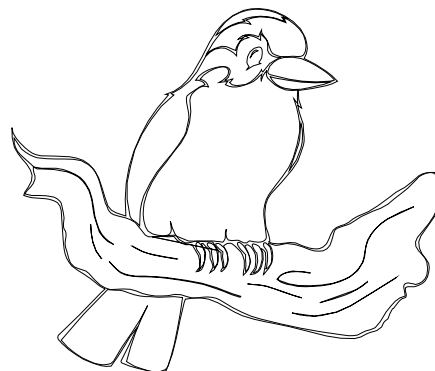
Die regierende SPD hatte beim letzten Parteitag schöne Worte aber keine Erfolge vorzuweisen. Ach doch, sie hat uns aus dem Irakkrieg herausgehalten. Die gerne Dankbaren vergessen nur, daß Rot-Grün es war, die deutsche Beteiligungen an internationalen Pazifizierungskriegen erst möglich gemacht haben. Den Auftakt, die Beteiligung am Balkankrieg hätte eine CDU-Regierung – selbst wenn sie die Fakten für diesen Zweck so verdreht hätten, wie die Rot-Grünen taten (und das hat sie ja auch getan) – nie durchsetzen können. Dank Joschka und Gerhard stellen wir fröhlich und beherzt Hilfstruppen für „friedensstiftende“ Maßnahmen der USA oder der UNO in aller Welt (was kümmert uns da das Grundgesetz, das...), wenn nicht gerade ein Wahlkampf dazwischenkommt. Das sollte man nicht vergessen, selbst wenn CDU Kreise (vor allem weibliche) es in zwischen noch martialischer haben wollen.

Was haben die friedensstiftenden Maßnahmen auf dem Balkan (und nicht nur dort) inzwischen erreicht? Fünf Jahre danach, sieht es im Balkan schlimmer als unmittelbar nach dem Krieg aus. Daß Serben und Albaner mit früher kaum gekannter Wut aufeinander losgehen, hat recht praktische Gründe. Fünf Jahre nach dem Balkankrieg gibt es selbst im NATO-geschützten Kosovo noch immer keine funktionierende Infrastruktur. Wasser und Strom gibt es – wenn überhaupt – nur wenige Stunden am Tag, und 80% der Jugendlichen sind arbeitslos. Seitdem die NATO das Land besetzt hält, wurden 150 Kirchen, Klöster und Moscheen angesteckt. So etwas hatte es in der 700 jährigen Geschichte des Landes nicht gegeben, auch nicht, als deutsche „Hunnen“ das Land im Krieg gesetzt hielten. Und weil UN- und NATO-Truppen nichts für die Bevölkerung tun, außer irgendwelche Dienststellen und Ämter zu bewachen, richtet sich die Wut der Bevölkerung auch gegen sie. 61 UN-Soldaten und 35 Mann der KFOR Truppe wurden beim Auftakt der jüngsten Aufstände verwundet.

Seitdem verrücktgemachte Kreuzritter Palästina wieder verlassen hatten, lebten dort Juden, Muslime und Christen recht friedlich zusammen, gewannen dem trockenen Boden dürftige Nahrung ab und verdienten sich ein üppiges Zubrot wie eh und je durch Nah- und Fernhandel. Das änderte sich, als die reformierten Kreuzritter 1918 wieder in das Land einrückten, um dort „Frieden“ zu stiften. Es dauerte etwas, bis man die eingespielten Regeln und Umgangsformen aus den Angeln gehoben hatte. Danach brauchte man nur den wirtschaftlichen Druck zu verstärken und dabei eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere ausspielen, um ihr die Schuld am wachsenden Elend zu geben, und die Leute sprangen sich erst zögerlich, dann wunschgemäß immer heftiger an die Gurgel.

Nach der Niederlage der Palästinenser, als die Israelis ihnen erfolgreich den größten Teil ihres Landbesitzes geraubt hatten und die Machtverhältnisse keine Änderung versprochen, kam allmählich der vielgerühmte „Friedensprozeß“ in Gang. Einsichtige Leute auf beiden Seiten hatten ihn in Oslo – ohne die US-Regierung zu fragen – beschlossen. Doch der große Bruder bekam davon Wind. Höhere Beamte um Richard Perle und Paul Wolfowitz arbeiteten „A Clean Break“ aus. Nach diesem Plan wird nach der Ermordung des friedlich gewordenen früheren Militärs Jitzak Rabin der „Friedensprozeß“ zweckgerichtet erstickt.

Der Bursche für die Drecksarbeit, Sharon, der sich schon 1982 als Massenmörder bewährt hatte, erklärte mit seinem Besuch der Al Aram Moschee auf dem Tempelberg im September 2000 den Palästinensern den Krieg, die programmgemäß auf die Provokation reagierten. Nun erfolgt mit der Ermordung Scheich Ahmed Yassins die Kriegserklärung an die gesamte arabische Welt. Daß er das nicht ohne „Rückendeckung“ tat, bezeugen in den letzten Tagen die ungewöhnlich häufigen Besuche seines persönlichen Gesandten Dov Weisglass in den USA. Damit war Herr Bush seine ohnehin



28.03.2004

DIESE WOCHE

Den Mechanismen des Krieges und des Terrors spürt der Spatz in diesem aufwühlenden Beitrag nach. Er zeigt, weshalb Kriege nötig sind, wer von ihnen profitiert, und wie die Klimaretterei das moderne Äquivalent der alten Kriege ist. Von Palästina wird der Bogen bis zum deutschen Arbeitsmarkt gespannt – düstere Aussichten, aber wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

nicht ernstgemeinte Roadmap to Peace wieder los – und die anderen werden – wie immer – Schuld sein.

Unsere Medien bieten die übliche Strohfleuer-Entrüstung ohne den stetigen Hinweis zu vergessen, daß Scheich Yassin kein Seelsorger im Rollstuhl sondern ein ganz wüster Terrorist war, den zu ermorden, wenn man die Juristerei einmal bei Seite läßt, verständlich, fast schon rechtens sei. Die Vorlagen für diesen „talk“ stammen von drüben. Daß es sieben Unschuldige, die sich in der Nähe aufhielten, auch traf, war, wie bei den vielen früheren Gelegenheiten, Pech der Umstehenden. Genauso denken angeblich die Selbstmordattentäter, wenn sie zur Verzweiflungstat schreiten (Ich weiß, ihr „einführendes“ Fernsehen sieht die Selbstmorde anders). Wo also liegt der Unterschied zwischen Terroristen und Antiterroristen?

Natürlich sind „alle zivilisierten Menschen“ (wo gibt es die noch?) über diese (es sind ja nicht die ersten) Staatsmorde empört. Drücken ihren Abscheu und so weiter aus. Die Empörung überdauert kaum das nächste Tor des unterstützten Fußballclubs. Aber ziehen sie Konsequenzen? Welche sollten sie ziehen? Schließlich kommen die Türken wie im 16. Jahrhundert, bleiben nicht vor Wien stehen, sondern wollen uns mit samt unserer Sicherheit vertreiben. So etwas muß man doch ernst nehmen, da muß man doch Farbe bekennen. Da darf man sich doch von juristischen Spitzfindigkeiten nicht abschrecken lassen. Oder etwa nicht? In früheren Jahrhunderten konnte man friedlich und gewinnbringend zusammenarbeiten. Warum gelang das damals und heute nicht mehr?

Man sollte in die Geschichte schauen. Sie wiederholt sich, bis man jeweils die Lehre daraus gezogen und umgesetzt hat. Geschichtslügen rächen sich dadurch, daß sie für die entsprechende Wiederholung sorgen. Nein, lassen wir die Landnahme in den USA und den Vergleich mit der in Palästina. Arme Teufel ließen sich schon immer leicht mit ein paar Tricks und gehörigem wirtschaftlichem Druck in wütende Aufregung versetzen, um sie dann als bedrohliche Wilde oder Terroristen abknallen zu können.

Die friedliche Zusammenarbeit zwischen Menschen war immer dann zu Ende, wenn die Banken größere Umsätze brauchten. Denn wie – bitte schön – hätten Bankiers im Mittelalter, als die meisten in autarken Landwirtschaftsbetrieben lebten, lukrative Gewinne machen können, wenn nicht durch die Vorfinanzierung eines kleinen Erbfolge- oder direkten Raubfeldzugs des einen Adligen gegen einen anderen? Wenn immer ihr Finanzsystem – wie zur Zeit – an sein Ende kommt, müssen böse Menschen her, die den Friedliebenden so zusetzen, daß diese nicht umhin können, als sich durch Krieg zu wehren. Im Kriegschao fällt das wirtschaftliche Durcheinander kaum mehr ins Gewicht, und alle sind sich einig, daß Opfer erbracht werden müssen – das vor allen Dingen, Opfer (Krieg überzeugt jedenfalls mehr als Klimarettung). Da niemand gerne in den Krieg zieht, muß die Bevölkerung dazu gebracht werden. Dementsprechend werden die Bösewichter der Geschichte von Psycho-, Sozio- und Manipulatologen nach allen Regeln ihrer Kunst gezeichnet.

Der „Krieg gegen den Terrorismus“ hat die Ausgangslage in keinem Fall verbessert, er hat nur mehr Menschen die Entscheidung zwischen Selbstverachtung oder Terror aufgenötigt. Gesundere (vitablere) Menschen wählen in entsprechender Situation den zweiten Weg, Umerzogene den ersten. So züchtet man Terrorismus und Antiterrorismus – zu welchem Zweck? Welche herrschenden Cliquen hätten je zugegeben, daß sie den Karren gegen die Wand gefahren haben und nur erbärmliche Versager sind? Eher ersäuft man alle, die zu einer solchen Einsicht gelangen könnten, kurz vorher in einem Blutbad (die Furcht davor verstellten vielen derartige Einsichten). Geschichtlich gesehen ist das keiner Clique gelungen. Das ist ein Trost. Aber Blut, unschuldiges Blut, ist bei solchen Versuchen stets in Strömen geflossen. „Selbstschuld, hätten sie rechtzeitig zurückgeschlagen!“ brüllt der Antiterrorist und merkt nicht, daß er nur den Schergen spielt, den kleinen Mann, den man hinterher hängt, um die Großen ungeschoren zu lassen.

Was bleibt einem Herr Schröder zu tun übrig, wenn seine Wunderwaffe gegen die Arbeitslosigkeit, der VW-Hartz, jetzt die Zulieferbetriebe nötigt, ihre Produkti-

on ins Ausland zu verlegen, wo man nur 1 – 2 Euro die Stunde zahlt und deshalb die Preise senken kann, und er selbst trotz anderer Absprachen mit den Gewerkschaften auch 5.000 VW-Arbeitsplätze hinterher schickt, wenn Siemens 10.000 Arbeitsplätze dahin schickt, wo sich Arbeit nur noch für das Unternehmen lohnt? Im Jahr 2003 gab es in Deutschland 392.000 Arbeitsplätze weniger als im Vorjahr. Wie viele werden es 2004 weniger sein und dann 2005? Mit der Verwaltung und Überwachung des CO₂-Zertifikathandels lassen sich einige wieder beschäftigen – aber längst nicht so viele, wie man damit zusätzlich in die Wüste schickt. Was die anpacken, geht nach hinten los – kann das alles nur Zufall oder Dummheit sein? Wie ruhig könnte man schlafen, wenn es das wäre.

In seiner gespielten Verzweiflung packt der Kanzler inzwischen ausgesprochen häufig ein Wort an, das er zuvor nicht hören konnte, ohne sich zugleich mit „Nazi! Nazi!“ zu bekreuzigen. Jetzt sollen Gewerkschafter und Betriebe „Mehr Patriotismus“ zeigen und in „patriotischer Pflicht“ gefälligst den hinterhältigen Öko-Unsinn (Klimarettung!) seiner Wahnpartei schlucken, im Lande bleiben und Politiker mit ihren Beratern, Gutachtern und Günstlingen friedlich nähren.

Die Mehrheit kann nicht abhauen, wie 30.000 betuchte Deutsche pro Jahr. Also harren die meisten aus, mucken nicht, bis sie selbst zur Entscheidung gezwungen sind: Terroristen oder Antiterroristen oder an Selbstverachtung zu ersticken. Sie könnten sich wehren, wenigstens aufhören, den Volkszertretern hinterherzulaufen. „Aber wem dann?“ hört man sie erschreckt rufen, „wem sollen wir denn hinterherlaufen? Die sind doch alle genau so schlimm?“ Richtig! Aber ist das ein Grund, ihnen hinterher zulaufen und sie sogar freiwillig zu wählen? Frühere mußte man sie wenigstens noch dazu zwingen. Man könnte eine politische Partei anstelle der Vereine zu Karrieresicherung für willfähige Schwätzer gründen oder eine suchen und ihr beitreten, müßte allerdings in jedem Fall dafür sorgen, daß sie nicht verkommt wie die vom Fernsehen „anerkannten“ Wahlvereine. „Ja, wenn einem das Fernsehen nur den dafür nötigen Kopf und die Zeit ließe – seufz!“

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Renten, Finanzmarkt, Spekulation: **Worauf Du Dich verlassen kannst**

Auf die Rente nicht mehr, heißt es jetzt sogar offiziell. Denn sie sollen sich gefälligst privat versichern. Die notleidende Finanzwirtschaft braucht Geld. Private Haushalte zahlen in der Bundesrepublik jährlich rund 70 Mrd. Euro in Lebensversicherungen ein. Die Statistik erfaßt 93 Millionen Policen, das sind mehr als die Bundesrepublik Bürger hat. Das Ziel ist klar: keiner will im Alter mit leeren Händen dastehen. Früher galt der Staat als der beste Garant, jetzt sollen es international verflochtene, private Versicherungsgesellschaften sein. Ist auf sie Verlaß?

Was macht die Versicherung mit dem Geld? Sie läßt es arbeiten, damit das Geld mehr wird und die Versicherung neben vielem anderen möglichst auch Überschußversprechen einlösen kann. Dagegen ist wenig einzuwenden. Wo arbeitet das Geld, und was arbeitet es? Nun dort und das, was die höchsten Renditen in Geld abwirft. Zu diesem Zweck beschäftigt die Versicherung clevere und sehr fixe junge Leute mit der richtigen Nase für Investments, die möglichst viel abwerfen. Da sie jung und fix sind, sind sie immer vorne dran und möglichst immer dort am ersten, wo die Herde hingetrieben wird. Das ist bei der Mode so, beim Trend und in ihrem Job auch.

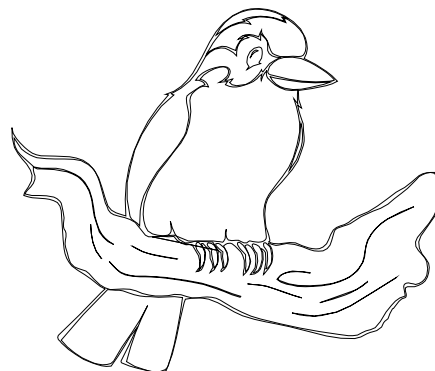
Auch die Herde bietet dem Herdenvieh Sicherheit. Wenn es kalt wird oder gefährlich wird, rückt die Herde zusammen. „Tausende zufriedener Kunden können sich nicht irren“ Also bin ich als Tausenderster auf der sicheren Seite, meint man trotz des Kults der Individualität (dem die meisten im Gleichschritt frönen). Letztlich wurde die Herde – wie immer – zusammengetrieben, um gemolken zu werden. Das ist das Wesen aller Herden (in der Mode, im Trend, in der Politik). Wozu sonst unterhält man Herden, als um sie zu melken? Und sie wird es!

Barbara Hendrick vom Finanzministerium teilte mit, das Ministerium arbeite an einer neuen Gesetzgebung, die Versicherungen strikteren Regeln unterwerfen soll. Vor allem sollen alle Versicherungen in einen Reservetopf einzahlen, in eine Versicherung der Versicherungen. So etwas gibt es bereits. Nach dem letzten Börsen-

sturz, als die Versicherungen begannen die zugesagten Überschußprämien zu streichen, weil ihre fixen jungen Börsenbroker für viel Geld Sachen gekauft hatten, die plötzlich nichts mehr wert waren, sie statt Geld zu bringen welches vernichtet haben, bildeten die Versicherungen die „Protector Lebensversicherung AG“ auf freiwilliger Basis. Sie soll dafür einstehen, daß die Versicherten dann, wenn sich die besonders anerkannten fixen Börsenjungen besonders ins Zeug gelegt hatten, für die Versicherten wenigstens noch eine Restzahlung übrig bleibt, um sie von der allgemeinen Sozialversicherung fernzuhalten. Und?

Als kürzlich die Mannheimer Versicherung, eine kleinere, über die Wupper ging, war die Protector AG nahe dran, hinterherzuspringen. Daher die neue Regelung. Sie ist nötig, sagt Frau Gutverdienerin Hendrick, weil Protector AG sicher nicht mit dem Zusammenbruch einer großen Lebensversicherung zu Rande kommen kann, sondern vorher selbst zu Boden geht. Das wäre für die Versicherten schlimmer, als wenn ihre Bank implodiert. Der neue Sicherungstopf soll 600 Millionen Euro enthalten. Wenn der nicht ausreicht, weil eine noch größere Versicherung platzt, dann müssen die anderen Versicherungen sie auffangen. Womit? Mit den Einlagen ihrer Klienten, womit sonst! Steuergelder stehen für dergleichen nicht zur Verfügung, beteuert die Vizeministerin, und man braucht nur den klammen Hans anzuschauen, um zu wissen, daß sie Recht hat.

Was aber macht der neue Versicherungstopf mit dem Geld? Nun, auch er läßt es arbeiten, beschäftigt vielleicht etwas ältere Herrn, die etwas mehr Zurückhaltung üben – wie der Herr Greenspan zum Beispiel. Versicherung für Versicherungen, das ist wie Finanzderivate zur „Absicherung des Risikos von Wertpapieren“. Was aber geschieht mit dem Versicherungs-Derivat, wenn mehrere Versicherungen...? Das wollen Sie Frau Vizefinanzministerin lieber nicht fragen, denn das hat ihr der Große Bruder noch nicht vorgegeben. Und die Regierung braucht auch keine Sicherheit, ihr genügt es, „das



04.04.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche untersucht der Spatz die Finanzwirtschaft. Er überlegt, ob die beim Staat nunmehr auch nicht mehr sicheren Renten bei privaten Versicherungen sicherer sind, und was mit dem Geld geschieht, das die Versicherten ihren Versicherungen zur Spekulation überlassen – und kommt zu einer düsteren Prognose, wohin das noch führen könnte.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Vertrauen der Bürger wiederherzustellen“ jedenfalls bis zur nächsten Wahl.

Aber worauf sollen die Bürger vertrauen? Auf die Privaten, deren Geschäftsführer in erster Linie ihre Salärs und gegebenenfalls ihre Abfindungen im Auge haben – und das zu Recht, wie jüngst eine Richterin in NRW festgestellt hat. Auf den Staat, der uns, weil ihm das Wasser am Hals steht, pausenlos und immer dümmlicher belügt: vorgeblich schädliches DDT, angebliche Unverantwortlichkeit der Kerneenergie, saurer Regen als angeblicher Waldvernichter (die Anti-Energie bevor man die Klimawirksamkeit von CO₂ erfand, denn Wettergötter erwiesen sich in der Geschichte den Waldgeistern immer überlegen), Ozonlöcher (der Probelauf) und dann die Klimakatastrophe? Und dazwischen immer wieder „Der Aufschwung kommt! Alles unter Kontrolle!“ und „Wir sichern den Frieden“ und so weiter und so fort, um nur die größten und blödesten Lügen zu nennen) Oder „auf den Markt?“, Graf Lambsdorfs und anderer Leute Denk-Ersatz.

Der Saudi-Ölminister Ali al-Naimi fand am Vorabend des OPEC-Treffens, von dem sich der Westen niedrigere Ölpreise erhofft (um mehr Geld für die notleidende Finanzwirtschaft abzweigen zu können), deutliche Worte: „Der heutige Ölpreis hat nichts mit Angebot und Nachfrage zu tun“. Späte Einsicht! Damit sie nicht überhört wird, wiederholte er „Die Leute an der Macht wissen, daß der Rohölpreis nichts mit dem Benzinpreis zu tun hat“. Aber alle schwätzen vor und nach: Die Öl-Scheichs sind schuld! Aber womit hat der Preis denn zu tun? Die Antwort wäre: Hedgefonds-Manager und andere Spekulanten. Das sind genau die fixen, smarten Börsenjungs, die sich bei ihren Wetten am New Yorker Future- und Optionsmarkt für Rohöl gegenseitig überboten haben, so daß die Preise wieder einmal das höchste Niveau seit 9 Jahren erklimmen haben. Das sind die Leute, die Sie in all den Jahren über Ihre Sicherheit haben entschieden lassen. War das nicht etwas leichtfertig bei ihrem schwer verdienten Geld – aber der Sparstrumpf hilft auch nicht, aus ihm stehlen es Regierung und Großbanken (wie von den Gesellianern und so manchen stolzen Geldreformern vorgeschlagen) durch gezielte Geldent-

wertung, Inflation, aufgrund der gar nicht wundersamen Geldvermehrung.

Dabei wäre es im Prinzip recht einfach (doch wer denkt noch prinzipiell, wir ersaufen viel lieber in facts and figures, aufgrund derer die wenigsten noch wissen, wo die Glocken hängen). Die Voraussetzungen, die zugleich die Ziele wären, lassen sich leicht umreißen: Wenn genug Versorgungsgüter hergestellt werden, daß alle genug davon haben, wenn die Arbeit Spaß macht, weil man das Ziel sieht, das es ohne Furcht, danach gefeuert zu werden, zu erreichen gilt (Wer an einem kaputten Auto herumbastelt - und plötzlich springt es an, hat Freude und will dabei nicht seinen Nachbarn ausnehmen. Wenn allerdings nichts mehr anspringt, dann springt man wenigstens den Schwächeren an und freut sich am unverdienten Schnäppchen), wäre unser aller Zukunft sicher. Denn was nicht produziert wird, kann man nicht verteilen. Vom Geld allein zu leben, hat man immer wieder versucht; es soll aber um das Jahr 1923 kräftig mißglückt sein. Nun wollen es einige wieder wissen.

Lassen sich die benötigten Dinge nicht feststellen. Lassen sich dafür nicht Ausschreibungen einrichten, so daß derjenige leistungsfähige „freie Unternehmer“, der das eine oder andere davon am günstigsten herstellen kann, den Zuschlag bekommt. Muß dabei immer, wenn es eine Regierung versuchen sollte, manipuliert, unterschlagen und betrogen werden. Was ist daran, wenn eine demokratisch gewählte Regierung über der Ausschreibung wacht, „planwirtschaftlicher“ als wenn das Gleiche eine Stabsabteilung einer internationalen Großbank oder eines Großunternehmens täte? Sind die einen schlimmer, weil sie keinen anderen „Druck“ bekommen als den von verblödeten Wählern, die sich jedes X für ein U vormachen lassen, während den weisen Vorstände geldgierigen Aktionärsvertreter und die eigene, unstillbare Gier im Nacken sitzt?

Natürlich ist alles komplizierter geworden als in früheren Zeiten. Natürlich braucht die Demokratie Menschen, die sich Gedanken über das machen, was uns insgesamt nötig ist und uns voranbringt. Und nicht jeder Himmelkomiker oder grüne Urlaubsphantast darf anderen seinen Traum vom „einfachen Leben“ trickreich

aufzwingen können. Man braucht als Bürger nicht die Bücher des Bäckers und seinen Terminplan im einzelnen zu studieren, um zu wissen, ob er vernünftig und zuverlässig arbeitet oder einen trickreich bescheißt. Und wenn er, wie die Regierung oder die tolleren Vorstände, denen die Regierung hörig ist, Stroh in die Brötchen backt oder als Fleischer die Wurst voll Wasser pumpt und dann sogar noch an der Färbung und Aromatisierung des Wassers sparen will, dann merkt man das schnell – nur eben nicht bei der Regierung, weil die den meisten Wurst ist.

Hier, bei der Regierung (ihren Amtsinhabern) läge, wenn irgendwo, die „Sicherheit“. Nur eine verlässliche Regierung bekommt man nicht zum Nulltarif und auch nicht aufgrund des Infotainments cleverer, privater oder halbstaatlicher Medien. Zwar hilft der Blick in die Augen der Abgeordneten und Amtsbewerber ein wenig, wenn nicht ein numinoses Erschauern vor der angeblichen Prominenz die Augen trübt. Aber die können gutbezahlte, sozialwissenschaftlich trainierte Betrüger und Wortverdreher auch anderswie trüben.

Wer nicht von stichhaltigen Plänen überzeugt ist und sich die Mühe macht, sie so weit der eigene und der Verstand der Freunde reicht, auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen und, ob sie verfolgt und eingehalten werden, sollte ehrlicherweise auch nicht wählen gehen.

Zum Schluß noch für diejenigen, die an der „bewährten“ Sicherheit festhalten wollen: Der US- Städtetag stellte gerade fest, daß die Nachfrage nach Notunterkunft, weil Leute aus der Wohnung geflogen sind, im letzten Jahr um 13% zugenommen hat. Bushs Republikaner hatten vor der Wahl versprochen, die Obdachlosigkeit zu überwinden. Die zu begründende Anfrage nach Nahrungsmittelhilfe ist in den USA im gleichen Jahr um 17% hochgeschneit. Wahrscheinlich besann sich der bibeltreue Bush auf den Spruch: Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen! Der galt in einer Zeit, als jeder, der es gewollt hätte, auch arbeiten konnte. Warum kann das nicht heute sein. Gibt's nichts mehr zu tun? Nicht viel, sagt der Markt, wenn das Finanzsystem bestehen bleiben soll.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Damit der Schwanz mit dem Dackel wackelt: **Aufschwung, Abschwung, Mitschwung!**

Wie einfach das geht, zeigte sich mit einem Tag Verspätung am 2. April in den USA. Die Regierung veröffentlichte stolz die neuen Arbeitsmarktzahlen: 308.000 neue Jobs! Wenn das keine Leistung ist und kein handfestes Zeichen für den Aufschwung! Die Börse jubelt, Dollars sitzen locker und Papiere werden gekauft.

Wie kommen die „wichtigsten“ Wirtschaftsdaten in den USA zu Stande? Nun, da gibt es einige Call-Centers, in denen angeheuerte Billigstarbeitskräfte nach einem von Sozialwissenschaftlern ausgeklügelten Schlüssel im Telefonbuch Nummern aus- und anwählen. Hebt jemand ab, wird er gebeten eine Reihe von Fragen zu beantworten, wenn er das tut, stellt man fest, ob er in den letzten vier Wochen irgend wann einmal gearbeitet hat, ob er – falls das nicht der Fall war – sich um Arbeit bemüht hat und, wenn das der Fall war, ob er damit Erfolg hatte, wenn er dann noch nicht aufgelegt hat, ob er meint, daß er damit Erfolg haben könnte, und so weiter. Auf diese Weise werden mehrere Tausend im Accord interviewed, je nachdem, wie er die Antworten versteht, hakt der Interviewer Kästchen an oder läßt sie frei. Die Zettel werden eingesammelt, von „Experten“ ausgewertet, und auf die arbeitsfähige Gesamtbevölkerung der USA hochgerechnet – und fertig sind die Zahlen.

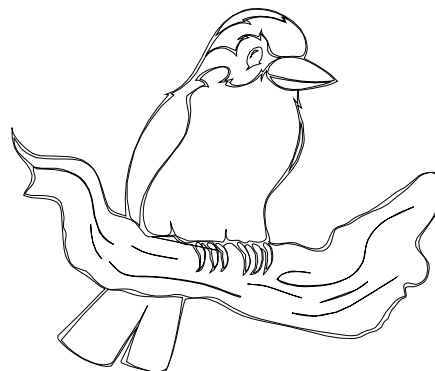
Diese Zahlen werden mit höchster Geheimhaltung gehandhabt (wobei sogar Journalisten zeitweise eingesperrt werden) bis auf einen verabredeten Glockenschlag hin das Bettuch vom Denkmal gezogen wird und die Ergebnisse als die wichtigsten Wirtschaftsdaten schlechthin veröffentlicht werden. Bislang wurden sie nie ernsthaft in Frage gestellt. Doch das dürfte nun vorbei sein. Es bedarf offensichtlich nur einer geringen Verschiebung in der Fragestellung und die Leute bekommen die Frage in den falschen (richtigen) Hals und entsprechend fällt die Antwort anders aus. Wer sich einmal mit Meinungsumfragen befaßt hat, weiß, daß von Interviewern nach ihrer Meinung

befragte Menschen sich in diesem Moment nicht im geringsten überlegen, ob sie eine Meinung zur Frage haben, und welche, sondern ausschließlich: „Was will der von mir hören?“. Entsprechend fällt ihre Antwort aus.

Denn würden Sie als Amerikaner, der von frühester Jugend „nur was Geld bringt, ist gut“ eingebimst bekam, so ohne weiteres einem wildfremden Menschen am Telefon, der sich noch dazu als Regierungsbeauftragter ausgibt, so peinliche Fragen wie die oben erwähnten, aufrichtig beantworten, selbst bei einem gespielt vertraulichen: „Come on, I won't tell anybody! Und wen trifft man schon an, wenn man als Call-Girl den ganzen Tag am Telefon sitzt, und wer wollte aus solchen Daten irgend etwas herauslesen? Aber hineinlesen kann man schon etwas, wenn Bedarf dazu und Not am Mann ist.

Die erwünschten Zahlen hatten Erfolg. Die Regierung war stolz (Persönlichkeiten um das Weiße Haus konnten sich aber nicht zurückhalten, ihre Vorinformation entgegen den Verabredungen sogleich an der Börse in klingende Münze umzusetzen, sogenanntes Insider-Trading). Das Publikum erfaßte ein Aufschwungstaumel, die Aktien schossen hoch und nur die „bonds“ sackten ab, was die Zinslockangebote für „das Sicherste vom Sicherem“ (US-Treasuries) von 3,65% auf 4,25% und mehr hochtrieb.

Nicht alle packte die Euphorie. Das Problem liegt aber nicht in den Bondmärkten an sich, sondern im Verhältnis von Bonds zu ihren um ein Vielfaches umfangreicheren Derivaten. Hier wackelt der Schwanz schon lange mit dem Hund: Denn viele Derivate-Besitzer werden nun ihre Position nicht oder nur mit hohen Verlusten schließen können. Bill Gross der Chef von Pimco, des größten Fonds auf Gegenseitigkeit für Bonds, riet alles zu kaufen nur nicht US-Bonds: „Kurz gesagt, verlaßt um Himmelswillen Dodge City in den USA und investiert in London oder Frankfurt“ waren seine veröffentlichten Worte.



11.04.2004

DIESE WOCHE

Am Beispiel der Arbeitslosigkeit in den USA demonstriert der Spatz diese Woche, wie Statistiken gefälscht werden. Er überlegt, was die Finanzmärkte mit dem Arbeitsmarkt zu tun haben, und findet offensichtliche Zusammenhänge – was die Frage aufwirft, weshalb das sonst niemand merkt. Die Antwort darauf ist aber wenig österlich...

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Nicht nur ein Bankier in London fragte sich verwundert: „Was ist das für eine Wirtschaft?“. Die Verschuldung wächst ständig nicht nur in absoluten Zahlen sondern auch im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft. Wir haben das Verhältnis kurz vor der großen Depression in den 30er Jahren längst hinter uns gelassen. „Das kann man nicht mehr Wirtschaft nennen, das ist ein pyramid scheme“, Wechselreiterei eben. „Im letzten Jahr schaffte die USA jährlich um die 2 Billionen neue Schulden pro Jahr, jetzt liegen wir schon bei 2,7 Billionen pro Jahr“.

Doch gab es auch Wermutstropfen. Ein politischer Berater eines „Main Street“ Republikaners, der auf seine Regierung wegen des Job-Wunders besonders stolz sein sollte, rechnete vor. Von den 308.000 neuen Jobs sind wenigstens 157.000 von der Regierung aufgrund von „statistical fictions“ erfunden worden. In einem Fall wurden 50.000 Leute, die nach einem Streik gegen eine Handelskette an der Westküste die Arbeit wieder aufgenommen haben als „new jobs“ gewertet. In der New Yorker Post schrieb John Crudele: „Die Regierung dachte viele Firmen seien neu gegründet worden und daß diese neuen Outfits in diesem Monat 153.000 Arbeitsplätze geschaffen hätten“. Was denkt man sich nicht alles (auch als Präsidententreiber) aus, um den Job nicht zu verlieren?

Warum in Details gehen, hatte Herr William Poole von der FED in St. Louis in drei Vorträgen am 30. März doch eindeutig gesagt, worum es eigentlich geht: „Wenn man die Zinsen zu lange zu niedrig hält, zieht man sich ein Inflationsproblem zu. Wir wollen dem vorgreifen. Denn wenn wir die Anzeichen der Inflation bereits sehen, ist es zu spät“. Und dann: „Die Zinsen ziehen wieder an, wenn wir einen überraschenden Aufstieg haben, eine Bestätigung dafür, daß die Wirtschaft wieder unter Dampf gerät“. Wenn so ein Zeichen sich nicht von alleine einstellt, dann muß man es sich eben besorgen.

Nach dem Job-Wunder klang der gleiche Herr wieder zurückhaltender: Grund waren die Bonds. Daß die Aktien steigen würden, damit hatte man gerechnet, das war ja auch ein Grund für die Maßnahme gewesen, daß aber die

Bonds einbrechen würden, kam ungelegen, schließlich hat die USA gewaltige Defizite zu finanzieren. Also bremst Herr Poole jetzt wieder: „In den nächsten Monaten nicht, erst wenn die Wirtschaft nachhaltig anzieht...“ Aber darauf warten auch unsere Politikföhnchen in Berlin und andere, die für sich denken lassen, schon seit geraumer Zeit vergebens. Trotzdem werden die Zinsen wieder anziehen – und sei es nur, um zu verhindern, daß man die USA wie Argentinien und andere Länder in der IWF-Klaue, zum Fast-Nulltarif ausnimmt. Wie es aussieht, wird das Ganze mit einem kräftigen Terror-Donner mit mehreren hundert Toten als Ablenkungsmanöver, über die Bühne gezogen.

In diesen Tagen hat die Bevölkerung also viel zu schlucken. Wie kommt es, daß sie das alles so glatt und ohne zu murren hinunterwürgt? Den Grund nennt ein altes Sprichwort: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ oder „früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will“. Deshalb hatten sich schon immer alle Systemveränderer (die Erfolgreichen waren große Männer, die Erfolglösen waren Bösewichter, die Halberfolgreichen böse Tyrannen) der Jugend besonders angenommen. Aber niemand tat das so erfolgreich wie unsere progressiven (Bildungs)Systemveränderer der 1968er und folgender Jahre.

Im April 2004 erschien die Studie eines Dr. Dimitris A. Christakis in der US Zeitschrift „Pediatrics“ über eine der nicht mehr ganz so neuen Krankheiten, die vor allem Kinder befallen (bei den faul gewordenen Alten fällt sie nicht mehr auf): ADHD! Das steht ein Zusammenfallen von auffälliger Konzentrationschwäche und Überaktivität. Nun sind 1. Studien immer mit großer Vorsicht zu genießen, weil uns fast keine Lüge mehr ohne entsprechende wissenschaftlich daherkommende Studien (als Berechtigungsschein für entsprechende Medikampagnen) ins Hirn gedrückt wird. 2. wurden über das Thema seit Jahrzehnten Bibliotheken vollgeschrieben – auch bei uns in Deutschland. Eltern, Erzieher, Lehrer und Bildungsbeamten klagen darüber und – soweit sie tatsächlich mit Kindern zu tun haben – leiden sie darunter. ADHD ist kein Schmus, wie das Waldsterben oder die

Klimareiterei, ob aber eine „Krankheit“ ist Definitionssache. 3. Für diese Krankheit hat man auch schon Abhilfe gefunden. Große Pharmafirmen bieten Gegenmittel an Das bekannteste ist Ritalin, dann gibt es noch Prozac und viele andere. ADHD ist also auch ein gutes Geschäft. In den USA bekommen allein 5 Millionen Jungen Ritalin (Nebenwirkungen sind Charakterveränderungen, manchmal Selbstmord, manchmal Amoklauf). Doch sollte einen der „Geld-Neid“ (wie gewöhnlich ist es so beabsichtigt) nicht abhalten oder ablenken, der wirklichen Sache auf den Grund zu gehen.

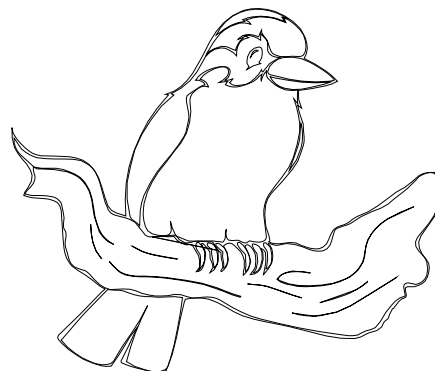
Im Grunde sagt Dr. Christakis nichts anderes, als was viele Laien ahnen und wovor so manch konservativer Bildungsbeflissener zu Recht gewarnt hat. Er sagt es nur sehr wissenschaftlich und aufgrund vieler molekularbiologischer Befunde an den Neurotransmittern und Rezeptoren im Gehirn. Das wirkungsvollste Mittel gegen ADHD und (zum Leidwesen der Pharmaindustrie) zu gleich das billigste ist: „Turn off your TV!“, Fernsehen, Videofilme, Computerspiele abschalten! – Vor allem für jeden unter 3 Jahre alten Menschen (am besten aber für alle noch Lernfähigen bis zum Alter von 60)! Es sind nicht so sehr die Inhalte, die schlecht genug sind. Doch darüber redet der „Wissenschaftler“ nicht, sondern das Fernsehgucken an sich zermatscht die Birne. Das beginnt mit den Farben und endet bei den Rhythmen, mit denen die Frames wechseln. Kurz, Gift ist alles das, was Rudel von Wissenschaftlern in den letzten Jahrzehnten erfunden haben (z.B. zur Dämpfung der Wachheit, um eine Art Trance zu erzeugen etc), damit die Leute, wenn sie den Kasten einmal eingeschaltet haben, so leicht nicht mehr davon wegkommen.

Eine andere Studie (wie gesagt, Studie = Vorsicht!) besagt, daß 26% der zweijährigen Kinder in den USA bereits einen „eigenen“ Fernseher im Kinderzimmer haben, weil sie das so schön pfegeleicht macht: „Glotze an, und dann ist Ruhe!“ ist auch politisch. Wie aufwendig war das früher mit dem ganzen Priester-TamTam! Jetzt geht es leichter und wirksamer. Nur leider ist nicht ausgeschlossen, daß sogar unsere Politiker Fernsehen gucken – und die Politik ist so wie sie geschluckt wird.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Wohin Du nicht willst: Die Sonne bringt es an den Tag



18.04.2004

DIESE WOCHE

In diesem tiefgründigen Beitrag demonstriert der Spatz zunächst am Beispiel Israels, wie wenig „Recht“ und „Demokratie“ eigentlich wert sind, und demonstriert dann mit großer Klarheit die zugrundeliegende, auf Hobbes zurückgehende Ideologie: „Demokratie“ und „Markt“ identifiziert der Spatz dabei als Versuch einer Art Kulturrevolution – ein unkonventioneller Beitrag.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
EMail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
EMail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

...doch manchmal anders, als Chamisso sich es einst vorstellen konnte. Um das zu verstehen, sind – auch wenn wir uns in einigen Punkten wiederholen – ein paar grundsätzliche Vorbemerkungen nötig.

Dummheit ist keine Kategorie der Politik. Jede Politik hat ihre Ziele, ihr liegen Absichten zugrunde. Man mag diese mögen oder nicht; sie können mit den eigenen Zielen, den genannten und den insgeheim verfolgten, übereinstimmen oder nicht; doch sind sie nicht „dumm“. Dumm sind allenfalls diejenigen, die einer Politik folgen oder einer nach dem Munde reden, ohne die Ziele (ihre Konsequenzen) zu kennen oder zu teilen, weil sie sich ein X für ein U vormachen, beziehungsweise haben vormachen lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zum Beispiel der zu häufig benutzte Chefbuhmann aus Deutschland, Hitler, und seine Führungsclique solche Dummköpfe waren, daß sie nicht wußten, wohin ihre politischen Absichten sie und die Welt führen würden. Hätten sie es können? Kannten sie die Macht, zu bestimmen, wohin die Reise geht, wollten sie das überhaupt? Sie ließen sich auf eine Reise ein, ohne die Absichten der Mitreisenden, vor allem der Reiseagentur zu kennen. Und wir?

Sich heute noch über die Machthaber zu täuschen, fällt schwer und erfordert einen großen Wegsehaufwand. Anders steht es mit deren Absichten. Sich über diese zu täuschen ist aus Zweckoptimismus eine Landplage – schließlich will man nach einem geruhsamen Fernsehabend (mit durchschnittlich 300 Todesopfern durch Gewaltanwendung, von denen einem, weil sie sich auf unterschiedliche Kanäle verteilen, sicherlich einige entgehen) noch in Ruhe schlafen können. (Besser Reality-TV oder gleich live, Christen oder Juden durch die Arena hetzen – wahrscheinlich bedient man sich dazu demnächst der Moslems).

Der Freibrief des protestantischen Kreuzritters an den Levitenschüler Sharon hat ein Gutes. Er deckt – vor allem im Zusammenspiel mit dem sogenannten demokratischen politischen Herausforderer – ein wenig die politischen Absichten hinter dem uns von den Medien dargebotenen „Dummen“ an.

Was hat dieser Freibrief an Sharon deutlich gemacht?

1. Internationales Recht und Resolutionen der UNO sind nichts wert. Das hätte man schon nach dem Angriff auf den Irak wissen können, wollte es aber nicht glauben. Nun wird das wieder unverfroren ausgesprochen. UN Sicherheitsrats-Resolution 242 und das nach 1945 amtlich festgelegte Völkerrecht stellt fest: Land darf nicht mehr durch Gewalt angeeignet werden, wurde es aber von Israel - und das rechtfertigt nun der machthabende US-Präsident ganz offiziell.
2. Bei „Demokratie“ kommt es nicht auf das Volk an, sondern auf die Anerkennung des Machthabers. Die von den Palästinensern gewählte „Palestinian National Authority“ wurde nicht nur nicht zu den Verhandlungen über das Geschick des Volkes herangezogen, sie kam in dem Brief gar nicht vor. Der redet nur von „Palästinensern“ und „palästinensischen Institutionen“. Bush und Sharon anerkennen keinen „palästinensischen Partner“, weil die gewählten Vertreter ihnen nicht genehm sind, Sie wurden nicht von ihnen, wie die sogenannte „Übergangsregierung“ im Irak, eingesetzt. Wählen Völker sich Regierungen, die den Machhabern nicht genehm sind, dann sind das keine gewählten Regierungen; die Wahlen werden angefochten und durch eine entsprechende Medienpolitik „richtiggestellt“. Lateinamerikanische Staaten und u.a. neuerdings Georgien können ein Lied davon singen (Wir nicht, wir haben nie etwas anderes zu wählen versucht, als das, was man uns als „richtig“ nahegelegt hat).
3. Eigentumsrechte gelten nur für machthabende Eigentümer. Der Brief sieht vor, daß gewaltsam von Haus und Hof vertriebene Palästinenser nicht mehr in das von Israel beanspruchte Gebiet zurückkehren dürfen. Sie sollen irgendwo – wahrscheinlich dort, wo die Sahara am heißesten ist – einen „eigenen“ Staat gründen und sich dort ansiedeln. Das muß man wörtlich hören: Die Lösung des Flüchtlingsproblems

ist „found in the establishment of a Palestinian State and settling the Palestinian refugees there, rather than in Israel“ - trotz vieler anderslautender Festlegungen der UNO. Die Palästinenser müssen also die von Israel gegen Völkerrecht und ausdrückliche UN-Resolutionen geschaffenen „Realitäten“, nämlich die illegalen Siedlungen und ihre Vertreibungen von Haus und Hof anerkennen.

4. Auf feierliche Erklärungen der US Regierung ist kein Verlaß. Die sogenannte road map wird ebenso leichtfertig aus dem Fenster geworfen wie im August 1971 die freiwillige Verpflichtung der USA, vom Ausland vorgelegte Dollars notfalls gegen Gold einlösen zu wollen und die anschließenden Entwertungen der US-Auslandsschulden (vor allem der Euro- und Asia-Dollar).
5. Dazu wird der antipalästinensische Schutzwall, der große Teile des Palästinensergebietes in eine Art Bantustan verwandelt, also in nicht lebensfähige Einheiten, die ähnlich wie der angeblich großzügig zugestandene Gaza-Streifen (im Juni 2005!) von allen Seiten und von unten und von der Luft durch Israel abgeriegelt wird, legitimiert – Welches Geschrei wurde beim „Antifaschistischen Schutzwall“ in Deutschland angestimmt – (Quod licet Jovi...).

Die Welt motzt zwar etwas. Am treffendsten Präsident Chirac, der gesagt haben soll (nach AFP): „Ich habe Vorbehalte, wenn internationales Recht ein- oder zweiseitig unterminiert wird... wenn Umstände oder Leute mit der internationalen Stabilität und den Regeln internationalen Rechts herumzuspielen beginnen, schaffen sie einen beunruhigenden Präzedenzfall“ – „wieder einmal“, müßte man ergänzen. Andere schimpfen oder bedauern oder versuchen etwas halbwegs Positives daran zu erkennen. Das US-Establishment schert das wenig, es weiß, nach ein paar Tagen kräht kein Huhn danach und beim nächsten Mal ist man so überrascht wie immer und – das bringt die ganze Geschichte auf den Punkt:

6. Macht schafft Recht – wer kann, kann's ändern.

Das ist – wie gesagt – keine dumme Politik eines angeblich dummen Präsidenten. Die andere Seite, der sogenannte demokratische Herausforderer sagt nämlich das Gleiche: „I think that could be a positive step ... What is important, obviously, is the security

of the state of Israel...“. Es ist also auch nicht dumm, wenn in Amerika nur noch rund 25% zur Wahl gehen (etwa 50% der Wahlberechtigten lassen sich zur Wahl registrieren, von denen sich dann nur etwa 50% an der Wahl beteiligen). Es hilft aber auch zu nichts! Aber warum sollten sie eins von zwei unterschiedlich gefärbten Fähnchen wählen, die die gleiche Hand hält? Daß es auch Alternativen gäbe, stellen die wenigsten fest, weil die nicht „im Fernsehen kommen“. (In Deutschland ist es darüber hinaus quasi verboten, „seine Stimme [an etwas anderes als das Übliche] zu verschenken“). So viel zur Demokratie, welche die Welt beglücken soll.

Nun könnte man zynisch sein, und fragen, was gehen uns die Palästinenser, Terroristen und Selbstmordattentäter an? Hier geht es aber nicht um Palästina oder den Irak, sondern um Weltrevolution, um die eigentliche. Sie basiert auf zwei Axiomen. 1. Der Mensch ist „real“ nur ein einzelnes Individuum (daß seine Sprache, sein Denken, Wollen, Empfinden etwas anderes sein könnte, kommt nicht in Frage). Als solches wird es wie alle einzelnen Lebewesen von Trieben bestimmt. (Selbsterhaltung, der eigene Vorteil, Fortpflanzung etc.). 2. Das Leben ist „real“ ein freier Markt, der im Wesentlichen von Konkurrenz (Überlebenskampf) bestimmt. Daraus folgt: Alle geistigen Fähigkeiten und Fertigkeiten und davon abgeleitete Moral- und Wertsysteme etc. sind Trieben, vor allem dem Selbsterhaltungstrieb, untergeordnet und nur insoweit „wahr“ als sie sich im Dienst dieser Triebe betätigen und bewähren, das heißt, als sie einzelnen Individuen helfen, in der Konkurrenz zu bestehen. Im Grunde handelt es sich bei allen Wertsystemen „nur“ um Herrschafts- und Ausbeutungsmittel. Sie vernebeln Mitbewerbern den Geist und machen sie denen „fittest“, die damit umzugehen verstehen, gefügig. Die Weltrevolution richtet sich gegen alle Wertsysteme und darauf sich gründende, politische Systeme, um die Individuen aus falschen Abhängigkeiten zu „befreien“ und sie ihrer „wirklichen“ Abhängig, dem Grad ihrer Macht, bewußt zu machen. Hauptgegner sind organisierte Religionen und die sie benutzenden Priesterherrschaften, aber auch idealistische Philosophien und dgl., wenn sie sich zu nationalen, völkischen oder sonstigen solidarischen Gemeinwohleinheiten verdichten.

Da sich allerdings der Krieg aller gegen aller – wie vom Großvater dieser Weltan-

schauung Thomas Hobbes angedacht – auf Dauer nicht aufrechterhalten läßt, sind der bloßen Natur willkürliche, zivilisatorische Grenzen zu setzen. Diese sollen im allgemeinen Überlebenskampf ein Minimum an formaler Regelhaftigkeit durchsetzen. Da diese aber nicht „real“ sind, keine Vorbilder haben und rein willkürlich von dazu befähigten Menschen (im Sinne des Selbsterhaltungstriebes auch zum eigenen Vorteil) ausgedacht wurden, sind sie eine Machtfrage d.h. eine Machtmehrheit muß sich darauf einigen und sie für alle zwingend durchsetzen (zur Mehrheitsbeschaffung lassen sich irrealer „Werte“ besonders gut nutzen).

Das ist die „realistische“ Begründung für die beiden einzig anzuerkennenden Werte. 1. Demokratie als das jeweils durchgesetzte Regelsystem einer Zustimmungsmehrheit, (Hobbes bezog das Gleiche auf einen einzelnen anerkannten Machthaber) und 2. der freie Markt, der dem Tüchtigen möglichst keine Hindernisse in den Weg legt: das ist „pursuit of happiness“, da das reale „Glück“ des Einzelnen sich weitgehend aus dem Erfolg im Überlebenskampf ergibt. Unterlegenheit ist nicht moralisch zu bewerten, sondern einfach reales Schicksal der real Minderbemittelten. Menschen können beliebigen Bedürfnissen (Trieben) nachgehen, z.B. anderen helfen wollen etc. Letztendlich entscheidet ihre Performance im Überlebenskampf (Markt), wie weit sie damit kommen.

Diese Weltrevolution ist noch nicht am Ende. Ihr gelang es bisher, sich im sogenannten Westen, durchzusetzen, jedenfalls bei den „Anerkannten“. In Deutschland müssen (von der richtigen Regierung) noch die Reste der revolutionswidrigen „sozialen“ Marktwirtschaft beseitigt werden. Die Wurzeln des ebenfalls revolutionswidrig weil sozialverpflichteten japanischen Kapitalismus, der in Ostasien durch überkommene Familien und Clanstrukturen eine breite Basis hat, dürften schwerer auszurotten sein. Das islamische Sozialsystem, wie wohl durchaus am wirtschaftlichen Erfolg des Einzelnen orientiert, setzt dem sehr starke Sozialverpflichtungen entgegen. Deshalb ist der Islam zur Zeit der „Haupt-Konterrevolutionär“.

Wie diese Weltrevolution den Menschen und seine sozialen Beziehungen prägt, kann man zum Beispiel in Romanen von Patricia Cornwell oder Mary Higgins Clark mehr oder weniger bewußt dargestellt finden. Wer das so will, bitte! Doch gibt es „Realeres“ und Schöneres.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Eine der Auswirkungen der „realistischen“ Weltrevolution:

Die Jugend ist unsere Zukunft

Pisa-Studie, Extremismus, Jugendgewalt, Straffälligkeit, Rauschgift, Ökologie, Fettleibigkeit, Psychopharmaka für Jugendliche, mangelnde Leistungsbereitschaft, Jugendkulte, Satanismus, Wertebewußtsein: Es gibt viele Gründe sich über unsere Zukunft und diejenigen, die sie aufgreifen und verwirklichen sollen, unsere Jugend, Sorgen zu machen. Viele denken dabei an ihre Renten und diejenigen, die den Gegenwert der Rentenzahlungen herstellen wollen/sollen, andere denken möglicherweise an ihr Lebenswerk, das ihnen wichtig war: Wer wird es weiter führen?

Gesellschaftliche Fehlentwicklungen sind offensichtlich, doch wo liegen die Gründe, wo ist einzusetzen, um rechtzeitig gegenzusteuern? Sind die genannten Gründe auch die richtigen? Wer vor-schnell offensichtliche Mißstände angreift, erkennt oft zu spät, daß er sich geirrt hat und – absichtlich fehlgeleitet oder nicht – die Sache nur schlimmer gemacht hat. Zum Beispiel können Eltern ihren Kindern schon frühzeitig Computer schenken wollen, damit sie ihn rechtzeitig beherrschen lernen, weil da die Zukunft liegen soll. Doch beherrschen ihre Kinder den Computer, wenn sie mit ihm spielen? Könnte es nicht auch sein, daß diejenigen, die die Programme geschrieben oder die Spiele programmiert haben, über ihre Kinder herrschen wollen und aus ihnen etwas machen, was sich Eltern kaum vorstellen konnten, daß verantwortliche Menschen so etwas aus Kindern machen könnten oder wollten – nicht nur gute Konsumenten sondern sogar Mörder? Vom Militärpsychologen, Oberstleutnant der US Armee Dr. D. Grossman, stammt u.a. das Buch mit dem Titel: „Hört auf, unseren Kindern das Töten beizubringen“. Er meint es ernst.

Bei der Frage über unsere Zukunft haben wir es zu erst mit Jugendlichen zu tun. Um auf sie einzuwirken, tun einige vorauseilende, grundsätzliche Gedanken not.

1. Das wichtigste im Umgang mit Jugendlichen ist Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Jugendliche mögen vielleicht nicht gleich durchschauen, was Erwachsene

von ihnen wollen, wenn sie ihnen dies oder das vorsezen, vor allem, wenn sie dabei scheinbar auf die „Wünsche und Bedürfnisse“ der Jugendlichen eingehen, aber sie haben ein gutes Gespür dafür, ob jemand es ehrlich (mit ihnen) meint und selbst hinter einer Sache steht, die er vertritt, oder nur nacherzählt, was man sagt, was sein sollte.

Eine Show mag Jugendlichen kurzweilig gefallen, aber sie nehmen jedem Menschen, der vorgibt, Ernsthaftes mit ihnen zu besprechen, es furchtbar übel, wenn er nur eine Show abzieht, oder gar einen Türken baut. Erwachsene mit „Bla-bla“, und käme es noch so ernsthaft, bedächtig oder gar scheinbar „wissenschaftlich“ begründet daher, verlieren in Augen der Jugendlichen die Achtung und werden nicht mehr ernstgenommen. Für beide Seiten schlimm, wenn das schließlich Lehrer oder gar die eigenen Eltern betrifft.

2. Kinder/Jugendliche wollen, wenn sie nicht verdorben worden sind, einmal ein erfülltes Leben leben. Was das sein soll, wissen sie nicht. Aber sie haben noch ein Gespür dafür (bis es ihnen von der sogenannten Realität ausgetrieben wird). Die Frage nach einem erfüllten Leben schwingt in jedem ihrer ernsthaften Interessen an Gegenständen (Technik, Wissenschaft, Kunst oder Sport usw.) mit, an Gegenständen von denen sie meinen, oder von denen man ihnen sagt, daß sie ein Leben ausfüllen oder wenigstens „bereichern“ könnten. Sie sind jedem dankbar und unheimlich begeisterungsfähig, wenn man ihnen einen tragenden, weiterführenden Hinweis gibt.

Doch wehe, wenn sich dieser als hohl oder gar verlogen erweisen sollte: In der Verachtung, die heutige Jugendliche in kaum verhohlener Weise Erwachsenen gegenüber zum Ausdruck bringen, zeigt sich neben der Propagandawirkung von Jugendkulturverkäufern auch und vielleicht sogar vor allem die Erfahrung der Jugendlichen mit erwachsenen Sprücheklopfern. Wer Kinder/Jugendliche erziehen will oder von Berufs wegen muß, sollte aus eigener Erfahrung wissen, was ein erfülltes Leben ist oder sein könnte.



25.04.2004

DIESE WOCHE

In dieser nachdenklichen Ausgabe überlegt der Spatz, was die Jugend und „die Alten“ trennt, und was die Ursachen für diesen Konflikt sein könnten. Er denkt darüber nach, woher die gegenseitige Verachtung kommt, die so oft zu spüren ist, und was man daran ändern könnte: leise Töne zum Nachdenken!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Ein Leben, das nur Geld verdient und sich dafür „Spaß“ kaufen kann, ist es wohl noch nicht.

3. Eigentlich wurde immer über die Jugend geklagt. Sie war selten so, wie es sich die Alten wünschten: Sie ist „unvernünftig“ jedenfalls insoweit, als die Alten das Wort „vernünftig“ zu verstehen meinen. Trotzdem waren die Alten meistens stolz auf ihre Jungen. Sie fanden dort den Elan und die Begeisterungsfähigkeit wieder, von denen sie merkten, daß sie bei ihnen selbst austrockneten. Sie freuten sich in der Regel in den Jungen etwas von ihrer Jugend wieder zu entdecken. Tun sie das noch?

Eigentlich hatte schon jede Jugend etwas an den Alten auszusetzen. Sie waren zu stur, borniert, spießig. Alles war bei ihnen eingefahrenen, sie schienen nichts wagen zu wollen, ihre angebliche Erfahrung stellte sich allem Neuen in den Weg, was Jugendliche ausprobieren wollten. Trotzdem war die Jugend meistens auch dankbar und stolz auf ihre Alten, die etwas geschafft hatten, von dem aus sie weitermachen konnten. Tragende Fundamente weiß auch die Jugend zu schätzen, wenn sie tragen. Ist das noch so?

4. „Alles dummes Zeug! Man darf die Jugend nicht über einen Kamm scheren“. Es gibt keine Jugend, es gibt nur Jugendliche. Von denen hat jeder seine Probleme und seine guten Seiten, so wie wir alle auch. Jeder von ihnen muß eben seinen Weg finden etc. Mit einer solchen Aussage sind ungute Gefühle schnell vom Tisch gefegt, um wieder auf die Tagesordnung zurückzukommen. Doch sind damit die Probleme beseitigt, die wir heute, wie alle Generationen vor uns auch und doch anders haben, wenn wir über unsere Zukunft, die Jugend nachdenken?

Wenn es die „marktwirtschaftliche, freiheitliche, demokratische Gesellschaft“ auch anders sieht, aber ein Individuum ist eine Abstraktion. Es gibt kein Individuum an sich. Individuen entstehen, bilden sich. Es ist die jeweils herrschende Kultur, die das Denken, Wollen und Empfinden der Individuen (wenn auch jedes anders) prägt. Was für jeden einzelnen gilt, gilt natürlich viel mehr für die Jugend, weil sie gerade in der Aufbruchphase steckt, in der die Marschrouten festgelegt werden. Was ist das für ein Denken, Wollen und Empfinden, das unsere zeitgenössische Kultur in den nachwachsenden Generationen vorprägt?

5. Unsere Vorfahren haben oft gebetet „Herr lehre uns bedenken, daß wir sterben müssen, auf daß wir klug werden“. Unsere heutige Gesellschaft hält wenig vom Beten und schon gar nichts von diesem Gebet. Der Tod wird weitestmöglich verdrängt. Wir wissen natürlich auch, daß wir eines Tages abtreten und andere an unserer Stelle weiter machen werden. Aber werden sie das? Wenn sie das wollen, und wenn sie es können. Aber werden wir deshalb klug?

Unsere Vorfahren wußten, wo die Jugend die Arbeit aufgreifen mußte, und was dazu erforderlich war, sie weiter zu führen. Unsere Vorfahren nahmen aktiv an der Gestaltung und Verbesserung ihrer Lebensumwelt teil. Sie hatten einen Hof, einen Handwerks- oder Gewerbebetrieb, sie nahmen eine notwendige Funktion in der Verwaltung oder Wissenschaft ein, die weitergeführt werden mußte, damit das Ganze weiterlief.

Und wir? Wir haben in der Regel einen Arbeitsplatz, vor dem genug andere stehen, um ihn an unserer statt zu übernehmen. Wir haben Zweifel, ob dieser Arbeitsplatz noch sinnvoll ist, oder schon ein Ballast ist, der unnötige Kosten verursacht und wegrationalisiert werden sollte. Ob er zur Verbesserung der Lebenswelt beiträgt ist höchst fraglich? Und was wäre diese Lebenswelt? Gibt es sie als ein Ganzes, kennen wir es, sind wir an seiner Gestaltung noch beteiligt?

Natürlich wissen wir, daß wir unser Brot nicht selber backen, daß es nur auf den Tisch kommt, wenn andere sähen, Backöfen und Ladeneinrichtungen bauen, für Strom sorgen undsoweiter – und schließlich leben wir nicht nur vom Brot. Vieles, alles muß im richtigen Verhältnis zusammenwirken, damit wir, jeder einzelne von uns überleben kann. Damit es weitergeht. Wer sorgt für das richtige Verhältnis, wer gibt die Richtung an, in der fortgeschritten werden muß oder könnte. Ist es nicht das geseufzte: „Es wird schon werden“ oder der mit geschäftigem Imponiergehabe verkündete „Markt“ – ein leeres Nichts.

Früher besorgten das Landesherren. Man war ihnen dankbar, wenn es leidlich gut voran ging, böse, wenn Mißwirtschaft einriß. Heute wählen wir Politiker. Die

erzählen uns dies und das, es geschieht aber etwas anderes. Wir werden informiert, die Medien erzählen uns dies und das, aber was wirklich an Wesentlichem geschieht, bleibt verschwommen. Fühlen wir uns von ihnen nicht genauso verschaukelt, wie die Jugendlichen von den Erwachsenen? Die meisten akzeptieren das hilflos, andere nicht. Ist das „Sich verschaukeln lassen“, das, was wir ehrlicherweise Jugendlichen anbieten wollen, hätte es ihre Achtung verdient?

Wie reagieren die meisten darauf? Mit „Spaß“, auch wenn er meistens nicht spaßig ist, d.h., man macht dies oder das, das sich momentan für einen selbst irgendwie und nach irgendwelchen Kriterien auszahlt. Was insgesamt dabei herauskommt, bleibt ungewiß. Aber wir hoffen, daß die Rente mit einer heutigen Verhältnissen entsprechenden Kaufkraft ausbezahlt wird, ebenso hoffen Jugendliche schließlich auf einen Arbeitsplatz, dessen Lohn sie, wenn sie dann auch einmal erwachsen sein müssen, einigermaßen, möglichst gut unterhalten wird. Wüßten wir, was insgesamt dabei herauskommen soll, und könnten wir daran aktiv mitarbeiten, wären wir im Sinne unserer Väter „klug“. Das „Bedenken, daß wir sterben müssen“, würde wenigstens die Frage wachhalten und verhindern, daß sie im „Spaß“ ersäuft wird.

Man sieht, Jugend und Erwachsene sind sich gar nicht so weit entfernt. Das Generationenproblem ist, daß sie sich gegenseitig für etwas verantwortlich machen, wofür die Verantwortung zu übernehmen, sie dadurch gerade ablehnen. Vielleicht liegt hier der Grund dafür, daß die Generationen bei aller üblichen, „immer schon“ dagewesenen Kritik aneinander, nicht mehr stolz aufeinander sein können, daß die einen ihr schlechtes Gewissen blendet, die anderen ihre Enttäuschung wütend macht. Das Gegenteil davon aber wäre ein erfülltes Leben. Sie sehen, mit den Gegenständen, mit denen wir es hier zu tun haben, wird man nicht so leicht fertig, sie lassen sich auch nicht auf einen einfachen Nenner bringen (wir werden dazu demnächst eine Broschüre und auf einer CD eine Anzahl vieler Texte herausbringen). Doch eines ist für Erwachsene unabdingbar: Ehe sie sich von anderen eine Route vorgeben lassen, sollten sie selber eine Vorstellung davon haben, wo hin die Reise gehen sollte. Ohne das, sind sie genau das, was Jugendliche heute in der Regel von ihnen halten.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Wo es rückwärts vorwärts geht:

Freiheitliche Demokratie

Was ist das, die „freiheitliche Demokratie“, die zur Zeit weltweit mit Feuer und Schwert eingeführt werden soll? „Volks-herrschaft“ übersetzt das Lexikon. Aber gibt es etwas anderes als Volksherrschaft? Natürlich, entrüstet sich der Neunmalkluger über soviel offensichtliche Torheit, natürlich gibt es Monarchie, Herrschaft von Königen, Autokratie, Aristokratie, Oligarchie, Plutokratie, Diktatur, Theokratie und Priesterherrschaft. Wahrscheinlich gibt es noch andere „-Kratien“. Was er nicht alles weiß, es steht in Lehrbüchern, darüber wird geschrieben, doch wen kümmert's? „Kratie“ gibt es aber nur eine, nur die des Volkes, doch er sie zu welchem Zweck handhabt, das ist die Frage.

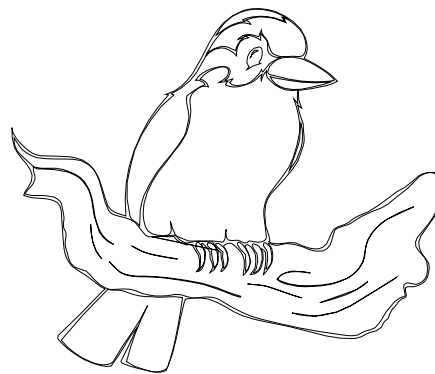
Weise Männer wie Sokrates, Erasmus und andere „lobten die Torheit“, weil sie naive Fragen stellt, Fragen, die nicht von nachgeplapperten Selbstverständlichkeiten verrückt wurden. Wie steht es denn nun mit der „-Kratie“. Wer herrscht, wer oder was übt die Macht aus? Nehmen wir die Autokratie, einen Caesar oder Napoleon. Herrscht Napoleon? Er gibt Befehle, doch wer führt sie aus, und warum tut er es? Was wäre, wenn Napoleon den Befehl zum Angriff gibt aber niemand angreift, wenn er Steuergesetze erläßt und niemand das Gesetz im Reich bekannt macht und durchsetzt? Ich kannte in den frühen 60er Jahren einen Menschen in Erlangen, der hielt auf dem Marktplatz große Reden an das Volk. Er hielt sich für Napoleon und verhielt sich so. Die Heilanstalt am Ort ließ ihn gewähren, weil die Leute ihm gerne zuhörten und er niemandem etwas antat. Ganz anders ein anderer Heiminsasse. Er hatte die Angewohnheit, leere Hühnereier mit Tinte zu füllen, sie zu versiegeln und dann in offene Fenster zu werfen. Dieser „kindische“ Patient mußte ganz im Gegensatz zu Napoleon unter Verschluss gehalten werden. Offensichtlich befolgen Leute Befehlen, wenn ihnen das nützt.

Das belegt der Fall: Kaiser von China. Das Volk glaubte ihm, so lange alles gut ging. Kam es zu Krisen und Katastrophen, dann hatte der Mann trotz aller Machtmittel das „Mandat des Himmels“ verspielt. Die Krisen zeigten nämlich, daß er kein wirklicher Kaiser war, sondern ein Usurpator. Er verschwand früher oder

später mit Schimpf und Schande. Er hatte keinen Nutzen gebracht, nur das Gegenteil – so einfach. War China eine Demokratie? Natürlich nicht! Es war eine Bürokratie, die für das Volk Herrscher wie Fähnchen vor dem Palast aufzog. So lange alles in gewohnten Bahnen lief, kümmerte sich niemand um das Fähnchen. Ging es schief, konnte man das Fähnchen auswechseln. Das war praktisch – für die Bürokratie und wahrscheinlich auch für das Volk. So konnte – was Bürokratien lieben – alles beim Alten bleiben und das trotz beachtlicher, technischer Erfindungen. Sie erreichten das Volk nicht und bewirkten nichts, bis beide, Volk und Bürokratie, unerheblich wurden, Spielball ausländischer Machthaber. Diese waren überlegen, weil sie Erfindungen zu nutzen wußten. Das scheint sich in China jetzt zu ändern.

Das Spiel der „-Kratie“ wurde für viele aber sehr anti-nützlich (wie zur Zeit bei uns), ohne daß die Fähnchen ausgetauscht wurden. Das ist der Fall, wenn Bürokratie, Napoleon oder Kaiser genug Leute findet, die ihren Befehlen folgen und tun, wenn sie sagen: faßt ihn, verhaut jenen, treibt diesen von Haus und Hof, macht ihn arm oder hängt ihn auf. Jede „-Kratie“ hat machtmäßig die qualitative Mehrheit der Befehlsgehörer auf ihrer Seite. Die anderen haben das Nachsehen, den Anti-Nutzen, folgen aber notgedrungen, weil sie „vernünftig“ sind, aus Einsicht in die eigene Ohnmacht. Auf die Iraker trifft das zur Zeit offensichtlich nicht zu, sie haben andere Einsichten und andere Prioritäten als die „Fleisch-töpfe Ägyptens“.

Im genannten Fall handelt es sich also nicht mehr nur um einen „Demos“, der etwas will, sondern um mehrere, die sich gegeneinander ausspielen lassen. Wie ist das zu verstehen? Nehmen wir eine Horde von Jägern und Sammlern. Wer gab dort den Ton an? Der Stärkste, derjenige, der die anderen verhaun konnte? Der konnte sich vielleicht eine extragroße Portion vom gemeinsam erlegten Wild verschaffen, aber herrschen? Konnte er sagen, wo am ehesten etwas zu finden war, wie man am ehesten auf Wild stieß und wo die besten Brombeeren oder Steinpilze wuchsen, dann folgte man ihm gerne. Konnte er das nicht, folgte man lieber



02.05.2004

DIESE WOCHE

Rechtzeitig zur Osterweiterung überlegt der Spatz, auf welche Art Herrschaft zustande kommt. Anhand einer brillanten historischen Analyse leitet er die Bedeutung des Gemeinwohls ab und findet, weshalb dieses in der derzeitigen „Demokratie“ am Untergehen ist: Ein Beitrag, den man in der EU gründlich lesen sollte!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

dem, der das besser konnte. Der nur Stärkste hatte nichts zu bieten, war also auch kein Gebieter. Hätte er auf seine Machtmittel, die Fäuste, gebaut, hätten sich die anderen seitwärts in die Büsche geschlagen. Er wäre allein geblieben und wäre – anders uns die modernen Wirtschaftslehre weismachen will – als besonderes Individuum sehr arm dran gewesen. Schon in der primitiven Clanwirtschaft war die Zusammenarbeit wichtiger als der Vergleichsvorteil des besonderen Einzelnen. Nur wer organisiert sie?

Das Volk will wissen, wo es zum Wohlstand geht, und folgt dem gerne, der es ihm überzeugend sagen kann. Heute tut es das Gegenteil, warum wohl? Die Änderung hängt mit der kulturellen Überlagerung „mehrer Völker“ zusammen: Ein Hirtenvolk stieß auf eine Hackbauernbevölkerung. Die Hirten sahen nicht ein, warum ihr Vieh nicht wie anderswo das Grünzeug wegfressen soll, die Bauern sahen nicht ein, weshalb das Wandervolk ihre Äcker verwüstete. Die Waffen entschieden. In der Regel siegten die raufkundigeren Hirten. Nach dem Sieg tat man sich zwangsfreiwillig zusammen und umverteilte die Arbeit. Das Volk war nun eigentlich zwei Völker, zwei Schichten, Stände, Klassen wie man will. Man arbeitete nicht mehr zum gemeinsamen Vorteil zusammen, sondern allenfalls zum wechselseitigen. Das ist ein Unterschied, denn nun gab es Hauptvorteile und Hauptnachteile.

Die Bauern übernahmen zum Ackerland noch das Vieh und wiesen ihm die Weiden zu. Die Hirten zeigten den Bauern, wo's lang geht und nahmen ihnen das meiste der Erträge und die Verantwortung für das Wohlergehen des Gemeinsamen (Schutz vor anderen „Hirtenvölkern“ und Plünderern) ab (sie ließen ihnen nur soviel, daß sie weiterarbeiteten wollten, statt abzuhaue). Die Bauern brauchten sich nicht weiter zu kümmern, das war trotz Mehrarbeit bequem. Kamen noch stärkere „Hirtenvölker“, dann wurde eben nur die Elite, das Obervolk ausgetauscht. Wenn man von den Turbulenzen des Austauschprozesses absah, änderte sich für sie nichts. Patriotismus hat etwas mit Landesverteidigung zu tun. Fehlt das eine, geht auch das andere abhanden – wie bei uns.

Mehrarbeit wird lästig, wenn das Schutzbedürfnis als Grund entfällt. Das wissen auch die „Hüter der Völker“. Ihre Hüterposition war – als noch alles so offen zu Tage trat – gefährdet und so waren sie immer auf dem Sprung. Deshalb gehorchten solche Oligarchien oder Aristokratien meistens auf ein vereinigtes Kommando, für das ein gewählter oder sonstwie akzeptierter König, Kaiser, Duce, Diktator etc. stand. Der herrschte, soweit er den Hütern insgesamt nutzte. War das nicht der Fall, war sein Fall so gut wie unabwendbar. Dafür, daß auch das Volk dankbar den Atem anhielt, ward gesorgt. Weil die Hüter gelegentliche Waffengänge für angenehmer hielten als ständige Arbeit, fanden sie auch immer neue böse Feinde. Das war praktisch, weil man sich bei solchen Unternehmen auch auf deren Kosten bereichern und dafür dem eigenen Untervolk (wenn sie Hilfstruppen stellten) etwas Entlastung gewähren konnte.

Doch warum machte sich das Untervolk nicht wie früher bei den Jägern und Sammlern einfach davon, wenn das Obervolk zu wenig Beute machte und dazu noch gefräßig wurde. Ja die „Fleischtöpfe Ägyptens“! – oder wo sonst war fruchtbares Land zu finden, auf das nicht irgendwelche Hüter eine Anwartschaft hatten. Das Alte Testament gibt für die damit verbundenen Probleme ein beredtes Beispiel. Der „Auszug aus Ägyptenland“ gelingt nicht, wenn man nicht eine „höhere Macht“ auf seiner Seite hatte. Die Übersetzer des Alten Testament sprachen von Gott, einem eigenartig blutrünstigen Wesen. Was eigentlich darunter zu verstehen war, bleibt unklar, wenn man nicht die damalige weltpolitische Lage versteht und die Rolle, die das Sklavenvolk der Hebräer in ihr (wissentlich oder nicht) zu spielen hatte. Die Pfarrer oder Rabbis schweigen sich in der Regel darüber aus, wahrscheinlich haben sie ihre Gründe oder wissen es nicht. (Es ist „fromm“ und zahlt sich aus, rechtzeitig zu den stärkeren Bataillonen überzugehen) Machtverhältnisse und Weltlage verschwimmen hinter dem leeren Inbegriff von Macht, „Gott“, Ihn bieten Experten an, damit sich das „brave“ Volk keine unnötigen Gedanken macht.

Mit der Zeit und bei der Entwicklung der Verhältnisse, auf die wir hier nicht eingehen, wurden die eigentlichen Hüter, die erfolgreich ihre Feinde aus dem Feld schlugen, immer weniger (vor allem seit-

dem sie nicht mehr selbst kämpften, sondern sich die nötigen Kämpfer kaufen konnten) und die beherrschten Völker immer mehr und vielschichtiger. Das führte zu Problemen, vor allem, wenn die Mehrarbeit bei den vorhandenen technischen Möglichkeiten in keinem Verhältnis mehr zu der „Not“ und dem Mangel standen, die die Hüter aus Überheblichkeit, Habgier oder Inkompetenz den unterworfenen „Völkern“, Schichten Klassen etc. zubilligten. Die Lösung war denkbar einfach – wir greifen der Entwicklung voraus. Sie hieß Vereinzelung. Man spielte die „Völker“ gegen einander aus, versprach dem das jenem dieses und ließ sie sich drum streiten (Lessings Ringparabel läßt sich auch andersherum verstehen, dann wird etwas Häßliches draus). Kostengründe trieben den Prozeß immer weiter, bis heute nur noch einzelne Individuen übrig blieben, die „Ich-Völker“ oder „Ich-AGs“. Das hatte den Vorteil, daß man vor lauter Einzelnen die Kasse („die Hüter“) nicht mehr sehen konnte.

Die Idee der Zusammenarbeit, um den Lebensunterhalt wirksamer und mit mehr Freude zu beschaffen, wurde zu etwas „Unmöglichem“, zu etwas wie „faschistisch“, „Teufel“ oder so. „Freiheitlich“ war dagegen der Kampf jedes gegen jeden, um eines geringen Vorteils, um der Brocken, die von der Herren Tische fielen, willen. Der freie Wettbewerb hält alle in Atem. Keiner braucht eine Vorstellung davon, was der gemeinsame Wohlstand wäre und wie er zu erreichen sei, von dem sich der einzelne Wohlstand (theoretisch gesehen) immer noch ableitet. Wen wundert's, daß die Demokratie keine Chance hat: Sie müßte doch wenigstens die Möglichkeit vorsehen, sich über das Gemeinwohl zu verständigen. Das aber überläßt das Volk gewohnheitsgemäß denen, die dafür schon immer zuständig waren und ihren „Experten“. Es streitet sich lieber um den (Nicht)Bart der Fähnchen, die die Bürokratie am Palast der Republik hochzieht.

Nicht nur in Deutschland (dort aber besonders) fehlt eine politische Kraft, die sich über das aktuell nötige Gemeinwohl verständigt. Wir haben Wahlvereine, um inkompetenten Leuten zu überbezahlten Werbe-Jobs zu verhelfen; und das feiern wir als „freiheitliche Demokratie“.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Von der Ideologie des Marktes: Biedermann und die Brandstifter

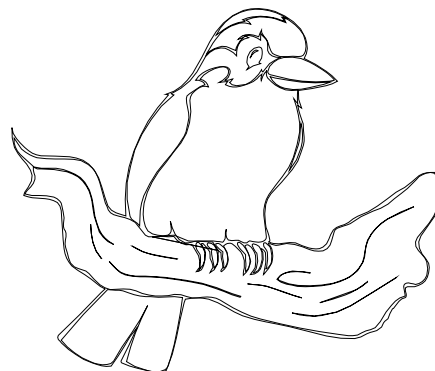
Kennen Sie die groteske Nachkriegs-parabel gleichen Namens? Sie sollte damals die Frage beantworten: Wie konnten die Leute das zulassen? Gemeint war die Hitlerei und der ihr folgende Zusammenbruch. Die gleiche Frage stellt sich heute wieder. Versuchen wir es mit einer Groteske (weil man bei ihr anders als bei der Wirklichkeit noch lachen kann):

Nehmen wir einen träge gewordenen Hausbesitzer. Als die ersten Schäden am Dach seines Hauses auftraten, kam er nicht dazu, sie zu reparieren, er mußte Geld verdienen. Die Schäden nahmen zu und das Geldverdienen ab. Als die Spanten zu faulen begannen, schickte er zum Baumeister. Der Alte war pensioniert, ein Neuer zeitgemäßer. Der Kostenvoranschlag war hoch, dafür wurde vereinbart, daß man während der Umbauarbeiten ungestört weiter im Haus wohnen könne und nicht belästigt würde – Das war dem Hausbesitzer einigewert. Er zahlte. Soweit, so gut.

Und der „Experte“? Er kam nicht etwa mit einer Plane, um die Bausubstanz zu schützen und darunter mit den Ausbesserungsarbeiten zu beginnen. Er riß weitere Teile des Dachstuhls ab, dabei brachen Teile des Mauerwerks im obersten Stock weg: „Die sind nicht mehr zeitgemäß!“ „Jetzt kommt sicher die Plane“, denkt der zahlende Eigentümer. Doch der „Experte“ bringt rostiges Gestänge heran, kappt die Stromversorgung und errichtet auf dem Rest des Daches ein Windrad. Unter den zusätzlichen Belastungen stürzt das Dach ein. Inzwischen regnet es durch die Decke in die Räume des Hausbesitzers. „Das fördert die Naturverbundenheit“ meint der gut bezahlte Baumeister und: „Das werden wir gleich haben!“ Schon rückt ein Bautruppmit Reform-Spitzhacken an. „Feuchtes Mauerwerk muß weg!“ Der Experte muß es ja wissen? Freunde habe dem Hausbesitzer zugemunkelt, „Der arbeitet für eine andere Firma, die hier eine Abdeckerei errichten will“. „Beweise?“ Die Freunde konnten den unterschriebenen Vertrag nicht vorzeigen - und der Hausbesitzer hoffte gläubig weiter, möglicherweise bis das Haus abgetragen ist und er ganz „im Freien“ sitzt?

Was haben uns die jüngsten Reformen gebracht? Sehen Sie sich die Arbeitslosenzahlen an, sehen Sie sich die Staatsverschuldung an, sehen Sie sich den Zustand der Infrastruktur an – so weit sie nicht schon meistbietend verscherbelt worden ist! Wie geht die Regierung mit den knappen fließenden Finanzen um. Sie wirft das Geld allem nach, was nicht produktiv ist, für nutzlose Windräder, Gutachten, Schwafler und dergleichen. Das tollste Ding: In Deutschland zahlt man inzwischen für Koks Höchstpreise. Vor nur 2 Jahren hatte man die weltweit modernste Kokerei in Dortmund gleich nach ihrer Fertigstellung wieder abgebrochen und für „einen Appel und ein Ei“ nach China verhökert – „der Umwelt zu liebe“: China untersteht nicht dem Kyoto-Regime, dem computergestützten Kokoloeres, wonach die Pflanzennahrung CO₂ entgegen allem, was empirische Wissenschaft herausbekommt, zum „Klimagift“ erklärt wird. Unsere Regierung ist wie die angebotene Opposition – wenn sie nicht für „andere“ gegen uns arbeiten - offensichtlich verrückt geworden. Was tun, wenn die Elite wahnsinnig ist? Hanneman, geh Du voran! Wenn Sie nicht Hanneman heißen, wird man Sie nicht ran lassen. Da müssen schon „Experten“ her, renommierte!

Es ist George W. Bush zu danken, daß er uns endlich beibringt, zwischen Werbung und Realität zu unterscheiden. „Ich erzählte seiner Majestät – sagte der US Präsident nach seinem Treffen mit Jordaniens Regierungschef Abdullah – daß mir die Demütigungen der irakischen Gefangenen und die Demütigungen ihrer Familien Leid tun, und ich sagte ihm, daß es mir genau so leid tut, daß die Leute die diese Bilder sehen, nicht die wahre Natur und das Herz Amerikas verstehen.“ Die peinliche Sache war – ehe sie an die Öffentlichkeit drang – lange bekannt. Antonella Notari, Sprecher des Intern. Roten Kreuzes schrieb am 5. Mai in „Le Monde“: „Die Fotos sind natürlich schockierend, doch unsere Berichte sind noch schlimmer. Wir wußten das und haben das amerikanischen Regierungsstellen (schon im Herbst letzten Jahres) mitgeteilt...“. Seit langem wird über die Gefangenenlager in Guantanamo berichtet, ohne daß etwas geschieht. Erschreckende Vorgänge in Afghanistan ka-



09.05.2004

DIESE WOCHE

Homo hominem lupus, weiß das Sprichwort, der Mensch ist des Menschen Wolf, und diese Woche untersucht der Spatz anlässlich der Folter an Gefangenen im Irak die Mechanismen hinter Völkermord und Kriegsgreueln. Dabei kommt er zu erstaunlichen Schlüssen, die so gar nicht in die tägliche Propaganda passen wollen, der wir täglich ausgesetzt sind, aber lesen Sie selbst!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

men ins Gerede. Wie lange wird in Palästina schon amtlich gemordet. Wie ist man 1983 in Somalia vorgegangen, wie in Panama bei der Festnahme des früheren CIA-Mitarbeiters Noriega, als der plötzlich, wie sein Kollege Saddam Hussein, die Interessen des eigenen Landes entdeckte?

In Deutschland wollte man nicht wissen, was 1945 in den Rheinwiesen geschah und in den Folterkammern, in denen Geständnisse (weil die begangenen Schweinereien nicht ausreichten) als Grundlage des Natio-Masochismus der Nachkriegszeit geschaffen wurden. Wie war man mit den Indianern bei der Landnahme vor 250 Jahren umgegangen, wie mit den eigenen Landsleuten im US-Bürgerkrieg vor 150 Jahren? Das hatte es im feudalen Europa, das alles andere als zimperlich war, nicht gegeben. Dort sah man im befehdeten Feind noch den Mitmenschen bis der konfessionelle Wahn die Sicht verstellte. Heute sind die Feinde der Auserwählten Ungeziefer (Vietnam) oder bössartige Halbmenschen (Irak, Palästina). Und doch ist, was da geschieht, nicht das, wofür „Amerika“ steht.

Und das wäre? Hier gibt es ein doppeltes Problem. 1. Es wird bei dem, was Amerika betrifft seit über 200 Jahren nicht zwischen Propaganda und Realität unterschieden. 2. Viele Menschen nehmen die leicht durchschaubare Werbelüge hin, obwohl es sich hierbei ganz offensichtlich um Propaganda handelt(e) und nicht um Realität. Menschen wollen sich ihren Traum von Freiheit nicht nehmen lassen, die süße Hoffnung, daß sich ideale Zustände ohne eigenes Zutun und Verantwortung ganz „von alleine“ einstellen, wenn nur die unangenehme Staatsmacht auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt ist und der freie Markt regiert und jeder seinen niedrigsten Bereicherungsinstinkten freien Lauf läßt. Und Erfolgreiche lassen ihnen gerne „freien“ Lauf, zumal der Markt ihnen alle Verantwortung für die Folgen ideologisch nimmt. Sich zu bereichern ohne sich den Folgen stellen zu müssen, daß ist das „freiheitliche“ an der westlichen Demokratie, die alle erfolgreichen Menschen „beglücken“ soll. Wer das Glück nicht sucht, ist kein Mensch.

Doch Mißstände hören damit nicht auf, es gibt sie mehr denn je. Aber an ihnen sind immer nur die anderen Schuld, vornehmlich die „Faulen“, die nicht Erfolgreichen und diejenigen „die unsere Freiheit hassen“ (G.W. Bush) etc. Das sind die Unmen-

schen, mit ihnen man umspringen kann, wie mit den Gefängnisinsassen im Irak. Schuldige lassen sich immer finden und seien es die „eigenen Männer“ dann, wenn sie nicht mehr mitspielen, wie Saddam oder Noriega, oder jetzt die von Rudeln von Psychologen trainierten Folterer, die es zugelassen haben, daß diese nicht-werbewirksamen Dinge die Amerika-Werbung trüben.

Dabei wäre die Freiheitspropaganda mit dem Markt im Mittelpunkt so leicht zu durchschauen. Der Markt funktioniert nur, wenn er „Gewinn“ verspricht. Auf ihm läßt sich aber kein Gewinn „realisieren“, weil als zahlungsfähige Nachfrage auf der einen Seite nur auftritt, was auf der anderen als reale Kosten erscheint (Lohn-, Anschaffungskosten, Steuern etc.). Gewinn ist nur für einige möglich: 1. solange man marktfremde Vermögen auf den Markt ziehen oder andere Marktteilnehmer aus dem Markt drängen (Enteignung ungeschickter Marktteilnehmer) kann, 2. durch die Anhäufung von Schulden (vorfinanzierte Verkäufe). Das geschieht a) als Geldentwertung durch Gelddruckerei (was nicht auffällt, solange der Geldentwertungseffekt durch den Effekt der Produktivitätssteigerung verdeckt wird; danach beraubt die schleichende Geldentwertung alle wenig Erfolgreichen, die für ihre Altersversorgung oder sonst etwas sparen müssen) b) als Monetarisierung der Schulden, d.h. die Umwandlung von Schulden in Wertpapiere, die gegen ein Zinsversprechen verkauft werden. Investitionen in solche Papiere gehen auf Kosten neuer Produktionsstätten (Arbeitsplätze). Sie werden allmählich rentabler als der Verkauf realer Güter, wenn nur noch die „Verknappung“ auf dem Markt die Preise für Versorgungsgüter so hoch hält, daß aus dem Erlös die Zinslast (die als Kaufanreiz für den Wert der Wertpapiere sorgt) zu tragen ist.

Schließlich ist „die Beseitigung der Armut als Beseitigung der Armen“ das eigentliche Wesen des Marktes. Wer nicht zahlungsfähig ist, hat auf dem Markt nichts zu suchen. Für ihn produziert mangels Gewinnerwartung kein Marktteilnehmer. Daher ist es marktgerecht, wenn jährlich Millionen Menschen verhungern, während sich die Überproduktion an Nahrungsmitteln nicht verkaufen läßt, Landwirte verarmen und ebenfalls aus dem Markt fallen. Der Staat soll die Härten abfedern. Womit? Er tut das – wo möglich – mit dem, was er von Marktgewinnen rentabilitätsschmälernd abgreift. Ohne Rendite keine Produktion, und ohne rentable Produktion keine Steuern und kein Abfedern – wie sich allmählich zeigt.

Das sind keine neuen Erkenntnisse. Aber Rudel von Wirtschafts-„Wissenschaftler“ sind damit beschäftigt, durch „wissenschaftliche“ Verkomplizierungen die Einsicht in diese einfachen Grundzüge der „Freiheitlichkeit“ zu vernebeln, um den vermarktbareren Traum davon am Leben zu halten. Im Grunde beruht dieser Traum auf mittelalterlichen Produktionsvorstellungen, als jeder Bauernhof sich selbst genug war und sein Erfolg (Versorgung) vom Arbeiterfolg und dieser neben dem Wetter (Gottes Segen) vom Arbeitsaufwand abhing – allerdings auch vom garantierten Landbesitz. Dieser war/ist eine Funktion der Verteidigungsfähigkeit. Dafür muß(e) jeder Opfer bringen. Die Opfer wuchsen mit der Zeit so, daß man sich die Dienstleister für Eigentumsrechte (Waffenträger, Ritter, Adel, Obrigkeit) nicht mehr leisten konnte/wollte.

Wie schön, daß diejenigen, die damals schon die Verteidigungskosten hoch getrieben hatten, jetzt selbst die Eigentumsrechte nicht mehr in Frage stellten (wenn es sich nicht gerade um Ölquellen etc. handelt) und statt dessen den freien Markt als Alternative anbieten. Hochgetriebenen hatten sie die Verteidigungskosten, als sie aus Rentabilitätsgründen die Fehden der Verteidigungs-Dienstleister um Landrechte finanziert und angeregt hatten. Sie lebten von den dafür berechneten Zinsen und setzten später – aus Rentabilitätsgründen – an die Stelle der Fehden den Markt. Dieser schuf Verhältnisse (zum Beispiel die wechselseitige Verschuldung), die jeden, der noch auf dem Markt arbeiten konnte, bei allmählich schrumpfender Rendite zu Höchstleistungen antrieb (das war kostensparender als die Knute der sich befehdenden, verschuldeten Feudalherrn).

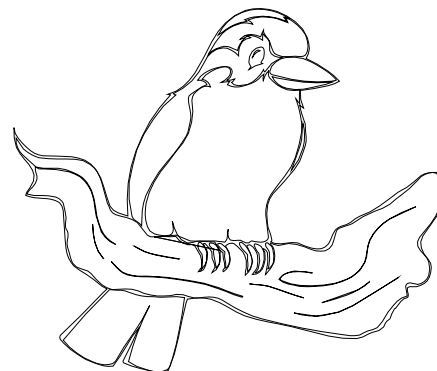
Im Großen und Ganzen „frei“ sind (wie im Mittelalter) nur die Geldgeber großen Stils. Das sind die Leute, die niemals Schuld sind, weil sie das Geld drucken. Sie finanzieren nur nach Rentabilitätsgesichtspunkten, die Drecksarbeit tun andere. Sollten die unbequem werden, werden sie bestraft, wie möglicherweise diejenigen, die unter wissenschaftlicher Anleitung im Irak foltern. Hätten die es nicht getan, hätten es andere getan – so arbeitet der Markt bei knapper zahlungsfähiger Nachfrage. Und das ist der eigentliche Grund, weshalb verrückt gewordene Regierung oder deren Opposition wiedergewählt werden – jedenfalls solange sich an der Zahlungsfähigkeit im großen Stil (von Ihrer abgesehen) nichts ändert.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Aus dem Reich der Lüge und der Heuchelei:

„Tschuldigung! Es war nicht so gemeint!“



16.05.2004

DIESE WOCHE

Die Diktatoren aller Zeiten haben von einer stationären Gesellschaft geträumt, die sich technologisch nicht mehr entwickelt und daher beherrschbar ist – was genau das ist, was derzeit im Entstehen begriffen ist. Mit großer Klarheit leitet der Spatz diese Woche her, weshalb und wie sich dieser Endzustand der Geschichte entwickelt, und wie unmenschlich er ist.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

Sie pressen sich künstlich einige Worte des Bedauerns ab und schieben alle Schuld auf nachgeordnete Dienststellen. Daß die Folterungen nicht erst im letzten Krieg betrieben wurden, daß sie nach wissenschaftlicher Anleitung erfolgten und von höchster Stelle sogar gegen Beschwerden nachgeordneter Stellen angeordnet wurden, schert so wenig, wie willkürlichen Regierungsmorde an Leuten, von denen man sagt, sie seien möglicherweise Terroristen. Aber Menschenrechtsverletzungen in China und anderswo sind empörend. Das Bedauern gilt ausschließlich dem Umstand, daß die Sache aufgefliegen ist. Man kann die eigene Bevölkerung und die Weltbevölkerung folgenlos belügen, (fiskalisch) bestehen und an der Nase herumführen. Ein billiges „Tschuldigung“ genügt.

Die dänische Tageszeitung Jyllandposten schrieb am 11. Mai: „Die USA hat nun zum 2. Mal ihr Vietnam, nicht wegen einer starken Vietcong Armee, nicht wegen der massiven Unterstützung seitens der kommunistischen Diktatur im Norden, nicht wegen eines gut organisierten Widerstands der Saddam Hussein Anhänger im Irak, sondern wegen der perversen Vorgehensweise ihrer Soldaten [...] auf direktem Befehl ihrer hochrangigen militärischen und politischen Führer“. Bei aller Abscheu, solche Dinge waren so neu nicht. Die eigentliche Frage ist: Wer konnte/wollte sie gerade jetzt aufliegen lassen? Dabei ist nicht einmal klar, welcher Seite das im US-Wahlkampf dient. US-Bürger lieben Leute, die erst ziehen und danach Fragen stellen - vor allem, wenn es sich bei den Opfern um nicht-westliche Untermenschen handelt.

Danken wir die Aufdeckung dem wachsamem, kritischen Journalismus? Wohl kaum! Wie engagiert hatten sich die stets kritischen Medien, allen voran der Spiegel, noch gegen die mit überwältigender Datenfülle begründeten Zweifel an der amtlichen Darstellung der terroristischen Angriffe auf das WTC am 11.09.2001 gewehrt und als verschwörungstheoretische Spinnereien lächerlich gemacht? (Was es nicht geben darf, gibt es auch nicht – in den Medien) Was – jedenfalls seit dem Tonking-Zwischenfall, der den

Vietnamkrieg begründete, voll Entrüstung „aufflog“, tat es erst, als es an der eigentlichen Sache nichts mehr änderte, allenfalls den westlichen Pluralismus bestätigte. Soweit sind wir im Irak und Afghanistan noch nicht? Dabei ist der Zugang zu den Tatorten streng bewacht. Da kommen Sie so wenig hinein, wie Ihr FAZ-Journalist, wenn er es wollte. Schlechtes Gefängnis-Management? – Kaum!

In der gleichen dänischen Zeitung war nur 20 Tage vorher (am 21. April) ein Interview mit Dr. Rajendra Pachauri, dem Vorsitzenden des IPCC, der offiziellen Priesterschaft des Wettergottes der Vereinten Nationen zu lesen. Er äußerte sich über den „grünen“ Statistiker Bjorn Lomborg und sein Buch „The Sceptical Environmentalist“: „Wie unterscheiden sich Lomborgs Ansichten zur Menschheit von denen Hitlers? Man kann Leute nicht wie Vieh behandeln. Man muß ihre kulturellen Unterschiede respektieren [...] Lomborg denkt, es wäre billiger die Menschen von den Maldiven umzusiedeln, statt zu versuchen, den Anstieg des Meeresspiegels zu verhindern, damit Inselgruppen wie die Maldiven oder Tuvalu nicht im Meer versinken. Wo ist da der Respekt für diese Menschen? Wenn Sie die Denkweise Lomborgs akzeptieren, dann war vielleicht das, was Hitler tat, richtig“. Harte Anklage denn: „Hitler“ ist der Superlativ von „böse“.

Lomborg war von den Klimabehauptungen des IPCC ausgegangen, hatte aber mit Hilfe überwältigender wissenschaftlicher Belege gezeigt, daß die Maßnahmen des Kyoto-Protokolls nichts gegen die Klimaerwärmung ausrichten würden, daß sich aber für einen geringen Teil der damit verbundenen Kosten dringendere und nützlichere Umweltprobleme lösen ließen, darunter die Versorgung der Menschen in der Dritten Welt mit sauberem Wasser und ausreichender Nahrung. Das hält der weltamtliche Klimafunktionär für hitlerisch. Schon das britische Wissenschaftsmagazin „Nature“ hat in seiner Novemberausgabe 2001 Lomborgs Buch ungewöhnlich scharf angegriffen: „Der Text folgt der Strategie derjenigen, die zum Beispiel behaupteten, Homosexuelle stürben nicht an AIDS,

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Juden wären nicht von den Nazis zur Vernichtung ausgewählt worden und so weiter“. Warum so gereizt?

Der zweite Fall scheint klar zu sein. Die Lügengebäude brechen ein, wenn sie selbst einen Umweltschützer wie Lomborg nicht mehr überzeugen. Man wollte damit den Untergebenen erklären, warum sie bei überschäumenden, technischen Produktionsmöglichkeiten ihren Gürtel enger ziehen und Not leiden müssen. Sprüche überzeugen nicht mehr, wenn sich die Not persönlich meldet.

Liegt der erste Fall vielleicht ähnlich? Nehmen Sie jüngste außenpolitische Vorstöße des Westens noch hinzu: Die gerade neu verhängten Sanktionen gegen Syrien und vor allem das am 6. Mai verkündete neue „Projekt zur Befreiung Kubas“. Nachdem die USA den Irak so erfolgreich mit „Demokratie, freiem Markt und westlichen Werten“ beglücken konnten, wollen sie wieder einmal die Kubaner mit dergleichen versorgen. Bushs „Kommission zur Hilfe für ein freies Cuba“ verkündete: 1. Es werde „die unnachsichtige, brutale Diktatur in Kuba an ein Ende bringen“ 2. „dem Kubanischen Volk beim Übergang zu einer repräsentativen Demokratie beistehen“ 3. „dem Kubanischen Volk helfen, eine freie Marktwirtschaft einzuführen“. Für diese gnädige Zuwendung werden in den nächsten zwei Jahren 59 Millionen US\$ locker gemacht, davon gehen 36 Millionen an Widerstandskämpfer in Kuba, 15 Millionen an einen Rundfunk- und TV-Sender, der die Insel vom Flugzeug aus mit Propaganda übergießt, 5 Millionen stehen für zusätzliche diplomatische Anstrengungen zur Verfügung. Im US-Außenministerium wird der Posten eines „Transition Koordinators“ für Kuba eingerichtet und die Absicht verkündet, andere Länder dazu zu bringen, solche Bemühungen zu unterstützen. Aus Kubanischer Sicht wäre so etwas Terrorismus. Es kommt bei dergleichen auf den Standort an.

Was haben beide Fälle gemeinsam? Ablenkung? Das eigentlich schmerzhafteste Problem im Wahlkampf ist wohl der „Aufschwung“. Dazu ein paar „facts“: Die Detroit News berichteten am 7. Mai, große Betonbrocken seien von der East Grand Boulevard Brücke herabgeregnet. Glücklicherweise sei niemand getroffen worden, nur 5 Fahrzeuge hätten sich an ihnen einen Platten geholt. Die Brücke habe wie 1500 andere Brücken nur dieses Bundesstaates, das Ende ihrer 40-50

jährigen Lebenserwartung erreicht. Die Megabank Citigroup ließ sich, nach dem sie über 2 Jahre jede Schuld bestritten hatte, auf einen 2,65 Mrd.-US\$-Vergleich mit Anlegern ein, denen sie noch schnell WorldCom Aktien angedreht hatte, als der Bankrott der Firma bereits feststand. Eine weitere Klage über 4,95 Mrd. US\$ ist im Zusammenhang mit der Enron-Affäre anhängig. US-Behörden weiten ihre Untersuchungen der Mutual Funds wegen des Verdachts aus, nach dem letzten Aktienkrach der besseren Optik wegen Anlagegelder ihrer Klienten als Eigenkapital verbucht zu haben. Verdächtig werden u. a. Citigroup, Merrill Lynch, Morgan Stanley und CSFB.

Schwere Sorgen bereitet der Ölpreisanstieg auf über 40 US\$ das Faß. Verantwortlich gemacht werden – wie immer in einem solchen Fall – die Ölscheichs und ihre OPEC. Die OPEC produziert bei einem Weltverbrauch von 82 Millionen Faß täglich etwa 23,5 Millionen Faß an ihrer Kapazitätsgrenze, knapp 30%. Das Hauptproblem sieht OPEC Präsident Purnomo Yusgiantoro neben „geopolitischen Unsicherheiten und unangemessener Raffineriekapazität im Westen, vor allem in der gewaltigen Öl-Spekulation seitens großer Fonds“. Irgendwoher muß das Geld für die Wertpapierzinsen ja herkommen.

Bedenklich, vor allem in den USA und in England, wird die Hypothekenblase bei steigenden Zinsen. Hatten sich viele Haushalte dadurch noch über Wasser gehalten, daß sie angesichts niedriger Zinsen neue Schulden auf ihr Haus aufgenommen haben, so versiegt diese Möglichkeit allmählich (Umschuldungen nahmen im März in den USA gegenüber dem Februar um 56% ab), gleichzeitig drohen hohe Zinsen oder eine fortschreitende Teuerung (wegen Inflation oder der hohen Energiekosten), die Verschuldete in die Zahlungsunfähigkeit und ihre Kreditgeber in den Bankrott zu treiben. Trotzdem und trotz bei gesunkenem Dollarwert teurerer Importe überstieg das Außenhandelsdefizit der USA bei Gütern und Dienstleistungen allein im März zum ersten Mal die 50 Mrd./Monat-Marke auf 51,24 Mrd. US\$. (Wie schön, daß wir wenigstens ein Plus beim Export haben, irgendwer muß ja...). Wie wollen die USA reiche Leute im Nahen Osten, in Asien und bei uns überzeugen, ihr Geld weiterhin in die USA zu schaffen, um den Markt „frei“ zu halten und das Defizit der USA zu finanzieren. Da bleiben nur hohe Zinsangebote oder der Einsatz von Truppen (war das die

eigentliche Fehlkalkulation von Herrn Rumsfeld: Was macht ein Ölscheich mit seinem Geld, wenn man seine aufmüpfigen Untertanen so richtig in Wut versetzt).

Es ist nicht verwunderlich, wenn der Kommentator Roberts in der Washington Times am 12. Mai angesichts der wegbrechenden Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe der USA darüber sinniert: „Vor Zeiten war der freie Markt eine vernünftige Politik aufgrund gesunder Analysen, doch heute ist es eine Ideologie zum Drücken der Löhne“. Heute senke der freie Markt den Lebensstandard und zerstöre er die Wirtschaft. (Was hat sich für den Markt geändert, wenn nicht die „Konzentration“ des sogenannten Kapitals?)

Konnte man das nicht schon bei Adam Smith lesen, wenn man lesen konnte? Der freie Markt würde – so Adam Smith – das Einkommen der Produzenten gegen Null gehen und das Vermögen sich bei den Geldgebern sammeln lassen. (bei Unternehmern wie Arbeitern; für die Unternehmer ist das fast erreicht, dort herrschen inzwischen angestellte Finanzvorstände im Auftrag der Geldgeber, die Arbeiter werden zur Zeit freiheitlich gegen Null globalisiert). Deswegen wird Smith auch von den Geldgebern und ihren Medien so gelobt. Und schon John Stuart Mill schloß aus Smith' Analyse messerscharf, daß man früher oder später zu einer „Stationären Gesellschaft“ übergehen müsse. Darunter verstand er unmißverständlich eine sich technologisch nicht mehr entwickelnde Gesellschaft, die von der intellektuellen Avantgarde des Finanzkapitals nach soziologischen Methoden verwaltet würde. Wo liegt der Unterschied zu Karl Marx, der auf die „Negation der Negation“ und die Avantgarde der Gegenseite (Opposition) setzte? Zu den „soziologischen Methoden“ gehört die moralische und praktische Einschüchterung (wie in den Gefängnissen des Irak oder der ehemaligen SU – wenn entsprechende Berichte nicht nur billige Westpropaganda waren) und eine angeblich antikapitalistische grüne, quasi-sozialistische Ideologie – noch Fragen?

Man sollte die allzuoft zitierten Werke aufmerksam lesen. Auch unsere Eltern wunderten sich hernach über Hitlers Pläne: sie hatten zwar „Mein Kampf“ im Bücherschrank, aber es selbst bis heute nicht gelesen.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Ersaufen, ohne sich naß zu machen:

Europawahl: die Verhältnisse wählen

Wieder so eine Wahl! Alle paar Jahre wieder stellen sich Politiker zur Wahl. Sie legen keine Bilanz ihrer Tätigkeit vor. Die sollte der der Bürger kennen, hat er doch die Amtführung zu erleiden gehabt. Die Amtsinhaber bauen auf kurze Gedächtnisse der Wähler. Wer erinnert sich schon an all das, was inzwischen zur Normalität geworden ist? Wer ist Schuld, daß es so geworden ist? - Niemand! Sollte man deshalb auch „niemanden“ wählen? Wer Schaden anrichtet, hat normalerweise mit seinem Vermögen dafür einzustehen. Das gilt für alle bis auf drei Personengruppen, Unmündige, Politiker und Leitende Unternehmensvorstände. Die beiden letzten werden im „schlimmsten“ Fall mit einer hohen Pension oder Entschädigung verabschiedet. Wen wundern die Ergebnisse.

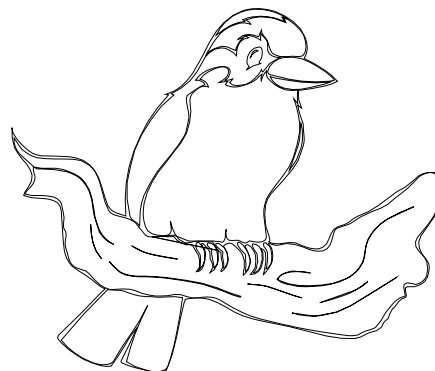
Es geht bei der Wahl um die Besetzung nicht schlecht bezahlter Arbeitsplätze. Sie zu verteidigen, ist ihren Inhabern schon etwas wert. Was genau? Sie kämpfen darum. Wie, womit? Sie nennen es Überzeugungsarbeit und lassen sich diese gut mit Steuergeldern bezahlen (schließlich verfügen sie ja über die Steuereinnahmen - und deshalb ist sie wohl auch so leer). Doch wer soll wovon und womit überzeugt werden? Davon, daß der Mitbewerber wenig taugt, daß alles im Wesentlichen beim Alten aber auch alles viel besser werden soll? Daß es einen großen Unterschied macht, ob Herr A und nicht Herr B oder gar Frau C den Posten bekommt. Welcher Unterschied das sein soll, lehren weder Erfahrungen mit diesen Leuten, noch Sprüche, die man von ihnen zuhören bekommt. Daß der eine freundlicher dreinblickt, ergreifender reden kann etc. macht ihn vielleicht zum „geringeren Übel“, und damit doch zum Übel. Die Unterschiede liegen in der Person, der Rest, das, was läuft, verläuft fast schicksalhaft, daran ist „eigentlich niemand“ Schuld, nur die Verhältnisse. Selbst an Dingen wie der Ökosteuer ist eigentlich niemand Schuld, allenfalls „der Staat“, der keinen Namen hat. Warum dann noch wählen? Es muß gewählt werden,

sonst ist es keine Demokratie. Das Gesetz will es so. Offensichtlich kommt es auf die Wahl an, nicht auf das, was gewählt wird.

Für Lobbyisten ist das anders. Die wollen „ihren Mann“ möglichst weit nach vorne bringen, dorthin, von wo der Griff in die Staatskasse möglich wird: „Was garantiert ihr mir, wenn ich...“ Von Nichts kommt nichts und das Freibier, die Kugelschreiber, die Humba-Band, das, was das Strohdreschen der zum „Wahlkampf“ angereisten Politprominenz („Wir kämpfen um jede Stimme“) erträglich macht, kostet Geld. Der Wahlkampf verläuft hinter den Kulissen.

Zwar lassen sich in Wahlen Leute, über die man sich getäuscht hat, abwählen („abstrafen“). Anfang der siebziger Jahre, als der Kohlebergbau noch etwas darstellte, kam es im Ruhrgebiet zu einem Arbeitskampf. Über 70% der Kumpels stimmten für Streik. Die Gewerkschaftsführung war „vernünftig“, und blies ihn ab. Die Wut war groß, die Abwahl des Gewerkschaftsvorstands beschlossene Sache. Zwei Jahre später auf dem Gewerkschaftstag war davon nicht mehr die Rede. Hatte man vergessen, war man selbst „vernünftig“ geworden, hatte man sich eingewöhnt, oder keine Alternative gefunden? Wahlen sind Stimmungssache. Um Stimmungen zu erzeugen bedarf es größerer Ereignisse. Nicht immer läßt sich durch einen kleinen Krieg, einen inszenierten Terroranschlag oder etwas Derartiges zeitgerecht für die Stimmung sorgen, die sich auszahlt. (Es ist wie beim Krimi oder Tabubruch sogenannter „Kunst“, der Reiz muß, um noch zu reizen, von Fall zu Fall steigen).

Mittels Wahl glaubt man, würden die Wähler über die Richtung, in der es weiter gehen soll, abstimmen. Welche Richtung wäre das? Fragen sie die Politprominenz! Auch sie muß erst nachfragen - bei wem wohl? Sicher, es soll alles besser werden: mehr Arbeitsplätze, bessere Schulen, billigeres Gesundheitswesen, ein einigereres Europa. Was, bitteschön, darf es sein? Um das alles



23.05.2004

DIESE WOCHE

Es stehen wieder Wahlen an, bei denen wir die machtloseste Instanz Europas mitbestimmen dürfen, das EU-Parlament, und pünktlich werden wir mit der üblichen Propaganda überschüttet. Die seziert der Spatz, zeigt die Lügen, untersucht die Manipulation, der wir vor der Wahl unterliegen, demonstriert, wie man uns belügt und betrügt. Eine gute Lektüre vor dem Gang zum Wahllokal, besser als jeder Werbespot im Lügen-TV!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

zu finanzieren, brauchen wir den „Aufschwung“ und der schaut schon um die nächste Ecke. Was wollen Sie mehr? Wer ihn nicht sehen kann, muß daran glauben, wie an des Kaisers neue Kleider. Wenn er tatsächlich kommen sollte, „waren wir es, die ihn gemacht haben - wer sonst?“ Wie hatten sie es gemacht - auch das müßten sie sich sagen lassen - von wem wohl? Deshalb kommt der Aufschwung auch nicht um die Ecke.

Doch haben sie für jeden etwas dabei. Es steht eine konservative, fortschrittliche, liberale oder eine „ganz andere“ Partei staatstragender Partei zur Wahl; und Analphabeten, denen die Fremdwörter nichts sagen, bietet man Farben als Politik an. Man kann zwischen rot, schwarz, gelb und grün wählen. Welche Verhältnisse die Farbe bedeuten, steht in den Sternen. Und weil Perspektivlosigkeit ängstigt, bietet hält man für die Leute auch Grund für die Angst bereit: Umweltverschmutzung, Terroristen, Islamisten, Neonazis. Welche Farbe schützt am besten? Wenn Sie es nicht wissen, stopfen Ihnen die Medien die richtige Antwort in Ihre liebste Worthöhle.

Doch steht hinter jeder ordentlichen Farbe oder staatstragenden Parteien auch ein Programm. Es aufzustellen hat viel gekostet. Damit es gut klingt, mußte es von Fachleuten entworfen werden. Sprachwissenschaftler formulierten die Texte so, daß sich möglichst viele Menschen möglichst vielerlei (jeder etwas anderes, ihm passendes) darunter vorstellen können. Da „alles“ bekanntlich „nichts“ ist, klingen die Programme auch so. Man will viele Wähler ansprechen. Was spricht man tatsächlich an: subjektiv, zustimmende Gefühle, die die Programm-Floskeln auslösen wollen. Um das zu gewährleisten, bezahlt man teure Sozio-Psychologen, die dazu die Meinungen/Stimmungen der Bevölkerung ausforschen, um die Ansatzpunkt zu finden, auf die die Floskeln sich beziehen sollen. So „erfaßt“ und „bedient“ man die größtmögliche Schnittmenge der Meinungsträger. Schließlich obliegt es den noch teureren Kreativen, für die Floskeln „images“ zu fertigen, denen wir dann auf Wahlplakaten und in Werbespots begegnen. Was sagen sie aus? „Wir, die Politiker und ihre Wahlvereine (Partei) sind ganz

Ihrer Meinung, wir verstehen Euch, stehen voll auf Eurer Seite“. Noch was?

Da heißt es zum Beispiel: „**Wir stehen für Frieden!**“ Wer wollte den nicht? „Wir haben uns am Kriegszug gegen den Irak nicht beteiligt!“ Damit locken diejenigen, denen es - weil man es ihnen nicht zugetraut hatte - zum ersten Mal gelungen ist, wieder deutsche Truppen grundgesetzwidrig und gegen das Völkerrecht (Feindstaatenklausel) ausserhalb der Landesgrenzen und nicht zum Schutz des eigenen Territoriums in Kriegshandlungen zu verwickeln. Inzwischen ist der Serbienkrieg vorbei, die Soldaten als „Friedensschützer“ noch dort und fast vergessen ist auch der Umstand, daß der Krieg mit den gleichen falschen, verlogenen vorgeschobenen Vorwänden und der gleichen Greuelpropaganda zur Rechtfertigung des Kriegseintritts ausgelöst wurde, wie fast jeder andere Krieg, in dem es statt um die Abwehr eines feindlichen Angriffs, um Demokratie (richtige Politikverwalter) und Freiheit (freier Zugang zu den Produktivkräften des Landes) ging. Dieser Krieg hatte wie die folgenden, dafür gesorgt, daß die freien Gelder Europas in den USA Schutz gefunden haben. (Sie reichen noch immer nicht aus). Damit hielt man zwar den „Aufschwung“, den jeder schon gesehen hatte, hinter der Ecke fest, doch der Hauptzweck war erreicht: Die Währung währte ein Weilchen länger. Weil dieser Zweck nicht sonderlich rühmlich ist, will ihn auch niemand wissen. Inzwischen verteidigen wir Freiheit und Demokratie am Hindukusch. Wahrscheinlich ist es nur eine Frage des Werbedesigns, wo wir sie demnächst verteidigen werden. Wir? - Keiner hat uns gefragt, wir gehen nur wählen.

Weitere Programme: Wer will nicht „die Familie“ schützen? An erster Stelle diejenigen, die gegen die alte, die „repressive“ Familienpolitik angerannt sind. Ihnen gelang es Familie zu einer „freien“, beliebigen, privaten „Sex-Lust-Gemeinschaft“ umzudefinieren und lesbischen und homosexuellen Gemeinschaften gleichzustellen. Was kümmert sie, daß die Familie nicht sexuelle Präferenzen der Bürger, sondern die Gesellschaft mit einer „Zukunft“ zu bedienen hatte. Familie war einmal als günstigster Ort, an dem Kinder aufwachsen und sich zu selbstbewußten Menschen

und mündigen Bürgern bilden (nicht dazu „gemacht werden“) konnten, als Kampfplatz um Lebensgrundsätze in liebevoller Geborgenheit, eingerichtet worden. Wo es um diese nicht mehr geht, kommt auch keine Familie in Gang, und „günstig“ wird nur noch als „preisgünstig“ verstanden. Wen (von der Rentenfrage abgesehen) interessiert „die Zukunft der Gesellschaft“, hängt doch schon die eigene in den Sternen, in die wir sie bei den Wahlen gehängt haben.

Aber „Zukunft“ steht auf vielen Plakaten, vor allem bei denen, die rückwärts „vorwärts“ nennen. Jeder will mehr für die „Bildung“ tun. Ihnen ist Bildung eine nötige Investition in brauchbare Arbeitskräfte. Die gute Chance auf dem Arbeitsmarkt hat alles wett zu machen: Bildung als (Selbst/Fremd)-Vermarktung. Daß Bildung etwas mit Moral, mit Selbstüberwindung, Beharrlichkeit, Neugier, wissen zu wollen, was die Welt im innersten zusammenhält, und dem Abenteuer, nach dem, was man weiß, auch zu handeln - zu tun hat, stört wie die „affirmative Kultur der „längst veralteten“ Klassiker. Zeitgemäß, weil es sich (vielleicht - je nach Konjunkturentwicklung) auszahlt, ist es, „allgemein anerkanntes“ Wissen bis zur nächsten Prüfung bei sich zu behalten und ein Gespür dafür zu entwickeln, wie man Leute „herum bekommt“. Jeder verspricht, den Nürnberger Trichter mit mehr Geld zu polieren, ohne zuzusagen, wo das Geld herkommt. „Die haben's ja - die anderen.

Wir schützen Mensch und Umwelt, retten das Klima“, verteufeln Kernenergie und sogar Kohle, Öl und Gas (weil wir „als Fortschrittliche“ den Pflanzen selbst ihre Hauptnahrung neiden). Wir schaffen Arbeitsplätze, in dem wir die Energie verteuern. Wir sorgen für Umsätze, indem wir neue Generationen von Wertpapieren (neue Derivate und CO₂-Zertifikate) auf den Markt werfen. Kurbeln die Wirtschaft an, in dem wir sie bremsen. Kurz: **Wir ersaufen, weil wir uns nicht naß machen wollen.** Dementsprechend wählen wir, was alleine an allem Schuld ist, die Verhältnisse. Eine Alternative kennt keiner, genauer gesagt, will kaum einer kennen. Sich auf das verständigen, was uns über die Verhältnisse hinausbrachte und danach handeln: „Danke, keine Zeit!“

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Heiß oder kalt: Übermorgen...

Ein Gastwirt – so die Geschichte – hatte in seiner Schankstube ein Schild mit der Aufschrift hängen: „Morgen alles umsonst!“ Ein Reisender, der in diesem Gasthaus Unterkunft gefunden hatte, sah abends das Schild, befragte den Wirt, ob es damit seine Richtigkeit hätte, und begann im Vertrauen auf die morgige Kostenbefreiung ordentlich zu zechen. Als er anderntags die Rechnung bekam, wollte er sich auf die Zusage von gestern berufen. Doch der Wirt verwies nur auf das Schild: „Morgen! Nicht heute“.

An diese Geschichte erinnert der Film „The Day after Tomorrow“, den die Medien zur Zeit anheizen. Der 120 Millionen Dollar teure Propagandafilm soll naiven Zuschauern die inzwischen verblassten Gefahren einer Klimakatastrophe wieder ins Hirn brennen. Die Arbeit leistete ein seit „Independence Day“ bewährter Angstmanipulator aus Schwaben, der damit in den USA ordentlich Geld macht. „Einer der Gründe, warum wir den Film gemacht haben, war, das Umweltbewußtsein zu schärfen“ sagte der Produzent Mark Gordon, und Jeffrey Godsick von Fox sieht es nicht anders. So etwas ist der US-Elite Millionen wert.

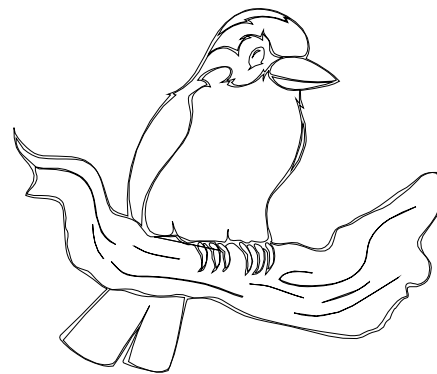
Aber, könnte man einwenden, es ist ja gerade die US-Elite, die dem Kyoto-Protokoll gegen die Klimakatastrophe nicht folgen will? Als wäre das ein Einwand. Haben Sie Jane Fondas Film „The China Syndrome“ von 1969 vergessen. 12 Tage danach folgte dem Film-Skript entsprechend die FEMA-Übung (Federal EMergency Agency oder Notstandsbehörde) mit dem Kernkraftwerk Three Mile Island. Der Film und die Übung sorgten dafür, daß in den Mitbewerberationen des Westens der Ausstieg aus der Kernenergie vorankam. In den USA wird dagegen die Betriebsdauer von Kernkraftwerken von 40 auf 60 Jahre erhöht und werden stillgelegte Kernkraftwerke wieder in Betrieb genommen. Solche Propaganda-Events funktionieren am besten, wenn sie scheinbar das eigene Haus schädigen, so auch am 11.09.2001. („Ungeheuerlich, Sie wollen damit doch nicht sagen...“ Ich werde mich hüten, außerdem dürfte keiner so etwas glauben wollen – und genau darauf kommt es an).

Nach den großen Erfolgen mit dem „Ozonloch“ glaubte man, der Weg zum Teilausstieg aus der fossilen Energie sei geebnet, doch der Widerstand war stärker als befürchtet. Die Durchsetzung verzögerte sich und man geriet aus der (sonnen)zyklischen Erwärmungsphase wieder in die Abkühlungsphase, die um das Jahr 2030 ihren Tiefpunkt erreichen wird. Das machte es nötig, das „wissenschaftlichen Faktoid“ (Faktoide, sind mittels undurchsichtiger Computer zu „Fakten“ hochgerechnete politisch erwünschte Fiktionen) Klimaerwärmung so umzustellen, daß eine katastrophale Klimaabkühlung vertretbar wird.

Den trickreichen Hinweis lieferte ein Stefan Rahmstorf vom Potsdamer Klimainstitut. Er griff auf eine Hypothese, die nicht auf seinem Mist gewachsen war, zurück, peppte sie auf, brachte sie in Umlauf und erhielt dafür als Preisgeld einer amerikanischen Umweltinitiative rund eine Million DM und jede Menge Anerkennung. Sein Faktoid besagt: Die Klimaerwärmung läßt die polaren Gletscher schmelzen. Das süße Schmelzwasser verdünnt das salzige Meerwasser an den Polen; dieses wird leichter und sinkt nicht mehr in die Tiefe. Dadurch wird die Wasserzirkulation der Weltmeere gebremst. Wenn sie zum Erliegen kommt, kann auch der Golfstrom nicht mehr tropische Wärme nach Europa bringen. Es kommt zur Vereisung wie in der Eiszeit.

Die ursprüngliche Hypothese lautete ein wenig anders, aber genau das Wenige macht den ganzen Unterschied: Wenn Seewasser zu Eis gefriert, bleibt der größte Teil des gelösten Salzes außen vor, macht das Seewasser an den Polen schwerer, so daß es absinkt und die Zirkulation in Gang bringt. Soll die Klimaerwärmung verhindern, daß an den Polen weiterhin Seewasser gefriert? Wenn nicht bleibt der Zirkulationsmotor in Gang, selbst wenn in Sommermonaten etwas mehr Eis abtauen sollte.

Doch ist der Gewichtsunterschied von Salzwasser für die Wasserzirkulation der Weltmeere nur von untergeordneter Bedeutung, viel wichtiger sind Erdrotation und das Windsystem der Luftzirkulation. Um den Golfstrom zu stoppen, müßten wir die erst abstellen. Daß menschliche



30.05.2004

DIESE WOCHE

Wie schon vor 70 Jahren werden auch jetzt wieder Propagandafilme gedreht – „The Day After Tomorrow“ zum Beispiel. Das ist Anlaß für den Spatz zu erläutern, weshalb die Finanzwelt diese Propaganda braucht, denn Verknappung (durch Ökologismus) oder Krieg (z.B. durch Herrn Bush) ist nötig, um die Finanzwirtschaft aufrecht zu erhalten: ein Blick hinter die Oberfläche der Lügenwelt im Kino und im Parlament!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Geldmensen dazu fähig sein könnten, dürfte selbst den Glauben neidischer Gutmenschen überfordern – also verschweigen sie diesen Zusammenhang.

Aber es gab, worauf der Film anspielt, in der Geschichte immer wieder Phasen (z.B. im 17. und 18. Jahrhundert), in denen der Golfstrom Europa nicht so recht wärmen wollte. Doch hatten die nichts mit einer Klimaerwärmung durch CO₂ zu tun. Damals, während des sogenannten „Maunder Minimums“, fuhr die Sonne ihre Aktivität zurück, es zeigten sich fast keine Sonnenflecken und kaum noch Sonnenwind erreichte die Erde. Es wurde in Europa katastrophal kalt. Niederländer (Breughel) malten vor Kälte klirrende Winterbilder und der naive, leichtgläubige Mob gab rothaarigen Frauen die Schuld an Unwetter und Mißernete. Vom kirchlichen Establishment beider Konfessionen unterstützt wollte der Mob das Klima dadurch wieder erwärmen, daß er Hexen auf Scheiterhaufen verbrannte. Das war mit Sicherheit genau so wirksam wie das, was das Kyoto-Protokoll vorschlägt [errechnete Klimawirkung im gesamten Zeitraum von 0,07°C bei 250 Mrd. € Kosten - laut Bundeswirtschaftsministerium im Jahr 2002] Die Weltbürokratie unterstützt das und gab zu dem Zweck u.a. Filme wie „The Day after Tomorrow“ und das Drehbuch dazu „The Coming Global Superstorm“ von Art Bell und Whitley Stieber und Entsprechendes in Auftrag.

Fast alles, was im Drehbuch, im Film und in der bestellten „wissenschaftlichen Literatur“ zum Thema gesagt wird, ist mehr oder weniger Kokoloeres, etwa, daß die Anzahl Tornados bedrohlich zugenommen hätte. Pat Michels, ein US Meteorologe hat sich die Statistiken angesehen und entdeckt, daß im Mai 2003 tatsächlich die Anzahl der Tornados einen Höchstwert erreicht hat. Im Unterschied zu „anerkannten“ Wissenschaftlern verschweigt er nicht, was es damit für eine Bewandnis hat. Als in den 60er und 70er Jahren der Wetterradar eingeführt wurde, nahm die Zahl der Tornados zuerst drastisch zu, um sich dann auf ein bestimmtes Niveau einzupendeln. Das gleich geschieht heute mit der Einführung des Doppler Radars. Wieder steigt die Anzahl der Wirbelstürme. Aber die Zahl der starken, Schaden anrichtenden Wirbelstür-

me bleibt gleich, sie ist eher etwas rückläufig. Ins Bild kommen vermehrt kleinere, harmlosere Wirbelstürme, die man früher nicht feststellen konnte.

Aufschlußreicher ist allerdings, wer die neue Form der Klimabedrohung „sponsort“. Hier tut sich besonders eine MoveOn.org hervor. Ihre Web-Seite trommelt nur so für den Film. Es handelt sich um eine überparteiliche Wählerorganisation mit dem einzigen (löblichen) Programmpunkt, die Wiederwahl von US-Präsident Bush zu verhindern. Das Geld, von dem diese Gruppe und ihre Aktivität lebt, stammt aber zu 99,9% vom Superpekulanten George Soros. Die Gruppe hat Al Gore, den früheren Vizepräsidenten als Gallionsfigur ihrer Filmpromotion und die öffentliche Unterstützung der Senatoren McCain (Republikaner) und Joe Lieberman (Demokraten) bekommen. Man tut, was man kriegt.

Bisherige Leser des Spatzes wissen, woher das Interesse der Geldleute am CO₂ stammt: Schulden wurden in Wertpapiere umgewandelt und damit „monetarisiert“. Papiere sind nur solange etwas „wert“, solange es dafür eine zahlungsfähige Nachfrage gibt. Um die ist es in Krisenzeiten wie den heutigen schlecht bestellt. Zusätzliche zahlungsfähige Nachfrage für Wertpapiere läßt sich nur gewinnen, wenn man sie vom Markt für Versorgungsgüter abzweigen kann. Dazu müssen die Preise vor allem von Gütern unelastischer Nachfrage (Energie, Wasser, Werkstoffe, Nahrungsmittel und Gesundheitsvorsorge etc.) entsprechend überhöht werden. Das wiederum kann nur durch eine entsprechende Verknappung gelingen.

Der Schlüssel zur Verknappung ist (Produktions-)Energie und daher rührt die Verteufelung der Kernenergie und der fossilen Brennstoffe. Andere Mittel der Verknappung sind Kriege. Dafür hat sich Herr Bush entschieden. Vorsichtshalber wird schon ein dritter Weg vorbereitet: „Peak Oil“. Es ist die Wiederbelebung der „Grenzen des Wachstums“ wie zu Beginn der gegenwärtigen Finanzkrise, die zunächst durch die Ölkrise von 1974 und entsprechende Petrodollar „gelöst“ wurde. Peak Oil heißt, wir verbrauchen mehr Öl als neu entdeckt wird, so daß wir in kürzester Zeit kein Öl mehr haben, wenn wir nicht deutlich höhere Preise dafür bezahlen. Erinnern Sie sich an das kürz-

liche Medienspektakel mit Shell: Die Firma habe zu hohe Öl-Reserven angegeben und wurde für den Betrug durch (vorübergehenden) Aktieneinbruch bestraft. Das war der Startschuß, sicher hören Sie bald mehr über Peak Oil.

Den Film könnte noch etwas bestätigen, was aber auch nichts mit CO₂, Energie und Finanzen zu tun hat. Im Jahr 1985 konnte ein Atsumu Ohmura am Schweizer Institut für Technologie keine Zweifel mehr gegen die Einsicht vorbringen, daß das Sonnenlicht - noch dazu recht schnell - verblaßt. Sie haben richtig gelesen. Pro Jahr erreicht durchschnittlich 0,3 Prozent weniger Sonnenlicht die Erde. Obwohl unser Planet sich zunächst noch weiter erwärmt hat, nahm die Sonnenstrahlung bereits deutlich ab. „Ich war schockiert – schrieb Ohmura – Der Unterschied war so groß, daß ich es einfach nicht glauben wollte.“ Als Ohmura 1989 seine Entdeckungen veröffentlichte, wollten das die „anerkannten“ Wissenschaft auch nicht, Klimaerwärmung war angesagt. Inzwischen haben zahlreiche andere Spezialisten in verschiedenen Teilen der Welt Ohmuras Messungen bestätigt. Es könnte sich wieder um so etwas wie das „Maunder Minimum“ handeln, aber es könnte auch sein, daß sich die Meßgeräte (sogenannte Pyranometer) allmählich eintrüben. Was genau der Fall ist, weiß der Spatz nicht.

Interessant ist das Verhalten der Medien, von denen es locker heißt „Only bad news are good news. Hat Ohmura keine bad news? Die terrorisierende Meldung muß sich finanzpolitisch ausschlagen lassen, bevor sie good news wird – das übersehen (Nach-)Schwätzer geflissentlich. Wie das mit „solar dimming“ (so nennt sich Ohmuras Entdeckung) geschehen soll, ist noch unbekannt. Haben Sie eine Idee? Sie könnten sich damit einen Namen und viel Geld machen. Wenn nicht Sie, dann jemand anderes, vielleicht ein Kollege von Herrn Rahmsdorf.

Was bleibt uns nach der Korruption der „anerkannten“ Wissenschaft? Vielleicht sollte man es wieder mit informiertem, kritisch abwägendem Selbstdenken versuchen – was meinen Sie? Morgen oder übermorgen, erst müssen Sie sich um Ihr Geld kümmern? – Eben, wie alle anderen auch!

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

„Um Himmels Willen, was wird aus meinem Geld?“

Oder doch lieber ein neues Finanzsystem?

„Wo bleiben wir dann?“ fragen sich die herrschenden Eliten. Ihre Sorge ist angesichts ihrer immer offenkundigeren Inkompetenz berechtigt. Symptome ihrer Unzulänglichkeit sind die wachsende Unterversorgung und das Elend von Milliarden von Menschen, das trotz der gestiegenen Produktivität immer dramatischere Ausmaße annimmt, ein Weltfinanzsystem, das Spekulation ermutigt und Produktion der Versorgungsgüter unrentabel macht, eine Wirtschaftskrise zwischen versiegender Produktion und Hyperinflation, und ein um sich greifender Terrorismus, in dem sich das Entsetzen über und die Wut auf die für die Entwicklung verantwortliche Elite äußert. Auf die Dummheit der Masse und das ihnen „induzierte Irresein“ ist in Krisenzeiten solchen Ausmaßes kaum Verlaß.

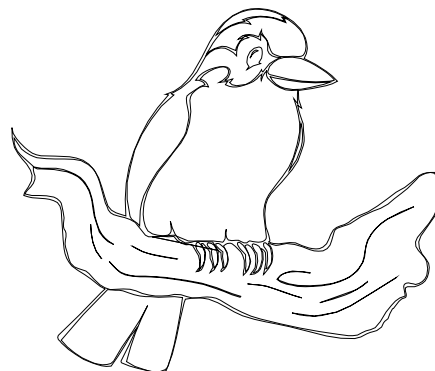
Die Schaltzentrale unserer Gesellschaftsordnung, das Finanzsystem, läßt sich kaum länger handhaben. Immer mehr Geld muß gedruckt werden, nur um wenigstens die wichtigsten Verbindlichkeiten nicht platzen zu lassen. Es wird gelogen, betrogen, getrickst und gefälscht, um den Zusammenbruch des Finanzsystems wenigstens bis hinter den nächsten Wahltermin des US-Präsidenten hinauszuschieben. Der dabei erzeugte Dreck läßt sich nur noch teilweise unter den Teppich kehren.

So strahlten CBS News am 2. und 3. Juni Mitschnitte von Telefongesprächen aus der Enron Zentrale aus, in denen sich höhere Angestellte in kaum zu überbietendem Zynismus darüber unterhalten, wie sie in Kalifornien durch ihre preistreibende Energieverknappung „Grandma Killie“ ausnehmen und sich über die Schäden, die sie damit anrichten, lustig machen. Das sorgt für Stimmung beim Publikum. Im Pentagon tauchten Unterlagen auf, die eindeutig belegen, daß sich Vizepräsident Cheney persönlich für die Milliardenverträge zwischen der Armee und seinem früheren Konzern Halliburton stark gemacht hatte. Sie bestätigten einen Vorwurf, den

dieser vor Monaten in öffentlichen Anhörungen mit Empörung von sich gewiesen hatte. In der New York Post vom 3. Juni läßt sich ein John Crudele über die kommende Veröffentlichung der Arbeitsplatzstatistik aus. Sie enthalte eine „gewaltige Dosis imaginärer Jobs“ schreibt er. Man erwarte, daß im Mai wieder 250.000 Jobs gemeldet würden, „von denen das Arbeitsministerium (Labor Department) meint, sie seien von neuen Firmen, unsichtbaren neuen Firmen geschaffen worden“. Das Verfahren, unsichtbare Jobs zu zählen, sei mit dem neuen Berechnungsverfahren des Ministeriums eingeführt worden. Es sei so schlimm, daß von den 288.000 im April neu gemeldeten Jobs wohl über 270.000 zu dieser „neuen“ Gruppe zähle.

Der Wille des Establishments das Bersen des Finanzsystems aus politischen Gründen über die Präsidentschaftswahl im November hinauszuschieben, spricht sich natürlich „bei Hofe“, in den Kreisen der Toppespekulanten und Geldschieber, herum. Sie nutzen ihre bis zum November scheinbar gesicherte Chance, um sich möglichst mit Gewinn vom Papier zu trennen und in möglichst elementar benötigte Sachwerte aller Art umzusteigen, oder sich über Derivat-Verträge an derer Wertsteigerung zu beteiligen. Damit sorgen die Spekulanten nicht nur für zunehmende Geldflüsse und Kostensteigerungen, sondern auch für den Anschein reger Wirtschaftstätigkeit und so etwas wie einen „Aufschwung“.

Letztlich geht auch die jüngste so laut beklagte Ölpreissteigerung auf derart spekulative Ankäufe und Preiswetten zurück. Nach konservativen Schätzungen sollen pro einem Liter Rohöl Derivat-Kaufverträge über mehr als 70 l Öl abgeschlossen worden sein, andere Schätzungen reichen bis zu 540 l. Fest steht, daß zur Zeit weit mehr Öl gefördert als tatsächlich auf dem Weltmarkt verbraucht wird. Beobachter fragen sich, wo wohl das zusätzliche Öl hinfließen mag. Übelwollende Propagandisten



06.06.2004

DIESE WOCHE

Mit seltener Klarheit zeigt der Spatz in diesem visionären Beitrag die tieferen Wurzeln der Finanzkrise auf. Er demonstriert, weshalb Krieg, Verknappung und der betrug mit „erneuerbaren“ Energien die Herrschaft stabilisieren und was Energiedichte mit Entwicklung und Wohlstand zu tun haben. Was haben die Abhängigkeit von der Natur und das Finanzsystem gemein? Lesen Sie selbst!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
EMail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
EMail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

verweisen auf China. Doch deren Ölkäufe werden in den Statistiken peinlich genau erfaßt. Nicht erfaßt wird das Öl, das in die Bunker der strategischen Reserve der USA fließt. Diese waren in den letzten Jahrzehnten klammheimlich leer gepumpt worden, um mit dem Erlös die Haushaltslöcher wenigstens ein wenig zu beschönigen.

Bevor man auf Anraten eines Richard Perles und der Freunde Cheneys Saudi-Arabien mit Hilfe befreundeter Taliban- oder Al Qaida-Kämpfer destabilisiert (diese Gruppen waren bekanntlich schon zu Zeiten des früheren Sicherheitsberaters Brzezinski von US-Diensten aufgebaut und „geführt“ worden und werden es seitdem immer noch) und dementsprechend den Öl-Preis für die anderen in die Höhe treibt, müssen diese Bunker erst wieder gefüllt und die Füllung noch schnell mit frisch gedrucktem, wertlosem Papier bezahlt werden. Irgend jemand muß ja für die Kosten des Irakkriegs aufkommen. Sollte Bush II wie sein Vater Bush I für den Irakkrieg I den Klingelbeutel umgehen lassen, dürfte er darin vergebens die 50 - 90 Mrd. US\$ suchen, die sein Vater damals angeblich darinnen gefunden hatte. Also wird man sich etwas anderes einfallen lassen. Wozu hat man schließlich „Verbündete“?

Unterdessen tagen in Bonn die wütenden Alternativen zu Bush. „Wir müssen Nägel mit Köpfen machen!“, verkündete Jürgen Trittin. Sonne, Wind und Wasser statt Öl, Kohle und Uran. Das Aktionsprogramm dafür will die Weltkonferenz für erneuerbare Energien, die seit dem 1. Juni in Bonn tagt, auf den Weg bringen. Geladen hatte Umweltminister Trittin wohl auch, um die ins Wanken geratenen Wahlchancen von Rot-Grün durch das zu erwartende Medien-Krakeel etwas aufzubessern. Doch reicht die Bedeutung der Konferenz weit darüber hinaus. Auch sie drängt, was viele nicht glauben wollen, auf eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Entscheidung.

Für die angeblich unbegrenzt vorhandenen, erneuerbaren Energien, deren Wirtschaftlichkeit wie der „Aufschwung“ in greifbare Nähe gerückt sei, wird die Werbetrommel gerührt. Allerlei „Anerkannte“ mahnen die Unabhängigkeit von terroristischen Nahoststaaten an, winken mit Zukunftsmärkten für alternative Technologie, durch die sie die Entwicklung der Entwicklungsländer in eine gewünschte Richtung lenken wollen, stellen Arbeitsplätze in Aussicht und eröffnen mit Emissionszertifikaten neue, lukrative Spekulationsmöglichkeiten. Das Ganze wird noch ethisch aufgepeppt, weil sich damit das angeblich bedrohte Klima retten lasse. Klima (Wetter) hat im archetypischen Denken der Menschen viel Gewicht.

Man muß nicht besonders klug sein, um die Fadenscheinigkeit zu durchschauen. Die Möglichkeiten der einzig sinnvollen erneuerbaren Energie, der Wasserkraft, sind weitgehend ausgeschöpft. Erdwärme ist offensichtlich keine erneuerbare Energie, die Möglichkeiten und Folgen ihrer Nutzung sind kaum erschlossen. Windparks erweisen sich zunehmend als das, wofür sie gedacht waren, Verschwendung von Investitionskapital. Sie schmälern, wenn sie manchmal Strom liefern, nur die Effizienz der Heizkraftwerke. Für Solarkraftwerke gilt das Gleiche, dazu sind sie so unproduktiv, daß sie während ihrer gesamten (meist propagandistisch übertriebenen) Lebensdauer kaum die Energie liefern, die zu ihrer Herstellung, Wartung und schließlich Entsorgung aufgewandt werden muß. Kot gibt es so wenig, daß Kotkraftwerke nur wenig Kraft aufbringen werden. Über die fehlende Wirtschaftlichkeit und Vernunft der Alternativen täuschen die Regierenden durch Subventionen zu Lasten der Wirtschaftlichkeit der Volkswirtschaft mit entsprechend verheerenden Folgen für die Arbeitsplätze hinweg.

Den propagandistischen Aufwand rechtfertigt nur die beabsichtigte gesellschaftspolitische Weichenstellung. Seit ihren Anfängen als Hackbauern waren die Menschen der Unbill und Unsicherheit der „Klima“-Schwankungen („Kli-

ma“ ist ein Inbegriff für Wetter) ausgeliefert. Diese hielten sie so in Bedrängnis, daß sie nur stationäre, nicht auf Veränderung angelegte Gesellschaftssysteme („alle Jahre wieder...“) zu Stande brachten. Das erwies sich für die jeweilige Elite aber nicht für ihre der Not ausgesetzten Untertanen als sehr vorteilhaft. Erst mit der Industrialisierung gelang es den Bewohnern einiger Gegenden, sich von der existentiellen Unsicherheit der Klimaschwankungen zu befreien und Güterversorgung und Wohlstand anzuhäufen. Die Gesellschaft wurde dynamisch. Die alten Eliten richteten mit ihren über Jahrhunderte angehäuften Reichtümern das Finanzsystem aus und verstanden es, dieses ab spätestens seit 1913 zur Schaltstelle der globalen gesellschaftlichen Entwicklung zu machen. Doch mit seiner zunehmenden Brüchigkeit und weil ihre Anzahl im Verhältnis zu der ihrer Untertanen drastisch schrumpfte, sehen sie sich am Rand des Abgrunds.

Was liegt der angeschlagenen Elite näherer, als sich wieder nach der Stabilität stationärer Gesellschaften zurückzusehen. Wegen der noch knappen, begrenzten Energieversorgung der Industrie entscheidet sich an der Kernenergie das weitere Geschick der Menschheit. Will sie mit ihrer Nutzung endgültig ihre Abhängigkeit von Klimaschwankungen und die damit verbundene Not überwinden? Das hätte auch die grundlegende Veränderung und Weiterentwicklung des derzeit gültigen Finanzsystems, zu dem die Herrschaftsstruktur der modernen Gesellschaft geronnen ist, zur Voraussetzung. Oder wendet sich die Menschheit von der Nutzung der millionenfach dichtereren, wirksameren und unerschöpflichen Kernenergie (Kernspaltung, Kernfusion, und ihren weiteren technologischen Entfaltungsmöglichkeiten) ab, um wieder in einer stationären Gesellschaftsform, die fest in die biologische Natur eingebunden ist, zu verharren. Die Entscheidung liegt bei uns allen. Allen? „Alles“ ist gleich „nichts“, also liegt sie in erster Linie bei Ihnen. Noch Fragen?

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Aus Deutschen Landen:

Nicht neu, aber manchmal muß man sich erinnern

„Erneuerbare“ Energien seien unerschöpflich, fast überall verfügbar und minderten die Abhängigkeit vom Öl, behauptete Umweltminister Trittin bei der Eröffnung der Erneuerbare Energien Konferenz in Bonn. Sie seien auch wesentlich, um Armut zu bekämpfen. Die hohen Rohölpreise wirkten sich dabei positiv auf den Ausbau regenerativer Energieformen aus. Wir sind gewohnt, von Politikern belogen zu werden, aber muß es so derb geschehen?

Gegen steigende Spritpreise fordern Oppositionspolitiker z.B. CDU-Vize Christoph Böhr einen „Benzingipfel“. Bundeskanzler Schröder solle „alle Betroffenen an einen Tisch“ laden, sagte er in der „Bild“-Zeitung. Ähnliches wünscht FDP-Vize Rainer Brüderle. Die Benzinpreise an den deutschen Zapfsäulen stiegen im Mai auf einen historischen Höchststand: Ein Liter Eurosuper kostete im Monatsdurchschnitt 1,19 Euro und damit fünf Cent mehr als im April. Würde so ein „Gipfel“, wie gewünscht, die Benzinsteuer senken?

Ein paar Daten tun manchmal not. Die **Reserven** an fossilen Energieträger sind nicht so begrenzt, wie oft gesagt wird. Bei heutigem Verbrauch reichen die Erdgasreserven, soweit sie zur Zeit als förderwürdig gelten, noch 149 Jahre. Die Erdölvorräte reichen nach den heutigen technischen und wirtschaftlichen Fördermöglichkeiten noch 67 Jahre und die der Steinkohle 190 Jahre. Verbesserte Förderbedingungen und höhere Preiserwartungen vermehren die Menge der förderwürdigen Reserven (z.B. an Öl-Schiefer und Öl-Sanden). Aus diesem Grund, ist man in den 80er Jahren vom Club of Rome abgerückt, und hat statt der „Knappheit“ der fossilen Rohstoffe eine angebliche Klimakatastrophe, die ihr Einsatz auslösen soll, als Motiv für den „Umbau der Industriegesellschaft“ erklärt.

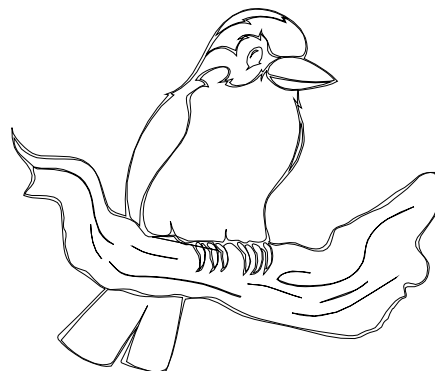
Zur Versorgungsunsicherheit: An steigenden Ölpreisen sollen wie üblich die „Öl-Scheichs“ der OPEC Schuld sein. Ihr Öl sei am meisten terroristischen oder anderen Angriffen (siehe Irak und demnächst vielleicht Iran und Saudi Arabien) ausgesetzt. Die OPEC produziert bei einem Weltverbrauch von täglich 82 Millionen nur 23,5 Mio. Faß. Sie liefert also nur rund 30% des Öls; 70% des Erdöls kommt demnach aus nicht „krisengefährdeten“ Regionen.

Doch wie schnell sind ein paar „Terroristen“ gefunden, die eine Krise anzetteln.

Letztlich geht die jüngste Ölpreissteigerung auf spekulative Ankäufe und Preiswetten zurück, diese lassen den Ölpreis nach Meinung von David Kitson, Chef der Abteilung Energiehandel bei I.P. Morgan, der keinen Grund für Übertreibungen hat, „gut um gut 10 US\$ pro Faß“ steigen, und „Öl war unsere Rettung“ meinte Duncon Brown von der Spekulationsfirma Winston Capital (London Times vom 6.6.). Nachdem die USA ihre strategischen Reserve wieder aufgefüllt hat, aus denen sie in den letzten Jahren Haushaltslöcher frisiert hatte, dürften bald neue Versorgungskrisen und Ölpreis-Steigerungen, an denen Scheichs Schuld sind, ins Haus stehen.

Die angeblich unbegrenzt vorhandenen, erneuerbaren Energien sind so wirtschaftlich, wie der Aufschwung „greifbar nahe“. Windparks sind genau, wozu sie von Anfang an geplant waren, nämlich Verschwendung von Investitionskapital. Für jede installierte Windkraftleistung von 1 MW müssen – und das gibt selbst die Propagandabroschüre „Erneuerbare Energien in Zahlen“ aus dem Hause Trittin zu – mindestens 0,8 MW konventionelle Kraftwerksleistung vorgehalten werden. Wo soll da ein Nutzen oder gar Klimarettung herkommen? Wir haben in Deutschland inzwischen Windanlagen mit 14.500 Megawatt (MW = 1.000 Kilowatt) installierter Leistung mit einer Verfügbarkeit von 1.300 Stunden (von insgesamt 8.736 Stunden) pro Jahr. Dafür mußten die Stromkunden im Jahr 2003 (mit deutlich steigender Tendenz) rund 2 Mrd. € an Dauersubvention aufbringen. Das ist mehr als früher der Kohlepfennig. Bei Sonne beträgt die installierte Leistung inzwischen 450 MW und die Jahresverfügbarkeit ganze 550 Stunden (BWK Bd. 56 H 4, 2004, S. 79). Wenn es heißt, alternativen Energiequellen könnten so und so viele Haushalte „versorgen“, so ist jede genannte Zahl eine bewußte Lüge. Sie versorgen keinen einzigen Haushalt, weil dann, wenn ihre Leistung gebraucht wird, sie gerade keine erbringen.

Bei Espenhain wurde als „Aufbau Ost“ für 22 Mio. Euro eine hochmoderne Photovoltaikanlage mit einer installierten Leistung von 5 MW (wenn die Sonne scheint) ge-



13.06.2004

DIESE WOCHE

Mit gewohnter Klarheit räumt der Spatz in dieser heftigen Ausgabe mit der Lüge auf, „erneuerbare“ Energien würden Ressourcen sparen. Er zeigt, wie hoch die direkten und die volkswirtschaftlichen Kosten der sich entwickelnden Versorgungslücken sind und zeigt, daß die ganze Welt immer mehr auf Kernkraft setzt, nur die Deutschen mit dem für sie typischen Starrsinn am sogenannten Atomausstieg festhalten. Ein erschreckendes Bild der Zukunft der deutschen Energieversorgung!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

baut. In der Nähe arbeitet das Braunkohlekraftwerk Lippendorf mit 1,866 MW, einer 372,2 mal größeren und zuverlässig erbrachten Leistung. Die installierte Leistung von 1 kW liefert in Espenhain im Jahr 800 kWh Strom, in Lippendorf das Zehnfache nämlich rund 8.000 kWh, sie kostet in Espenhain 4.400 € in Lippendorf nur 1.123 €. Aufgrund staatlicher Zwangsbestimmungen kostet eine kWh aus Espenhain 45,7 Cent in Lippendorf aber nur 2,5 Cent. Angeblich spart die Anlage in Espenhain jährlich 3.700 t CO₂, das sind 0,00044% der in Deutschland emittierten Gesamtmenge. Doch wieder ist das nur Propaganda, denn für die Fehlzeiten müssen konventionelle Kraftwerke wie Lippendorf, einspringen. Wenn alternativer Strom fließt, müssen sie entsprechend weniger effizient arbeiten, d. h. verhältnismäßig mehr CO₂ abgeben. Berücksichtigt man diesen Effekt, kommt man rechnerisch auf ganze 29,6 t CO₂, die (für stolze 22 Millionen Euro) im Jahr tatsächlich eingespart werden.

Die staatliche Förderung erneuerbarer Energien bringt also kaum eine Verringerung der CO₂-Emissionen. Bringt sie wenigstens neue Arbeitsplätze, wie rot-grüne Wirtschaftsplaner hoffen? Wenn von Arbeitsplätzen die Rede ist, übersieht man geflissentlich, daß „Arbeits-Einkommen“ benötigt werden. Wie viele Arbeitsplätze würde man schaffen, wenn man etwa die Alpen an die Ostsee umverlagern wollte, nur eben kein Einkommen. Ähnliches – nur weniger grotesk und damit weniger leicht durchschaubar – gilt für die staatlichen Zwangsmaßnahmen des „Erneuerbare Energien Gesetzes“: Inzwischen hat sogar das regierungsnahe Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung errechnet, daß dieses Gesetz in begünstigten Industriezweigen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen läßt, dafür aber wegen gestiegener Stromkosten in anderen Bereichen viel mehr produktive Arbeitsplätze wegbrechen. Die Logik dahinter ist leicht zu verstehen: Arbeitseinkommen lassen sich (im Unterschied zu denen der Banken) nur einmal ausgeben. Verteuern die Energiepreise die Preise der Industrie- und Landwirtschaftsprodukte, werden davon entsprechend weniger gekauft und werden dementsprechend Produktionsstätten stillgelegt.

Mit Sonne und Wind läßt sich Strom erzeugen aber keine Motortreibstoffe und Chemierohstoffe. Weder im Verkehr noch als Industrierohstoff können Solaranlagen und Windräder Öl oder Kohle sparen, die

wachsende LKW- und PKW-Flotte auf den Autobahnen antreiben, einen Joghurtbecher oder eine Abdeckplane möglich machen. Hier muß die Hoffnung auf Biomasse einspringen. Im sächsischen Freiberg stellt Choren Industries versuchsweise „Sundiesel“ aus Raps, Heu oder Restholz her, „einen Treibstoff den man trinken kann“ behauptet Tom Blades der Geschäftsführer (Spiegel vom 07.06.2004). Probiert hat er es nicht, denn die Aussage ist so problematisch, wie die Hoffnung auf Biodiesel. Rapsmethylester (Biodiesel) ist kein sanfter Treibstoff, er ist höchst aggressiv, er führt zu Korrosion, leckenden Dichtungen, verstopft Filter läßt Gummis aufquellen und löst Kunststoffe auf. Aus diesem Grund werde der Autohersteller Ford keine biodieseltauglichen Motoren entwickeln, „das Risiko ist uns zu groß“. Dem normalen Dieseltreibstoff darf nur bis zu 5% Biodiesel beigemischt werden, um Motorschäden auszuschließen. Die Subvention dieses Dieseltreibstoffes durch die Bundesregierung (inkl. der Steuerausfälle) beläuft sich auf 2 Mrd. € (Welt am Sonntag 25.04.2004).

Daß Regierungsmaßnahmen die Energie als wichtigste Voraussetzung zur Erzeugung von Versorgungsgütern, verteuern, wird von der Regierung (und wohl auch ihren Wählern) ausdrücklich gewünscht. Die private Firma Global Insight, Inc., berechnete die Energievertüerung einzig und allein durch das ab Januar 2005 offizielle EU-Emissionshandelssystem. Allein für Deutschland sollen das bis 2010 satte 40% sein. Der EU-Richtlinienentwurf sieht vor, daß der Primärenergieverbrauch jährlich um 1,5% gedrosselt werden soll. Weitere Verknappung, weitere Vertüerung! Hinzu kommen Kosten, weil die Stromnetze wegen des liberalisierten Stromhandels und der Einspeisung des unberechenbaren Windstroms zunehmend an den Grenzen der Belastbarkeit gefahren werden. In der Nacht vom 29. zum 30.09.2003 schaltete eine kurze Störung in der Hochspannungsleitung der Schweiz in ganz Italien die Lichter aus. Kostenpunkt: Rund eine Mrd. €. Man rechnet inzwischen pro nicht gelieferter kWh beim Kunden mit durchschnittlichen Schäden von 8€, beim Privathaushalt sind es nur 3 €, in der Industrie 10 €.

In den USA hat inzwischen das 24. Kernkraftwerk die Betriebsverlängerung von 40 auf 60 Jahre erhalten. Für weitere 18 Anlagen laufen die Anträge (NucNetNews 93 vom 21.04.2004). In Deutschland müssen 18 Kernkraftwerke nach 32,5 Betriebsjahren

und ständigen, teuren Modernisierungen bis zum Jahr 2020 aufwendig verschrottet werden. Welche Kraftwerke die von ihnen erbrachten 20.000 MW Leistung (ein Drittel der Stromerzeugung in Deutschland) liefern sollen, ist so wenig klar, wie das, was an Stelle der anderen inzwischen veralteten, konventionellen Kraftwerke der gleichen Leistung tritt.

Schweden rudert beim früher einmal beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie kräftig zurück. Seine 11 Kernkraftwerke liefern zur Zeit jährlich mehr Strom als je zuvor. Finnland und Frankreich bauen den neuen europäischen EPR Reaktor. Die Slowakei hat eben den Bau zweier neuer Reaktorblöcke beim Kernkraftwerk Mohovce beschlossen.

Einen Tag, nach dem die Bundesregierung die Entscheidung bekannt gegeben hatte, bis zum Jahr 2020 aus der Kernenergie ausgestiegen zu sein, ließ die britische verkünden, in den nächsten 50 Jahren 40 bis 50 neue Kernkraftwerke zu errichten. Im Mai 2000 kündigte die russische Regierung an, 30 neue Kernkraftwerke bauen zu wollen. In Rußland, USA und China entwickelt man die Schnelle Brütertechnologie mit Eifer. In China und Südafrika wird der in Deutschland aus politischen Gründen verworfene Hochtemperaturreaktor zur Serienreife entwickelt. In ganz Südostasien entstehen neue Kernkraftwerke und werden weitere geplant. So „blöd“ wie die Deutschen... Ist es Blödeheit? Obwohl in die nuklearen Endlager Konrad und Gorleben über 2 Mrd. € investiert worden waren und ihre Betriebseignung von keinem Fachmann bezweifelt wird, weigert sich die Bundesregierung diese Endlager in Betrieb zu nehmen. Sie hat 11 neue Gutachten für mehrere Millionen € in Auftrag gegeben, damit ihre Anhängern behaupten können, die Endlagerfrage sei „noch nicht gelöst“. Sie fordert damit Regreßansprüchen heraus, weil die Kernkraftwerksbetreiber zwar für die Entsorgungskosten verantwortlich sind aber nicht für die politische Gesinnung. Die dadurch erforderliche unnötige Zwischenlagerung soll bis zum Jahr 2030 konservativ geschätzt 5 Mrd. € kosten, was der Bundesrechnungshofs folgenlos beanstandet hat. (FAZ 13.04.2004)

Es ist also schon etwas dran, wenn unser Kanzler bei der D-Day Feier verkündete „sein Deutschland“ habe „1944 hier“ begonnen – auch unseres? Damals galt unter anderem offiziell der Morgenthauplan.

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

...und keiner ginge hin:

Was noch, außer Wahlen?

Die Ergebnisse der Europawahl dürften viele bedrücken und manchen aus lange gehegten Träumen wecken – mehr aber auch nicht. Es war zu erwarten, daß die Regierungsparteien wie die SPD hier, Labor in England oder die Konservativen in Frankreich etc. vom Wähler „abgestraft“ werden würden und Parteien mit einem Hauch von Opposition sich würden halten können. So weit, so gut. Doch wo konnte der neue Hoffnungsträger „Europa“ zünden? Wer „gewann“ wie die oppositionelle CDU hat nur weniger Stimmen verloren als die anderen. Die für die Misere hauptverantwortlichen Grünen konnten ihre Wähler sogar halten. Protestparteien gewannen nichts dazu. Prozentzahlen sagen wenig, denn viele Prozente von wenig bleiben wenig. Das eigentliche Ergebnis war die Wahlbeteiligung.

Im alten, gut angepaßten Europa ging die Mehrheit, nämlich 57% der Wahlberechtigten gar nicht erst zur Wahl. In den mit großem Tamtam neu hinzugefeierten, weniger angepaßten Osteuropäischen Ländern waren es noch mehr. Dort mieden im Schnitt 78% die Wahllokale, in Tschechien waren es sogar 84% und in Polen 85%. Die Mehrheit der Europäer hat mit den Füßen gegen Europa abgestimmt, aber wofür? Wahlen sind der Inbegriff westlicher Freiheit. Nun scheute man die Mühe, zur Wahl gehen. Linke Sprüche, rechte Sprüche, mit Europa, ohne Europa, aber praktisch keine Alternative. Es hilft nichts, ob man das Kreuzchen unten oder oben oder gar nicht macht. So viel zum Thema „Jede Stimme zählt“ oder „verlorene Stimmen“. Doch was hilft, nur den Bauch in die Sonne zu halten?

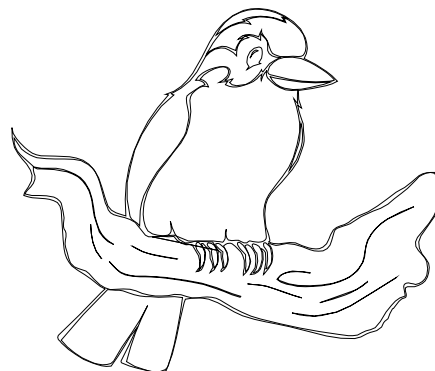
Was hätte man durch Abstimmung ändern wollen? „Warum fragen Sie mich das?“ entrüstet sich der Bauch in der Sonne, „Bin ich vielleicht Politiker?“. Der Bürger neodemokratischer Gesellschaften kann zwischen der gleichen Zahl-pasta in unterschiedlich gefärbten Verpackungen wählen. Was aber, wenn er sich einen anderen Inhalt wünscht? Den müßte er erst einfüllen. Dazu benötigte er vernünftige politische Vorstellungen, die die „realen“ Belange der Mehrheit betreffen, und das Interesse und die Mitarbeit der Bevölkerung. „Wie die bekommen?

Ohne Fernsehen? Das geht nicht!“ Hier liegt das Problem.

„Stell Dir vor, es wäre Krieg, und keiner ginge hin“, konnte man vor Zeiten an Hauswänden lesen. Wahrscheinlich fanden das zu viele Leser „gut“, weil es unterstellt, es würde etwas am Krieg ändern, ob man zu ihm hinginge oder er selbst käme, als wäre die Erfahrung der Bombennächte verblaßt? Auch die Parteien kommen nicht, aber ihre Politik kommt allmählich und wird selbst in der „Überflußgesellschaft“ von Fall zu Fall immer unerträglicher.

Die Einigung Europa hat sich als Ablenkung der Wähler nicht bewährt. Die Leute wollen wissen, weshalb es wirtschaftlich immer steiler bergab geht – als wäre ihre grüne Ideologie nicht schon Grund genug dafür. Umweltschutz war ein so erfolgreiches Politmanöver, weil es dem verbreiteten Neid gleich den Bösewicht mitgeliefert hat – nämlich ausgerechnet das, womit wir uns das Leben erleichtern und interessanter machen könnten, die Industrie. Wie besessen glauben die Leute: „Die wollen nur ihre Waren verkaufen“ (und zwar genau so verkürzt irrefühler wie beim verkürzten „Erhaltung der Arbeitsplätze“ statt der sichergestellten Versorgung. Gewiß, ohne Verkauf geht es nicht ganz, aber an erster Stelle wollen sie Ihre zahlungsfähige Nachfrage möglichst weitgehend abschöpfen und das mit dem geringsten Aufwand, der geringstmöglichen Gegenleistung. Das läßt sich nach der „Privatisierung“ der Versorgungsunternehmen (als ob ein Staatsbediensteter prinzipiell schlechter arbeiten würde als einer in einem privaten, bürokratischen Großbetrieb) am gewinnträchtigsten mit der „unelastischen“ Nachfrage bewerkstelligen (also über die Kosten von Wasser, Energie, Gesundheitswesen und dann bald auch der Nahrungsmittel). Güter produzieren? Warum denn, wenn's dank rot-grüner Ideologie auch anders geht. Da macht man sich die Hände und noch dazu die Umwelt schmutzig. Das hat sich auch bei den Managern der „Industrie“ herumgesprochen. Die Folgen sind bekannt, aber nicht durchschaut.

Die gemeinsame Wut auf vermutete Bösewichter hilft, Leute vom Wesentli-



20.06.2004

DIESE WOCHE

Der Schock über die Europawahl sitzt tief, und der Spatz sucht nach der Ursache. Er überlegt, weshalb in manchen Ländern fast 85% der Wähler nicht wählten und findet wirtschaftliche Ursachen, über die nicht in den Massenmedien berichtet wird. Was also steckt hinter der so offenbar gescheiterten Vereinigung Europas? Warum hat sie die Menschen nicht in der Weise angesprochen, wie es einst die deutsche Einheit tat?

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

chen abzulenken. Die Wiedervereinigung war ein Versuchslauf, das Gleiche auch ohne Bösewichter zu erreichen: Aufbau Ost, ohne daß etwas gebaut wird (von ein paar Straßen abgesehen, das meiste wurde abgerissen) – und schon glauben die Leute zu wissen, wo das Geld (oder das, was man dafür kaufen kann) geblieben ist, das ihnen fehlt. Es dauerte nicht lange und Ossies und Wessies posierten gegenseitig als Bösewichter.

Nun sollte es die europäische Vereinigung bringen. Wird man demnächst Rumänen, Tschechen oder Polen dafür verantwortlich machen dürfen, daß es bei uns noch schneller bergab geht? Die Medien schüren die Wut auf Wirtschaftsasylanten, in dem sie „mutig“ dagegen anschreiben, ohne der Angst ihrer Mitbürger vor dem Sozialabbau, vor dem wirtschaftlichen Niedergang anders als durch unglaubliche Aufschwungswerbung abzubauen. Da man der Angst nicht begegnen will, dürfte als nächstes großes Spiel das „Kaplan, Islamisten, Terroristen, Ausländer etc. (was sich gerade an Bösewichtern anbietet) Raus!“ erst richtig angepöbeln werden. Dieses Spiel paßt besser zum Krieg gegen den Terrorismus als ein: Griechen, Rumänen, Polen etc. raus aus der EU! Es stärkt das brüchige Atlantische Bündnis und bindet von der proletarischen Arbeiterjugend über eifernde Christen bis zu den Nationalkonservativen unzufriedene Kräfte und hilft Denkanstrengungen zu vermeiden. Die wachsende Wut sucht sich Kanäle, wenn sie nicht in zielstrebiges, politisches Handeln umgesetzt wird. Wahlen sind weder das eine noch das andere.

„Was soll die Schwarzmalerei! Gewiß, wir haben schwierige Zeiten, aber daran wird gearbeitet und die ersten Erfolge der Agenda 2010 sind schon in Sicht.“ Wo? „In Amerika zum Beispiel.“ Und wo dort? In Statistiken? Ja Amerika, Du hast es besser, hast Du es?

Am 15. Juli mußte Greenspan, um FED-Chef bleiben zu dürfen, vor dem US-Senat Banking Committee Rede und Antwort stehen. Senator Sarbanes drückte seine große Sorge über die wachsende Arbeitslosigkeit, besonders die Langzeit-Arbeitslosigkeit so aus. „Die Situation hat sich in den letzten Monaten nicht wesentlich gebessert. Denn die „recovery“ (der Aufschwung) schafft keine Arbeitsplätze

und die Leute kommen nicht wieder in Arbeit“ meinte der Senator. Greenspan wehrte sich und gab die Schuld, wie üblich, anderen, nämlich der zu großzügigen Arbeitslosenunterstützung, sie schaffe Arbeitslosigkeit. Man kann so etwas auch in unseren Talk-Shows hören. Es leuchtet ein. Wozu weiterdenken. Das Argument hat alles, was man braucht: einen (schwachen) Bösewicht, ein Motiv und auch gleich die nötige Maßnahme, noch dazu eine Einsparmaßnahme. (Wenn es auch Arbeitsscheue gibt, sind sie nicht das Problem).

„Diese Wirtschaft ist die schlimmste Wirtschaft seit der großen Depression“ pflichtete der republikanische Senator Bunning bei. Als die demokratische Variante zu Bush, Kerry, in der Washington Post (WaPo) vom 15.6. verkündet ließ, er werde die Arbeitslosigkeit zum Wahlkampfthema machen, bemerkte Steve Schmidt vom Bush Wahlkampfteam „Kerry's pessimistische Einstellung hat negative Auswirkungen auf die Art, wie die Wähler die Wirtschaft sehen.“ Denn, das sagte er nicht ausdrücklich sondern „in, mit und unter“ diesem Satz: Wähler sind blöde, sie spüren die Wirtschaft nicht in der eigenen Tasche, sondern erleben die Wirklichkeit mit den Augen der Propaganda (Medien). Also, was man ihnen nicht sagt, das glauben sie auch nicht – so einfach ist das für Politiker.

Doch die (WaPo) hatte schon am Vortag den „Pessimismus“ bestätigt. Im letzten Jahr sind die Preise infolge der Energiepreise deutlich angestiegen, nämlich bei Stahl um 21%, Kabel 53%, Stahlträger 150%, Sperrholz 167%, Holzbalken 20%, Zement 10%. Firmen, insbesondere Bauunternehmen zahlen bei Aufträgen drauf, die sie vor der Teuerungswelle angenommen haben. Bei den Endverbrauchern waren es (wir kennen das vom Teuro) angeblich nur 5%. Wegen dieses inflationären Preisdrucks spricht man vom nötigen Zinsanstieg. Ob der die Preise drücken kann und es überhaupt will?

An der zahlungsfähigen Nachfrage kann es nicht liegen, sondern an der „finanziellen Alchemie, insbesondere dem wachsenden Einsatz von Hedgefonds“ sagte Bill Groß, Chef der Investment Abteilung bei Pimco dem weltgrößten Bond Fund Manager am 17.6. in der Financial Times. Die Bank für Intern. Zahlungsverkehr in

Basel berichtet, daß im ersten Quartal die Umsätze bei Derivaten (Wetten auf Preisbewegungen, betroffen insbesondere sogenannten „fixed income“ Derivate, die sich den Ertrag der festverzinslichen Papiere beziehen) gegenüber dem Quartal voran um 31% gestiegen seien und zwar auf 272 Billionen US\$ (engl. Trillion). Darin sind OTC-Verträge, die nicht in den Büchern geführt werden, nicht enthalten. Der Anstieg war mit 122 Billionen in Europa am größten + 53%, in den USA waren es 112 Billionen + 20% und in Asien lag er bei 11 Billionen und stieg um 8%. Auch „die Umsätze auf dem Europäischen Geldmarkt waren ungewöhnlich lebhaft, sie stiegen um nahezu 60% auf 102 Billionen“.

Dann sagte der Pimco-Mann noch „Bei all den Schulden der Konsumenten, der Firmen, der Regierungen haben schon geringfügige Änderungen der Zinsen gewaltige Wirkungen, schon wenig kann das Boot zum Kentern bringen“. Und dann? Dieser Mann jongliert ein Vermögen (nicht sein eigenes) von 400 Mrd. US\$. Er gehört zu den wenigen Menschen, deren Meinung den Markt in Bewegung bringen kann. „Wenn die USA sich nicht Bond-Investitionen gegenüber freundlich erweist, nehmen wir unser Geld und gehen damit irgendwo anders hin.“ Im Monat April mußten die USA ein Handelsbilanzdefizit von 48,33 Mrd. finanzieren, berichtete das Wirtschaftsministerium. Es handelte sich um den 4. Monatsrekord im Jahr 2004. Das heißt das Defizit steigt von Monat zu Monat. Bezahlt wird es vom Ausland, wenigstens bis zu den Imperator-Wahlen im November.

Was ließe sich mit dem allein im Derivate-Handel hin und her schwappenden Geld alles Schöne und Nützliche machen? Alle könnten zu essen haben. Die Terroristen wären voll damit beschäftigt, Meerwasserentsalzungsanlagen zu bauen und ihr trockenes Land in eines umzuwandeln, in dem „Milch und Honig fließen“. Es könnte so sein, ist aber nicht, weil die in der Gesellschaft Maßgeblichen es nicht wollen und die Demokraten (damit ist nicht die so genannte Partei gemeint) kein Maß vorgeben. Das Spiel geht weiter von Fall zu Fall – da hilft auch kein „Europa“ - so lange wir es weiter gehen lassen, weil wir die falschen politischen Parteien haben (finanzieren und wählen).

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Nazi oder Egozi:

Von Habermas bis Hitler und zurück

In den letzten Tagen wurde in den Medien der 75. Geburtstag des Frankfurter Schülers Jürgen Habermas als dem zur Zeit einzig nennenswerten Philosophen in Deutschland gefeiert. Er verspricht mit seiner „Theorie der Rationalität“ und des „kommunikativen Handelns“ zu einem „Gesellschaftsbegriff“ zu gelangen, der „System- und Handlungstheorie“ zusammenführt. Das klingt wie fast alles bei zeitgemäßen Philosophen recht verquast. Die Idee dahinter ist einfach: Wir kommen zu einem vernünftigen Gesellschaftsleben, wenn wir uns ohne Gewalt anzuwenden darüber verständigen, was unserem Gemeinwohl am besten dient und das dann auch tun. Aber ist nicht rhetorische Geschicklichkeit auch schon eine Form der Gewaltanwendung? Wir wollen aber nicht ins Kleinliche abschweifen.

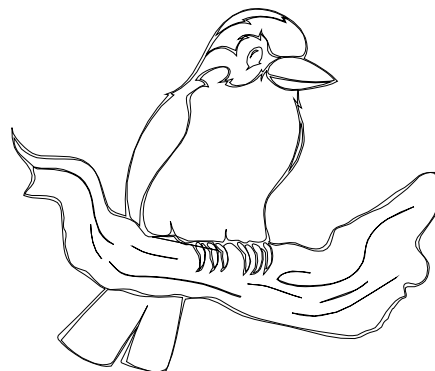
Worauf gründet sich Habermasens Hoffnung auf eine vernünftige Verständigung der einzelnen in der Gemein(d)e? Was ist die Grundlage der Vernunft, was vernimmt sie? Ist es nicht das „Was Du nicht willst, das man Dir tu“, das fügen auch keinem anderen zu“? Und liegt dem nicht auch nur das bloße, „Ich will überleben, ich zu aller erst“ zugrunde. In „normalen“ Zeiten können Menschen, die aufgrund überschäumender, materieller Absicherung angstfrei leben, zur Vermeidung möglicher Krisen an ihrem großen Überfluß zu Gunsten anderer Abstriche machen, Zugeständnisse für die Allgemeinheit einräumen und um Spannungen zu vermeiden sogar manchmal verzichten – das heißt - sich auf vernünftigere gesellschaftliche Zustände verständigen, solange das ihre Position nicht gefährdet. Die Krise ist die Stunde der Wahrheit. Wenn es um Leben und Stellung geht, erfährt man, was der „Vernunft“ zugrunde liegt. In der Krise wird der Martyrer zum Ärgernis oder zum Deppen, weil er daran erinnert, daß es Wichtigeres geben könnte als die bloße Selbsterhaltung, als das Ego.

Hitler ist in der heutigen Zeit zum Inbegriff des Bösen schlechthin, damit zu einer mythischen Figur geworden. Jeder Mythos lebt von seiner Geschichte. Die Bösartigkeit Hitlers macht sich an Mehrererlei fest, am Reichstagsbrand als Mittel der Meinungsmanipulation zur Rechtfertigung undemokratischer Machtübernahme, an

den Morden von 1934 zur persönlichen und parteilichen Machtabsicherung und natürlich an der Behandlung der Gegner insbesondere in KZs und schließlich an der Kriegspolitik, die zwar zur Zeit historisch kaum umstritten ist aber mit guten Gründen sogar, was der Mythos verwehrt, zu bestreiten wäre. Zum Inbegriff des politisch Bösen macht ihn, daß er sich über die mühsam in der Gesellschaft und unter Völkern errichtete Rechtsordnung hinwegsetzen wollte.

Er gesteht das im sogenannten Kommissarsbefehl selbst ein (wenn man William L. Shirers „The Rise and Fall of the Third Reich“ glauben kann, das folgende Zitat ist aus dem Englischen übersetzt). Im März 1941 soll Hitler vor den Armeespitzen gesagt haben: „Der Krieg gegen Rußland wird von der Art sein, daß er nicht ritterlich geführt werden kann. Dieser Kampf ist einer der Ideologien und rassistischer Unterschiede und wird mit einer nie dagewesenen, unbarmherzigen und unerbittlichen Härte geführt werden. Alle Offiziere werden überholte Ideologien ablegen müssen. Deutsche Soldaten, die das internationale Recht brechen werden entschuldigt. Rußland hat sich an der Hager Konvention nicht beteiligt und hat daher ihr nach kein Recht“. Der Jura-Professor Karl Schmidt hatte schon in einer Rechtfertigung der Morde von 1934 sophistisch nachgewiesen, daß der Führer als Gewährleister des Rechts selbst **über** dem Recht stünde.

Am 25.1.2002 schrieb Alberto Gonzales (oberster Rechtsberater des Weißen Hauses) in einem Memorandum an Bush: „Die Natur des neuen Krieges [gegen den Terrorismus] verlagert das Gewicht auf andere Faktoren, wie die Fähigkeit sehr schnell Informationen aus gefangenen Terroristen und über ihre Auftraggeber herauszuholen, um weitere Gewalttaten gegen amerikanische Zivilisten zu vermeiden. Daher macht – meiner Meinung nach – dieses neue Paradigma die starren Beschränkungen der Genfer Konvention zur Befragung von Kriegsgefangenen obsolet und läßt einige ihrer Vorschriften kurios erscheinen.“ In einem weiteren Memorandum vom 1.2.2002 stellte Justizminister Ashcroft klar: „Wenn man die Feststellung trifft, daß Afghanistan ein mißglückter Staat (failed state) ist, lassen sich verschiedene



27.06.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche philosophiert der Spatz. Er überlegt, was die kant'sche Einheit aus Erfahrung und Wahrnehmung mit der Gesellschaft zu tun haben könnte, zieht Parallelen zwischen Hitlers Feldzug in Rußland und dem gegenwärtigen „Krieg gegen den Terror“. Er findet, was bei Habermas fehlt und denkt über die Frankfurter Schule nach: ein Grundlagenbeitrag mit Tiefengang!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
EMail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
EMail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

juristische Risiken, Haftungsansprüche, Prozesse und Strafverfolgungen minimieren“. Dem folgten vor dem Irak-Krieg weitere Rechtsgutachten gleichen Inhalts.

Wir wollen hier nicht näher auf die Ungeheuerlichkeiten eingehen, die diese „Gutachten“ in den Gefängnissen Afghanistans, Iraks und in Cuba bewirkt haben. Entrüstung bringt niemals weiter (weshalb sich die Manipulationsmedien ihrer so gerne bedienen). Auch sei nur auf die anderen Parallelen, wie die zwischen den Anschlügen des 11.9. und dem Reichtagsbrand oder den Mord an J.F. Kennedy, der durch einen weiteren an Oswald (und die Warren Kommission) staatlicherseits verschleiert wurde, (oder den Morden an Malcom X, Martin Luther King, Robert Kennedy und anderen) kurz verwiesen. Sie gehen (wie wohl auch im Fall Hitler) nicht nur auf einzelne Person zurück, sondern – wovon Entrüstung ablenkt – auf die Institutionen, die sich der Personen bedienen.

Doch vergleichen wir noch die Rechtfertigung. Bei Hitler hatte die ideologische Auseinandersetzung, also eine Art „Kampf der Kulturen“, die Rechtlosigkeit zu rechtfertigten und ein „Rassenkrieg“, in dem es nach der einseitig verzerrten Erfahrungen der Zeit nach dem 1. Weltkrieg letztlich um das Überleben des ganzen Volkes – der Menschen (Hungerblockade **nach** der Kapitulation) und der Institutionen – ging. Diese Bedrohung wurde – abgesehen von anderen reißerischen Reden eines Churchills oder Roosevelts – durch das Beharren der USA auf der „bedingungslosen Kapitulation“ eindringlich bestätigt. Bush und seine Berater schieben vor, „weitere Gewalttaten gegen amerikanische Zivilisten vermeiden“ zu wollen. Dort ging es um ein Volk im Gegensatz zu anderen, hier um besondere Zivilisten im Gegensatz zu anderen (weshalb die Organe US-Raels auch bedenkenlos in Menschenmengen schießen, um einzelne verdächtige Personen mit den oberflächlich bedauerten Kollateralschäden zu töten).

Wenn man nicht dem „Hinhalten der linken Backe“ das Wort reden will, nachdem einem auf die rechte geschlagen wurde, (was nur mit höchster Brutalität als allgemeinverbindliches „Recht“ durchzusetzen wäre), muß man sich fragen, auf welcher Grundlage in einem solchen Fall „kommunikatives Handeln“, von dem sich Habermas philosophisch oder eine UNO politisch die Heilung unserer gesellschaftli-

chen Gebrechen erhofft, wieder in Gang kommen kann. Egoisten mögen in der Zusammenarbeit wechselseitige Vorteile erkennen, sie werden aber viel eher ihre Sondervorteile wahrnehmen, mit denen sie sich von anderen absondern, über sie erheben können. Dem mag man durch Gesetze und Polizei in gewisser Weise Schranken setzen. Doch die Schranken verwalten Menschen, die sie, wo sie nur können geradeso nutzen.

Man mag sich im Kaufhaus den möglichen Diebstahl versagen, weil der Vorteil das Risiko, die Achtung zu verspielen, kaum wert ist. Wie ist es aber, wenn man durch bestimmte Manipulationen eine ganze Bank unter seinen Einfluß bekommt oder sich gar politisch über Aufträge und günstigste kalkulierte Preise Steuergelder in großem Umfang aneignen kann, oder wenn man jemanden erst wegen seiner besonderen Methoden an die Macht bringt, um ihn dann, wenn er nicht liefert, zum Buhmann zu machen, ihn mit Krieg überzieht, um billiger und ausschließlich an das Öl seines Volkes zu kommen; oder wenn man, weil man das Land eines Volkes haben will, dieses erst unter Druck setzt, dann Ideologen wie Franz Fanon einsetzt, die höchst seriös und „anerkannt“ von der läuternden Gewalt des Terrors schwätzen, dann mit etwas Geld nachhilft, um Unzufriedene in Terrorbanden zu organisieren, ihre Einsätze steuert, und diese dann als Vorwand zur Vertreibung des Volkes nutzt? Raffiniert! Gekonnt! Schlaue! Der Erfolg segnet die Mittel.

Gewiß schafft das nicht jeder, nur Besondere. Dazu bedarf es viel Geld (als Ausweis gesellschaftlicher Vorzüglichkeit), einen aufwendigen Apparat zur Meinungsmanipulation, um Leute zu „entrüsten“ und ihnen gewünschte Opfer vorzuwerfen, damit sie an ihnen die aufgestaute Wut kühlen können und sogar dafür noch bezahlen. Und warum funktioniert das? Weil man den Leuten dadurch dient, daß man ihnen die „einfachere“ Lösung anbietet, die alles beim Altgewohnten beläßt, wenn sie nur „in die andere Richtung“ schauen und über etwas Unrecht oder einige Ungeheimheiten hinwegsehen. Damit sie das für vorteilhaft halten, müssen die Leute unter Druck stehen (terrorisiert sein): wegen des Arbeitsplatzes möglicher Vergiftung durch erschwinglichere Nahrungsmittel, oder wegen eines erzürnten Wettergottes (von der Industrie verursachte Klimakatastrophe) und vielem mehr – für jeden

das seinige. Mit dem Terror lassen sich sogar Geschäfte machen wie mit Rauschgift, Pornographie oder New-Age-Spinneereien. Wie kann es unter Egoisten, wenn sie um ihre Stellung oder das Überleben kämpfen, Verständigung auf das Gemeinwohl geben?

Die Frage ist alt, wahrscheinlich so alt wie die Menschen: Schiller hat in seinem Wilhelm Tell, der schließlich ja auch sehr individualistisch handelt, die Richtung angedeutet, in der eine Antwort zu suchen wäre. Tell beruft sich auf ein allgemeines höheres Gesetz, während der „Patrizida“, der scheinbar das Gleiche tut, es – wenn man alle sophistisch vorgeschobene Rechtfertigung abstreift – nur um des eigenen Selbsts willen tut. Bisher hat niemand die Tafeln gefunden, auf denen das Gesetz geschrieben steht. Doch vernimmt es jeder Mensch in seinem Innersten, solange er dort noch hineinhören kann und nicht menschliche Vernunft und Freiheit durch das ersetzt hat, was jeweils heute als „vernünftig“ gilt und das Gegenteil von Freiheit meint. Dafür hat Tell ohne Not einen Mord (an einer entmenslichten Obrigkeit) begangen und die Todesstrafe riskiert; um sie nicht zu verleugnen, haben sich Martyrer, angebotene Auswege ausschlagend, hinschlachten lassen.

Der berühmte Philosoph Immanuel Kant hatte herausgearbeitet, daß im Bereich der individuellen Wahrnehmung und Erfahrung eine ungreifbare Einheit vorhanden sein muß, die aktiv alle Sinnesdaten und Eindrücke zu einem bedeutsamen Ganzen zusammenführt. Diese von ihm sogenannte „innere Einheit der Apperzeption“ gilt auch für das „kommunikative“ Handeln der Menschen. Habermas wie schon die Frankfurter Schule glauben Wege anzubieten, wie man sich dieser in vielen bunten, (un)gläubwürdigen Bildern gefaßten Einheit entledigen könne, und reden mit all ihrem Emanzipationsgeschwätz doch nur der Versklavung der Menschen das Wort.

Ohne eine „gesellschaftliche Einheit der Apperzeption“ gibt es keine Verständigung, kann die bereits einsetzende Krise nur in der Katastrophe enden. Vor ihrem Verlust sollten wir Angst haben und nicht vor Buhmännern und Wettergöttern, die man uns allerorten vorhält, um uns, unser Leben einfacher über den Tisch zu ziehen. („Ach wäre das schön, ein Häuschen mit Garten, wo Du und ich die Blümchen begießen“. Ja wäre, wenn...!)

* Näheres dazu in **Revolte gegen die abendländische Kultur als Programm. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung** (DIN A 4, 16 Seiten 3 € plus Porto. Zu bestellen per eMail über vorstehendem Link bei Dr. Böttiger)

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

„Freiheit, Freiheit hört man sie rufen...“

Philosophie ist Scheiße

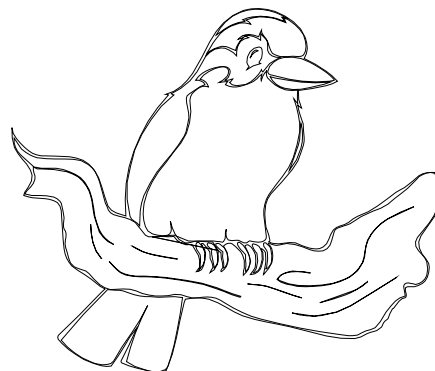
„Zu philosophisch“ klang es einigen, als der Spatz von der „transzendente Einheit der gesellschaftlichen Apperzeption“ pieps-te - und auch zu einseitig. „Symptome, Symptome“ meckerte ein Intellektueller beleidigt, weil der Spatz nicht die wahren Ursachen des Bösen in der falschen „Zins- oder Geldtheorie“ anerkannte, über die dieser seine Diplomarbeit geschrieben hatte – und der nun meint, den Spatz deshalb bei anderen madig machen zu müssen. So bekämpfen sich die Vertreter dieser oder jener Theorie über die je einzige Ursache des Übels und stellen sicher, daß dieses ungestört seinen Lauf nehmen kann. Das böse Fremdwort bezog sich ja gerade auf das Vorverständnis, von dem alle wie selbstverständlich ausgehen, wenn sie sich auf einen „Notwendenden“ Sachverhalt einigen wollen. In der Politik nennt man das gerne „Konsens“ (auch ein Fremdwort). Konsens ist heute meist Wunschdenken, immer häufiger jedoch der Schlipps, an dem man Gutgläubige über den Tisch zieht. Wo liegt der Konsens heutiger Politik? Die wenigsten wissen es.

Besteht Konsens darüber, daß wir uns in einer weltweiten Hyperinflation befinden, die sich – ehe sie auf die Güter des täglichen Lebens überspringt – zunächst im sintflutartigen Überhandnehmen der Zahlungsmittel, die ja immer die Zahlungsverpflichtungen anderer sind, äußert. Man kann auch von Überverschuldung reden, gemeint ist das Gleiche. Besteht Konsens darüber, daß wir zur Zeit atemlos die größte Finanzblase aller Zeiten aufblasen, und ist man sich einig, daß wir auf den wüstesten Finanzkrach der Weltgeschichte zu eilen. Ich glaube, darauf könnte man sich theoretisch verständigen. Nur welchen Grad an Wirklichkeit hätte das, wie weit bestimmt das unser Handeln und Planen? Steht es damit nicht wie mit der laut herumposaunten Erkenntnis einer Stammtischrunde, daß das Fernsehen lügt. Kaum hat einer in einem anderen Zusammenhang etwas behauptet, widerlegen ihn alle anderen, denn sie hätten es am Abend vorher mit eigenen Augen anders gesehen. Wo? Natürlich, im Fernsehen. Man ist sich einig: Es stinkt in Wirtschaft und Finanzen, aber welche Folgerungen zieht man daraus, welche Wirklichkeit hat so eine Annahme, was bewirkt sie?

Im früheren Nationalstaat gab es eine alte, besitzende, politische Elite, die eifersüchtig ihre Führungsposition absicherte,

ansonsten aber interessiert war, daß der Staat, das heißt die geordnete Gesellschaft einigermaßen in Ordnung und funktions-tüchtig blieb oder es vermehrt wurde. Wir haben heute eine neue, transnationale Führungsklasse. Auch sie entstammt der Wirtschaftselite und hält sich ihre Politiker. Doch sie ist auf den Nationalstaat nicht angewiesen, ihre Basis ist der transnationale Konzern. Dieser Konzern gehört ihnen nicht. Sie sind dort angestellt, sie haften nicht, aber sie können mit seinen Möglichkeiten schalten und walten, solange sie das Konzernvermögen in Geld ausgedrückt vermehren. Der Konzern (die auswählenden Kollegen) läßt sie aufsteigen, macht sie persönlich über die Maßen reich, verhilft ihnen an die Schalthebel der Macht und hält sie dort, so lange sie spüren. Die politische Klasse lebt von und für die Machtübernahme der transnationalen Konzerne. Das modern und rational zu finden, ist ein Konsens.

Die Vorgehensweise der Elite ist denkbar einfach. Es werden internationale Abkommen geschlossen. Dadurch werden nationale Entscheidungskompetenzen auf internationale Organisationen übertragen. Deren Vorgaben werden von den transnationalen Unternehmen bestimmt. Nehmen wir ein Beispiel. Wasser ist neben Luft das letzte, was Menschen entbehren können. Derzeit sind sechs transnationale Konzerne dabei, die weltweiten Trinkwasservorräte unter sich aufzuteilen. Es werden Vorbereitungen getroffen (Pipelines, Tankerflotten und Verteilungsnetze projektiert), um Wasser zur Handelsware zu machen. Das Wasserkartell dieser Firmen will in den nächsten 10 Jahren 70% des amerikanischen und europäischen Trinkwassers unter seine Kontrolle bringen. Das ist kein Witz: Im indischen Bundesstaat Kerala hat Coca-Cola die Recht über alle Wasservorräte für die nächsten 99 Jahre gepachtet. Man erklärte der Bevölkerung, daß ihr das Wasser nicht mehr zustehe, sondern daß es nun abgefüllt und auf dem indischen Markt verkauft würde. Natürlich kam es zu Aufständen. Frauen haben sich aus Protest öffentlich selbst verbrannt (die sozialverträglichere Form des Selbstmordattentats). Die Regierung, die das zuließ wurde abgewählt - was hat sich geändert? In Bolivien kam es wegen der Wasserprivatisierung zu Bürgerkriegszuständen. Der „Terrorismus“ jagte das transnationale Unternehmen Bechtel, das auch im Irak



04.07.2004

DIESE WOCHE

Politik, Markt und Armut: Diese Woche überlegt der Spatz, wer einst und jetzt die Elite stellt, wer einst die Nationalstaaten regierte und wer das jetzt tut. Er überlegt, welche Folgen der Markt für die sozial Schwachen hat und welche Rolle der Terrorismus dabei spielt: ein Beitrag, den viele dem Spatz nicht zugetraut hatten. Aber lesen Sie selbst!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

aktiv ist, aus dem Land. Die Weltbank setzt die bolivianische Regierung aufgrund geltender Handelsabkommen unter Druck, den angerichteten Schaden zu bezahlen.

Die Weltbank steht hinter dem Wasserkartell oder dieses hinter der Weltbank. Erst kürzlich hat die Weltbank die Zuschüsse an transnationale Unternehmen, wenn sie sich an der Privatisierung von Wasser in der Dritten Welt beteiligen, von 1,3 auf 4 Milliarden Dollar jährlich angehoben. Die Finanzierung der „Privatisierung“ wird als Kampagne zur Versorgung der Menschen mit reinem Trinkwasser vermarktet und von den Medien humanitär propagiert. Erst läßt man aufgrund der Auflagen des Internationalen Währungsfonds das öffentliche Wassersystem verkommen, dann übergibt man es der Kontrolle durch transnationale Unternehmen. Nun entscheidet der Markt über die Wasserversorgung: Je größer der Durst, desto höher der Preis, desto mehr ist man, wenn man kann, bereit für einen Schluck Wasser zu geben, sagt der „freie Markt“.

Die bestimmenden Personen zwischen den Regierungen, internationalen Organisationen und in den Verständen transnationaler Unternehmen gehören der gleichen Clique an. Sie alle erlebten den gleichen Erwahlungsvorgang („Du bist mein lieber Sohn, an dem ich Wohlgefallen habe“), sie kennen einander, sprechen die gleiche Sprache, speisen miteinander, besuchen die gleichen Hochsicherheits-Freizeitsresorts, feiern in den gleichen Nobelabsteigen. Der frühere Kanadische Premierminister Brian Mulroney zum Beispiel (um nicht immer nur die USA als Beispiel zu nehmen) kam aus einfachen Verhältnissen, wurde in die Politik hineinprotégirt, setzte als Premier den „freien Handel“ durch, d. h. sorgte für Deregulierung und Privatisierung. Nach seiner Abwahl verdiente er in Aufsichtsräten und Vorständen internationaler Unternehmen Millionen. Was kümmert ihn, daß seine Politik zum rasantesten Anstieg der Kinderarmut in Kanada geführt hat. Bei uns setzen Rot-Grün oder Schwarz-Gelb den „freien Markt“ und „Reformen“ durch und privatisieren das öffentliche Vermögen, das heißt: die Regierung beseitigt von Fall zu Fall das verbliebene „Soziale“ am „rheinischen Kapitalismus“, an der „sozialen Marktwirtschaft“. Die Opposition ruft: „Mehr davon! Schneller!“ Wer dagegen ist, ist unmodern, macht sich lächerlich oder ist - wenn es ihm ernst sein sollte - Terrorist.

Der Jahresumsatz der 200 größten Konzerne übertrifft das Bruttoinlandsprodukt von 181 der insgesamt 191 Länder dieser Welt. Zu den 100 größten Wirtschaftseinheiten dieser Welt gehören nur 47 Staaten aber 57 private Firmen. Wie arbeiten diese Konzerne? Bleiben wir beim Beispiel Kanada. Alle Parteien hatten sich (zu Recht oder nicht) darauf geeinigt, den Kraftstoffzusatz MMT zu verbieten, weil er das Grundwasser belastet. Ein kanadischer Hersteller wäre damit aus dem Rennen gewesen. MMT stellt aber ein US-Konzern her. Dieser verklagte Kanada vor der Welthandelsorganisation wegen entgangener Gewinne auf Schadenersatz. Kanada nahm das Gesetz angeblich aus Furcht vor Sanktionen zurück und zahlte Millionen an Schadensersatz. Besagter Premier schrieb sogar einen Entschuldungsbrief an das Unternehmen, den die Firma nun in der Dritten Welt als Absatzempfehlung nutzt. Ob MMT die Umwelt belastet oder nicht stand nicht zur Diskussion - es ging der internationalen Institution um ihre Abkommen und dem Premier um seine Karriere.

Die Abkommen der gleichen Welthandelsorganisation verbieten Regierungen (bisher noch vorwiegend in Entwicklungsländern), als Sicherheit für schlechte Erntejahre Nahrungsmittelreserven anzulegen, „zu horten“. Die Folge ist, daß in nahrungsmittelexportierenden Ländern wie Ägypten oder Indien wieder (wie zu Zeiten, bevor nationale Regierungen diesen Mißstand überwinden konnten) Menschen verhungern. Das entsprechende Welthandelsabkommen wurde wenige Tage nach dem 11. September 2001 in Dohar, Qatar auf Druck der US-Delegation durchgesetzt. Die US-Delegation ließ verlauten, Amerika würde nur die Länder als Verbündete im Krieg gegen den Terrorismus anerkennen, die das neue Welthandelsabkommen unterzeichnen würden. Oder anders herum: Regierungen, die es wagen, sich zu widersetzen, werden husseinisiert - zu zeigen, was man darunter versteht, war einer der Gründe für den Irakkrieg.

Im Namen des „freien Marktes“ oder - wo der weniger gut klingt - eben als „Reformen“, werden überall in der Welt Löhne gedrückt, Arbeitsschutzbestimmungen aufgehoben, Gesundheitssysteme abgebaut, Renten und Pensionen gekürzt, die öffentliche Wasser- und Energieversorgung und mehr und mehr auch noch das

Bildungswesen privatisiert. Diese Politik macht nachweislich und offenkundig immer weniger Reiche immer reicher und immer mehr Menschen immer ärmer - und das nicht nur „fernab in der Türkei“ sondern vor und schon in den Toren der Stadt. In Japan findet man immer mehr blaue Zelte am Stadtrand. In ihnen hausen Obdachlose. Viele Männer tragen noch immer inzwischen verdreckte Anzüge, ehemals weiße Hemden und noch immer eine Krawatte. Unter ihnen viele ehemalige Geschäftsleute. Für sie besteht auf dem Markt keine Nachfrage und so übernachteten sie in Parks und U-Bahnstationen und ernährten sich marktgerecht vom Abfall.

Wohl unterscheidet sich noch die Armut in den Industrienationen und Entwicklungsländern, dafür tut das die Elite kaum mehr. Es handelt sich um smarte junge Leute aus den führenden Familien mit hervorragenden Bildungsabschlüssen anerkannter internationaler Hochschulen, die fließend mehrere Sprachen sprechen. Sie haben mit der Bevölkerung ihrer Länder so viel zu schaffen, wie mit der in anderen Ländern, wenn sie nicht gerade in Medien Propagandastroh dreschen.

Der herrschende Elite muß man nicht sagen, wie gefährlich sie vorgeht. Der Krieg gegen den internationalen Terrorismus wird mehr und mehr zur alles verbindenden Ideologie. Die USA gibt heute mehr für Rüstung aus als jemals während des Kalten Krieges. 5 Billionen US\$ sollen in den kommenden 2 bis 3 Jahren allein für ein neues Raketenverteidigungssystem im erdnahen Weltraum aufgewandt werden. Dies sei nötig, schreiben die dafür zuständigen Militärs, weil die Globalisierung zu einer zweigeteilten Welt geführt habe, in der sich mehr und mehr Regionen mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr kontrollieren ließen.

Liegt das nun alles am „Zins“, oder daran, daß man nicht die richtige Geldtheorie des Herrn X anwenden will? Oder liegt es doch an der besonderen „transzendentalen Einheit der gesellschaftlichen Apperzeption“ die in den meisten Köpfen, auch derer die dagegen sind, vorherrscht. Wie das ändern? Mit einer neuen Geldtheorie? Mit Maos verlogendem Quatsch: „Die Macht kommt aus den Gewehrläufen“. Was ist das gemeinsame Vorverständnis, was sollte es sein? „Philosophisches Geschwätz!“ Also weitermachen bei Stammtischopposition.

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Noch einmal die alte Leier?

Und noch eine neue Partei

Kann man einen Pudding spalten? Man kann etwas von ihm wegnaschen; das sehen Mütter ungern. Nun erfahren wir: Die SPD will sich spalten. Aber diese Partei ist nicht einmal ein Pudding, sie gleicht höchstens einem Gas, schlechter Luft. Die läßt sich nicht spalten, nur absondern ließe sich etwas und auch das nur mit Mühe. Alle, die in Medien „anerkannt“ zu Wort kommen, sind sich einig: Die Spaltung ist ein totgeborenes Kind, allenfalls eine Wahlkampfhilfe für die Opposition, die keine ist. Träumer halten die SPD für eine Partei mit Tradition, mit einer politischen Mission, mit einem Gestaltungswillen, eine Partei, die vorgibt, eine gerechtere Welt zustande bringen zu wollen. Wollen das die anderen etwa nicht? Auch Herr Bush in Washington würde so etwas von sich behaupten „a better world? Shure!“. Er ist, wie fast jeder Amerikaner, fest überzeugt, voll hinter der Unabhängigkeitserklärung von siebzehnhundertso wie so zu stehen, – und wenn man das hochgelobte Papier im richtigen Sinne „richtig“ versteht, hat er sogar Recht. Gilt das Dokument doch nur für „all men“, nicht für Unmenschen, Sklaven zum Beispiel, Arme, Nichtdemokraten und im eigentlichen Sinne nicht für Nichtamerikaner.

Übrigens sollte man sie wieder mal lesen, diese Unabhängigkeitserklärung. Irakis könnten sich auf das Dokument in ihrem Verständnis sehr wohl als Rechtfertigung ihres Aufstands gegen brutale Einbrecher, Zerstörer und Plünderer mit fremden Hoheitszeichen beziehen. Lesen Sie es einmal mit Irakischen Augen. Wie harmlos war doch ein King Georg im Vergleich zum Präsident Georg. Doch wen der auserwählten Übermenschen schert das. Recht ist gottgegebene Macht, denkt die westliche Wertegemeinschaft, und die fehlt Irakis und Palästinensern.

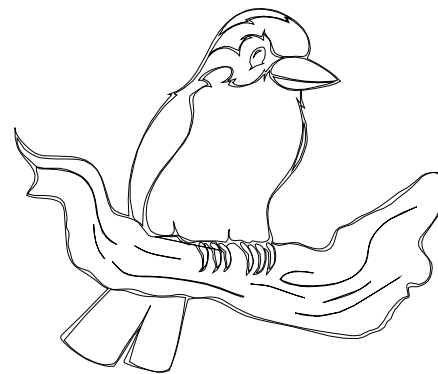
Wenn die Banken der Wall Street und die mit ihnen verbundenen Banken im Ausland beschließen, die in China oder Thailand übliche Bezahlung für Hilfsarbeiter sei die angemessene Bezahlung für alle Arbeitskräfte dieser Welt, dann stellt sich ihren „demokratischen“ Politikern nur noch die Frage: „Wer von uns kann das in kürzester Zeit in seiner Satrapie am besten durchsetzen?“ Wer sich das zutraut, weil er schon immer „da hinein wollte“, wird, weil die anderen die Drecksarbeit scheuen, auch gewählt. Das Ganze scheint dann nur eine Frage der Werbemittel zu sein, die Berater gegen gute Bezahlung allemal liefern. Zu diesem Zweck hat man voraussehend genug

„Vorbilder“ für kleine Leute aufgebaut: Sportler, Schlagersänger, Filmsternchen, sogenannte Künstler, alles was in den Medien Rang und Namen hat. Ein paar Engagements von denen und ein paar spinnerte Alternativen zur Ablenkung oder Abschreckung, und schon geht's in kleinen Schritten (wegen der Gewöhnungszeit) vorwärts von Fall zu Fall. Dabei ist Schimpfen als Zeichen der Demokratie erlaubt und erwünscht. Wenn beim Protest nicht mehr herauskommt als das impotente „Nicht von uns, nehmt's von den anderen!“ dann bleibt die Partei Gründung ein totgeborenes Kind. Die Linken, die alte SPD, sie alle hatten sich bisher immer nur ums „Umverteilen“ gekümmert. Wenn man ihnen nichts zum Umverteilen bleibt, schauen sie so alt aus wie eine neue Partei.

Und trotzdem, an einer politischen Partei, die sagt, was getan, wie produziert werden könnte, damit es wieder etwas zum Verteilen gibt, wird man auf Dauer nicht vorbeikommen. Nur solange die Ideologie der Herrschenden: „Sich mit möglichst geringem Aufwand ein Maximum von anderen aneignen“ die herrschende Ideologie ist, wird eine solche Partei nicht hochkommen. Denn Umverteilen ist alle mal „wirtschaftlicher“ als Herstellen. Um am Trog zu bleiben, werden genug parteiiche Protestnebelkerzen geworfen, damit keiner mehr einen Ausweg sieht. Wer auf die „Anerkannten“ hofft, wer sich in den Medien orientiert, darf sich nicht wundern, wenn er dort ankommt, wo ihn die Geldgeber haben wollen.

Sind denn die „Anerkannten“ und diejenigen, die sie anerkannt machen, vertrauenswürdig? Natürlich nicht – aber was bleibt einem anderes übrig? Doch kommt Hoffnung auf. Bundesbürger wollen, daß es bleibt wie es ist, nur nicht wahr haben, daß es bergabgeht. Wenn sie aber unten sind, was wollen sie dann noch wegleugnen? Als die Anerkannten im Irak ihre Macht so richtig ordentlich zeigen wollten, stellten sie nur ihre Ohnmacht zur Schau. Was Protestler nicht konnten, haben sie selbst geschafft. Sie selbst haben ihre glorreichen Ziele, ihre Sprüche von Demokratie, Freiheit und Happiness als Werbemittel der Kleineuteufängerei entlarvt. Revolutionäre Zeiten kündigen sich an, sagte Lenin, wenn die Herrschenden nicht mehr können und die Beherrschten nicht mehr wollen.

In den USA hat der „anerkannte“ Psychiater Justin A. Frank am 16. Juni sein Buch „*Bush on the Couch*“ auf den Markt gebracht. Es



11.07.2004

DIESE WOCHE

Am Beispiel des Niederganges der SPD demonstriert der Spatz, wie morsch das System schon ist. Er zeigt, wie wenig das Regime den Menschen nützt und wie verbrecherisch unsere Eliten schon sind, hüben wie drüben. So zeigt der Spatz die schon von Spengler vor fast hundert Jahren vorhergesagte Ähnlichkeit mit dem alten Rom. Eine politische Nachfahrt des Geistes, zu lesen nach Konsum der nächsten Nachrichtensendung.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

ist bei Amazon jetzt schon auf Platz 304 der meist verkauften Bücher hochgeklettert und wird noch höher steigen. Frank hat die Methoden, nach denen der CIA die Psychoprofile ausländischer Staatsmänner erstellt, auf den US Präsident angewandt und festgestellt, der arme, von den Traumata durch die Mutter und seine Sauftouren geplagte Mann, ist für sein Amt völlig ungeeignet, er ist „insane“. Dem Mann neben ihm, der die Richtlinien der Politik vorgibt, Herrn Cheney, stehen die Betrugs-, Bestechungs- und Übervorteilungsskandalen bis an die Unterlippe. Aus Nervosität beschimpft er seine Senatsgenossen unflätig und sogar der Mob im Yankee-Stadion der New Yorker Bronx hat ihn ausgepiffen. Und selbst dumme Leute fragen sich, wenn man Schürzenjäger Clinton wegen seiner Seitensprünge aus dem Amt jagen wollte (was allenfalls Sache seiner ehrgeizigen Frau gewesen wäre), warum findet sich kein Republikaner und kein Demokrat, der das mit diesem privatisierenden Politgauner und Geisteskranken tut oder wenigstens versucht? Sind massenwerbewichtige Bettgeschichten in der Demokratie tatsächlich wichtiger als der Vorwurf, den Ruf der USA in der Welt nachhaltig in den Dreck gestampft zu haben – Geschäft ist Geschäft, *who in the world cares?*

Oder findet sich keiner für die Drecksarbeit? Die Wahlalternative Kerry kommt über ein lautes „IA, IA, Ich Auch“ nicht hinaus. Er tut alles (ähnlich wie unser Herr Kohl am Ende seiner Kanzlertage), um die Wahl nicht zu gewinnen. Warum ließ er sich werbekostenträchtig aufstellen? Nun, man ist schließlich eine Demokratie und die zeichnet sich dadurch aus, daß das Volk wählen kann (zwischen der gleichen Zahnpasta in einer roten oder schwarzen Tube – Stilfragen). Wenn es, das Volk auf die Wahl verzichtet, denken demokratische Parteiführer in Deutschland sogar laut über „Wahlpflicht“ nach – oder geht es ihnen nur um die Wahlkrampf-Kostenerstattung aus Steuergeldern, die die Wahlenthaltungen schmälern?

Das Vertrauen in die „Anerkannten“ ist weg: Das Rote Kreuz ließ Berichte durchsickern, wonach zuständige US-Soldaten mit ausdrücklicher Genehmigung höchster Dienststellen im Weißen Haus und unter Anleitung israelischer Folterspezialisten (mit jahrzehntelanger praktischer Erfahrung) nicht nur Kriegsgefangene (also Nazis, wer könnte sonst etwas gegen Demokratie und Freiheit haben) viehisch gefoltert haben, sondern sogar Kinder und Jugendliche. Der Bericht weist darauf hin, daß bei 19 Inspektionen

107 „Kinder“ gezählt wurden (NZZ vom 06.07.2004). Die, die man nicht gesehen hat, konnte man nicht zählen. Wie war das mit der „westlichen Wertegemeinschaft“?

General Warner klagte in der Washington Post am 6.7.: „Nach meiner Ansicht ist die Armee in einem furchtbaren Zustand. Ich denke die Leute sind ausgelaugt, die Ausrüstung verbraucht und wir haben unsere Reserven überfordert. Uns fehlt es dramatisch an Infanterie und Militärpolizei“. Ein Kapitän John Byron sagt an der gleichen Stelle: „Der Krieg im Irak ruiniert die Armee und das Marine Corps“ Und Oberst John Antat: „Daß wir unsere besten Ausbilder in die Kampfzone bringen, beweist Ihnen, wie überspannt die Armee ist“.

Ein Londoner Investmentmanager, der nicht genannt sein will, meinte kürzlich: „Wir nähern uns einem bösen Erwachen. Es wird bald sehr große Veränderungen in den Ansichten über das, wie die US Wirtschaft läuft, geben. Und das wird vermutlich noch vor den Novemberwahlen eintreten, es ist unwahrscheinlich, daß man die Situation noch so lange zusammenhalten kann“. Er führte den „Rückgang der Kredite zu einer Zeit, wo alle Mittel zur Anregung der Wirtschaft aufgebraucht sind und die Zinsen wieder steigen“ an; und daß „das frühere Kreditwachstum nicht zu Investitionen geführt sondern dazu gedient (habe), die Wertpapierblase aufzupumpen... das läßt sich nicht mehr verbergen und kann die Blase jederzeit zum Platzen bringen. Wie ich sagte, Jederzeit...“

Selbst bei gekonnter Statistikmassage läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß mehr Leute die Arbeit verlieren als neue Arbeitsplätze (meist auf dem Papier) erfunden werden. Der einzelne Arbeitslose begreift allmählich, daß er kein Versager sondern ein Betrogener ist.

Die Ölpreise steigen wieder und nicht nur, weil Irakis kürzlich wieder eine geheimgehaltene Ölpipeline nach Basra sprengen konnten, Total seine Ölförderung in Nigeria wegen der dort aufgebrochenen Aufstände einstellen mußte und die Raubfirma Yukos Oil (nur wegen Steuerhinterziehung von jährlich rund 3 Mrd. Dollar seit 2000 (endlich) beschlagnahmt wird.

Der Hunger in der Welt nimmt laufend zu, die Getreidevorräte ab und die Welthandelsorganisation erklärt das Anlegen nationaler Nahrungsmittelreserven zum zu bekämpfenden „Handelshindernis“. Im Jahr 2000 gab es trotz Stilllegungen und Reformen a la

Künast weltweit noch 598,5 Millionen Tonnen Getreidereserve. Inzwischen sind es nur noch 362,7 Millionen (FAO Outlook Report vom Juni). Regierungen, die sich um ihre Bevölkerung sorgen – wie die indische – unternehmen alles Erdenkliche, um die Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen, nachdem sie auch dort wie bei uns demonstriert worden war.

Die Weltgesundheitsorganisation meldet, daß 38 Millionen Menschen inzwischen an AIDS erkrankt sind und sich diese Verelendungsseuche weiter ausbreitet und zwar am rasantesten im erst kürzlich erfolgreich ausgeplünderten (mit Hilfe von Yukos und anderen derartigen Unternehmen) Osteuropa.

In China Daily ließ der Vizehandelsminister Gao Hucheng verlauten, daß es die Verpflichtung der Regierungen auf allen Ebenen sei, die Wirtschaft zu schützen. In Japan sieht der US Satrap Junichiro Koizumi, der den (sozialen) japanischen Kapitalismus durch den amerikanischen ersetzen sollte, schweren Zeiten entgegen, wenn die Japaner am 11.7. die neu gegründete Demokratische Partei Japans (DPJ) statt der seit 50 Jahren unwidersprochen herrschenden LDP ins Parlament wählen sollte, wie es Meinungsforscher vorhersagen. Grund sind neben den japanischen Truppen im Irak die „Reformen“, vor allem der Renten. Die neue Partei hält dagegen viel von der Mitarbeit an der Eurasischen Landbrücke, die zur Zusammenarbeit zwischen China, Indien, den beiden Koreas, des Irans und anderer südasiatischer Staaten und m.E. auch Rußlands geführt hat. Diese Staaten wollen aufbauen, statt an der Umverteilung des immer Knapperen ihren Reibach zu machen.

Über den eigenen traditionellen Schatten zu springen und da mitzumachen, würde viele Probleme der SPD und ihres Herrn Schröders lösen. Dazu bedarf es mehr als einer Reise nach Moskau und einiger Techtelmechtel unter dem Verhandlungstisch. Doch mehr wagt diese Regierung nicht. Da stehen der Große Bruder und die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren davor. Nibelungentreue und dem die linke Backe hinhalten, der einem kräftig auf die Rechte schlägt, prägt die Deutsche Geschichte zunehmend seit dem 30jährigen Krieg. Auf ihrem jetzigen Höhepunkt das ändern? – nicht mit einer Traditionsparterie die vom Umverteilen lebte, statt zu versuchen, die Produktion dringend benötigter Güter in Gang zu bringen. Aller Anfang wird schwer, aber erträglich, wenn nur einer in Sicht wäre.

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig wahr:

„Wie man sich bettet, so liegt man...“

Zur Zeit streiken, wenn man den Medien das wenigstens glauben darf, rund 80.000 Arbeiter im deutschen Musterbetrieb Daimler Chrysler. Der größte Streik in der Autobranche seit 1996. Die Arbeiter feiern einen nationalen Aktionstag gegen Kostenabbau. Kann irgend jemand etwas gegen Kostenabbau haben? Wollen wir nicht alle unnötige „Kosten“ beseitigt und verbessern deshalb unsere Techniken, unser Verhalten, unsere Lebensweise? Die Arbeiter meinen etwas anderes, sie meinen „Kostenumverteilung“. Sprachverwirrung ist die Hauptkrankheit im Zeitalter der Werbung. Um den steigenden Kosten des Kapitaldienstes – darunter versteht man die Kaskade ineinander verschachtelter Zinsforderungen der Geldgeber – gerecht zu werden, sollen die Arbeiter auf Lohnkosten verzichten – sprich: für weniger mehr arbeiten. Das ärgert sie zu Recht – aber was kann (sollte) man tun?

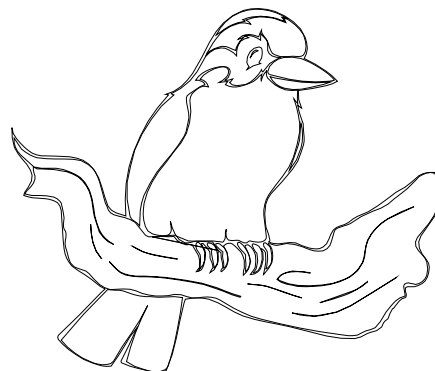
500 Millionen Euro will das Management, jene überbezahlten Mietlinge der Geldgeber, die ohne eigenes Risiko Belastungen zuteilen, einsparen. Das läßt sich entweder dadurch bewerkstelligen, daß man die Produktion z.B. der C-Klasse nach Südafrika oder Thailand auslagert, oder, wenn die Deutschen ihren Arbeitsplatz unbedingt behalten wollen, ihren Jahresverdienst um 700 € verkürzt, oder sie ohne Lohnausgleich länger arbeiten läßt. Von 40, 42 und 45 Stundenwoche ist wieder die Rede. Mehrarbeit macht weitere Entlassungen möglich, mit rund eingesparten 6000 Arbeitsplätzen rechnet man. Das Management würde durchaus gerne vor Ort bleiben, um sich die vielen Unwägbarkeiten zu sparen, die ein Umzug in ein Entwicklungsland mit sich bringt. Allerdings würde ein Umzug trotz der Kosten die Tür zu weiteren Einsparungen öffnen, weil man glaubt, dortigen Arbeitskräften noch geringere Löhne zuzumuten zu können. Aber wer kann das sicher voraussagen? Risikobereitschaft ist keine Eigenschaft angestellter und rundum abgesicherter deutscher Konzernvorstände.

Die Traditionsfirma Siemens ist mutiger, sie wagt den Umzug. Sie tut das nicht etwa, weil ihre Vorstände risikobereiter

wären, sondern weil in ihrem Fall „rational“ mehr Gründe für den Umzug sprechen. Sie verlagert die Entwicklung neuer Produktionsideen und neuer Produkte im Telecom-Bereich nach China und wirbt dort zu diesem Zweck 1000 Ingenieure an, die in einem neuen Betriebsgeländer nahe Peking arbeiten werden. Wolfgang Klebsch, der zuständige Manager der Firma, sagte dazu im Wall Street Journal am 15. Juli: „Die Chinesischen Ingenieure arbeiten nicht nur für ein Fünftel dessen, was wir Deutschen zahlen müßten, sie sind in der Regel 10 Jahre jünger als das, was wir auf dem deutschen Arbeitsmarkt finden können, und sie sind dadurch entsprechend belastbarer“ und – und das sei eigentlich entscheidend – das Bildungs- und Qualifikationsniveau der chinesischen Gymnasiasten und Hochschulabgänger sei speziell in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften weitaus besser. Noch Fragen?

In Deutschland kennt man das Problem nicht erst seit PISA. Regierungen, wie jüngst wieder die Schrödersche, versprechen seit Langem Besserung. Der Kanzler hat deshalb das Jahr 2004 als „Jahr der Innovation“ ausgerufen. Doch was anderes heißt das, als irgendwelche neuen Bildungsfunktionäre (und Wähler) an den leergefressenen Steuertrog zu führen. Was die unter „Innovation“ verstehen, hat unser Außenminister erst jetzt wieder in China gezeigt.

Eigentlich war der Kanzler gefahren, um mit Hilfe seines, die Chinesen und Sudanesen mutig in ihre Schranken verweisenden Außenministers, in der Welt um Unterstützung für die deutsche Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat zu werben. Wozu braucht man dort eine weitere Gefolgschaft der USA? Denn daß diese Regierung nichts anderes ist, wird trotz der derzeitigen Ablehnung durch den US-Präsidenten und dem wahlwirksamen deutschen Nein zum Irakkrieg wohl niemand, der die deutsche Politik verfolgt, annehmen wollen. Für die glücklose Regierung in Berlin wäre der Einzug aber wenigstens ein Erfolg, noch dazu einer, der unmittelbar nichts kostet, sondern erst „nach uns“. Zu diesem Zweck verprellt Fischer die chinesische Regierung



18.07.2004

DIESE WOCHE

In erschreckender Weise demonstriert der Spatz in dieser Ausgabe, wie hinsichtlich der Gefahren der Kernenergie gelogen wurde, und welche Folgen dies für die deutsche Wirtschaft schon jetzt hat. Er überlegt am Beispiel des Streiks bei DaimlerChrysler um die 40 Stunden Woche, wohin die Reise wohl gehen wird und kommt zum Schluß, daß morgen mit den Zähnen knirscht wer heute den Kopf in den Sand steckt.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

durch die plumpe Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes wenn er ihr mit „deutlichen Worten“ mehr westlicher Demokratie und westlichen Menschenrechten (etwa den in Palästina und im Irak praktizierten) anempfiehlt. Tatsächlich vergrault er einen der letzten Abnehmer deutscher Technik, dessen Importe die deutsche Wirtschaftsstatistik etwas besser haben aussehen lassen als sie wirklich sind. Außerdem will er den Chinesen statt der Hanauer „Plutoniumfabrik“ und des Transraps Solar- und Windkraftwerke schmackhaft machen. Von der deutschen Wirtschaft will ihn dabei ein Herr Ritter unterstützen, der besser bei seinen Schokoladequadraten als bei den „Erneuerbaren“ Energien geblieben wäre. Die höflichen Chinesen werden sich Muster gerne ins Land stellen lassen und dann abwägen, ob sie eher Probleme statt Lösungen schaffen. Sie können, wie es Siemens ihnen bescheinigt, ja noch rechnen.

In Deutschland ist das auf dem „Langen Marsch“ entlang der Morgenthau „road map“ zum Problem geworden. Die Bevölkerung wird dafür, daß sie ihrer „Elite“ darin so willig folgte, wie immer in der Geschichte die Folgen tragen. Daran, daß sie das so willig tut, tragen die Medien nicht unerheblich Schuld. Dies sollen ein paar Beispiele belegen, die ein Leser dem Spatz zugeschickt hatte.

Alle Jahre wieder feiern die deutschen Medien Gedenktage, weil am 26. April 1986 der vierte Block des Kernkraftwerks in Tschernobyl durch eine unkontrollierte Kettenreaktion mit nachfolgender Wasserstoffexplosion und Brand des Graphitmoderators zerstört wurde. In den offiziellen Morgennachrichten des 26.04.2004 konnte man zum Beispiel hören, daß „bisher etwa 30.000 Strahlentote zu beklagen“ seien. Das war eine gemäßigte Meldung, denn früher als der bundesrepublikanische „Ausstiegs aus der Kernenergie“ in der Mache war, konnte man ganz andere Zahlen hören.

- Das Magazin „Focus“ schrieb in seiner Reportage „Die Hölle vor Augen“ in Ausgabe 16 vom 14. April 2001: „Bis zu 500.000 Menschen, so wird geschätzt, sind an den Folgen der Reaktorkatastrophe gestorben“.
- Die Deutsche Presseagentur dpa meldete am 11. Dezember 2001 unter dem Titel Tschernobyl ein Jahr nach

der Schließung – „Wir fühlen uns verraten“: „An den Folgeschäden sind bislang in der Ukraine, Weißrußland und Rußland Zehntausende von Menschen gestorben, niemand kennt die genaue Zahl“.

- Gemäß dem in Heft 4/2001 der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft“ veröffentlichten Artikel „Tschernobyl - Fakt und Fiktion“ wurden von ARD und ZDF wenige Monate zuvor 100.000 Tote als Resultat des genannten Störfalls genannt.
- Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb unter dem Titel „Die Stadt des atomaren Ruhmes – Teil 3“ am 7. September 2002: „Wie viele hunderttausend Menschen seit der AKW-Katastrophe an den Folgen gestorben, erkrankt oder behindert zur Welt gekommen sind, weiß niemand genau“.
- Die Tageszeitung „Die Welt“ vom 7. Juni 2000 verwies unter der Überschrift „Auch nach 14 Jahren noch Zahlenwirrwarr um die Opfer von Tschernobyl“ auf russische Quellen, die 10.000 bzw. 128.000 Tote als Strahlenopfer angeben. Dieser Artikel erwähnt jedoch zumindest, daß u. a. die Deutsche Gesellschaft für Reaktorsicherheit festgestellt hat, daß der deutliche Anstieg von Schilddrüsenkrebs die einzige Krankheit ist, die unzweifelhaft auf Tschernobyl zurückgeführt werden kann.

Am 14. Juni 2000 war die Konsensvereinbarung über den Ausstieg aus der Kernenergie zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen paraphiert und am 11. Juni 2001 unterschrieben worden.

Von den 100 am meisten der Strahlung ausgesetzten „Liquidatoren“, den Arbeiter und Fachkräften, die die Katastrophe eindämmen mußten, sind inzwischen nachweislich 36 gestorben. Unter der Bevölkerung außerhalb des Geländes wurde bisher nur die Zunahme von Schilddrüsenkrebs beobachtet. Dazu kommt es aufgrund eines zuvor bestehenden erheblichen Jodmangels. Er veranlaßt den jugendlichen menschlichen Körper das radioaktive Spaltprodukt Jod begierig aufzunehmen und in der Schilddrüse abzulagern. Von den ca. 70 Mio. Einwohnern der Ukraine und Weißrußlands sind - nach Auskunft des Strahlenbiologen Prof. Albrecht Kellerer von der Universi-

tät München - etwa „1800 erkrankt und bislang weniger als 10 gestorben“. Nachweisbar dokumentiert sind nur fünf (!) solcher Todesfälle. Darüber hinaus gäbe es nach Angaben von Prof. Kellerer, etwa 100 weitere Todesfälle in der Umgebung, bei denen aufgrund der Krankengeschichte und des Krankheitsbildes eine zu hohe Strahlendosis als Ursache nicht auszuschließen ist.

Warum die Aufschneiderei der „gewissenhaft recherchierenden“ Medien - nur Schlamperei oder Wahlhilfe für Rot-Grün? Nach Angaben von Professor Franz Alt von der Fachhochschule Aachen ist als Folge des Ausstiegs aus der Kernenergienutzung und bei weitgehendem Ersatz durch regenerative Energieformen wie Wind, Wasser und Biomasse in Deutschland mit zusätzlichen volkswirtschaftlichen Kosten von 30 Mrd. Euro pro Jahr zu rechnen. Das ist niedrig angesetzt. Professor Wolfgang Pfaffenberger vom Bremer Energie-Institut ermittelte im Auftrag der Schweizer Kernkraftwerke volkswirtschaftliche Folgekosten dafür, daß alle vier in der Schweiz betriebenen Kernkraftwerke mit ca. 3.200 Megawatt Leistung nach 40 Betriebsjahren stillgelegt werden, von zwischen 18,6 Mrd. und 30,0 Mrd. Euro (<http://www.atomenergie.ch>). In Deutschland haben wir neunzehn Kernkraftwerke mit einer Nettoleistung von 21.283 Megawatt, also das etwa Siebenfache, die nur noch 32 Jahre arbeiten dürfen. Daraus errechnen sich Mindestkosten von 186 Mrd. bis 300 Mrd. Euro.

Wie dem auch sei, hier ist offensichtlich von Kostenabbau nicht die Rede, weil diese Kosten der Bundesbürger zu tragen hat. In diesen Kosten sind natürlich nicht die Folgen für die Naturwissenschaften und das Denkvermögen der von Medien ständig so und anders genasführten Bürger, die das Beispiel Siemens andeutet, einberechnet. Es geht dieser Regierung noch den risikoscheuen Vorständen der Großunternehmen noch den Geldgebern beider um „Kostenabbau“. Aber wen juckt das, solange die anderen den Schaden haben – wie lange noch?

„Kostenabbau“ statt „Kostenumverteilung“, Erhaltung der „Arbeitsplätze“ statt des „Arbeitseinkommens“: der chinesische Philosoph Chuang tse hat recht; der Niedergang eines Volkes beginnt mit der Sprachverwirrung, weil sie das Denken verwirrt und dieses das Handeln.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

„Links, links, hinterm Hauptmann“

Wenn zwei sich streiten...

Hartz IV läßt die Gesichter länger werden. Die Regierung verliert ihr Gesicht und schiebt Notwendigkeiten vor, wie schlechte Konjunktur, Globalisierung, Konkurrenz der Standorte und sogar, jedenfalls die Entwicklungsministerin, „Druck des US-Wirtschaftssystems“, also Wirtschaftsvorstellungen der Führungsmacht. Länger werden aber die Gesichter der Betroffenen, wenn im nächsten Jahr die neue „Stütze“ ausgezahlt wird und die Leute nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen, was sie noch einsparen können, vielleicht sogar am Essen. Und warum im potentiellen (technisch machbaren) Überfluß jetzt die Not? Ist es Versagen, ist es Absicht? Wenn die terroristischen Islamisten nicht mehr ausreichen, ist Ausländerhaß, soweit er noch nicht entfacht wurde, vor programmiert, vielleicht sogar der Zerfall der EU („die Griechen“ sind schuld „die Rumänen“ oder sonstwer). Noch ist es ruhig, aber die Polizei bereitet sich nach Aussagen ihrer Gewerkschaftsführung schon auf Krawalle vor den Arbeitsämtern und nicht nur dort vor.

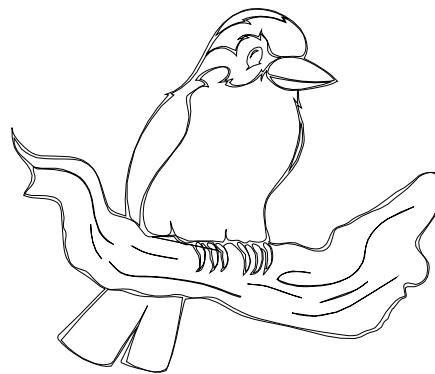
Die Grünen sagen: „Das muß so sein, diesen Preis verlangt die Umwelt. Nicht die Ausländer, der technische Fortschritt ist Schuld, jetzt schlägt Mutter Natur zurück.“ Natur ist immer ungerecht, sie trifft immer die Kleinen und Schwachen. Welcher Anerkannte ist heute nicht „grün“? Nicht mehr grün sind vielleicht nur noch diejenigen, die bald mit der Stütze nicht mehr auskommen, die ihr Rentenbescheid entsetzt, weil sie kaum mehr für die Miete reicht. Für Liberale ist das alles „der Preis der Freiheit, denn in Huxleys oder Orwells ringsum versorgter Gesellschaft gäbe es weder Unruhen noch Freiheit. Freiheit, das heißt eben Gewinner und Verlierer, too bad for you. Wer wollte schon gegen die Freiheit sein – ehrlich! – „Faschist vielleicht“? Wissen Sie, was die Leute meinen, wenn sie „Freiheit“ sagen? Haben Sie sie gefragt? Keiner läßt sich gerne gängeln, aber werden wir es nicht ständig und überall, gerade dort, wo wir uns am „freiesten“ wähnen, im Geschmack. „Anarchist, oder was?“

Stille vor dem Sturm! Die Spannung liegt in der Luft, aber alles ist ruhig. Die Börsenwerte gehen auf und nieder. Die Betriebe entlassen Leute und stellen ein, mal mehr,

mal weniger. Die Amerikaner üben sich hinsichtlich ihres Überfalls auf den Irak in Selbstkritik, werfen aber weiter ab und zu Bomben, aber nur, wenn es ihre Hampelmannregierung in Bagdad erlaubt. Daß es sich um eine Hampelmannregierung handelt, ist unschön. Doch man wird sich bald daran gewöhnt haben. Schließlich haben wir im Westen trotz Wahlen oder gerade deshalb auch nicht anderes. Nur, wer an den Fäden zieht, will keiner wissen: Siehe Sachzwänge, Natur, Freiheit, Markt, „die Vorsehung“ oder gleich der „liebe Gott“.

Die Stille vor dem Sturm ist die bange Frage, wohin geht's, wenn der Weg nach vorne verbaut ist. Daß er es ist, ahnt inzwischen jeder, wenn es sich auch kaum jemand eingesteht. Zeit für grundsätzlicher Fragen, aber wer kennt noch Grundsätze und was heißt schon nach „rechts“ oder nach „links“. Vor längerer Zeit fragte man, „Wo ist die Rechte, es gibt sie nicht mehr“. Plötzlich war sie wieder da, mehr als gewünscht. Nach dem Zusammenbruch des Ostens war es umgekehrt. Nun galt die Linke als verschollen und man ersetzte vorsichtshalber rot durch grün. Inzwischen sollte der letzte gemerkt haben, daß das nicht stimmt. Um überhöhte Preise realisieren zu können, braucht man auf dem Markt eine Verknappung und dafür steht „Grün“, ideologisch und praktisch. Grün ist die Partei der konzentrierten Finanzwirtschaft, obwohl die Grünen ganz anders tönen. Aber wer von denen, die die Leute über den Tisch ziehen, sagt ihnen das offen ins Gesicht? Das gilt selbst für Liberale, deshalb ist der Begriff Freiheit so schwammig, statt Sachzwänge, Natur, Markt, Vorsehung gilt die Chance, das Schnäppchen.

Sollte man wieder wissen, was „Rechts“ und „Links“ bedeutet? Denn die Grünen sind kein Thema mehr. Ihnen glaubt ohnehin niemand, daß es der Umwelt dient, wenn an der Stütze eingespart, die Lebensversicherung zuvor versetzen werden und man sich überlegen muß, ob man mit dem Wehwehchen zum Arzt gehen soll oder besser warten, bis es von alleine vergeht. Es dient, wie die erschwerter Güterproduktion anderen, nicht der Umwelt. Je höher der Freßnapf gehängt wird, desto bräver macht Pfiffi Männchen: 40-Stunden-Woche ohne Lohnaus-



25.07.2004

DIESE WOCHE

Die Verknappung wird heftiger, und mit dem Beginn von Hartz IV werden wir merken, was Armut wirklich bedeutet. Der Spatz macht sich also, da Millionen in Deutschland sich mit dem 16seitigen Sozialquiz herumschlagen, Gedanken über Ursachen und Ziel der Verknappung. Er bringt dabei Energie und Finanzwirtschaft in einen ungewöhnlichen Zusammenhang. Aber lesen Sie selbst!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
EMail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
EMail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

gleich zur Erhaltung der Arbeitsplätze: Das gibt es wieder, weil die Arbeit zu wenig, und nicht, weil sie zu viel abwirft. Nur Not macht gefügig, andernfalls droht „Übermut“.

Es ist viel diskutiert worden, was Rechts und Links bedeutet. Dicke Bücher und schmalere: Progressiv oder traditionsverbunden, Aufklärung oder Antiaufklärung, Befreiung oder Verwurzelung, Gleichheit oder Hierarchie, Freund, Feind... Wir sparen uns das, denn wir bekommen ohnehin kein Zeilenhonorar. Geht es nicht darum, wer die Zeche zahlt? Soll man die Rentner, Arbeitslosen und Kranken zur Kasse bitten, weil es so viele sind, oder die, die noch Arbeit haben, oder gar diejenigen, die Geld für sich arbeiten lassen können? Besitzstand wahren oder umverteilen, ist das die Frage? Faßt den, der hat mehr, oder den, der schafft weniger (als ich und meine Erblasser). Damit läßt sich gut ablenken.

Sollte man vielleicht fragen, wer die Zeche bestellt hat, die wir nun auslöffeln? „Wir alle, die wir über unsere Verhältnisse gelebt haben“, sagt man uns. Und wer, bitte schön, hat das. Ich nicht, Sie etwa? Niemand also. Nun ja, der Scheich von Brunei, die Queen, ein paar ließen sich schon finden. Aber kommt es auf die an? Haben die die Zeche bestellt oder haben sie nur tüchtig zugegriffen, als serviert wurde? Wer hat bestellt? Wie so oft waren es alle und niemand. Doch gibt es Damen und Herren, die dafür sehr hohe Gehälter beziehen, weil sie die Zeche bestellen, ohne die Folgen zu verantworten, weil es alle genauso gemacht hätten, wären sie nur soweit hoch gekommen.

Rechts und links, heißt das: Es wird schon wieder werden oder jetzt muß mal tüchtig durchgegriffen werden und möglichst beides gleichzeitig. Ja, schon hat man wieder Massenvernichtungswaffen sogar potentielle Atomwaffen entdeckt. Dieses Mal bei den Ayatollahs im Iran. Die Christentümer haben sich dem Markt gefügt. Sie spielen mit und beugen sich seinem Diktat. Wer Jenseitsbedürfnisse befriedigen muß, soll das tun dürfen – es kann nur nützen. Der Islam ist noch nicht geläutert, er predigt noch immer eigenmächtige Vorstellungen, wie die menschliche Gesellschaft funktionieren sollte. Den gereinigten, den „islam amerikani“ teilen zu wenige Leute, vor-

wiegend diejenigen, die vom Ausverkauf ihrer Landsleute gut gelebt haben. Das will das freie Spiel der Kräfte nicht dulden, notfalls gibt's Krieg.

„Rechts“ und „Links“, wer kennt das schon, jeder und niemand. Versuchen wir es mit früheren Alternativen: Da fragte man sich zum Beispiel, ob die Welt unendlich oder endlich sei. Sie schmunzeln über so viel Naivität? Kennen Sie die Antwort? Sie haben ihre Meinung und wissen, daß sie mit gleichem Recht auch die Gegenmeinung vertreten könnten und dürften. Es ist eine Geschmacksache, weil es Ihnen und den meisten wurscht ist, ob sie endlich oder unendlich ist. Das gleiche gilt für die Frage, ob es Gott gibt oder nicht. Das hatten Sie einmal, als es im Jazz-Keller noch so leise zuzuging, daß man sich verständigen konnte, erörtert, es hat nichts gebracht. Auch hier haben Sie ihre Meinung und andere eine andere und im Grunde kommt es auf beide nicht an. Nehmen wir ein drittes Beispiel: Gibt es ein Leben nach dem Tod oder nicht? Die Antwort verspricht praktische Auswirkungen. Es sollte für die Lebensführung einen Unterschied machen, ob mit dem Tod alles aus ist oder nicht. Macht es einen? „Ich bitte Sie, schließlich gibt sich jeder vor sich selbst Rechenschaft über das, was er aus seinem Leben macht.“ Aber wie viele überlassen das den Verhältnissen (früher sagte man, „das war ein Befehl Hitlers“). Auch hier haben Sie eine Meinung und könnten ebensogut die entgegengesetzte haben.

Die Frage mit der (Un)Endlichkeit der Welt wurde übrigens entschieden, mustergültig, wie ich meine, und schon in der Antike. Archytas soll sinngemäß gesagt haben: Natürlich ist die endliche Welt unendlich. Ich gehe an das Ende der Welt und strecke die Hand darüber hinaus. Das ist so, weil es etwas jenseits empirischer Daten mit drastischen empirischen Auswirkungen gibt – etwa Geist. Natürlich gibt es „Grenzen des Wachstums“, wir nehmen sie uns vor und übersteigen sie. „Halt, und wer trägt die Kosten!“ Die Kosten sind im Grunde nur etwas weiter gesteckte Grenzen, die es ebenfalls zu übersteigen gilt. Im Grunde machen das die Menschen seit langem so. Sie haben zum Beispiel immer größere Fernrohre gebaut oder neue, dichtere und effizientere Energiequellen erschlossen. Das galt selbst für die Rohstoffe dieser Erde. Sicher sind sie als solche begrenzt, unbe-

grenzt ist, was als Rohstoff verwendet werden kann, wenn man die Mittel (Energie) dazu hat. Haben Ihnen die Grünen gesagt, daß kein Rohstoff auf der Erde verschwindet? Er ändert nur seine Gestalt. Aus Kohlenstoff wird CO₂. Aus CO₂ könnte wieder Kohlenstoff (eigentlich Kohlenwasserstoff) werden. Sie haben das offensichtlich vergessen, weil ihnen das dazu benötigte Gerät nicht gefällt, der Hochtemperaturreaktor. Er ist „gefährlich“ – aber nur für ihren grünen Auftrag. (Sie vergessen immer das Interessanteste, die Grünen, nämlich wer die Zeche bestellt).

„Das mag alles schön und gut sein, und ist ja auch alles sehr interessant, doch ich habe andere Probleme (es können sogar ehrenwertere sein, als die „Orgasmus-Probleme“, wie bei Kunzelmann dem spaßigen CIA-Jünger Marcuse). Merken Sie, daß Sie mit dieser Antwort alle drei Fragen systemgerecht entschieden haben, nämlich mit einer Antwort, die beliebig ist. Anders wäre es, wenn man das Ende bestimmen wollte, um die Hand darüber hinauszustrecken. Doch das ist heute nicht mehr systemgerecht. Es würde sich negativ auf die Preise auswirken. Preisfrage: Welche Drehbank ist teurer, diejenige, die man vor der Erfindung der Drehbank gebaut hat oder die als es schon andere Drehbänke gab (so viel zu „schlecht für die Preise“). Niedrige Preise machen den Gewinn der Köhner kaputt. Für Köhner ist es schlecht, wenn die Grenzen der allgemeinen Entwicklung verschoben werden, das gefährdet ihre Position. Das betrifft die genannten Fragen und beliebigen Antworten.

Die an der Macht fahren am besten, wenn sich alle um die Konkursmasse prügeln. Einige bekommen mehr andere nichts, too bad. Was danach kommt: Siehe Sachzwänge, Markt, Natur, meinestwegen auch „Lieber Gott“. Beim Gerangel um die Konkursmasse sind alle gleich: Me first! Zum Handausstrecken bräuchte man Ideen, Prinzipien; man müßte man das Ende sehen – und wer will das schon, da müßte man sich ja neu positionieren? Junge Leute sollten Interesse daran haben – suchen sie doch einen Platz und nicht nur den, den man ihnen läßt. Aber wer ist in der Spaßgesellschaft schon jung? Verkindsch, ja das kann man nicht genug sein.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Aus aktuellem Anlaß:

Wollen Sie in Zukunft Ihre Wasserrechnung noch bezahlen können?

Der Spatz hatte es angekündigt und jetzt wird es Wirklichkeit: Von der Allgemeinheit fast unbemerkt wird derzeit in Brüssel durch die EU-Kommission mit Hilfe der großen Weltkonzerne (z.B. EnBW, RWE, Coca Cola, Suez, Veolia, E-ON, u.a.) die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung für ganz Europa betrieben. Das hat, wie in England und Wales bereits geschehen, für die Bürger schlimme Folgen. Dort sind die Wasserpreise nach der Privatisierung stark angestiegen, die Anlagen wurden heruntergewirtschaftet, die Wasserqualität hat sich verschlechtert und der Gewässerschutz ist auf der Strecke geblieben. Es geht nicht ums Wasser. Es geht nur noch darum, den anstrengenden Verkauf durch den mitlaufenden Zähler zu ersetzen. Verkaufen wird schwierig, wenn den Leuten das Geld knapp wird. Also alles Überflüssige abspecken und Konzentration auf das Kerngeschäft, die „unelastische Nachfrage“. Die „Cola“ läßt sich einsparen, aber nicht das Wasser. Die Cola muß man sich im Geschäft oder in der Kneipe eigens kaufen, beim Wasser läuft der Zähler mit. Und wird nicht schon nach dem CO₂-Klimabetrug der Wasserknappheitsbetrug in medienwirksamen „wissenschaftlichen“ Konferenzen angeleiert. Über zwei Drittel der Erde ist durchschnittlich 3.000 m tief mit Wasser bedeckt, aber Wasser ist knapp, weil und solange man – nicht zu letzt dank der Grünen Ideologie - Energie knapp halten kann. Wasser, Strom, Heizung und Gesundheitsdienst: hier brummt das Geschäft und es ist nur konsequent, daß viele (Schein)Firmen der Nahrungsmittelindustrie schon längst in zentraler Hand sind (Nestle, Unilever).

Die EU-Kommission hat ihre Pläne als ein sog. „Grünbuch“ herausgegeben. Nachzulesen auf http://europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/ppp_de.htm. Es fordert marktwirtschaftliche Privatisierung der Grundversorgung, so daß künftig private Konzerne die Wasserversorgung einer Stadt, einer Gemeinde, eines Zweckverbands oder einer ganzen Region betreiben sollen. Durch sog. Gebietskonzessionen wäre dann die Wasserversorgung für lange Zeit (20 bis 25 Jahre) unwiderruflich in die Hand derer

gegeben, die laut Anstellungsvertrag mit dem geringsten Aufwand den größten Geldgewinn für Aktionäre betreiben sollen. Die auf Medienempfehlung gewählten „Demokraten“ dürfen als Gegenleistung ihre bevorzugte Wählergruppen in Überwachungsbehörden unterbringen, wo sie nach BAT Wasser predigen und Wein trinken können.

Noch können Bürger als demokratisches Zugeständnis ihren Unwillen darüber unter folgender Anschrift kund tun: Europäische Kommission, Konsultation „Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften“, C 100 2/005, B-1049 Bruxelles, und unter folgendem Betreff „Grünbuch (PPP) zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften vom 30.04.2004 und Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“. Gemäßigt könnte das so klingen:

„zu o.a. Grünbuch der EU-Kommission gebe ich folgende Anregungen

1. Das Europäische Parlament hat ausdrücklich bekräftigt, Wasser sei keine übliche Handelsware. Deshalb sollte die Kommission davon ablassen, Wasser zum Wirtschaftsgut zu machen und privatwirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Wasserversorgung auf europäischer Ebene zu schaffen.
2. Das vorhandene Ausschreibungsrecht ist völlig ausreichend. Die neuen Vorgaben im Ausschreibungsrecht beschleunigen die marktbeherrschende Stellung großer Konzerne und gefährden die Existenz öffentlicher Unternehmen unter demokratischer Kontrolle.
3. Die bestehenden Gesetze und Verordnungen reichen völlig aus. Sie ermöglichen einen sinnvollen Querverbund, und sind Grundlage für sichere, nachhaltige und preisgünstige Leistungen auf dem Wassersektor.
4. Die Privatisierung bzw. Liberalisierung der Wasserversorgung bringt den davon abhängigen Bürgern keine Vorteile. Die Einführung von Ausschreibungspflichten dürfte sich wie Beispiele in Großbritannien belegen eher nachteilig darauf auswirken.



01.08.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche denkt der Spatz darüber nach, wie Privatisierungen dem Gemeinwohl schaden. Er überlegt, wie die künstliche Schaffung von Verteuerung und Verknappung mit scheinbar marktwirtschaftlichen Mitteln zum Machterhalt einer kleinen politischen Elite beiträgt und zeigt, wie wir permanent belogen und betrogen werden – gut zu lesen vor Ihre nächsten Wasser- oder Stromrechnung!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

5. Auch die Liberalisierung des Energiesektors in Europa war kein gelungenes Beispiel für Wettbewerbsverbesserungen. In Deutschland teilen sich nur vier Stromkonzerne fast den gesamten Markt und treiben Strompreise ärgernisierend nach oben, versagen aber bei den anstehenden Investitionen zugunsten des shareholder value.
6. Bislang gibt es kein Beispiel dafür, daß die Privatisierung zentraler Versorgungsleistungen, die großen Kapitaleinsatz zur Voraussetzung haben, die Versorgung wirksamer und günstiger gemacht hätte. Die angeblichen Erfolgsbeispiele sind erwiesenermaßen mißlungen, zum Beispiel die Wasserversorgung in England und Wales oder der Energiesektor in den USA. Eine österreichische Studie zum internationalen Vergleich der Wasserwirtschaft vom 15.10.2003 kommt zum Ergebnis, daß privatwirtschaftlich geführte Großunternehmen nicht effizienter arbeiten als öffentliche.
7. Die kommunale Selbstverwaltung hat sich in Deutschland bewährt und entspricht dem in der EU geltenden Subsidiaritätsprinzips. Sie sollte durch die vorgesehenen Ausschreibungspflichten nicht ausgehebelt werden.
8. Die Beteiligung eines privaten Kapitalgebers oder eine Vollprivatisierung hat nicht zwangsläufig eine positive Auswirkung auf die Qualität der Dienstleistungen. Sie tragen dazu bei, die dringend nötige Reform der erwiesenermaßen unzulänglichen Finanzordnung auf Kosten der Nichtkapitaleigner hinauszuzögern. Städten und Gemeinden, bzw. den öffentlichen Unternehmen sollte es auch ohne Ausschreibungspflicht freigestellt bleiben, die horizontale Kooperation mit anderen öffentlichen Unternehmen oder durch Bildung von Zweckverbänden oder Anstalten des öffentlichen Rechts frei zu wählen. Hier dürfen die Zuständigkeiten nicht von der lokalen bzw. nationalen Ebene auf die europäische Ebene verlagert werden. Jedenfalls ist die in Deutschland verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zu respektieren.

Ich darf mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken und hoffe, daß Sie

meine Anregungen und Bedenken bei der endgültigen Beschlußfassung berücksichtigen. Ich bin mir sicher, daß der größte Teil der betroffenen Bevölkerung, wenn er nur etwas über die Konsequenzen nachdenkt, die Wasserversorgung (und auch Abwasserentsorgung) nicht privatisieren lassen will.“

Ein solcher Brief muß wegen ablaufender Fristen umgehend mit Absender und Unterschrift versehen bei der angegebenen Adresse in Brüssel eintreffen. Auch ein e-mail-Versand (zusätzlich zum Brief) ist möglich unter der Adresse: MARKT-D1-PPP@cec.eu.int. So viel zum Sommerloch, in dem gerne unauffällig Weichen gestellt werden.

Als Ergänzung hier noch ein Hinweis darauf, wozu sich demnächst Klimaschutz sonst noch eigenen könnte: „Der menschliche Körper strahlt pro Person etwa 100 Watt Wärme aus“. Man kann also leicht den Beitrag des lebenden menschlichen Organismus zur „Klimaerwärmung“ ausrechnen. Zwischen 1900 und 2000 hat sich Weltbevölkerung auf 6 Mrd. nahezu vervierfacht. Sie können sich leicht vorstellen, wie man die „Klimakatastrophe“ besser als durch das unwirksame Kyoto-Protokoll „abwenden“ könnte, wenn man das wollte. Und man will: Klagen nicht alle, die die Beseitigung der Armut für schwieriger halten als die Beseitigung der Armen, über die Überbevölkerung?

Warum werden die Lügen über die Klimaerwärmung durch das CO₂, das – wenn überhaupt – nur eine ganz geringfügige Klimawirkung hat, aufrecht erhalten, obwohl in der wissenschaftlichen Literatur immer deutlicher wird, wie verkehrt die Grundannahmen der Klimakatastrophen sind? Das wurde erst kürzlich, am 7. und 8. Juli wieder auf der Sitzung der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau bestätigt. Die Akademie hatte die im Westen „anerkanntesten“ Verfechter der Klimakatastrophe, darunter Sir David King, den wissenschaftlichen Chefberater der britischen Regierung, und Sir Crispin Tickell, den eigentlichen Initiator der Klimapolitik im Jahr 1974, zu einem Streitgespräch mit wissenschaftlichen Kritikern ihrer Thesen geladen. Die regierungsamtlichen Vertreter der Klimalinie versuchten durch unverschämte Verzögerungen ihres Auftretens (mehrere Stunden) und Überziehungen ihrer Redezeit (um das Doppelte) zu verhindern, daß die Kritiker überhaupt noch zu Gehör kamen. Als das doch geschah, zeigte sich sehr schnell, daß sie auf die

wissenschaftlichen Einwände gegen ihre Thesen entweder die Antwort schuldig blieben oder ausweichende Zugeständnisse machen mußten.

Sir David mußte schließlich zugeben, daß es für das Kyoto Protokoll „keine wissenschaftliche Grundlage gäbe“ und konnte Andrei Illarionow nichts entgegen halten, als er Großbritannien und anderen reichen „imperialistischen“ Nationen vorwarf, das Protokoll zu benutzen, um die Industrialisierung in armen Entwicklungsländern zu verhindern. Diese Länder wollen, stellte Illarionow (Putins Wirtschaftsberater) fest, das Protokoll benutzen, weil sie über die Emissionsquoten in einer bisher ungeahnten Art und Weise die Produktionswirtschaft der armen Länder kontrollieren können.

Auf dem Treffen wurde u. a. festgestellt:

1. Die Durchschnittstemperatur folgt nicht der Entwicklung des CO₂-Anteils in der Erdatmosphäre. (William Kininmonth Australian Climate Research, Piers Corbyn Weather Action London)
2. Sonnenteilchen (Sonnenwind) beeinflussen entscheidend die Temperaturentwicklung der Erde. (Piers Corbyn, Weather Action, London)
3. Es gibt keinen deutlichen Anstieg der Meeresoberfläche insbesondere nicht bei den Maldiven. (Prof Niils-Axel Morner, Universität Stockholm)
4. Es gibt keine Zunahme gefährlicher tropischer Krankheiten aufgrund einer möglichen Klimaerwärmung (insbesondere nicht von Malaria, die gar keine tropische Krankheit ist). (Paul Reiter, Pasteur Institut Paris)
5. Eine mögliche Klimaerwärmung würde nicht zu vermehrten extremen Wetterereignissen führen, (das wollte die britische Regierungsdelegation auch nie behauptet haben) (Madhav L. Khandekar, Ontario Canada)

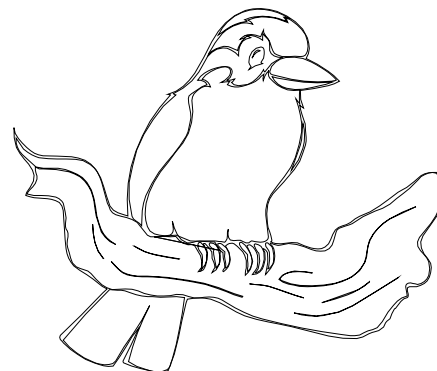
Warum also die Fehlinformation der westlichen Medien und Dienststellen in der Klimafrage wie in früheren Umweltkampagnen wie DDT, Ozonloch, Waldsterben? Eine Antwort finden sie in der Schrift „Die Grüne Bewegung“ DIN A4, 14 Seiten, die die Geschichte der Grünen im Rahmen westlicher Krisen und Gesellschaftsplanung und ihre eigentlichen Auftraggeber belegt darstellt. Zu bestellen gegen 2 Euro plus Porto bei boettigerdrh@web.de.

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Von entgangenen Werten: „Ohne, daß die Bühne brennt, gibt's kein Happyend“



08.08.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche vergleicht der Spatz die Politik des IMF und zahlreicher Regierungen mit dem Kaufmann in Asuncion in Paraguay, der die Türen seines brennenden Kaufhauses verriegelte, um Plünderungen zu vermeiden. Der heftige Vergleich illustriert, wie wenig die Verknappung und Verkürzung der Umwelt oder der Demokratie dienen, und weshalb uns der Feuertod einiger hundert nahegeht, der ebenso qualvolle Tod von Millionen Menschen aber offenbar kalt läßt. Ein aufrüttelnder Beitrag!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel. 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

In Asuncion in Paraguay brannte kürzlich ein Kaufhaus. Über 350 Menschen erstickten im Qualm, weil der Geschäftsführer des Kaufhauses aus Furcht, die Kunden könnten wegen der Gasexplosion in der Restaurantküche ohne zu bezahlen verschwinden, die Türen verriegeln ließ. Der Mann und seine Schließer sitzen inzwischen wegen Mordes im Gefängnis. Die Empörung in aller Welt schlug nur für kurze Zeit Wellen.

War die Empörung ehrlich gemeint? Vermutlich schon. Doch was unterscheidet das Verhalten des Mannes von dem, was in unserer westlichen Zivilisation höchst anerkannt und gefordert ist? Der Geschäftsmann ist Geldgebern verpflichtet. Drücken sich die Kunden vor dem Bezahlen, kann er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Er verletzt damit den höchsten Wert, den unsere Zivilisation noch als einen solchen anerkennt. Worin unterscheidet sich das Verhalten des Mannes von dem, was die Spitzen unserer Gesellschaft vom Internationalem Währungsfonds (IWF), der Spitze der Internationalen Finanzmafia bis zu den als demokratisch anerkannten Führern der meisten Länder über 30 Jahren mit den gleichen Folgen weltweit tun?

Um ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, demontierten nationale Regierungen im Auftrag und unter Anleitung des IWF die Volkswirtschaften ihrer Länder, treiben Millionen Menschen in den vorzeitigen Tod durch Verarmung, unbehandelte Krankheiten und – am schlimmsten – durch Hunger. Ist der Erstickungstod schlimmer als der langsame, qualvolle Hungertod, wenn gleichzeitig Nahrungsmittel vernichtet, Ackerland stillgelegt oder in Wildparks, Golfplätze oder Naturschutzreservate für verwöhnte, überreiche Nichtsnutze umgewandelt werden?

Das sei nicht mit einander zu vergleichen, meinen Sie, weil man im einen Fall das Schreien der Erstickenden zu hören bekommt, im anderen das Gesäusel hochbezahlter Schönredner. In Bangladesh

erkrankten Tausende von Menschen, nachdem sie sich auf Hausdächer und Anhöhen vor Überschwemmungsfluten retten konnten. Die „menschliche Katastrophe“ kam nicht unerwartet: ungewöhnlich war eher, daß sie solange ausgeblieben war. Seit über zwanzig Jahren gibt es Pläne, wie man durch Erdarbeiten und Dämme der Flut hätte wirksam wehren können. Für ihre Umsetzung fehlt das Geld. Lieber macht man Leute arbeitslos und steckt das Geld statt dessen in absurde Finanzschnäppchen.

Im Sudan gibt es ausgedehnte Sumpfbereiche, „El Sud“ genannt: Fruchtbare Land, Wasser und günstiges Wachstumsklima. Die möglichen landwirtschaftlichen Erträge könnten die hungernde Bevölkerung ganz Afrika ernähren. Dazu wäre schweres Gerät für den Kanalbau, zur geregelten Be- und Entwässerung nötig. An ausgearbeiteten Plänen, wie der Sud ohne nachteilige Klimaschäden nutzbar gemacht werden könnte, fehlt es nicht. Sie liegen in Tresoren vieler Unternehmen und Regierungsstellen. Es fehlt am Geld. Lieber macht man Leute arbeitslos und steckt das Geld statt dessen in die Kasinowirtschaft.

Aber es floß Geld in den Sudan, viel Geld sogar. Genauer gesagt in Randgebiete des Sudan und zwar in Form von Waffen. Nachbarländer wie Eritrea und Uganda, die später auch als erste bei der „Coalition of the willing“ die Hand aufgehoben hatten, bekamen Geld, um Rebellen für den Sudan auszubilden und mit der entsprechenden Hardware zu versorgen. Denn im Sudan, erst im Süden und nun auch im Westen wurden große, gewaltige Erdölvorkommen entdeckt. Die Öl-Gesellschaften hatten das der Regierung zunächst verschwiegen. Als diese davon Wind bekam, wollte sie statt weiter mit diesen Gesellschaften lieber mit den Chinesen zusammenzuarbeiten.

Die armen, hungernden Aufständischen bezahlten ihre Ernährung, Ausbildung und Ausrüstung wie seit 1945 in solchen Fällen üblich mit Schüfrächten. Nun erst

erkennt der Westen bereitwillig auf Menschenrechtsverletzungen (zu denen Verhungern nicht zählt). Dazu mag es im Zuge bewaffneter Aufstände aufgrund lukrativer Versprechungen an die Aufständischen (wie man sie den Kurden im Irak oder selbst Saddam bei seinem Angriff auf den Iran gemacht hatte), sicher auch gekommen sein. In ihnen sieht „der Westen“ wegen der Verstöße gegen die Menschlichkeit allen Grund für die militärische Intervention gegeben, es sei denn, die Regierung des Sudan zeige sich in letzter Minute in Sachen Irak und Öl wieder kooperativ. Das alles ist nicht neu. Man konnte es nach 1945 in zahlreichen Fällen beobachten und mit seiner Stimmabgabe demokratisch gebilligt.

Das klassische Beispiel dafür ist DDT – das „Umweltgift Nummer 1“! Im Jahr 2000 erlebte Südafrika die schlimmste Malariaepidemie seiner Geschichte. In ihrer Not griff die Regierung wieder auf DDT zurück. DDT war seit 1995 auch dort verboten, als die Stockholm Konvention das DDT-Verbot auch in zuvor davon ausgenommenen Sonderbereichen durchsetzte. Die Malaria verschwand nach der Maßnahme Südafrikas so schnell, wie sie sich nach dem DDT Verbot ausgebreitet hatte. Natürlich wollen nun andere von Malaria geplagte Länder dem Beispiel Südafrikas folgen. Dagegen kämpfen nicht etwa nur die Grünen sondern das gesamte westliche Establishment.

Hier glaubt „jeder“ dank entsprechender Propaganda, DDT sei ein übles Umweltgift. Tatsächlich konnten aber zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen nach dem DDT Verbot der Industriestaaten im Jahr 1972 keinen der grünen Vorwürfe gegen dieses kostengünstige und wirksame Insektizid bestätigen. Selbst die Weltgesundheitsorganisation der UNO erklärt, DDT sei bei korrekter Anwendung unbedenklich.

Das einzig noch gültige Argument gegen DDT stammt u.a. von Alexander Klein, der als Wissenschaftsdirektor der OECD und in Führungsstäben der NATO Entscheidendes zum DDT-Verbot und zur Entstehung der „grünen“ Bewegung beigetragen hatte. Er sagte (in dem biographischen Interview, das Groen, Smit, Eijvoogel als „Discipline of Curiosity, Amsterdam 1990 herausgegeben haben, folgendes S. 42f): „Es [DDT, d.Red.] stellte sich als das beste Insektizid heraus,

das es je gab... Zu Kriegsende erhielt ich einen Brief von Lord Mountbatten, in dem er mir bestätigte, daß diese Chemikalie ihm mindestens eine Dreiviertelmillion Ausfälle erspart habe... Bei mir meldeten sich erst Zweifel, als man DDT auch im zivilen Leben einzusetzen begann. In Guayana gelang es damit, in fast nur zwei Jahren die Malaria restlos auszumerzen. In der gleichen Zeit verdoppelte sich dort die Geburtenzahl. Rückblickend werfe ich hauptsächlich DDT vor, einen großen Beitrag zum Überbevölkerungsproblem beigesteuert zu haben“. Ähnlich äußerte sich Malcolm Donald, der frühere Bevölkerungsstrategie im US-Außenministerium: „Mit DDT haben wir eine der größten Dummheiten angerichtet. Malaria, eine der schlimmsten Krankheiten, wurde praktisch ausgerottet. Das war falsch. Damit haben wir das natürliche Gleichgewicht erschüttert. Zu viele Menschen blieben am Leben. Vielleicht haben wir Glück und es tritt ein anderer großer Killer auf“. (Nach R. Schauerhammer, „Sackgasse Ökostaat“, Wiesbaden 1990, S. 84). Was unterscheidet diese und ähnliche Leute von dem Kaufmann in Asuncion? Dem Kaufmann fehlte möglicherweise die Tötungsabsicht.

Trotz und wegen der vielen Opfer der Finanzordnung fallen die Aktienkurse weiter, zeigen Firmen unbefriedigende Umsätze und Gewinne. Sinkt das durchschnittliche Prokopfeinkommen selbst in den USA (nach dem neuesten Internal Revenue Service über die Jahre 2000 bis 2002 fielen sie in dem Zeitraum um 5,7%, nimmt man die Geldentwertung hinzu, bekam der Durchschnittsbürger nach dieser Erhebung allein in den 2 Jahren in den USA 9,2% weniger Einkommen). Da aber die oberen 20% der Bevölkerung deutliche Einkommenszuwächse erhielten, traf es die unteren 80% entsprechend härter. Seit 2002 hat sich dieser Trend nicht umgekehrt, allenfalls verschärft. Der Öl- und Energiepreis steigt in den letzten Wochen gewaltig an und verteuert die Güterproduktion. Natürlich liegt es nicht an den Förderkosten oder den Zahlungen an „Scheichs“, denn da hat sich wegen der langfristigen Verträge nichts geändert. Aber irgendwoher muß das Geld für die Kriegskosten im Irak ja kommen.

Die vielgerühmte Freiheit des Westens, für die all diese Opfer erbracht werden, ist die Zahlungsfähigkeit seiner Bürger. Kürzlich gab die Bank of England einen Be-

richt heraus, wie es um die Freiheit des freiesten Volks, der Engländer tatsächlich bestellt ist. Die private Verschuldung steigt trotz erster Zinserhöhung zunehmend weiter und hat die Grenze von einer Billion („trillion“) Pfund überschritten. 827 Milliarden Pfund sind Hypothekenschulden, 122 Mrd. Bankschulden und Kontoüberziehungen, 55 Mrd. Pfund Kreditkartenschulden. Die Schulden britischer Haushalte haben sich in den letzten 7 Jahren verdoppelt und gleichen sich fast zu 100% dem britischen Bruttoinlandsprodukt an. In weniger „freien“ Ländern des Westens sieht es kaum besser aus.

Nach Morgan Stanley's neuestem Bericht sind 25% der Weltwirtschaft von der Finanzblase, die mit Hypotheken aufgeblasen wurde, abhängig. Und 40% der Weltwirtschaft ist unmittelbar vom Platzen der Wertpapierspekulationsblase bedroht. Die wegen der versiegenden Zahlungsfähigkeit der Privaten sinkende Volatilität an den Finanzmärkten (nur die virtuelle Gelddruckerei der FED sorgt zur Zeit dafür, daß die Kurse wenigstens bis zur nächsten US-Wahl nicht in den Keller rutschen) setzen den Hedge-Fonds zu (ohne Auf und Ab keine Abzocke, somit auch keine Rendite!). Die Fonds haben mit dem Kapital ihrer Klienten (z.B. Renten- und Lebensversicherungen) als Sicherheit überhöhte Bankkredite für ihre höchst risikoreichen Spekulationsgeschäfte aufgenommen. Platzen diese Geschäfte, sind entsprechende Lebensversicherungen futsch – wie das für die Kinder angesparte Kindergeld der Arbeitslosen. Diese Hedge-Fonds in Deutschland zuzulassen, war Hans Eichels (SPD) großer Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung.

Wann hört man endlich auf, den von den Medien zurechtfrisieren Rattenfängern nachzulaufen? Solange keine glaubhafte Alternative sich zeigt! Was macht die Alternative glaubhaft? Wenn Fernsehen und Anerkannte sich dafür einsetzen. Mit Leuten, die nicht mal ihre Stimme riskieren, kann man alles auch Hartz VI machen; kein Wunder daß das auch geschieht. Demokratie: Glaube keiner Partei und wähle keine, in der Du nicht aktiv, inhaltlich mitbestimmst, beziehungsweise deren Funktionären Du persönlich gehörig auf die Finger guckst! Wo haben wir Demokratie, etwa im Westen?

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Die neuen Montagsdemonstrationen: **Prinzip Hoffnung – Aber worauf hoffen wir?**

Das Volk steht auf. Aber steht es? Vor fünf Wochen begannen die Montagsdemonstrationen mit einem Flugblatt „In Sachsen muß die Wirtschaft wachsen“ und dem ersten Häuflein der 7 Aufrechten. Dann verdoppelte sich ihre Zahl jede Woche. Nun sollen in Leipzig und Magdeburg laut Polizei 10.000 demonstriert haben, im Städtchen Dessau waren es 3.000. Selbst im Westen z.B. in Fürth in Bayern folgten 1.000 den Aufrufen. Von 34 deutschen Städten wird in deutschen, europäischen sogar in Thailand, Argentinien und anderen Zeitungen berichtet. Auch in Pittsburgh (USA) demonstrierten mehrere hundert Polizisten, natürlich nicht gegen Hartz IV sondern gegen Act 47 mit ähnlichen Einsparplänen. Es handelt sich um ein nicht nur deutsches Problem.

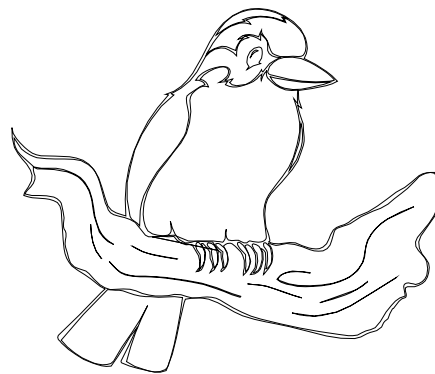
Wer war das Häuflein der 7 Aufrechten? Deutsche Zeitungen geben ihre Wunschnitiatoren an. Eine Schweizer Fotofirma erwähnt auf ihrer Website die eigentlichen Initiatoren unter ihrem „Foto der Woche“: „Bisher sind sie nicht sehr prominent, doch daß kann sich recht schnell ändern! Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) rührte an den Nerv der Nation. Sie steht für einen neuen Geist der Solidarität in der Tradition des Gemeinwohls“. Niemand sonst kann/darf das zugeben. Wer sorgt für die Einmütigkeit des Medien-Urteils? Sicher hat die Partei, wie alles Menschliche, ihre Mängel, doch ihr Hauptmangel scheint zu sein, zwischen allen Stühlen zusetzen. Den einen ist sie zu amerikanisch, den anderen zu antiamerikanisch, die einen beschimpfen sie als links-, die anderen als rechtsextrem, von Sekten- und Geheimdienstunwesen wird gerüchteweise gemunkelt. Alle haben ihre Gründe, die keiner kennt. Sollte man sich nicht selbst ein Bild zu machen? Offensichtlich nicht, denn der Große Bruder im Gehirn verbietet das: „Die sind mir zu...“ - „dubios“, im Zweifelsfalle.

Sollten Anreger wie die BüSo traurig sein, daß man ihnen die Sache aus der Hand nimmt? Der Spatz glaubt nicht: Es regt sich etwas im Gebälk. Leute fangen

an nachzudenken, das ist wichtiger als jeder Prioritätsanspruch. Hartz IV war zu viel. Der Griff nach dem angesparten Kindergeld und der Ausbildungsversicherung war der Strohalm, der dem Kamel den Rücken bricht. Die Empörung richtet sich dagegen, daß Politiker so etwas überhaupt in Betracht ziehen und planen konnten. Das Volk hat, jedenfalls in früheren Zeiten, als die Bildungs- und Kulturreform noch nicht ge-griffen hatte, Opfer hingenommen, wenn sich Besserung glaubhaft machen ließ. Doch was die Politiker in Berlin und Washington zeigen, läßt nur zynische Verarschung (siehe Klimakatastrophe oder Irakkrieg) aber keinerlei Besserungsabsicht erkennen.

Die Hoffnung auf den Aufschwung sind leere Worte, tun sie doch nicht dafür. Sie meinen, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, wenn man Arbeitgeber vorbehalten gegen Neueinstellungen entgegenkommt, räumt aber erkämpfte Schutzvorkehrungen gegen Arbeitgeberwillkür weg. Den Politikos fiel nicht auf, daß derlei „Hindernisse“ in früheren Zeiten die Beschäftigung kaum verhindert hatten. Sie verursachten die Arbeitslosigkeit also auch nicht.

Unternehmen stellen nicht ein, wenn sich die Produktion nicht rentiert. Sie rentiert sich trotz wachsender Not nicht, weil der Nachfrage die Zahlungsfähigkeit fehlt. Was davon noch erreichbar ist, schöpfen Unternehmen mit dem ab, was die billigsten Kulis der Welt herstellen. Daß es dazu kommen würde, haben „Spinner“, wie der Spatz, seit Jahren geschrieben. Man wollte es nicht glauben. Es zu sagen, war kein Anzeichen von rechter oder linker Böswilligkeit, und daß es dazu kam, kein Kennzeichen bössartiger kapitalistischer Unternehmer. Es folgt aus der Logik der Sache, die sich über alle kurzfristigen Wunschorstellungen der Möchte-auch-gern-Regierer hinwegsetzt. Diese konnten den Trend mit viel Steuergeld und Kreditmanipulation ein wenig glätten, ihn beschleunigen oder abbremsen, aber nicht umkehren. Diese Möglichkeiten



15.08.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche dreht sich hier alles um das Gemeinwohl: der Spatz überlegt, weshalb es wieder Montagsdemos gibt und um was es da in Wirklichkeit geht. Hartz IV ist nur der Aufhänger aber nicht die wirkliche Ursache – aber lesen Sie selbst!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

sind nun wegen Überschuldung ausgeschöpft. Früher gab es für jede Mark Spareinlage einen Investitionskredit von ebenfalls einer Mark. Inzwischen hat man sich auf 38 Mark Kredit (oder Dollar, oder Euro, oder Teuro) pro gesparter Mark hochgehängt. Man hat damit die Wirtschaft aber nicht „ankurbelt“ sondern erstickt, weil diese „Ankurbelung“ die Asset-Preise, die Wertpapiere und nicht die nützliche Produktion hochgejubelt hat.

Warum ist Produzieren nicht mehr rentabel? Man hat Marx (jedenfalls bei uns in den Industrienationen) widerlegt, in dem man zunächst nicht die Löhne (und damit die zahlungsfähige Nachfrage nach Endprodukten) revolutionsgefährlich gesenkt, sondern die Preise wegen überhöhter Kapitalkosten angehoben hat. Man hielt sich für superschlau und erzielte auf etwas längere Sicht den gleichen Effekt. Die Verzögerung gelang, weil man alle Winkel und Ecken der Wirtschaft mit Zahlungsverpflichtungen, dem aus Fast-Nichts geschaffenen Kredit (Geld) vollstopfte. Der „Kredit“ verschwand nicht, weil er nicht durch benötigte Güter sondern durch neue Kredite abgegolten wurde. Zahlungsverpflichtungen werden durch Zinszahlungen am Leben, d.h. glaubhaft erhalten. Dementsprechende Kapitalkosten und nicht die Arbeitskosten treiben die Preise hoch oder schmälern die Rendite. Um auf dem Markt die erforderlichen Preise erlösen zu können, mußte das Güterangebot entsprechend verknappt werden. Andernfalls platzen die Kredite (was immer geschieht, wenn der Kredit zur Steigerung der Produktivität investiert und dem dadurch erlösten Mehrertrag wieder beglichen wird). Wenn die Assets der Großgeldbesitzer nicht platzen sollen, dann muß man zuvor eben die Ersparnisse anderer platzen oder besser implodieren lassen. So einfach ist das, wenn man auf den Schnickschnack sich teuer vermarktender Wirtschaftsexperten verzichtet.

Zunächst zögerte man, sich am Eingemachten der kleinen Leute zu vergreifen und senkte die Zinsen. Das schuf etwas Luft aber keine Werte, nur neue Wertpapiere – noch mehr Zahlungsverpflichtungen und Unrentabilität. Wenn es am Rand des Abgrunds eng wird,

fragt man, wer tut den ersten Schritt. Keiner wird gezwungen. Wer als erster den Arm hebt, ist der Terrorist und wird gestoßen – man ist schließlich sozial, fair und so weiter. Daß die vorne am Rande allmählich merken, daß sie am Rande stehen, läßt sich auf Dauer nicht vermeiden. Das scheinen die Montagsdemonstrationen zu zeigen. Daß man sie beschimpft, ist das Vorspiel zum Gerangel, das darüber entscheidet, wer über den Rand fällt und wer nicht.

Läßt sich der dämmernde Gedanke, den man sich bisher verboten hatte, wieder zurück in die Flasche locken? Läßt sich verspieltes Vertrauen wieder herstellen? Im Grunde ja. Aber gibt es dafür heute Grund, wo das kaum mehr in der Ehe zwischen zwei Menschen gelingt, die glaubten, sich geliebt zu haben? Unser Kanzler und Vizekanzler machen uns vor, wie man als moderner Mensch mit gestörtem Vertrauen umgeht: Scheidung und wieder Scheidung. In der Politik wechselt man die Parteien, bis man sie durch hat. Das scheint jetzt der Fall zu sein.

Die Arbeitsmarktexpertin der Grünen, Thea Dückert, will nach Aussagen der Hannoverischen Allgemeinen, den Spielraum von Hartz IV unbedingt nutzen und das Gesetz nicht wieder aufschneiden. Inzwischen einigte man sich, darauf zu verzichten die Ausbildungsversicherung der Arbeitslosen für ihre Kinder zu beschlagnahmen und will den Freibetrag für die Altersvorsorge älterer Arbeitslosen anheben. Auch der Streit um die Auszahlungslücke des durch Verfahrensfragen gerechtfertigten Betrugs um eine Monatszahlung wird zurückgenommen. Das schafft keine Arbeitsplätze und keine bessere Versorgung. SPD Präsidiumsmitglied Andrea Nahles meint, man habe „nicht begriffen, daß die einmonatige Nichtauszahlung des Arbeitslosengeldes II eine Größe ist, die sich für die SPD politisch nicht rechnet“ und ihr Fraktionsvize nannte laut Tagesspiegel die Vermittlung der Reform eine „kommunikative Katastrophe“.

Kommt es nur auf die richtige Werbung an, weil „die Regierung keine Arbeitsplätze schaffen kann“, wie die FAZ predigt? Regierungen konnten das früher z.B. durch Eisenbahnbau, Autobahnbau, Wohnungsbau für Arbeiter und nach dem Krieg durch den Wiederaufbau.

Daß alles gelang durch gekonnte staatliche Regelung – entsprach aber nicht dem Begriff des eigentlichen, des freiheitlichen Kapitalismus und mußte deshalb weg. Hinhalten bis zum möglichen Aufschwung, zur nächsten Wahl, bis zur Rente, zum nächsten Urlaub, bis einen der Schlaf übermannt – bis die Beseitigung der Armen, ist Regierungspolitik.

Krisen sind die Stunde der Wahrheit. In Krisen fragt man aber nicht nach Wahrheit, sondern „was ist zu tun?“. Herrschende sind am Ende, Weisungen bleiben aus. Wehe, wenn es am Konzept fehlt. „Mehr Geld, Arbeitsplätze!“ läßt sich gebrüllt leicht fordern. Gefragt ist, wer die Wirtschaft so in Gang bringt, daß die verfügbare hohe Produktivität der Versorgung den Menschen, allen Menschen zugute kommt und nicht im kurzfristigen Interesse der Geldanlegern in Wertpapiere „virtualisiert“ wird (zu deutsch „zum Fenster hinausfliegt“).

Früher haben Herrschende sich auf Krisen vorbereitet. Sie hatten gegebenenfalls neue Gesichter mit Medien-Charisma im Ärmel, die ihre Sache mit revolutionärer Rigorosität vorantreiben sollten. Deshalb sind bisher die meisten „Revolutionen“ im alten Dreck stecken geblieben. Im Angebot gab es Hitler, Saddam oder heute – lassen wir Verdächtigungen. Heute muß der zerstörerische Wirtschaftsautomatismus, hinter dem man die aufgeblasene Inkompetenz wie früher hinter dem „Gott steh mir bei“ verstecken kann, aufgegeben werden. Man muß wissen, oder darüber streiten, was wir „am besten“ mit unserer ungeheuren Produktivkraft anstellen, ob wir uns neben all dem anderen, was Menschen brauchen, Windmühlen, Panzer oder den Transrapid leisten wollen und wie wir das geregelt kriegen. Dazu bedarf es der Wahl unter gediegenen Konzepten und nicht zwischen zu rechtretuschierten Gesichtern. Auf den Tisch damit!

Und die Bildzeitung der kleinen Leute berichtet am Dienstag nach der Montagsdemo auf den beiden ersten Seiten über die Abtreibung der Rechtschreibreform. Das sollte selbst diejenigen, die sich gegebenenfalls nicht zu den Kleinen rechnen – die Mehrheit also – nachdenken lassen.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Aufgrund eines Umzuges erscheint die nächste Ausgabe erst am 12. September.

Wollt Ihr den totalen Krieg?

Wenn anders nicht geht...

Am Montag waren es wieder mehr Leute. Die Zahlen? Ich habe nicht gezählt – schauen Sie in der Zeitung nach! Der Kanzler kam frisch aufgepäppelt mit einem Töchterchen, das ihm andere Eltern gemacht hatten aus dem Urlaub zurück und beschloß: Hartz IV geht durch und zwar „ohne jede Änderung“. Ob es dabei bleibt, wird davon abhängen, ob sich die Demonstranten spalten oder verführen lassen, ob sie auf der Straße bleiben, mehr werden und glaubhafter ausdrücken, wie das, was sie wollen, gemacht werden kann. Daß ein Auseinanderdividieren droht, wird in Leipzig deutlich, da gibt es Pastor Führer, die Ikone der Friedensgebete, eine Linke Wahlalternative, die Lafontaine ins Spiel bringen will, die PDS und andere Antiparteiendiktatur-Kräfte. Hahnenkämpfe der Demonstrationsgewinnler könnten die entstehende Massenbewegung im Ekel ersticken.

Ein noch ekelhafteres Auseinanderdividieren deutet die Süddeutsche Zeitung im Editorial ihrer Lokalausgabe am 13.8. an: Hier warnt ein hysterischer Schickimicki vor einer „Montagsdemonstration“ in München am „morgigen“ Samstag. Der Verfasser wettert rassistisch gegen die Ostdeutschen, die sich mit Bürgerrechtsbart und Gurken im Maul nach Öffnung der Mauer in das schöne München eingeschlichen und den braven Bayern Arbeitsplätze weggeschnappt hätten. Nun wollen sie noch für Unruhe sorgen. Ironisch ruft er zu einer Gegen demonstration unter der Forderung „Mehr Kaviar und mehr Prosecco“ auf.

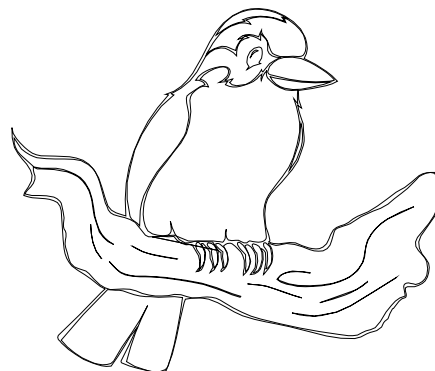
Andererseits schüttet der Wirtschaftsminister wie schon sein Kanzler, der den Deutschen im Osten allenfalls ein bißchen Sorge zugesteht, zusätzlich Benzin ins Feuer, wenn er 600.000 neue Jobs für Hartz Geschädigte Sozialhilfeempfänger ankündigt, in denen man für 1 (in Worten „einen“) Euro die Stunde arbeiten darf. Witzbolde fragen, „ob mit Eisenkette oder ohne“. Die „Montagsdemonstrationen“, warnte der Kanzler hätten sich gegen ein „diktatorisches“ Regime gerichtet. Jetzt haben wir ein

frei gewähltes, da wären sie unangemessen. Weiß er, was er sagt?

Wo ist der Unterschied? Alle 4 Jahre irgendwo ein Kreuzchen machen zu dürfen, ist wirklich eine tolle „Freiheit“. Hatte man die nicht auch in der DDR? Ja, aber da hatte man keine Wahl, weil alle Parteien Blockparteien waren! Und sind die hiesigen etwa keine Blockparteien? Einhellig erklären alle: Wir sind nicht befugt Arbeitsplätze zu schaffen (es sei denn Ein-Euro-Jobs), unsere Aufgabe ist dafür zu sorgen, daß die „Freiheit“ gewahrt bleibt. „Freiheit“, so heißt das Kasperletheater „Marktautomatismus“, in dem einige Superspekulanten „frei“ und politisch unbehelligt die Fäden ziehen dürfen. Das Spekulationssystem braucht, um sich weiter drehen zu können, aber immer mehr frisches Geld. Was man nicht frei drucken kann, um den Bürgern auf diese Weise indirekt das Vermögen zu verwässern, muß man eben direkt „einsparen“.

Die Financial Times vom 18.8. macht die lockere Geldvermehrung der Zentralbanken für die Preisinflation bei Rohstoffen wie Öl, Nickel, Stahl etc. verantwortlich. Sie zitiert den Chef der Bank of England, Mervyn King „Ich meine, es gab überall eine Expansion von Geld und Liquidität, die im allgemeinen zu einer Anhebung der Wertpapier und Rohstoffpreise geführt hat.“ Das Geld drucken hat seine Grenzen, jetzt geht's direkt zur Sache.

Zusätzlich: Der Sozialabbau (zumindest im Gesundheitswesen) – schrieb mir ein Freund – wird zur Zeit in einer großflächigen Plakataktion der Bundesregierung damit beworben, daß sich dadurch die Beiträge senken ließen. Das ist ungefähr so, wie wenn einem eine Versicherung im Schadenfalls, gegen den sie abgeschlossen wurde, freudestrahlend mitteilt, daß man nur noch die Hälfte der vereinbarten Versicherungssumme erstattet bekäme, dafür aber der Beitrag um 0,9% gesenkt würde. Würden sie bei dem Versicherungsunternehmen wieder eine Police erwerben?



22.08.2004

DIESE WOCHE

Anläßlich der Hartz-Reformen untersucht der Spatz, wer die treibende Kraft hinter der Verknappung und Kürzung sein könnte. Er untersucht den Unterschied zwischen den Montagsdemos am Ende der DDR und den derzeit unter gleichem Namen stattfindenden Demonstrationen und findet, daß wir in Europa eigentlich gar keine Parteien haben, sondern nur ausgezeichnet funktionierende Werbeagenturen. Aber natürlich sind wir demokratisch und frei!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Aber Wiederwählen, das kostet ja nichts – hatten Sie bisher gedacht.

Das Ganze ist nicht nur ein deutsches Problem: In der New York Times war am 19.8. von Eduardo Porter zu lesen. Steigende Kosten der Sozialversicherung (sogenannte „Lohnnebenkosten“) wären der Grund für den Verlust von Arbeitsplätzen. Er belegt mit viel „Fakten“, daß Firmen wegen der Kosten der Sozialversicherung zögern, Leute einstellen.

Generell heißt es, daß Löhne (und die Lohnnebenkosten) zu hoch seien. Firmenchefs erzählen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, daß die Löhne in Osteuropa nur halb so hoch sind oder noch weniger kosten, in China sogar nur einen Bruchteil der hiesigen Lohnkosten. Wenn man das ernst nimmt, dann bedeutet Hartz IV (V, VI.. usw.), daß alle Verhandlungen über Lohnkostensenkungen letztlich nutzlos sind, weil die Lohndrückerei erst zur Ruhe kommt, wenn die Löhne in China (und anderswo) unterboten werden. Und dann würden die Löhne noch weiter sinken, so lange es Leute gibt, die sich mit noch Weniger zufrieden geben könnten. So „frei“ ist eben der Arbeitsmarkt.

Weil der übrige Markt weniger frei ist, entstehen natürlich wenig neue Arbeitsplätze. Wie ja auch Clements großzügige Ein-Euro-Jobs nur höherbezahlte Arbeitsplätze durch „Billigere“ ersetzen dürften. Die fehlende zahlungsfähige Nachfrage garantiert keinen Absatz und damit für neue, vielleicht nötige Investitionen auch keine Rendite. Deshalb sucht das reichlich vorhandene konzentrierte Geld verzweifelt nach Anlagemöglichkeiten und findet sie immer nur in immer ausgebuffteren Spekulationsmanövern. Kann man nichts machen, sagt die politische Klasse, die Verhältnisse sind eben so, und bemüht sich um zusätzliche Wahlkampf- und Propagandahilfen.

Die Probleme sind nicht neu. Die Regierung müßte mit ihnen nicht überfordert sein. Schon 1931 wurden sie in der List-Gesellschaft ausgiebig diskutiert und erfolgreiche Gegenmaßnahmen entwickelt, die allerdings dann mit hinterhältiger Gewalt abgetrieben wurden. Sie stünden einer demokratischen Regie-

rung – wenn sie handlungsfrei wäre – gut an. Doch unsere Regierung steht in der Pflicht des internationalen Finanzkapitals als höchster politischer Instanz „des Marktes“.

Und was sagt diese Instanz zur Zeit? In der Times vom 17.8. sagt Andrew Bosomworth, Vizechef von Pimco, dem weltgrößten Bondhändler, neuerdings im Besitz der Allianz-Versicherung: Alle Probleme der deutschen Wirtschaft ergäben sich aus dem „unerträglichen sozialen Versorgungssystem in Deutschland“ und dem Versagen der politischen Klasse mit dem „Reformstau“ fertig zu werden. Dieses Sozialsystem sei nämlich nicht die Erfindung Bismarcks gewesen, sondern der Alliierten, die dadurch zusammen mit Konrad Adenauer Deutschland nach 1950 zum Bollwerk gegen den Kommunismus ausgebaut hätten. Jetzt wo der Kommunismus weg ist, müssen die Deutschen „sich den Herausforderungen der Globalisierung stellen“ (wird das Sozialklimbim als Ballast abgeworfen) und zwar nicht nur in Deutschland, auch in Japan, Tschechei und anderswo. Ohne das, würde man Deutschlands Wirtschaft wie „Junk-Bonds“ behandeln.

Damit das keine leere Drohung blieb, wurde bereits am 2. August um 10:28 Uhr Londoner Zeit von anderer Ecke zugeschlagen: Die weltgrößte Bank Citigroup zeigte den Europäern kurz mal, wo die Harke hängt. Dazu schrieb der Daily Telegraph am 19.8.: In zwei Minuten verkaufte Citigroup über 100 verschiedene Finanzinstrumente und 13 Handelssysteme europäische Regierungsanleihen im Wert von 11 Mrd. Euros und „zündete eine Panik“. Später am Tag kaufte die Bank einen Teil der Anlagen zurück. Dabei machte die Bank einen „eher geringfügigen“ Gewinn von 25 Millionen, um den es ihr bei dem „unerhörten Finanzangriff“ sicher nicht gegangen war. Jetzt wissen Sie was Schröder mehr zwickt als dies (bisher noch) die Demonstranten können.

Am gleichen 19.8. verwies Le Canard Enchaîné, eine Zeitschrift über die die Französische Regierung gezielt Geheimdienstkenntnisse austreut, auf zwei vertrauliche Berichte, nach denen

der neue EU Kommissar Barroso gezielt vorsortierte Vertreter des angloamerikanischen Neoliberalismus auf die für die Wirtschaftspolitik in Europa entscheidenden Posten gesetzt hat, um den Einfluß Deutschlands und Frankreichs (den engen Maastrichter Schuldenrahmen auszuweiten) zurückzudämmen. Das Blatt berichtet hierbei auch über Barrosos politische Karriere. Sie begann in der Maoistengruppe (MRPP), mit der Aufgabe, Alvaro Cunhals Revolution gegen die frühere portugiesische Militärdiktatur von Links auszuhebeln. Nach dem er dann an der Georgetown Universität in Washington umerzogen und mit dem PhD versehen nach Portugal zurückkehrte, holte ihn der Sozialist Cavalco Silva, (von dem der Historiker Antunes sagt, er sei die „erste politische Figur in Portugal gewesen, die in England ausgebildet mit der kontinentalen politischen Kultur zu Gunsten der angloamerikanischen Atlantischen Perspektive gebrochen“ habe) in seine Regierung. Im März 2003 hatte er sich auf den Azoren mit Bush, Blair und Aznar über die Frage getroffen, wie man Europa wieder auf amerikanische Linie bringen könne. Warum erfährt man das erst nach der Wahl dieses EU-Führers?

Es gibt immer mehr Leute, die mit gutem Recht gegen Parteien wettern. Diese Leute übersehen, daß es in Europa noch gar keine politischen Parteien gibt, sondern nur straff geführte Werbeagenturen, um handhabbare Leute in politische Führungsämter zu setzen. In der Demokratie bekommen politisch faule Leute eine faule Regierung. Zur konzentrierten politischen Willensbildung bedarf es politischer Bürger und politischer Parteien. Fehlen die, regieren die gewählten Politiker nach dem Grundsatz: „Wer mich ins Amt bringt, für den regiere ich – also für die Meinungsbildner nicht die Wähler“. Überzeugungen kosten Zeit, Kraft und Geld, wer das scheut, der bekommt bequem eine Meinung verpaßt. „Wollt ihr den totalen Krieg?“, fragte Göbbels einst, als wir ihn in Deutschland längst hatten. Aber man schuldet nur genauer hinzusehen, um aus Fehlern zu lernen; alles Andere ist böartige geistige Verkrüppelung.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Am Ende der Täuschung bleibt Enttäuschung und ?

Enttäuschung nicht nur in Rußland

„Jeder Mensch lügt rund 200-mal am Tag, behauptet der amerikanische Psychologe John Frazer“ und Jeff Hancock will herausgefunden haben, daß das zumeist am Telefon geschieht. „Psychologen, Verhaltensforscher und Sozialwissenschaftler stellen fest: Wir sollten mehr lügen“, meint die Financial Times Deutschland am 03.09. Und warum? „Lügen sind notwendig für das Zusammenleben der Gesellschaft. Mit Lügen lösen wir Konflikte“ so jedenfalls der Kulturwissenschaftler Jochen Mecke. „Wo das Gesetz »Fressen und Gefressen werden« regiert, sind Scheinheiligkeit und Realitätsbeugung Überlebensmaximen“ meint der Anthropologie Professor Volker Sommer aus London. Ob wir aber mit Lügen Konflikte „lösen“, ist zu bezweifeln, daß wir sie damit verschleiern und vor uns herschieben, dürfte gewiß sein.

Dagegen wußten unsere Vorfahren, bevor sie sich der „westlichen Wertegemeinschaft“ ergaben: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, wenn er auch die Wahrheit spricht“, und: „Lügen haben kurze Beine“; und sie hofften, einmal käme jede Lüge an den Tag. Wenn das geschieht, bleibt Enttäuschung nicht aus.

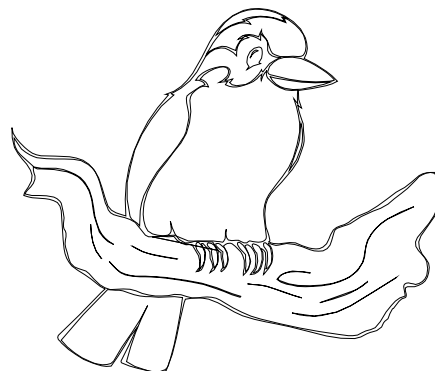
Wem kann man in einer Lügenwelt vertrauen? Niemanden als sich selbst. Man glaubt das, was einem paßt, und erleidet das Schicksal. Selbstbetrug hilft gegen die Enttäuschungen des Schicksals ein Weilchen. Warum wird das „höheren Orts“ von den „Anerkannten“ gefördert und gefordert? Vereinzelt sind der Herrschaft hoffnungslos ausgeliefert. Es beginnt in der Kindheit: Leben die Eltern wirklich das, was sie als Verhaltensnorm predigen? Folge: Wer wollte die Alten – abgesehen von ihren Geldzuwendungen – noch ernst nehmen? Man unterwirft sich statt dessen der Mode. Vorbilder!? Gibt es jämmerlichere Figuren als die Stars, die uns die Medien so leuchtend vorgaukeln? Aber der schöne Schein gefällt, dafür läßt man sich betrügen. Und die Politiker, Parteien, Institutionen, die Wirtschaft, die Statistiken, die Medien? Man glaubt, was gefällt, und trägt die Folgen.

„Hartz IV ist hart, ich weiß, wenn aber demnächst der Aufschwung kommt, wird

sich zeigen, daß wir Recht hatten“. So betrügt man sich und andere. Woher sollte der Aufschwung kommen, wenn man ihn nicht macht. Hartz IV trägt nichts dazu bei. Es ist nichts als die Forderung nach freier Marktpreisbildung für Arbeitskräfte, die in großer Zahl überflüssig sind. Wer das 4. Schnitzel verzehrt hat, wird für das 5. nicht mehr viel ausgeben wollen. Arbeitskräfte sind überflüssig, nicht weil es nichts zu tun gäbe, sondern, weil das im Übermaß vorhandene Geld keine rentable Anlagemöglichkeit erkennen kann. Die überhöhten Kapitalbelastungen schreien nach überhöhten Preisen, und die lassen sich nur bei Verknappung der Produktion realisieren. Wie können Erträge aus Wertpapieren und Finanzderivaten zustande kommen, wenn nicht über die Kapitalkosten und eine entsprechende Preistreiberei?

Das Handelsvolumen von Zinsverträgen, Wetten auf Aktienindizes und Währungsverträge, also von Finanzderivaten, belief sich im 2. Vierteljahr 2004 auf 304 Billionen US\$ (US „trillions“): ein Anstieg um 12% gegenüber dem 1. Quartal und 43% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die „Zentralbank der Zentralbanken“ (BIZ) klagt: Sie habe eine solche „dramatische“ Entwicklung (der Derivate) bisher nicht gesehen. Die BIZ stellt weiter fest, daß grenzüberschreitende Kredite zwischen Banken und anderen Finanzinstituten (Nicht-Banken) im 2. Quartal auf 1,18 Billionen Dollar angestiegen seien und sich somit gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hätten. Dazu erkennt die englische Bewertungsfirma Fitch neue Kredit-Derivate im Bereich von 4 Billionen US\$. Das sind wetten auf Rückzahlbarkeit von Krediten. Früher hätten sich Banken damit gegen ein Kreditrisiko geschützt, jetzt nutzen sie das „Instrument“ als hochspekulativen Einkommensbringer.

Geld ist im Übermaß vorhanden, was damit geschieht, ist das Problem. Und wer zahlt die fälligen Zinsen? Der Wettbewerb tobt zwischen Rendite des Kapitals und der der Arbeitskraft (Lohnkosten). Beide lösen sich in nichts auf, wenn die Rendite unter einen bestimmten Wert sinkt. Hartz IV entscheidet sich für erste-



12.09.2004

DIESE WOCHE

Da die Lüge in der Politik aus Überlebensgründen zum Tausendfüßler geworden ist, untersucht der Spatz in diesem Artikel einige der bekanntesten Lügen. Jene um Hartz IV zum Beispiel, und die Lügen um den Terrorismus, sei es am 11. September oder kürzlich in Beslan. Ein heftiger Beitrag der mit unserer Sehnsucht nach einer verlogenen Welt aufräumt!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

re, weil es von letzterer nach Meinung der Geldeigner viel zu viel gibt. Welcher Politiker wollte das seiner Klientel eingestehen. Es wäre das Ende der Klientel. Also: „Lügen sind notwendig für das Zusammenleben der Gesellschaft“.

Doch läßt sich die Enttäuschung immer schwerer hinausschieben. Das deuten nicht nur die Montagsdemonstrationen an. Also sagen die Medien den Leuten, die des leeren Aufschwunggefäßes müde sind: „Was ihr wollt, ist verständlich aber hoffnungslos!“ und rechnen die Zahl der Demonstranten (in nunmehr schon 225 Städten) herunter. Wer von den Demonstranten kann die Zahlen überprüfen. Die Lüge wirkt in zwei Richtungen: Sie will den Leuten sagen: „Bleib daheim, es hat keinen Zweck!“ und sie sagt den Politikern: „Weitermachen, der Protest verfliegt!“ Aber bei den Wahlen im Saarland verloren sogar die Wahlgewinner Stimmen, weil die Hälfte der Bevölkerung vom „Wahl-Theater“ die Schnauze voll hat. Doch das ist erst die halbe Enttäuschung, die andere Hälfte ist, was wirklich geschieht. Hartz IV und der spekulationsbedingte Zerfall der Wirtschaft ist nur die eine Seite. Die andere ist, natürlich, „der Terrorismus“, insbesondere der nach Abzug der Lüge.

Nach dem World Trade Center, dessen Bedienstete ihren Arbeitsplatz an dem Tag weitgehend gemieden hatten, sondern eine Schule mit weit über 500 Kindern, einen U-Bahnvorplatz in Rußland, zwei russische Flugzeuge und zwei islamische, sehr bekannte französische Journalisten. Die Botschaft war klar: Wenn ihr nicht wie in Georgien das Feld im gesamten Erdölgebiet des Kaukasus räumt, wenn ihr Euch nicht aktiv an unserem Krieg gegen den Terrorismus beteiligt, dann werdet ihr den Terrorismus zu spüren bekommen. Cheney hat das Gleiche nun auch den US-Wählern angekündigt. Die Sache stinkt.

Unsere Medien konnten, als es die Russen traf, ihre Schadenfreude kaum verbergen. Erst die Zahl der Opfer, und das es meist Kinder waren, milderte ihre Häme etwas. Dafür werfen Experten in Diskussionsrunden um so kräftiger ihre Nebelkerzen. Auslöser war Putins Rede vom 04.09. Sie sei verwirrend, unverständlich und dunkel, klagten sie. War sie das?

Putin reihte den Terrorismus in den international organisierten Kleinkrieg gegen Rußland ein. „Wir haben es nicht mit isolierten Handlungen zu tun, die uns einschüchtern sollen, nicht mit isolierten Angriffen von Terroristen. Wir sehen einen unmittelbaren, internationalen Terror, der sich gegen Rußland richtet“. Der Präsident gestand auch Fehler ein, aber nicht so wie in den Medien behauptet. „Wir haben aufgehört den Verteidigungs- und Sicherheitsfragen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, und ließen zu, daß Korruption unser Rechtssystem untergrub. Mehr noch, unser Land war früher durch ein mächtiges Verteidigungssystem entlang unserer Landesgrenzen geschützt. Übernacht erleben wir, daß wir wehrlos nach Osten und Westen hin sind. Im Allgemeinen müssen wir zugeben, daß wir die Komplexität und die Gefahren der Vorgänge in unserem Land und in der Welt nicht voll verstanden haben. Wir haben uns schwach gezeigt und die Schwachen werden verhauen... Es gibt Leute, die halten Rußland noch immer für eine größere nukleare Weltmacht und als solche stellt es für sie eine Bedrohung dar. Daher denken sie darüber nach, wie sie diese Bedrohung beseitigen können. Terrorismus ist natürlich nur eines der Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen. Es handelt sich hier um einen totalen, grausamen Krieg auf der ganzen Linie in dem unsere Mitbürger immer wieder ihr Leben lassen“. Ist das mißverständlich?

Die Experten verwirrte, daß die übliche Anklage gegen Tschetschenen, Islamisten oder Taliban fehlte? Putin klagt einen „internationalen Terrorismus“ an. Begriffsstutzigen hilft die russische Nachrichtenagentur KMNNews.ru weiter. Da hieß es am 07.09.: „Leider müssen wir erkennen daß die Ko-Autoren („Hintermänner“) der tragischen Ereignisse nicht in den arabischen Ländern des Nahen Ostens zu finden sind, sondern an den Ufern der Themse und des Potomac“. Die Nachrichtenagentur bezieht sich auf Akhmad Zakajew, der in London Asyl gefunden hatte und Ildar Akhmadow, dem die Reagan-Fascell Stiftung Geld und ein modernes Büro mit von Kongreß und Senat gebilligten Steuergeldern eingerichtet hat. Beides sind Führer tsche-

tschenischer Terrorbanden oder „Rebellenorganisationen“.

Damit nicht genug, die Agentur fragt auch nach dem cui bono: „Vielleicht sind wir zu hastig mit solchen Anklagen gegen unsere „Verbündete“ und „Partner“ (die Anführungszeichen stehen im russischen Text), aber gibt es nicht ein Motiv der Anglo-amerikanischen „Antiterror-Koalition“, die Flammen des Terrors in der nördlichen Kaukasus Region anzufachen? Leider gibt es ein Motiv...“ Der Text geht auf das Öl der Region ein, und die Aufforderungen der westlichen Medien an Rußland, sich aus der Region zurückzuziehen. Auch das ist noch nicht genug: „Teile und Herrsche! Schon die Führung des römischen Reiches hatte zu dieser einfachen Formel der Unterwerfung gegriffen“. Und er schließt: „Das erste ist, man muß schwarz wieder schwarz und weiß wieder weiß nennen. Es ist an der Zeit, zu erkennen, daß es keine Antiterror-Koalition gibt, daß der Westen damit seine eigenen, egoistischen Ziele verfolgt. Wir müssen unsere eigene Koalition mit Nationen schaffen, die ein ursprüngliches Interesse daran haben, den Terrorismus in der Region auszuschalten“. Hat das Folgen für das WTC am 11.09.2001?

Natürlich: Die „Hintermänner der Terroristen“ am WTC und in Beslan waren wohl die gleichen. Und Putin hat begriffen (was er sich bisher nicht eingestehen wollte), wer die Luftkontrolle über den USA im richtigen Zeitpunkt ausschalten, die vorgesehenen Abfangjäger am Boden zu halten und die Verzögerung der Linienflüge so arrangieren konnte, daß der „Erfolg“ möglich wurde – und dann die vielen, vielen anderen Absonderlichkeiten, die fleißige Ungläubige auf der ganzen Welt aus dem Schrott des WTC-Falles herausgekramt haben und die unsere Medien, Politiker und Institutionen so hysterisch „nicht wahrhaben“ wollen.

Man kann sich die Augen verkleben und das nahende Unheil eine Weile übersehen, bis es einen einholt. Wer das will, bitte, hinein in die Sintflut! Kurz bevor die Realität einer sogenannten Elite den Offenbarungseid abverlangt, passieren solche Dinge, auch Weltkriege. Nicht die Lüge und das Lügenbewahren einen davor, sie stellen nur sicher, daß man ausweglos untergeht.

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Die eigentliche Klimakatastrophe:

Und bald wird's richtig heiß

Die Regierung könne keine Arbeitsplätze schaffen, meinte der Kanzler als Entschuldigung vor Anti-Hartz-IV-Demonstranten, denn das sei nicht ihre Aufgabe. Aber die Regierung hat unter anderem das Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet. War das etwa kein Versuch, der Arbeitsplatzbeschaffung? Dieses Gesetz zwingt die Stromverbraucher eine Energieform zu finanzieren, die für eine moderne Industriegesellschaft, in der die Maschinen nicht nur laufen, wenn gerade mal Wind weht oder die Sonne scheint, völlig nutzlos ist. Wer witterungsunabhängig Strom braucht, muß witterungsunabhängige Kraftwerke vorhalten. Wenn die alternativen Kraftwerke der Regierungsförderung zufällig mal Strom liefern, senken sie die Effizienz der witterungsunabhängigen Kraftwerke. Das ist so einfach nachzuvollziehen, daß es selbst Regierungsvertreter begreifen könnten; doch die sind entweder mit den Schuldzuweisungen an andere oder Schlimmerem beschäftigt.

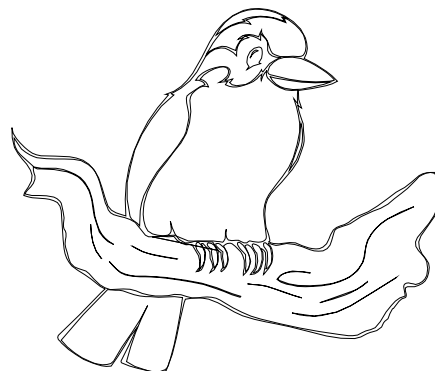
Mit der Förderung von Wind- Sonne- und Kotenergie auf Kosten der Stromverbraucher dachte man natürlich, auf schlaue Art (nämlich auf Kosten anderer) Arbeitsplätze in den entsprechenden Industriezweigen zu schaffen. Schlau nämlich, weil das durch den verordneten Zwangskonsum geförderte Angebot kein marktwirksames Angebot darstellte: Vermehrte Angebote senken bei gegebener zahlungsfähiger Nachfrage die Preise. Das wollte man vermeiden. Denn die überhöhten Preisen finanzieren derzeit die nötigsten Kurzzeitrenditen der Spekulation. Die Langzeitrenditen werden bei den Banken „angeschrieben“, vermehren aber den Druck zur Finanzierung der zur Wahrung des Scheins kurzfristig auszuschüttenden Renditen. Wertpapiere, die sich nicht zu rentieren scheinen, sind nichts wert. Damit steht und fällt das Finanzsystem. Im Finanzsystem spiegelt sich die gesellschaftliche Macht. Jene würde mit diesem hinweggeschwemmt. Daher gilt das Finanzsystem als unantastbar. Allerdings vernichten die hohen Energiekosten und die durch sie geminderte Zahlungsfähigkeit Arbeitsplätze, mehr als dadurch geschaffen wurden.

Doch hängt unser Finanzsystem seit langem in der Luft und ist eine mit Klimbim verzierte, plumpe Wechselreiterei. Das bezeugen schon die ungeheuren Geldmengen, die sich bei Finanzderivate ansammeln. Im letzten Vierteljahr erreichten

allein diese – und es gibt noch andere Derivate, wie vom Spatz schon mehrfach erwähnt – den Buchwert von 304 Billionen US\$. Das sind unvorstellbare Geldbeträge. Im Vergleich dazu ist das neue Rekord-Außenhandelsdefizit der USA im letzten Vierteljahr von 163,58 Mrd. US\$ oder das Zahlungsbilanzdefizit der USA allein in diesem Jahr bis Ende Juni von 313,34 Mrd. US\$. (das ist die „Entwicklungshilfe“ oder der „Tribut“ den die Welt für die USA aufbringt) kaum mehr als ein Rundungsfehler.

Mit den anlagehungrigen Geldern der Finanzspekulation ließe sich viel machen: Die meisten Anleger wären froh, wenn ihre Spargroschen statt in windigen Spekulationsgeschäften in große, zukunftsträchtige, produktive Unternehmungen angelegt würden, z.B. in einer unter dem Stichwort „Eurasische Landbrücke“ geführten Entwicklungsperspektive für Zentralasien, die dem Raum mit der Armut ihr Spannungspotential nähme. Um ihnen eine (geringe) Rentabilität zusichern, wären nur neue Regelungen des Zentralbankwesens und des Finanzsystems nötig, zum Beispiel das Verbot bestimmter Finanzspekulationen und deren Derivate. Um das zu erreichen, bräuchten wir in der Politik Eurasiens allerdings Manns- und Weibsbilder statt der üblichen Politverkäufer.

Der Glaube an das Finanzsystem und die Verlockung durch lukrativen Finanzschnäppchen noch etwas zu gewinnen, ohne das System anzufassen, verhält sich wie der Glaube an die christliche Demut angesichts der Hofhaltung der Renaissancepäpste. Wankt erst der Glaube, lodern bald Scheiterhaufen. Schuld ist angesichts des weltweit angerichteten Massenelends zweifellos vorhanden, nur wird sie – wie meistens – falschen Stellen zugeschrieben. So jammert die hiesige Politikklasse medienwirksam über die Energiekonzerne, die ganz im Zuge der gesetzlich verordneten „Liberalisierung“ die Situation ausnutzen und die Energiepreise anheben. Daß die Politikklasse selbst in großer, angeblich ökologischer Begeisterung mit Energiesteuern und vielen anderen teuren Zwangsmaßnahmen die Energiepreise angehoben hat, scheinen die Damen und Herren wie „ihr Geschwätz von gestern“ vergessen zu haben: 40% der Stromkosten bestehen nach Angaben des Energiekonzerns Vattenfall aus Steuern und Abgaben (bei Treibstoffen ist es noch mehr), dagegen seien die Erlöse der Versorgungs-



19.09.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche rätselt der Spatz, weshalb mitten im Frieden in Deutschland Notstandsgesetze in Kraft gesetzt werden und überlegt, ob die Instabilität des Finanzsektors vielleicht etwas damit zu tun haben könnte. Errätselt, ob ein Krieg möglich wäre, und wofür er gut sein könnte – unschöne Aussichten da der Aufschwung angeblich gleich um die Ecke kommt. Aber kommt er wirklich, oder nimmt er die Bahn?

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

betriebe (schwer nachprüfbar!) seit dem Jahr 2000 um 18% gefallen.

Ins gleiche Horn stieß Exkanzler Kohl, wenn er auf einer Wahlkundgebung in Strausberg am 14.9. sinngemäß ausrief: „Im Westen hat es in der Industrie in führender Position Leute gegeben, die keinerlei Interesse an der Entwicklung ostdeutscher Firmen hatten ... Statt dessen sahen viele Wirtschafts-bosse nur den Markt der 17 Millionen Konsumenten in der DDR, deren Produktionskapazitäten sie nicht wollten, weil es in der alten Bundesrepublik Überkapazitäten gab“. Als hätte er selbst nicht über die Ermordung Alfred Herrhausens und Detlev Rohwedders, die die Wirtschaft der DDR im Hinblick auf eine wirtschaftliche Entspannung in Osteuropa hatten ausbauen wollen, die verlogene Decke der RAF III gezogen, um gewisse Dienste und deren politische Ziele zu decken. Erst mit seiner Frau Breuel in der Treuhand wurde die Wirtschaft im Osten im genannten Sinne abgewickelt.

Unsere Politiker erwecken heute den Eindruck, als läge der Aufschwung hinter der nächsten Ecke. Ingeheim aber bastelten sie von den demokratisch hochgefeierten Medien ungestört an neuen Notstandsgesetzen, sie – das sind die Protestanten gegen die Notstandsgesetze von 1968 – ersetzten das alte „Wirtschaftssicherstellungsgesetz“ durch eine viel schärfere „Wirtschaftssicherstellungsverordnung“ (WiSiV). Diese wurde klammheimlich am 25.11.2003 im Bundestag und am 12.08.2004 im Bundesrat verabschiedet und trat am 13. August in Kraft (mehr unter <http://www.bwl-bote.de/20040818.htm>).

Es ist nicht im Prinzip falsch, wenn eine Regierung ihr Land auf mögliche Notfälle vorbereitet. Doch warum mußte diese Notverordnung gerade jetzt, 15 Jahre nach dem Ende des kalten Krieges, heimlich neugefaßt und verschärft werden? Droht ein Krieg, droht eine Revolution, droht eine Katastrophe noch größeren Ausmaßes? Die Sicherstellungsverordnung – ergänzt durch das Verkehrsleistungsgesetz, das Ernährungssicherstellungsgesetz und das Wassersicherstellungsgesetz – ermöglicht eine totalitäre Kommandowirtschaft. Danach müssen Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft (§1 Abs. 1 WiSiV) Verträge vorrangig erfüllen (§2 WiSiV), wenn Ihnen eine „Vorrangerklärung“ vorgelegt wird. Diese können Bund, Länder, Gemeinden und juristische Personen des öffentlichen Rechtes verhängen (§3 Abs. 1 und 2 WiSiV). Mit einer solchen Vorranger-

klärung werden alle anderen Verpflichtungen der Firma in den Hintergrund gedrängt oder aufgehoben. Auch ohne „Vorrangerklärung“ kann einem Unternehmer eine bestimmte Erfüllungszeit (für einen staatlichen Auftrag) befohlen werden. Ebenso kann der Firma die Erfüllung mit Dritten geschlossener Verträge verboten werden (§6 WiSiV). Schließlich ermöglicht §7 WiSiV die Anordnung einer umfassenden Warenbewirtschaftung mit „Bezugsscheinen“ (z.B. Lebensmittelkarten) und „Zuteilungsnachweisen“ vor (§9 WiSiV).

Vor einem Jahr hatte die EU-Kommissarin Loyola de Palacio aufgrund der europäischen Energiepolitik ab 2007 Energieerleichterungen angekündigt. Für 2005 wird der Handel mit CO₂-Emissionsrechten, selbst schon eine drastische Rationierungsmaßnahme, verhängt – und das bei bereits 8,6 Millionen Arbeitslosen (Hierzu vgl. auch <http://www.bwl-bote.de/20040711.htm>). Es scheint also klar zu sein, wofür wir bald Bezugsscheine und Zuteilungsnachweise brauchen. Doch Vorsicht! Wer nur an die grüne Öko-Diktatur denkt, verkennt die eigentliche Funktion der Umweltschutzhysterie.

Am Vorabend des Jahrestreffens des Internationalen Währungsfonds (IWF) schickte Charles Dallars der Geschäftsführende Direktor des Instituts für Internationale Finanzen einen offenen Brief an alle Finanzminister, die dem IWF angehören. Darin warnt er vor „globaler Unausgewogenheit“, „Unsicherheiten“ und verlangte „dringend“ Schritte auf dem Gebiet des „Krisenmanagements“ und der „Vorbeugung“. Im Handelsblatt war am 8.9.2004 zu lesen, daß das 900 Mrd. US\$ umfassende Hedge-Funds-Geschäft (Spekulant Warren Buffet nannte Hedge-Funds „Finanzielle Massenvernichtungswaffen“) seit Jahresbeginn keinen müden Dollar Gewinn gemacht hat, und folgerte daraus „jeden Moment kann eine große Bombe hochgehen“.

Nicht nur Finanzkrach droht, sondern diesem vorbeugend auch Krieg: Selbst in der „westlichen“ Presse häufen sich Artikel, die recht eindeutig nachweisen, daß die beiden italienischen und die beiden französischen Geiseln im Irak nicht von sogenannten Islamisten, sondern von den Leuten der US-Marionette Alawi und westlichen Diens-ten entführt worden sind. Indische Quellen zeigen auf, daß die sogenannten tschech-schenischen und anderen Terroristen gegen Rußland vom Pakistanischen ISI, dem Partner des CIA im Fergana-Tal in Kirgisien ausgebildet wurden. Man verwendete dazu

Leute mit starken antirussischen Gefühlen, die religiös die Sunniten und die Shia bekämpfen und zumeist wahabitischen beziehungsweise Sufi Orden angehören. Die Inder meinen zu wissen, die Terroranschläge sollten Rußland davon abhalten, den Iranern beim Bau ihrer Kernkraftwerke zu helfen. Das Ziel der US und pakistanischen Kooperation sei es gewesen, Rußland mit sich selbst zu beschäftigen, um freie Hand gegen den Iran zu bekommen. Zufällig sei der Iran das einzige Land, das die Palästinenser noch unterstützt.

Die Warnung des US-Außenministers Colin Powell und der westlichen Medien, Rußland verlasse den Pfad der Demokratie, erinnert an den Kalten Krieg. Entsprechend scharf wies der Russische Kollege Lawrow den Vorwurf zurück: Die von Putin im Zuge des Beslan-Überfalls angekündigten Reformen des Sicherheitssystems und der staatlichen Verfahren werden (anders als in den USA im Zuge des 11.9.) entsprechend unseren „demokratischen Vorstellungen“ und „in Übereinstimmung mit der Russischen Verfassung durchgeführt“. Der Russische Präsident hat in einer Rede vor russischen Politikern klargestellt, er sehe nun im Terrorismus einen Aspekt der „asymmetrischen Kriegsführung“, wie sie zur Zeit des Kalten Krieges zwischen den Blöcken stattfand. „Ein Aspekt!“ Andere, die Putin nicht ansprach, sind das Finanzwesen und die gezielte Korruption von Politikern und sogenannten Wirtschaftsführern, z.B. den „Oligarchen“ aus der Jelzin-Ära.

Ob der Krieg kalt bleibt, oder heiß wird, wird nicht in Berlin entschieden. Aber wir stehen inmitten der neoliberalen Weltrevolution und den damit verbundenen Weltmachträumen. Es geht um die Frage: Ist es für alle das Beste, wenn sich der jeweils Stärkere durchsetzt, oder wenn gemeinsame große Ziele und Aufgaben die Menschen, Staaten und Kulturen zur Zusammenarbeit begeistern? Marktgesetz und Recht des Stärkeren oder Solidarität, Weiterwursteln mit dem derzeitigen Finanzsystem oder eine eurasische Infrastrukturentwicklung zum Wohl von Milliarden von Menschen, das ist die Frage.

An ihr entscheidet sich unsere Zukunft und in ihr gibt es keine Stimmenthaltung, nicht einmal in Deutschland. Es ist nicht genug sich auf den schlimmsten Fall vorzubereiten, solange man zu seiner Verhinderung etwas anderes unternehmen kann, als wegsehen, leugnen, nicht wahr haben wollen.

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Wählen, wo keine Wahl ist: Wer weiß weiter?

77 Prozent der befragten Deutschen halten die Demokratie für die „einzig denkbare und beste Staatsform“. Wer würde einem fremden Menschen, der Zettel und Bleistift gezückt hat, auf seine Fragen etwas anderes antworten wollen? Aber selbst wenn man sicher wäre, daß der Gegenüber nicht... und vor allem, wenn man sich von dem Sog frei machen könnte, der von Befragern ausgeht und einzig nur die Frage aufkommen läßt: „Was will der von mir hören?“, was sonst wollte man antworten? Schade, daß die 13 Prozent Westdeutschen und 21 Prozent Ostdeutschen nicht sagten, welches bessere politische System sie sich vorstellen könnten. Etwa: „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wieder haben“? Ja, wenn's der alte wäre und kein Jetset-Offspring, wie man ihn in anderen Monarchien, vor allem solchen, die als Musterland der Demokratie gelten, bewundern kann. Es ist schon gut, wenn das Volk selbst entscheidet, wer über es regieren soll.

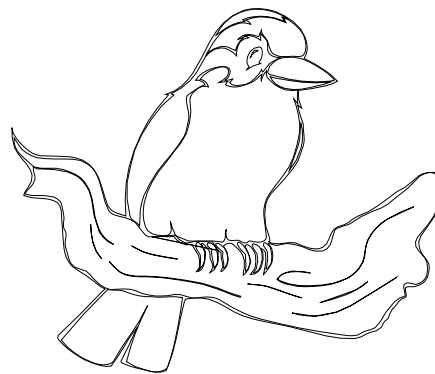
Entscheidet es aber? Sind es nicht immer nur die anderen, die entscheiden, während man selbst mit dem vorlieb nehmen muß, was dabei herauskommt? Ja, man könnte, wenn man Zeit und Geld übrig hätte und eine Alternative wüßte... 88 Prozent der Bundesbürger wagten immerhin – nachdem es ihnen die Medien in den Mund gelegt hatten – vor gezücktem Bleistift einer Forsa-Umfrage zu bekennen, das Vertrauen in die Politik verloren zu haben und bezeichneten diesen Vertrauensschwund als „groß“ oder „sehr groß“. Die Politiker sind aber nicht die einzigen, die das Vertrauen der Bevölkerung verspielt haben: 46 Prozent trauen auch Industriemanagern nicht mehr, 21 nicht den Spitzenbeamten, aber nur 15 mißtrauen Journalisten. Seltsam, wo die doch die Meinungen filtern, in die, die es gibt, und die, die es nicht gibt. Zugegeben, die Prozentzahlen der Wahlen stehen wie alle derartigen Meinungen auf wackeligen Füßen. Aber sie lassen hochkommen und gewähren – selbst wenn man ihnen nicht mehr traut. Jetzt wollen in Sachen und Brandenburg die Hauptverlierer bei der jüngsten Wahl regieren.

Wahlen unterscheiden sich kaum von momentanen Meinungsumfragen. Es ist da wie in der Kaufhalle: Was soll man bei dem Angebot mitnehmen? Wenn es sich

um Hemden oder Blusen handelt, fällt man die Entscheidung hautnah. Aber in der Politik? Theoretisch gingen hier die Entscheidungen sogar unter die Haut – aber wer kann/will das schon überblicken: „Die werden das schon richtig machen, schließlich sind sie vom Fach“. Ehe die Bevölkerung die Wirkung zu spüren bekommt, vergehen oft Jahre und dann liegen die eigentlichen Entscheidungen weit zurück und die Verantwortlichen stehen nicht mehr zur Wahl.

Bei den jüngsten Wahlen verloren bekanntlich beide führenden Parteien „kräftig“. Das enttäuschte vor allem die „Opposition“, die sich aufgrund der miesen Stimmung – nach dem Motto, wenn den nicht, dann den – Zugewinne erhofft hatte. Damit war es aber nichts: Nichtwähler und Wähler gaben zu verstehen, daß ihnen die ganze Richtung nicht mehr paßt. Doch es geht in der Richtung weiter, ob mit Zustimmung oder ohne, ob mit der Koalition oder mit der Opposition. Nur die Grünen legten zu, denn es geht in ihre Richtung: Vorwärts bis ans „Ende der Industriegesellschaft“! Morgenthau dachte an Deutschland, die Grünen an ganz Europa.

Professor Paul Nolte glaubt zu wissen, was der Fall ist. Im Stern meint er: „Der untere Rand der Gesellschaft ist dabei, sich aus der Demokratie zu verabschieden“. Was will der Rand stattdessen? Nolte beobachtet des weiteren „eine Tendenz der Oberschicht, die Arbeit in der Gesellschaft den mittleren Schichten zu überlassen“ das heißt wohl, auf die Unterschicht verzichten zu wollen. Wohin mit ihr also? Kurz, er meint: „Die Krise der Demokratie ist eine Klassenfrage“. Was ist mit einer solchen Formulierung gewonnen, etwa Klassenkampf? Den Professor stört, daß keine der Parteien die Politischen Lager abbildet, so daß keiner mehr die politische Lage diskutiert werden kann; er meint: in und durch die angeblich politischen Parteien – hier hat er Recht. Alle Parteien sind – so der Professor – in sich gespalten, in Leute, die in die vorgegebene Richtung ziehen und solche, die ohne anstößig zu erscheinen versuchen, sich dagegen zu stemmen. Aber haben nach 1918 die Parteien je die politische Vorstellungen der Bürger abgebildet oder nur die der Sieger? Sie



26.09.2004

DIESE WOCHE

Diese Woche untersucht der Spatz die Demokratie, oder was man so dafür hält. Er schaut, ob es einen neuen Klassengegensatz gibt, und wie die herrschende Schicht versucht, ihre Macht zu stabilisieren und einem möglichen Zornesausbruch des Volkes vorzubeugen. Ein erschreckender Beitrag mit düsteren Ausichten.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

haben versucht, egoistische Interessen von Personen und Personengruppen zu „Wahlprogrammen“ zusammenzufassen, die dann auch so verblasen ausfielen, daß sich jeder das Seine darunter vorstellen konnte. Das war auch „gut so“, weil sie ohnehin nicht umgesetzt werden sollte. Eine Richtungsvorgabe für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wurde nicht versucht. Es hat auch nie jemand danach gefragt. Das ging so, weil die Menschen so, wie es lief, einigermaßen zu Frieden waren.

Haben jüngste Wahlen an der Unzufriedenheit und den Montagsdemonstrationen etwas geändert? Der Kanzler meint laut FAZ „ja“. Die Teilnahme ginge zurück, weil die Leute keine Alternative zu dem sehen, was er macht. Der Kanzler hofft, daß sich seine guten Beziehungen zu „Attac“ und ihrem Sprecher Peter Wahl wie geplant auswirken. Dem erlaubten Austoben folgt – wie geplant – die Erschlaffung. Wahl ließ am 21. in Berlin verkünden, die Zeit der Montagsdemonstrationen sei vorbei. Am 2. Oktober käme es noch einmal zu einer Großveranstaltung in Berlin – und das war es dann auch. Dem typischen 68er ist in Sachen Politikarriere das Hemd näher als der Rock und er zeigt, daß „Attac“ der Sozialhygiene dient und die politische Meinungshandhabung pflegeleichter macht.

In den großen Städten ging die Teilnehmerzahl angeblich (wer hat nachgezählt?) etwas zurück, doch nahm die Zahl der Städte mit Demonstrationen zu. Sie finden längst nicht mehr nur in Deutschland statt. In den für ihre Lösung der Arbeitslosenproblematik angeblich vorbildlichen Niederlanden finden aus den gleichen Gründen Demonstrationen – dort heißen die Einschnitte ins Sozialwesen natürlich nicht Hartz IV oder Agenda 2010, doch die Sache ist die gleiche. Dort gingen 50.000 auf die Straße. In Rotterdam blockierten Warnstreiks einen Tag lang Innenstadt und Hafen, ähnlich wütend ging es in Den Hague, Geldern und Vlissingen zu. Der Widerstand gegen die Umverteilungsreformen soll auch schon auf Kopenhagen, Brüssel, Rom und Paris übersprungen sein. Selbst in der Schweiz kommt es in den sieben größte-

ren Städten zu Demonstrationen und Protesten. Die Berichterstattung hält sich aufgrund „höherer Vernunft“ zurück.

In Frankreich und Italien versuchten die Wirtschaftsminister bereits, eine Notbremse zu ziehen: Sie nötigten Großhandelsketten, ihre Preise um ein paar Prozentpunkte zu senken. Bei uns glaubt man, genügen die altbewährten Neidgefühle, man entfachte eine Diskussion um die Energiepreise der Großkonzerne, ohne die Energiesteuern zu senken. Dies und die Verschärfung der wirtschaftspolitischen Notstandsgesetze zeigen, daß der herrschenden Politelite Zweifel kommen, ob sie ihren Auftraggebern, den Geschäftsbanken im Hintergrund gerecht werden kann. Droht als wirklich „Klassenkampf“ oder versucht man wieder – wie von Moses Hess in seinem Buch „Jerusalem oder Rom“ Mitte des 19. Jahrhunderts als bessere Lösung vorgeschlagen – so etwas wie „Rassenkrieg“. Die NPD rüstet gegen die Islamisten um. Wer hat sie wohl auf die Idee gebracht? Etwa ihre zahlreichen Betreuer vom Verfassungsschutz oder ihre neuen, israelischen Freunde?

Die Spitzen der Elite zeigen aber noch keine Anzeichen von Panik. Auch das hat seine Gründe. Sie haben – wie wir Leute, die es wissen sollten, allerdings unüberprüfbar versichert haben – längst Ihre Schäflein in Sicherheit gebracht. Sie haben, wie z.B. Kommissar Verheugen (SPD) ihre üppig zugeflossenen Gelder in Ländern angelegt, die sie für politisch stabil halten und in die sie sich vor einem eventuell ausbrechenden Volkszorn glauben zurückziehen zu können. Angeblich sind für diesen Notfall schon Regelungen getroffen worden und steht die Flugbereitschaft der jeweiligen Wehrmacht bereit, um die Herren und Damen Demokraten gegebenenfalls auszufliegen. Schließlich ist es wichtig, daß sie in einem solchen Fall beim Großen Bruder für die Zeit danach eine Exilregierung bilden.

Fraglich ist nur, ob ihre Scherflein in den scheinbar stabilen Ländern auch sicher sind, denn beim Geld endet bekanntlich die Freundschaft. Der Internationale

Währungsfond hat in seinem jüngsten „World Economic Outlook“ z.B. vor einer weltweiten Hypothekenkrise gewarnt. Die mäßige Zunahme sogenannter Bruttosozialprodukte sei zum großen Teil durch gewaltige Steigerungen bei Boden und Immobilienpreisen (über 50% in 6 Jahren) überzeichnet worden. Diese Preise, die damit verbundenen Hypotheken und der Wert entsprechender Anlagen ließen sich auf Dauer nicht mehr halten. In den USA stehen die beiden halbamtlichen Hypotheken-Refinanzierungsfirmen „Fannie Mae“ und „Freddie Mac“ bereits unter „kriminellen“ Betrugsverdacht (Aus Verzweiflung wurden Bücher gefälscht). Jedenfalls dürften die Preise bei Immobilien einbrechen, wenn die Zinsen weiter steigen und zu Verkäufen zwingen.

Verlieren Arbeitslosen mit der Arbeit auch die Wohnung, ist wahrscheinlich selbst in den USA Schluß mit lustig. Der eine oder andere wird sich auch dort fragen, ob es denn wirklich so ist, daß der freie Markt die beste Gewähr für Wirtschaftswachstum und Wohlstand des gesamten Volkes und nicht nur seiner sogenannten Elite bietet. Was aber tun, wenn der Markt, das heißt die ihn steuernden reichsten Geschäftsbanken, nicht mehr regieren? Was tun, wenn das Vertrauen in Politiker und Top-Manager verspielt ist? Was tun, wenn alles, was an amtlichen Statistiken, Äußerungen zur neueren Geschichte und Politik aus gutem Grund unter Täuschungsverdacht gerät und die allgegenwärtige Werbung selbst das Gefühl für Wahrheit erstickt hat. Bietet kann dann irgendein neuer Starker Mann oder „kleiner Hitler“ eine Lösung bieten?

Vertrauen und Wahrheit zerbröckelt in jedem einzelnen. Wer seinem eigenen Urteil nicht mehr trauen kann, wird immer und von allen hereingelegt werden. Ob er sich das noch leisten können, wenn sich die Verhältnisse weiter zuspitzen, wird er mit sich selbst ausmachen müssen. Wegschauen gelingt mit der Zeit immer schlechter. Und so mancher in höchsten Kreisen – und nicht mehr nur bei den Zeugen Jehovas – hofft, eine Art Harmageddon werde ihm alle Probleme und Selbstzweifel vom Hals schaffen. Und Sie, worauf hoffen Sie?

Dr. Helmut Böttiger

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Wer fürchtet sich vorm Schwarzen Mann? Viel Feind, wenig Ehr

Ein ordentliches Feindbild ist für die herrschende Elite eine nützliche Sache. Es entlastet das eigene Gewissen ungemein. Je schweinisher der Feind erscheint, desto schweinisher glaubt man, mit ihm umgehen zu dürfen. Wir Deutsche haben das nach 1945 zum Genüge erfahren. Dazu kann man dem Feind in die Schuhe schieben, was man selbst verbockt hat. Überdies blendet die Wut auf den Feind die eigenen Bürger: Welche Mißstände im Land ließ nicht der frühere Antikommunismus erträglich erscheinen? Schließlich vereinfachte das „Geh doch nach drüben!“ - Argument jede Diskussion über anstehende „Reformen“, als das Wort noch etwas anderes als den Griff der Staatsmacht in den Geldbeutel der Bürger bedeutete.

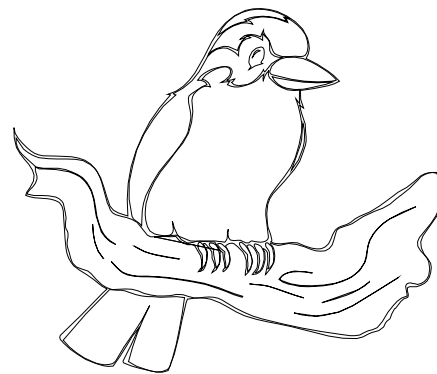
Daß der Terrorismus nur ein unzulängliches Feindbild liefert, wurde von den Politpsychologen offensichtlich nicht recht bedacht. Dieses Feindbild spricht nur die Angst der Leute an und wird bei ihnen allenfalls Forderungen nach mehr Sicherheitsvorkehrungen wecken. Allerdings bewirkt es auch, daß die Menschen Eingriffe in die persönliche Freiheit leichter hinnehmen. Nur von politischen Fehlern und der Mißwirtschaft der Herrschenden abzulenken, eignet es sich wenig. Weil das so ist, gibt es zur Zeit Streit zwischen der Bush-Regierung und ihrem CIA. Unsere Elite – wenigstens einige davon – besinnen sich nun, da die Sache mit dem Terrorismus im Irak zum Flop zu entarten droht („Die einzigen, die sich über eine Wiederwahl G.W. Bushs freuen könnten, wäre Al Qaida“, meinte ein höhergestellter britischer Politiker) wieder auf die guten alten Tage des Antikommunismus.

Zwar findet man kaum noch Kommunisten als Buhmänner, doch haftet den Russen noch immer das Image Iwans des Schrecklichen an, das man ihnen zu Sowjetzeiten aufgeklebt hatte. An dieses soll nun wieder angeknüpft werden, um die mögliche und von einigen angestrebte eurasische Zusammenarbeit zu verhindern. Dem gleichen Zweck hatte schon der Afghanistankrieg mit der Errichtung von 13 US-Militärbasen in Zentralasien, wie auch der Tschetschenienkrieg oder der Abfall Georgiens gedient. Putin versucht hilflos dem entgegenzuwirken, um die Tür der Zusammenarbeit in Europa

offen zu halten. Dazu stimmte er nun entgegen besserer Einsicht dem Kyoto-Protokoll (CO₂-Ausstoßbeschränkung) zu, mit dem die Welthochfinanz unter dem falschen Vorwand der Klimarettung versucht, die Güterproduktion preistreibend zu beschneiden und unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Illarionow, Putins Wirtschaftsberater, der das Protokoll wegen seiner sachlich falschen Begründung und seinen verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen am schärfsten bekämpft hatte, kommentierte die Regierungsentscheidung vor der Presse wie folgt: „Es handelt sich um eine Geste gegenüber der EU, um mehr nicht“, denn „Niemand von den Regierungsbeamten glaubt, daß das Protokoll für Rußland gut ist.“ Was erwartet man sich in Rußland von einem Kompromiß mit einer politischen Richtung, die offensichtlich nichts weniger als die Verhinderung der erneuten Industrialisierung oder des wirtschaftlichen Wiedererstarkens des Landes zum Ziel hat? Täuscht man sich in Rußland über den Zweck des angeblichen Umweltschutzes im Westen? Ein Zugeständnis zum grundsätzlichen Feind, läßt diesen nur ein, auf das nächste Zugeständnis hinzuarbeiten.

Dazu kommt es prompt mit dem „offenen Brief an die Regierungschefs der Europäischen Union und der Nato“. Den verfaßten am 28.9.2004 hundert „prominente“ Politiker und Strategen des Westens, um damit – was sonst – zum „Kampf für Demokratie“ aufzurufen. „Wir machen uns über die sich verschlechternde Haltung in der russischen Außenpolitik Sorgen. Präsident Putins Außenpolitik zeichnet sich zunehmend durch Drohgebärden gegenüber seinen Nachbarn, die Sicherheit der europäischen Energieversorgung und die Rückkehr zu Militarismus und Imperialismus aus. Diese Entwicklungen sind nur die letzten Beweise dafür, daß die gegenwärtige Russische Führung sich von den für die Euro-Atlantische Gesellschaft zentralen, demokratischen Werten verabschiedet. Die Führer im Westen müssen erkennen, daß unsere gegenwärtige Strategie Rußland gegenüber versagt. Es ist an der Zeit zu überdenken, wie und in wieweit wir uns für Putins Rußland engagieren und uns uneingeschränkt hinter die demokrati-



03.10.2004

DIESE WOCHE

Am Tag der Deutschen Einheit blickt der Spatz in die dunklen Machtspiele der Politik. Er überlegt, wie mit Feindbildern Machterhalt betrieben wird, und was wirklich hinter dem sogenannten „Kampf für Demokratie“ steckt. Diese Analyse betrifft insbesondere Rußland, eröffnet aber auch hinsichtlich China einige unangenehme Perspektiven.

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

schen Kräfte in Rußland stellen.“ Wahrscheinlich wollten diese Leute mit ihrem Brief nicht Putin dazu animieren, mit den Tschetschenen so umzuspringen wie der westliche Musterknabe mit den Palästinensern oder die USA mit den Irakern.

Auch auf welche „demokratischen“ Kräfte sie in Rußland setzen, ist inzwischen hinlänglich bekannt, nämlich die Russenmafia, Leute, die unter der Herrschaft von Rauschkugel Jelzin durch den Verkauf der im Land noch verbliebenen Werte an das westliche Ausland reich geworden sind, und die im Namen wirtschaftlicher Freiheit die außerordentliche Verarmung der russischen Bevölkerung nach dem Sturz des Sowjetsystems kenntnisreich und mit voller Unterstützung aus dem Westen betrieben haben, und denen Putin nun zusetzen möchte.

Den Brief haben sogenannte Neokonservativen unterschrieben, offene Verfechter eines anglo-amerikanischen Weltreiches und seiner militärischen Offensive in Afghanistan und im Irak und bald – falls Bush wiedergewählt werden sollte – auch in Syrien und im Iran. Viele deutsche Bürger wundern sich, neben General Naumann und dem Merkel-Intimus Friedbert Pflüger auch die Unterschrift des Grünen-Vorsitzenden Bütikofer, unter dem Brief zu finden. Ihre Verwunderung zeigt nur, daß sie die eigentliche Funktion der Grünen auf dem Gebiet der Politik und mehr noch auf dem der Wirtschaft (Angebotverknappung zum Anheben der Preise im Interesse der Hochfinanz) noch immer nicht verstehen wollen.

„Demokratie“ ist bei uns doch kaum mehr als die der Bevölkerung zugestandene Wahl zwischen zwei oder drei handverlesenen Personen, die fest im Griff der internationalen Hochfinanz und ihrer Globalisierer stecken. Sollten sich andere um politische Ämter bewerben wollen, dann kann es sich nur um sogenannte „Extremisten“ handeln. Da die Geldelite ohnehin bestimmt, was in der globalisierten Welt geschieht, kann sie die Auswahl ihrer Strohmannen gerne der Bevölkerung überlassen.

Anders erlebt es eine Führung, die ihr Land gegen den praktizierten und manchmal sogar erklärten Willen der internationalen Finanzelite entwickeln will. In solchen Ländern werden sehr bald hochgerüstete „Terroristen“ oder „Freiheitskämpfer“ auftreten und ihre Führung wird recht bald von Leuten herausgefordert werden, die mit schönen „demokratischen Frei-

heiten“ winken, aber nicht sagen, wie sie deren materielle Voraussetzung (allgemeinen Wohlstand) gewährleisten wollen und können. Wenn es praktisch wird, fällt den Finanzdemokraten immer nur eins ein: „Kosten senken!“ Das heißt, den kleinen Leuten den Brotkorb höher hängen, damit der krisengebeutelten Finanzwirtschaft mehr bleibt.

Was anderes könnte die Regierung den mit „Kosten senken“ meinen, wenn ihre Verschwendung (laut Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler) frisch und fröhlich weitergeht, oder wenn man bedenkt, daß die zusätzlichen Kosten für nicht verwendbaren Strom (wenn Sie nicht ausschließlich bei Wind fernsehen und sonstwie Strom verbrauchen wollen) bis zum Jahr 2010 sich auf 23 Milliarden Euro summiert, womit nach Abzug der dadurch vernichteten Arbeitsplätze mindestens 23.000 Arbeitslose mehr erzeugt werden (laut Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Essen). Die Verschwendung fängt schon im kleinen an, wenn Finanzminister Eichel jetzt unbedingt für 96.000 € neue Möbel für sein Ministerium braucht, Grünenminister Trittin für ein neues „afrikanisch-eurasisches Wasservogelabkommen“ 137.000 € ausgibt und Familienministerin Schmidt für 150.000 € die „Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen“ in den Köpfen der Bürger „abbauen“ will. Die Bundesregierung überläßt Polen 24 Kampfflugzeuge vom Typ MIG 29, (deren Wichtigkeit im Kampf angeblich immer noch unübertroffen ist) für nur je 1 Euro. Ihr Wert wird mit 30 Millionen € pro Stück angegeben, selbst die Chinesen würden für die Flugzeuge noch 15 Millionen € ausgeben (und sogar der Altmetallhändler noch mehr als 200 € das Stück bezahlen). Israel bekommt, um damit die Kernkraftwerke im Iran „auszuschalten“, von unserer Regierung U-Boote geschenkt. Undsoweiter...

Weil Putin und die Russen das eigentliche politische Spiel (die „demokratische Weltrevolution“, für die der Kalte Krieg nur ein Vorwand war) nach dem Krieg nicht durchschaut hatten (vermutlich, weil ihre Vorgänger unter „sozialistischer Weltrevolution“ etwas Ähnliches angestrebt hatten), mußten sie es in Beslan und anderswo auf die harte Weise nachlernen. Im Grunde und ohne Propagandabrille besehen, mußten das nach dem zweiten Weltkrieg fast alle Länder so lernen. Wer es nicht glaubt, ordne die zahlreichen, belegten Andeutungen, die zum Beispiel

der frühere Staatssekretär und Bundesminister Andreas von Bülow in seinem Buch „Im Namen des Staates“ zusammengetragen hat, übersichtlicher und schaue sie sich näher an.

Was hier in Europa mit Rußland versucht wird, läuft in Japan auf ähnliche Weise gegen China. In den japanischen Nachrichtenagenturen Asahi News und Yomiuri werden seit dem 28.9.2004 erstaunlich offen die Pläne für einen Angriff auf China unter der Überschrift „Umstellung der US-Streitkräfte, die Frustration über Japan wächst“ diskutiert. Die USA wollen – erfährt man dort – im „Bogen der Unsicherheit vom Balkan über Afrika, dem Nahen Osten, Südostasien bis nach China“ Japan als Bereitstellungsraum ausbauen und dazu Japans kriegshinderliche Verfassung ändern. Dahinter stünde das „Bewußtsein, daß China eine mögliche militärische Bedrohung“ sei. Die Presseberichte beziehen sich dabei auf die Studie der Rand-Corporation aus dem Jahr 2001 „USA und Asien, für eine neue US Strategie und Machtdarstellung“ (The US and Asia: Toward a New US Strategy and Force Posture“). Sie erörtert, wie sich im asiatischen Raum der Aufstieg Chinas zur dominanten Macht verhindern läßt.

Die Japaner zeigen sich – wie die meisten Deutschen – wenig begeistert von der angestrebten weiteren Verschiebung der Machtverhältnisse. Sie würden lieber mit anderen Ländern und deren Bevölkerung zur Verbesserung des gemeinsamen Wohlstands zusammenarbeiten, als zur Eindämmung derjenigen Wirtschaften, die noch nicht fest im Griff der Internationalen Finanzelite sind und von ihr preistreibend „gesundgeschrumpft werden“, sich selbst den Gürtel enger zu zurren – und das auf die völlig leeren Versprechen eines illusionären Aufschwungs hin. Um nicht auf diese hereinzufallen, ist ein wenig Überlegung darüber nötig, wie die vorhandenen Arbeitskräfte und technischen Möglichkeiten zum Wohl der Menschen eingesetzt werden könnten und welche finanzpolitischen Voraussetzungen dafür erst zu schaffen sind.

Die Entwicklung der „Eurasischen Landbrücke“ wäre, unter anderen denkbaren, ein solcher Vorschlag, was dahingehend zu tun wäre, wenn man es wollte. (enthalten in dem vergriffenen Buch „Böttiger: Die neue Seidenstraße, die Eurasische Landbrücke schafft produktive Arbeitsplätze“. Es kann auf CD gegen 7 € plus Porto beim Verfasser erworben werden).

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Wirtschaftlicher Selbstmord:

Rußland, das Kyoto-Protokoll und die Wahl in den USA

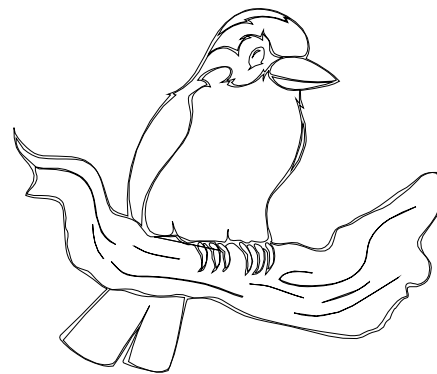
Beugt sich Rußland jetzt doch dem Europäischen Schwachsinn? Am 30. September meldete Itar-Tass. Die Russische Regierung habe das Kyoto Protokoll gebilligt und zur endgültigen Beschlußfassung an das Parlament, die Duma, weitergereicht. Das UNO-Abkommen schreibt den Industrieländern bekanntlich vor, ihre CO₂-Emission bis 2012 um 5,2% unter den Ausstoß des Jahres 1990 zu senken. Das fällt Rußlands infolge der Industriedemontage unter Jelzin nicht schwer. Das Land könnte unter dem Kyoto-Protokoll sogar mit dem Verkauf von „Verschmutzungsrechten“ noch Geld verdienen. Damit locken die europäischen Rot-Grünen. Allerdings ist die Güterproduktion nach der wirtschaftlichen Wende Putins wieder gestiegen, sie soll nach seinem Programm in 8 Jahren verdoppelt werden. Das läßt sich auch wenn wie geplant 30 neue Kernkraftwerke gebaut werden, unter dem Kyoto-Protokoll nicht erreichen.

Zur Ratifizierung des UNO-Abkommen ist die Zustimmung von Nationen nötig, die 55% des anthropogenen CO₂ erzeugen. Der US Senat hatte noch vor der Regierung Bush und gegen den Willen der damals noch regierenden Demokraten dem Protokoll die Zustimmung verweigert. Weniger deutlich hatten Australien und Kanada neu gewählter Premierminister, Paul Martin, Vorbehalte dagegen angemeldet. Von Rußland, auf das 17% des CO₂ Eintrags der Welt entfällt, hängt ab, ob die europäischen Regierungen mit dem Protokoll zur Verschleierung ihrer inkompetenten Wirtschaftspolitik die Wähler weiterhin nasführen können. Deshalb lockten sie Rußland, boten ihm Geld, höhere CO₂-Quoten und vor allem die Unterstützung bei den Beitrittsverhandlungen zur Welt handelsorganisation WTO an.

Putin, der auf die Mitgliedschaft großen Wert legt, hat sich auf diesen Schacher eingelassen. Da der Beitritt nun erreicht ist, lieferte er wie vereinbart die Zustimmung zum Protokoll. Aber Vorsicht, eine

russischen Kabinettsentscheidung macht noch keinen Winter. Der Gesetzesentwurf für eine Ratifizierung liegt noch nicht vor. Er soll in 3 Monaten, also erst nach dem Wahlausgang in den USA, ausgearbeitet werden. Dieser Ausgang sei – so die Nachrichtenagentur RIA Novosti vom 6. 10. 2004 – für die Entscheidung der Duma entscheidend. Die Duma würde dem Tauschgeschäft: Kyoto gegen WTO-Beitritt, eher zustimmen, wenn der Kyoto-Gegner Bush wiedergewählt würde. Warum? Der Gegenkandidat Kerry – so Novosti – habe im Wahlkampf angekündigt, er werde so heikle Fragen wie die Behandlung der Tschetschenen, die Frage der Nuklearwaffen, die Pressefreiheit und die Wahrung der Demokratie in Rußland zur Sprache bringen. Im Falle seiner Wahl dürften daher in Rußland die sogenannten Autarkisten gegenüber den Internationalisten die Oberwasser gewinnen.

Fraktionskämpfe haben Rußlands wechselnde Signale zum Protokoll seit 1997 bestimmt. Auf dem G-8 Gipfel in Genua vor 2 Jahren ist der Russische Präsident Putin mit den Europäern einen Kompromiß eingegangen, um die Konferenz nicht scheitern zu lassen. Statt das wackelige Kyoto-Protokoll fallenzulassen, bot er eine weitere Klimakonferenz in Moskau an, auf der endgültig entschieden werden sollte. Die selbsternannten Klimaretter konnten nun ihre Medien verkünden lassen, das Kyoto Protokoll lebe noch. Nach dieser Klimakonferenz in Moskau im September 2003, beteuerten die Umweltminister Englands, Frankreichs und der Bundesrepublik in einer gemeinsamen Erklärung: „Die Gemeinschaft der Wissenschaftler hat überzeugende Hinweise gesammelt, daß der größte Teil der in den letzten 50 Jahren beobachteten Erwärmung auf menschliche Aktivitäten zurückgeht“. Das war verwunderlich, weil ihre Wissenschaftler, abgesehen von Computer-Tricksereien, Beweise in Moskau und anderswo schuldig geblieben sind.



10.10.2004

DIESE WOCHE

Heute überlegt der Spatz, was Putin bewogen haben könnte, doch noch dem Protokoll von Kyoto zuzustimmen. Er zeigt, weshalb dem UNO-Abkommen keine wissenschaftliche Basis zugrundeliegt und was die bevorstehenden Wahlen in den USA mit Rußlands Zukunft zu tun haben: ein Ausblick in eine düstere politische Zukunft!

DIESE SEITE

Gedanken, die Rot-Grün nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
EMail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
EMail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

Auf der Pressekonferenz nach der Konferenz, am 3. Oktober 03 bedauerte der Sonderberater Präsident Putins, Alexander Illarionow, daß die **Klimafrage über Gebühr politisiert und emotionalisiert** worden sei, **ohne die wissenschaftlich strittige Fragen zu klären**. Illarionow Ansicht unterstützen folgende Punkte:

1. die erkennbare Klimageschichte bestätigt den Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoß und Klimaschwankungen **nicht**.
2. Die Arbeiten von Mann, Bradley und Hughes aus dem Jahr 1998, auf die das IPCC die Behauptung stützte „die Temperaturentwicklung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts sei ohne Vorbild“ und die 90er Jahre seien die „wärmsten“ des letzten Jahrtausends, haben sich inzwischen als Rechenfehler **oder Betrug** herausgestellt.
3. Jüngste Studien zeigten, daß die Auswirkungen der urbanen Wärme-Insel und veränderter Landnutzung wenigstens doppelt so hoch sind als in den Studien des IPCC angenommen.
4. Über die Hälfte der in den letzten 50 Jahren beobachteten Klimaerwärmung geht auf die Pacific Decadal Oscillation zurück. Diese natürliche periodische Temperaturschwankungen des Pazifischen Ozeans (im 20-30 Jahresrhythmus) sorgen seit 1976 für eine Erwärmung des Klimas und bald wieder für eine Abkühlung.
5. Die Modelle der Klimavorhersagen berücksichtigen natürliche Ursachen für Klimaschwankungen nur unzureichend oder gar nicht, das gilt insbesondere für die Auswirkungen des Sonnenwindes auf die Erdatmosphäre, ihren Albedo, die Wolkenbildung und ähnliche Größen.
6. Die Klima-Modelle rechnen mit einer relativen starken Erwärmung der oberen Troposphäre. Da sich diese nicht nachweisen läßt, erfassen die Modelle die Klimavorgänge falsch.
7. Die Modelle unterstellen einen Netto Kühleffekt durch Aerosole. Nach neueren Untersuchungen heben sich Kühl- und Erwärmungseffekte der Aerosole nahezu auf.

8. Die Modelle errechnen die Klimaerwärmung mit Hilfe einer angenommenen positiven Rückkopplung über vermehrten Wasserdampf, dem eigentlichen Treibhausgas. Doch ist in der Atmosphäre der Nordhalbkugel in den letzten 50 Jahren nicht mehr sondern weniger Wasserdampf nachweisbar. Darüber hinaus wurde sogar ein Mechanismus der negativen Wärmerückkopplung von Wasserdampf entdeckt.

Der wichtigste Punkt für Illarionow war allerdings, daß das Kyoto-Protokoll den Einsatz fossiler Energieträger (Kohle, Öl, Gas) und damit 90,3% der Weltenergieversorgung und der Güterproduktion unter die Kontrolle der UNO bringt. Das dürfte Auswirkung auf die Versorgung der Menschen haben und den angestrebten Wiederaufbau Rußlands behindern, ohne irgend einen nachweisbaren Einfluß auf die Klimaentwicklung zu nehmen (selbst nach Berechnungen der Klimabehörde der UNO des IPCC, würde das Kyoto-Protokoll – wenn es den eingehalten würde – die befürchtete Klimaerwärmung bis 2050 nur um 0,07°C mindern).

Zusammenfassend meinte Illarionow am 3.10.2003, uns fehlen auf diese wie viele andere Fragen die Antworten „Das Kyoto Protokoll hat keine wissenschaftliche Substanz. Die vorgeschlagenen Klimamodelle haben viele Unzulänglichkeiten und werden vielen Faktoren nicht gerecht, dem, was bisher vorgelegt worden ist, fehlt die Überzeugungskraft... Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls ist unannehmbar aufwendig... Sie behindert, wie heute auf der Konferenz auch nicht geleugnet wurde, das Wirtschaftswachstum... Das betrifft nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt“. Aus diesen Gründen nannte er Protokoll ein „wirtschaftliches Schwitz“ für die russische Volkswirtschaft. Die gleiche Position vertrat er bei einer Pressebefragung nach der Kabinettsentscheidung noch immer.

Trotz dieser sehr deutlichen Einwände des Jahres 2003, verhielt sich Putin nach der Moskauer Konferenz den Euro-

päern gegenüber weiterhin ausweichend. Vor etwa einem halben Jahr ließ er verlauten, seine Regierung werde dem Kyoto Protokoll wahrscheinlich zustimmen, nannte aber keinen Termin. Die Europäer vermuteten, Putin wolle pokern und besserten ihre Angebote auf. Aber auch Putin ist schlau genug, um zu erkennen, daß er mit dem Verkauf der „Verschmutzungsrechte“ die Möglichkeiten seiner Industrie, nach Bedarf Güter zu erzeugen, verkaufen würde. Bei festen CO₂-Quoten dürfte auch der Absatz russischen Öls im Westen beschränkt sein, so daß die Konkurrenz der Ölländer die Ölpreise drücken würde. Dies würde den möglichen Gewinn aus dem Verkauf von CO₂-Emissionsrechten aufheben. Energiebedingte Produktionseinschränkungen werden dagegen die Preise für die benötigten Versorgungsgüter deutlich steigen lassen. Das gilt auch für Technologieimporte, auf die Rußland wie alle anderen Länder angewiesen sind.

Warum dann die Zustimmung des Kabinetts zum Protokoll? Nun, noch ist es nicht soweit. Wie das Parlament entscheidet bleibt eine offene Frage. Die Parlamentarier werden, sagte Prime Minister Mikhail Fradkow, darüber weiter diskutieren, ob die Ratifizierung des Protokolls dem Land dient oder nicht. Er erwarte hitzige Debatten. Ob die Parlamentarier wie ihre Deutschen Kollegen ihr Land freiwillig in ein „wirtschaftliches Schwitz“ führen wollen, dürfte fraglich sein. Die Russen werden die Verschwendungen des Volksvermögens für Wind-, Sonne- und Kotenergie durch die Regierung nicht mittragen wollen. Dafür fehlt ihnen der Überfluß, in dem sich in Deutschland die Klasse der Politiker, Medienmacher und arbeitsscheuen Schickimickies noch suhlen darf.

So absurd es klingt, aber vom Wahlergebnis in den USA könnte abhängen, ob Rußland Europa auf seinem wirtschaftspolitisch selbstmörderischen rotgrünen Weg folgt oder nicht. Tut es das nicht, besteht auch für Europa die Chance, sich wieder von dem absurden Vorhaben der Klimarettung zu verabschieden. Die Wege der Politik sind – denen, die gerne auf einfache Lösungen herfallen sei es ins Stammbuch geschrieben – oft sehr verschlungen.